

## **HESSISCHER LANDTAG**

28. 02. 2018

# 130. Sitzung

Wiesbaden, den 28. Februar 2018

	Amtliche Mitteilungen9277		Armin Schwarz	
	Entgegengenommen9277		Mathias Wagner (Taunus)	
	Enigegengenommen9211		Wolfgang Greilich	
	Vizepräsidentin Heike Habermann		Minister Prof. Dr. R. Alexander Lorz	9304
33.	Große Anfrage der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Ant- worten auf die demografischen Entwick-	5.	Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landes regierung für ein Mobilitätsfördergesetz – Drucks. 19/6071 –	
	lungen im "ländlichen Raum" und zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Hessen		Nach erster Lesung dem Ausschuss für Wirt schaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung	3
	- Drucks. 19/6064 zu Drucks. 19/5103 9277		überwiesen	9312
	Antwort besprochen		Minister Tarek Al-Wazir	
	•		Karin Müller (Kassel)	
	Michael Boddenberg		Uwe Frankenberger	
	Wiebke Knell		Jürgen Lenders	
	Marjana Schott		Ulrich Caspar	
	Eva Goldbach		Janine Wissler	9311
	Thorsten Schäfer-Gümbel 9288 René Rock 9291 Janine Wissler 9292 Mathias Wagner (Taunus) 9294	6.	Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Frak tionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜ NEN für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Hessischen Altenpflegegesetzes – Drucks. 19/6075 –	<b>-</b> g
40.	Antrag der Fraktion der SPD betreffend		Need water I came down Coaled and Internet	
	Schluss mit Mogelpackungen und Nicht-wis- sen-Wollen des Hessischen Kultusministers		Nach erster Lesung dem Sozial- und Integrati onspolitischen Ausschuss überwiesen	
	- <b>Drucks. 19/6072</b>		Irmgard Klaff-Isselmann	9312
	Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen 9306		Marjana Schott	9313
61.	Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE		Marcus Bocklet	
	betreffend Überlastung und Lehrkräfteman-		Dr. Daniela Sommer	
	gel an hessischen Schulen		Minister Stefan Grüttner	
	<b>– Drucks. 19/6098</b> –			
	Dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen 9306			
	Christoph Degen			

17.	Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Altersarmut von Frauen wirksam bekämpfen – Drucks. 19/5174 –		Rechtspolitischen Ausschusses zu dem Dring- licher Antrag der Fraktion DIE LINKE be-	
	Dem Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss überwiesen	9329	treffend Abschaffung des Paragrafen 219a StGB – Drucks. 19/6035 zu Drucks. 19/5455 –	9343
63.	Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend vielfältige Maßnahmen,		Beschlussempfehlung angenommen	9343
	um der Altersarmut von Frauen entgegenzuwirken und eine aktive Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen  – Drucks. 19/6107 –		6. Beschlussempfehlung und Bericht des Kul- turpolitischen Ausschusses zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend bestmögli- che Bildung für alle Kinder in Hessen	
	Dem Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss überwiesen	.9329	- Drucks. 19/6037 zu Drucks. 19/5958	
	Vizepräsidentin Heike Habermann Marjana Schott	, 9321	Hermann Schaus	
	Wolfgang Decker	, 9324 <b>4</b> 7 9323	7. Beschlussempfehlung und Bericht des Kul- turpolitischen Ausschusses zu dem Dringli-	
	René Rock	. 9326	chen Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Hessen arbeitet an bestmöglicher Bildung für alle Kinder in unserem Land	0242
7.	Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Zweites Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften		- Drucks. 19/6038 zu Drucks. 19/6002	
	(2. DRÄndG)  - Drucks. 19/6076  Nach erster Lesung dem Innenausschuss, federführend, und dem Kulturpolitischen Ausschuss, beteiligt, überwiesen	.9329	3. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Abg. Siebel, Gremmels, Löber, Lotz, Müller (Schwalmstadt), Schmitt, War-	
	Christian Heinz	. 9329 . 9330 . 9331	necke (SPD) und Fraktion betreffend Kom- munen beim Wohnungsbau unterstützen – für eine aktive Bodenpolitik und Bewirt- schaftung	
	Dr. Frank Blechschmidt	. 9333	- Drucks. 19/6041 zu Drucks. 19/4894	
8.	Große Anfrage der Fraktion der FDP betreffend Zukunft der Forstwirtschaft in Hessen – Drucks. 19/5137 zu Drucks. 19/4781 –		D. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Land-	
	- Drucks. 19/5157 Zu Drucks. 19/4/81		wirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion der SPD betreffend	
	Wiebke Knell	. 9334	endlich Politik für bezahlbares Wohnen um- setzen – Alarmsignale ernst nehmen – Drucks. 19/6042 zu Drucks. 19/5960 –	0242
	Heinz Lotz	. 9337 . 9338 . 9340	Beschlussempfehlung angenommen	
53.	Ministerin Priska Hinz  Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu	. 9341 <b>50</b>	D. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem	
	Petitionen – Drucks. 19/6058 –	.9342	Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend	
	Beschlussempfehlungen angenommen	.9343	Masterplan Wohnen und Baulandoffensive sorgen für wirkungsvolle und stärkere Un- terstützung bei der Schaffung von bezahlba- rem und bedarfsgerechtem Wohnraum – Drucks. 19/6043 zu Drucks. 19/5989 –	9343
			Beschlussempfehlung angenommen	9343

so W A L Z u –	Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Antrag der Fraktion der FDP betreffend Landesregierung auf dem Holzweg – FSC-Zertifizierung ist wirtschaftlich schädlich und bringt ökologisch nichts – Drucks. 19/6044 zu Drucks. 19/5846 –	52.	52. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu dem Dringlichen Antrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend FSC-Zertifizierung des Staatswaldes – Drucks. 19/6045 zu Drucks. 19/5992 –	
В	Beschlussempfehlung angenommen9343	59.	Beschlussempfehlung und Bericht des Haushaltsausschusses zu dem Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Flughafen Kassel – faktenbasierte Evaluation und Herabstufung notwendig – Drucks. 19/6085 zu Drucks. 19/5736 –	

## Im Präsidium:

Vizepräsidentin Heike Habermann

Vizepräsident Frank Lortz

Vizepräsidentin Ursula Hammann

## Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Volker Bouffier

Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung Tarek Al-Wazir

Minister und Chef der Staatskanzlei Axel Wintermeyer

Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigte des Landes Hessen

beim Bund Lucia Puttrich

Minister des Innern und für Sport Peter Beuth

Minister der Finanzen Dr. Thomas Schäfer

Ministerin der Justiz Eva Kühne-Hörmann

Kultusminister Prof. Dr. R. Alexander Lorz

Minister für Wissenschaft und Kunst Boris Rhein

Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Priska Hinz

Minister für Soziales und Integration Stefan Grüttner

Staatssekretär Michael Bußer

Staatssekretär Mark Weinmeister

Staatssekretär Mathias Samson

Staatssekretär Werner Koch

Staatssekretär Dr. Martin J. Worms

Staatssekretär Thomas Metz

Staatssekretär Dr. Manuel Lösel

Staatssekretär Patrick Burghardt

Staatssekretärin Dr. Beatrix Tappeser

Staatssekretär Kai Klose

Staatssekretär Dr. Wolfgang Dippel

## Abwesende Abgeordnete:

Ulrike Alex

Dr. Walter Arnold

Brigitte Hofmeyer

Hugo Klein (Freigericht)

Mürvet Öztürk

Karin Wolff

(Beginn: 9:02 Uhr)

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die 130. Plenarsitzung, stelle die Beschlussfähigkeit fest und wünsche Ihnen einen guten Morgen.

Zur Tagesordnung. Erledigt sind die Punkte 1 bis 4, 26 und 60

Noch eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Vorstoß der Bundesregierung zum ÖPNV-Nulltarif in Hessen aufgreifen – Anhörung zum Verzicht auf Einnahmen aus Fahrscheinverkäufen bei Bus und Bahn, Drucks. 19/6099. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Ich sehe und höre keinen Widerspruch. Dann wird der Dringliche Antrag Tagesordnungspunkt 62 und kann, wenn dem nicht widersprochen wird, nach Tagesordnungspunkt 55, der Aktuellen Stunde zu diesem Thema, aufgerufen und abgestimmt werden.

Zum Ablauf der Sitzung. Vereinbarungsgemäß tagen wir heute bis 18 Uhr bei einer Mittagspause von zwei Stunden. Wir beginnen mit Tagesordnungspunkt 33. Dann folgen Tagesordnungspunkt 40 und Tagesordnungspunkt 61. Nach der Mittagspause beginnen wir mit Tagesordnungspunkt 17.

Entschuldigt fehlen heute Frau Staatsministerin Lucia Puttrich ab 12:45 Uhr sowie die Abg. Öztürk, Hofmeyer, Alex, Arnold, Klein und Wolff wegen Erkrankung. Wir wünschen ihnen gute Besserung.

Wir treten jetzt in die Tagesordnung ein. Ich rufe **Tagesordnungspunkt 33** auf:

Große Anfrage der Fraktionen der CDU und BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Antworten auf die demografischen Entwicklungen im "ländlichen Raum" und zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Hessen – Drucks. 19/6064 zu Drucks. 19/5103 –

Vereinbarte Redezeit: zehn Minuten pro Fraktion. Das Wort hat Abg. Michael Boddenberg für die CDU-Fraktion.

## Michael Boddenberg (CDU):

Einen schönen guten Morgen, Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir wollen uns heute Morgen über den ländlichen Raum unterhalten. Ich glaube, das ist sehr notwendig. Ich will zunächst ein herzliches Dankeschön an die Landesregierung für die Beantwortung der umfangreichen Großen Anfrage der Fraktionen von CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN richten. Diese Antwort ist eine tolle Grundlage, auf die wir unsere Arbeit auch in den nächsten Jahren stützen können.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben nach den Achtzigerjahren des letzten Jahrhunderts weltweit eine völlig neue Entwicklung, nämlich einen Zuzug in die Städte, in die Ballungsräume. Das war einmal anders. Wir alle haben zu erkennen – das ist eine Erkenntnis, die zwar nicht neu ist, die aber z. B. durch die Entwicklungen in den Vereinigten Staaten von Amerika eine besondere Verstärkung erfahren hat –, dass wir dieser Entwicklung entgegentreten

müssen. Auf diese Entwicklung hat die von der CDU und den GRÜNEN geführte Landesregierung eine Reihe von Antworten. Das wird aus der Beantwortung der Anfrage sehr deutlich.

Wir haben festzustellen, dass es unterschiedliche Lebenswirklichkeiten gibt, aber wir haben auch festzustellen, dass es darauf ankommt, dass die Menschen in den Städten und in den ländlichen Räumen die gleichen Chancen haben. Ich will ausdrücklich sagen: Die für mich wichtigste Erkenntnis in den letzten Jahren war und ist, dass sich 94 % der Menschen in Hessen wohlfühlen – egal, ob sie in den Städten oder im ländlichen Raum leben.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trotzdem müssen wir alles daransetzen, dass die Menschen, die nicht in den Ballungsräumen leben, nicht das Gefühl haben, dass wir sie vernachlässigen, dass sie abgehängt werden, dass sie Menschen zweiter Klasse sind. Im Gegenteil, wir werden alles tun, dass sich die Menschen im ländlichen Raum auch in Zukunft wohlfühlen, weil sie wissen, dass sich die Landespolitik auch und gerade um sie kümmert.

Als wir Ende Januar Haushaltsberatungen hatten, haben Sie beobachten können, dass wir von der CDU und den GRÜNEN eine ganze Reihe von Anträgen eingebracht haben, die sich ausschließlich mit dem ländlichen Raum befassten. Einer der wichtigsten Punkte ist, dass wir die vielen Maßnahmen für den ländlichen Raum besser koordinieren. Deswegen wollen wir mit einer Stabsstelle in der Staatskanzlei dafür sorgen, dass die unterschiedlichen Maßnahmen verschiedener Ressorts zielgerichtet und effektiv gebündelt werden.

Wir konnten in der letzten Woche erleben, dass die Landesregierung mit gutem Beispiel vorangeht. Ich will das noch einmal an Zahlen deutlich machen: In den beiden Haushaltsjahren 2018 und 2019 werden insgesamt 1,8 Milliarden € in den ländlichen Raum investiert. Das ist die größte und wichtigste Investition, die es dort je gegeben hat.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Investitionen fließen unter anderem in klassische Bereiche der Infrastruktur. Ich will den Landesstraßenbau nennen und dem Verkehrsminister ausdrücklich noch einmal dafür danken, dass wir ein sehr umfängliches Paket von Sanierungsmaßnahmen haben.

(Zurufe von der SPD)

- Lieber Herr Roth, das interessiert Sie als Wiesbadener vielleicht nicht, aber die Menschen im ländlichen Raum wird es sehr wohl interessieren, dass wir mit rund 380 Millionen € über mehrere Jahre Planungssicherheit für den Landesstraßenbau schaffen. Ich habe jedenfalls aktuell keine größeren Beschwerden in diesem Zusammenhang mehr gehört.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kümmern uns darum, dass wir auch vor Ort ein breites und vielfältiges Schulangebot haben. Der alte Slogan "Kurze Beine, kurze Wege" gilt nach wie vor. Selbstverständlich fällt es hin und wieder schwer, beispielsweise kleinere Grundschulen

am Netz zu halten. Trotzdem glaube ich, dass gerade diese Maßnahme sehr wichtig ist, damit vor allem Eltern mit Kindern keinen Grund haben, wegen einer mangelhaften Schulsituation vor Ort ihren Wohnort zu verlassen. Es ist die genau richtige Politik, das nicht immer nur unter ökonomischen Gesichtspunkten zu sehen, und das ist eine bewusste strategische Entscheidung für den ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie werden verfolgt haben, dass wir einen weiteren wichtigen Punkt, den man immer wieder hört, der die Menschen umtreibt, der ihnen Sorgen macht, nämlich die nicht flächendeckende Versorgung mit Gesundheitsleistungen, aufgegriffen haben. An der Stelle wollen wir erneut und noch mehr investieren, beispielsweise in die Nachfolge bei Landarztpraxen, beispielsweise dadurch, dass wir die Zahl der Gemeindepfleger und Gemeindeschwestern noch einmal deutlich, um 50, erhöhen. Frau Kollegin Faeser, das sind Impulse, aus denen vor Ort sehr viel werden kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir investieren in die Infrastruktur – nicht nur in Straßen, sondern auch in die digitale Infrastruktur. Das macht es möglich, dass "Telemedizin" nicht irgendein technischer Begriff ist, sondern eine reale Form der Umsetzung einer verbesserten gesundheitlichen Versorgung, auch und gerade im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zurufe von der SPD)

Wir haben große Fortschritte im Bereich der Digitalisierung erzielt. Ende 2018 werden wir hessenweit eine Breitbandversorgung mit mindestens 50 MBit/s haben – auch an der Bergstraße, Herr Schmitt.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Wir arbeiten schon an den nächsten Schritten, dass wir nämlich bis 2020 immerhin 60 % aller Haushalte in Hessen mit einer Leistung von 400 MBit/s versorgen können. Das ist eine der entscheidenden Baustellen, wenn es um die Frage des Zusammenhalts und der Aufrechterhaltung von Zukunftsperspektiven im ländlichen Raum geht.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann den Bogen weiterspannen. Wir können darüber reden, wie viel wir in die Sicherung von Fachkräften investieren – eine der großen volkswirtschaftlichen Herausforderungen –, beispielsweise durch ein breites Netz an beruflichen Bildungsangeboten, aber auch durch die Förderung der Fachhochschulen in der Fläche. Es gibt heute unzählige Unternehmen in Hessen, die dankbar sind, dass sie in Zusammenarbeit mit den Hochschulen Fachkräfte gewinnen können. All das sind Maßnahmen, die dafür sorgen, dass die Menschen keinen Grund haben, in die Städte zu gehen, weil sie glauben, dass sie nur dort persönliche und berufliche Perspektiven haben.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden noch häufig darüber reden, was wir tun, damit die Kommunen vor Ort ihre Leistungen erbringen können. Das Stichwort Hessenkasse werden wir in dem vergangenen Plenum sicherlich nicht zum letzten Mal diskutiert haben. Die Kommunalinvestitionsprogramme und die Rekordsummen im Kommunalen Finanzausgleich – auch und

gerade für den ländlichen Raum – sind wichtige, notwendige und gute Voraussetzungen für die Zukunft der Menschen, der Kommunen sowie für die Aufrechterhaltung der Strukturen im ländlichen Raum, die für viele so lebensund liebenswert sind.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, häufig sind es ja nur "die kleinen Dinge", die wichtig sind. Deswegen bin ich stolz darauf, dass meine Fraktion nach wie vor diejenige im Hessischen Landtag ist – gemeinsam mit den GRÜNEN –, die dafür sorgt, dass innere Sicherheit selbstverständlich nicht nur ein Thema der Städte ist.

(Günter Rudolph (SPD): Das ist neu! Jetzt habe ich etwas gelernt!)

Herr Rudolph, das ist nicht nur ein Thema in den Ballungsräumen, sondern das ist ein Thema, das auch in den ländlicheren Regionen die Menschen bewegt.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Es beginnt nicht nur bei der Polizeistation – Herr Rudolph, diese gehört auch dazu –, sondern vor allem auch mit den unzähligen Ehrenamtlichen, die sich um Sicherheit kümmern. Das sind weit über 70.000 Feuerwehrleute. Wenn Sie in die Haushaltspläne schauen, stellen Sie fest: Noch nie hat Hessen so viel in die Aufrechterhaltung und Förderung der Struktur und der Sicherheit investiert, insbesondere bei den Feuerwehren und den Sicherheitskräften, der Polizei im ländlichen Raum.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Norbert Schmitt (SPD): Das ist doch gar nicht wahr! – Weitere Zurufe)

Das Gleiche gilt für die vielen anderen vermeintlich kleinen Dinge der Gesellschaft und die Wünsche der Menschen vor Ort, ob das die Förderung einer breiten, auch dezentralen Museumslandschaft ist oder die Förderung von Heimatvereinen. Der Begriff "Heimat" kommt mittlerweile wieder in unserem Sprachgebrauch, ohne romantisierende Folklore dahinter, vor. Es ist nämlich eines der ureigensten Bedürfnisse der Menschen, ein Heimatgefühl zu haben. Ich freue mich darüber, dass das mittlerweile offensichtlich parteiübergreifend Tendenz in diesem Lande ist.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ob in der Landwirtschaft, ob im öffentlichen Personennahverkehr, ob in der Gesundheitssicherung: Wir haben mit diesem Haushalt Maßstäbe für die Zukunft, die Entwicklung und die positiven Perspektiven im ländlichen Raum gesetzt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, am Ende des Tages wird es uns nie gelingen, alle Wünsche aller Menschen zu befriedigen. Es wird nie gelingen, jeden vollständig glücklich zu machen; aber wir tragen dafür Sorge, dass man überall in Hessen gut und gerne leben kann. Wir ermöglichen Wahlfreiheit, indem wir überall gute und gleichwertige Lebensbedingungen schaffen, damit es auch in Zukunft heißt: Die Menschen fühlen sich in Hessen sehr wohl. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächste spricht Frau Kollegin Knell für die FDP-Fraktion.

## Wiebke Knell (FDP):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Man muss der schwarz-grünen Landesregierung eines lassen: Die Werbekampagne um die Wähler im ländlichen Raum zieht sie gnadenlos durch.

(Beifall bei der FDP – Günter Rudolph (SPD): Das wird aber nichts nutzen!)

Nachdem die sogenannte Offensive für den ländlichen Raum der Öffentlichkeit vorgestellt wurde, wird nun keine Gelegenheit ausgelassen, jede noch so kleine Maßnahme unter die Förderung des ländlichen Raums zu subsumieren. Die Verlagerung von 20 Dienststellen ins Finanzamt Michelstadt wird genauso öffentlichkeitswirksam gefeiert wie diese umfangreiche Beantwortung der Große Anfrage der Koalitionsfraktionen, die nur eineinhalb Monate nach der Anfrage der SPD eingereicht wurde.

(Norbert Schmitt (SPD): Na, na, na!)

Immerhin hat es die Landesregierung geschafft, die Große Anfrage der Koalition in gut sechs Monaten zu beantworten. Das ist auch nicht immer der Fall.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Aber schauen wir uns diese angebliche Offensive der Landesregierung doch einmal etwas genauer an. 1,8 Milliarden € werden in den laufenden zwei Jahren des Haushalts konkret in den ländlichen Raum investiert – behauptet jedenfalls die Landesregierung. Man kann Herrn Boddenberg auch fast glauben, wenn er die ganzen Zahlen und Projekte aufzählt. Aber nur fast, denn von diesen 1,8 Milliarden € sind allein 1,3 Milliarden € Mittel aus dem Kommunalen Finanzausgleich.

(Michael Boddenberg (CDU): Gott sei Dank! – Lachen des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Diese Mittel gibt es seit 2016. Diese Mittel aber als Neuheit zu verkaufen grenzt zumindest an eine Trickrechnung.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Dann auch noch die Landesstraßenbaumittel und die europäischen Fördertöpfe für den ländlichen Raum inklusive Agrarförderung einzuberechnen, ist schon legaler Trickbetrug.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die angebliche Offensive der Landesregierung für den ländlichen Raum knapp acht Monate vor der Landtagswahl ist eine Werbekampagne auf Steuerzahlerkosten.

(Michael Boddenberg (CDU): Für den ländlichen Raum, das stimmt!)

Dabei werden bestehende Maßnahmen als neu verkauft und die Zahlen je nach Gusto völlig willkürlich addiert. Warum die Landesregierung das macht, hat sie in der Pressekonferenz selbst beantwortet: Man braucht ein Marketingkonzept, um die 50 % Wähler im ländlichen Raum gewinnen zu können.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Der ländliche Raum braucht aber statt schöner Slogans und Politikmarketing mehr Infrastruktur und Bildung. Wir brauchen Digitalisierung und Mobilität.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Für die GRÜNEN ist der ländliche Raum einzig und allein die Fläche, auf der sie für ihre städtische Klientel romantische Agrarstrukturen und Urwälder vergangener Zeiten herstellen wollen.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der SPD)

Ja, es ist so. Anders lässt sich nämlich die Verweigerungshaltung bei der Entwicklung des ländlichen Raums nicht mehr deuten.

Wenn wir den ländlichen Raum als eigenen Wirtschaftsund Lebensraum für die Menschen attraktiv gestalten wollen, brauchen wir eben auch Straßen- und Mobilitätsangebote. Wenn Ihre Große Anfrage eines belegt, dann ist es die Geh-zu-Fuß- und Fahr-Rad-Politik, die der grüne Verkehrsminister seit vier Jahren betreibt.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD – Armin Schwarz (CDU): Haben Sie einmal in den Haushaltsplan geschaut?)

- Ja. – Schauen Sie sich doch die in den Antworten aufgezählten verwirklichten Straßenprojekte an. Wenn Sie die von Posch und Rentsch durchgesetzten Projekte herausnehmen, bleibt nicht mehr viel übrig.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, die Entwicklung des ländlichen Raums wird von Schwarz-Grün seit Jahren völlig vernachlässigt. Anstatt Ortsumgehungen für mehr Lebensqualität zu bauen, baut Al-Wazir Radwege und versucht, so wenig Geld wie möglich in den Straßenbau zu investieren.

(Armin Schwarz (CDU): So viel Geld wie noch nie, Frau Kollegin!)

Jetzt aber die Mittel des Landesstraßenbaus als Mittel für den ländlichen Raum umzudeuten, spottet jeder Beschreibung.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Armin Schwarz (CDU))

– Jetzt unterbrechen Sie mich doch nicht ständig. Das ist wirklich nervig.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Wenn wir wollen, dass der ländliche Raum attraktiv und Teil einer Lösung, auch für die Wohnungsprobleme der Ballungsräume, wird, brauchen wir eine Anbindung an die Wirtschaftsräume. Die Leute sind bereit, Wegstrecken auf sich zu nehmen. Aber das hat auch Grenzen. Wenn man dann lesen muss, was die Vorstellungen des Wirtschaftsministers zur Mobilität der Menschen auf dem Land sind, kann man sich ärgern oder bestenfalls den Kopf schütteln.

Am 27. Januar gab es in der "HNA" ein Interview mit Tarek Al-Wazir. Dort steht, ein Ziel der hessischen GRÜ-NEN sei es, die Mobilität im ländlichen Raum zu verbessern. Der Minister sagt dann, wir müssten kreativer werden. Er setze unter anderem auf Bürgerbusse, Rufbusse, Mitfahrerbänke und Vereine, die privat Carsharing organisieren. Während also die Städter von Investitionen in Infrastruktur profitieren, sollen die Dörfler schön auf den Bänkchen sitzen, bis sie ein Nachbar mitnimmt.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP und der SPD – Zurufe)

Sorry, Herr Minister, aber das sind keine Lösungsansätze. Das ist für uns am Thema vorbei. Wir brauchen auch im ländlichen Raum einen attraktiven ÖPNV und eine vernünftige Straßenanbindung. Mindestens genauso wichtig ist eine Breitbandanbindung, die es ermöglicht, dass Menschen von zu Hause aus arbeiten können,

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut!)

auch wenn sie große Datenvolumen verarbeiten müssen. Wer heute noch die Geschwindigkeit von 50 MBit/s als angestrebten Standard propagiert oder gar behauptet, dass das die Zukunft sei, wird die ländlichen Räume langfristig abhängen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Sprechen Sie doch bitte einmal mit Menschen aus kleinen Orten, beispielsweise in Nordhessen. Ich biete mich dafür an. Falls Sie solche Menschen nicht kennen sollten, bin ich gern behilflich.

(Heiterkeit und Beifall bei der FDP)

Ich wohne in Nausis. Das ist ein Stadtteil von Neukirchen im Schwalm-Eder-Kreis. Wir haben 287 Einwohner und ein Internet wie im Mittelalter. Erst am Wochenende hat mir jemand aus meinem Dorf berichtet, dass er von seinem Arbeitgeber das Angebot bekommen habe, Homeoffice zu machen. Er kann dieses Angebot aber nicht annehmen, weil die Datengeschwindigkeit nicht ausreicht, damit er vernünftig arbeiten kann.

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

So muss er weiterhin jeden Tag nach Frankfurt fahren. Ihm nützt auch das Jobticket nichts, auch wenn er ein hessischer Landesbeamter ist, weil es vor Ort eben keinen vernünftigen ÖPNV gibt.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Meine Damen, meine Herren, das ist die Realität im ländlichen Raum.

(Minister Tarek Al-Wazir: Deshalb muss man kreativer werden!)

Es nützt nichts, wenn Sie sich feiern, dass der Hochtaunuskreis auf Platz 1 der bestversorgten Landkreise – –

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herr Staatsminister, ich bitte, die Zwischenrufe von der Regierungsbank einzustellen.

(Beifall bei der SPD und der FDP)

## Wiebke Knell (FDP):

Es nützt nichts, wenn Sie sich feiern, dass der Hochtaunuskreis auf Platz 1 der bestversorgten Landkreise Deutschlands liegt, wenn es viele Orte gibt, in denen man nicht einmal an einer Skype-Konferenz teilnehmen kann. Wir verschlafen hier gerade die Chance schlechthin. Wir brauchen auch im ländlichen Raum Glasfaser; nur dann kommen wir wirklich voran.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Dazu gibt es auf Bundes- und Landesebene nichts als Leere. Diese Landesregierung ist nur groß darin, wenn es darum geht, Geldsummen großzurechnen, wie das in diesem Projekt gemacht wird. Wenn es aber um mögliche Lösungskonzepte geht, dann steht sie da wie der nackte Mann, dem man nicht in die Tasche greifen kann.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Ein wirkliches Konzept lässt die groß angekündigte Heimatkampagne vermissen. Es ist nach vier Jahren Regierungszeit schon ein Armutszeugnis, eine angebliche Offensive darzustellen, die nichts Neues beinhaltet und nur daraus besteht, die vorhandenen Programme zu summieren, um eine vermarktbare Gesamtsumme von 1,8 Milliarden € zu bekommen. Bei dem Ganzen fehlt am Ende eigentlich nur noch ein Marketingclou, vielleicht ein Heimatministerium einzurichten. Das wäre es noch gewesen, ein hessischer Staatsminister für Heimat. Aber vielleicht müssen wir darauf nicht mehr lange warten.

(Beifall bei der FDP und der SPD – Holger Bellino (CDU): Ich würde das nicht ins Lächerliche ziehen! Sie wollen nicht einmal Jamaika! Was wollen Sie dann mit Heimat? Kein Jamaika, keine Heimat!)

Eine neue Sache gibt es dann doch: die Stabsstelle in der Staatskanzlei, die die Offensive koordinieren soll. Wofür man eine Koordination braucht, wenn man kein großes Konzept hat, weiß ich nicht. Aber die insgesamt 66 Stellen im höheren Dienst scheinen dafür noch nicht auszureichen.

(Norbert Schmitt (SPD): Sehr gut! – Holger Bellino (CDU): Was will die FDP?)

– Dafür reicht die Zeit jetzt nicht. Es geht ja um Ihre Große Anfrage, nicht wahr?

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Der ländliche Raum hat jedenfalls mehr verdient als eine ausgelaugte CDU und eine Großstadtpartei, die den ländlichen Raum in einen Urwald und eine romantische Idylle à la "Bauer sucht Frau" verwandeln will.

(Beifall bei der FDP und der SPD – Klaus Peter Möller (CDU): Sie haben sich alles so schön aufgeschrieben! Wie wäre es einmal mit einer freien Rede?)

Ich habe den Eindruck, dass der ländliche Raum für einige Verantwortliche die Rolle eines großen Freilichtmuseums für das Rhein-Main-Gebiet einnimmt und dass die Menschen Statisten sind – das kann man in der Großen Anfrage lesen –, die sich munter in Vereinen engagieren und dann schön Ahle Wurscht essen. Und für den Fall, dass sie einmal erkranken, schlagen Sie vor, dass sich die Gemeindeschwester um die Leute kümmert.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Klaus Peter Möller (CDU))

- Also, mit Ihren Zwischenrufen diskreditieren Sie sich selbst. Das ist wirklich nervig.

(Klaus Peter Möller (CDU): Da stehe ich drüber!)

- Ja, dann stehen Sie drüber. – Die Offensive für den ländlichen Raum verdient diesen Namen jedenfalls nicht. Das ist schade, vor allem für die Menschen, die dort leben. Hessen verdankt einen Großteil seiner Attraktivität dem ländlichen Raum, und die Menschen dort verdienen wertgleiche Bedingungen zwischen Stadt und Land. Diese ha-

ben wir nicht, aber nur dann werden wir als Land Hessen auf Dauer erfolgreich sein. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächste spricht Frau Kollegin Schott für die Fraktion DIE LINKE.

(Minister Tarek Al-Wazir: Was will die FDP jetzt machen?)

## Marjana Schott (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich finde es schön, dass die Landesregierung das Thema "ländlicher Raum" aufruft. Nicht schön ist dabei allerdings, dass Sie sich hinstellen und alles schönreden, statt einen ernsthaften Problemaufriss zu machen und selbstkritisch nach Lösungen zu suchen. Sich die Welt schönzureden, hilft draußen im Land niemandem. Das schafft keinen Bus aufs Land, keine Ärztin entscheidet sich deshalb, eine Praxis auf dem Land aufzumachen, und es verbessert auch die Geschwindigkeit des Internets nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Wissen Sie, was ich aber richtig erfreulich finde, ist, dass es Antworten auf eine Große Anfrage gibt – es sind richtig viele Fragen –, die Hessische Landesregierung aber nicht ein einziges Mal damit antwortet: "Hierzu liegen der Hessischen Landesregierung keine Informationen vor."

(Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Heißt das jetzt, dass die Regierung kann, wenn sie will, oder dass die Opposition die falschen Fragen stellt, oder dass Sie nur wollen, wenn Sie wollen?

(Holger Bellino (CDU): Das auf jeden Fall!)

Dann wird es aber echt problematisch.

(Holger Bellino (CDU): Kommen Sie doch einmal zum Thema!)

Wenn ich mir anschaue, wie Sie mit Anfragen umgehen – ich darf hier einmal zwei Anfragen zum gleichen Thema hochhalten;

(Die Rednerin hält zwei Drucksachen hoch.)

die eine enthält etwas mehr als 100 Fragen, die andere ein bisschen weniger als 100 Fragen; die eine hat 125 Seiten an Antworten; die Antworten der anderen umfassen 25 Seiten –, stellt sich die Frage: Finden Sie, dass das in der Summe eine seriöse Art ist, mit den Problemen des ländlichen Raums umzugehen?

(Beifall bei der LINKEN und der SPD – Holger Bellino (CDU): Das hängt doch von den Fragen ab!)

- "Das hängt von den Fragen ab." Ich dachte, eine Regierung sei in der Lage, Fragen, die sie gestellt bekommt, zu beantworten. Diese ist es offensichtlich nicht.

(Holger Bellino (CDU): Wie wird denn das Wetter nächste Woche? Erzählen Sie doch mal!)

Ich meine, Sie brauchen sechs Monate für Ihre. Die andere Anfrage ist zwei Monate älter; die Antworten kamen am selben Tag.

(Anhaltende Zurufe des Abg. Holger Bellino (CDU))

 Getroffene Hunde bellen, Herr Bellino. Daher würde ich sagen: Bellen Sie ruhig weiter.

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen der Präsidentin)

Die wundersamste Wahrnehmungsverzerrung besteht in den Antworten zur Unterstützung der kommunalen Finanzen seit der Finanzkrise im Jahr 2008. Da hat die Landesregierung wahre Heldentaten vollbracht. Statt für eine auskömmliche Finanzierung der Kommunen zu sorgen, die sowohl für eine gute soziale Infrastruktur sorgt als auch durch Investitionen die lokale Wirtschaft ankurbelt, hat sie Kürzungen vorgenommen und Programme reingeschoben. Dazu kann man an verschiedenen Stellen z. B. nachlesen:

Nach dem Auslaufen der Konjunkturfördermittel sind die Investitionen dann stark eingebrochen und erreichen in den Jahren 2013 und 2014 mit 1,4 bzw. 1,5 Milliarden € absolut und nominal die niedrigsten Werte seit Mitte der Neunzigerjahre.

Ich möchte wissen, wie Sie sich noch loben können, wenn Sie von außen solche Kritik bekommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wenn man sich das konkret anschaut, dann geht es mit dem Schutzschirm weiter; und dann kommt wieder die Ahnungslosigkeit der Regierung über das Ergebnis. Das erinnert mich ein bisschen an die drei Affen, nach dem Motto: nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. Nichts zu sagen, wäre auch schön, aber Sie loben sich noch für den Unfug, den Sie vielerorts machen. Sie haben zu den Schwimmbadschließungen einmal gesagt, es sei Ihnen kein geschlossenes Schwimmbad bekannt. – Es waren fast 50 Schwimmbäder, die geschlossen worden sind. Mit Ihrer Ahnung ist es immer nur dann so, wenn es Ihnen in den Kram zu passen scheint.

(Beifall bei der LINKEN)

Erzählen Sie den Menschen in Naumburg-Altenstädt einmal etwas über Ihre großartigen Leistungen beim Breitbandausbau. Das ist ein kleiner Ort im Wolfhager Land; das ist ländlicher Raum. Wenn Sie denen eine E-Mail schicken, dann darf die nicht so umfangreich sein, wenn Sie wollen, dass sie noch vor Ostern ankommt.

(Holger Bellino (CDU): Ich lache nachher ein bisschen!)

– Sie können ja einmal hingehen und nachfragen.

Sie sagen:

Die Maßnahmen des Ökoaktionsplans werden aus mehreren Förderprogrammen für die Landwirtschaft und den ländlichen Raum unterstützt.

Das klingt schön. Ich frage mich aber, ob die Förderung so restriktiv gehandhabt wird, dass sie nicht dort ankommt, wo sie hin soll, oder ob es zu kompliziert ist. Denn die Landesregierung hat es nicht geschafft, obwohl Öko für sie so wichtig ist, ihre eigenen Flächen vollständig umzustellen.

Da wäre doch die Möglichkeit, eine gute Vorbildrolle einzunehmen. Da gibt es Flächen, die dem Land gehören, und diese Regierung will das angeblich, aber stellt sie nicht um. Die Domänen und Pachtobjekte Baiersröderhof, Burguf-

feln, Beberbeck, Dauernheimerhof, Dilshofen, Eichhof, Fahre, Häuserhof, Hebenshausen, Hunsrück, Johannesberg, Kinzigheimer Hof usw. usf.: Von 7.765 ha Landesfläche werden nur 2.022 ha ökologisch bewirtschaftet. Wieso loben Sie sich dann über den grünen Klee für Ihre tollen Programme?

## (Beifall bei der LINKEN)

Dann können wir weiterschauen, wie die Situation bei Hessen-Forst aussieht. An der Stelle möchte ich den Menschen, die jetzt bei dieser Kälte draußen im Wald arbeiten, meinen Respekt und meinen Dank aussprechen. Ich glaube, das könnte das ganze Haus tun, denn das ist wirklich eine Leistung.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU)

Da wurde in der Vergangenheit auf Teufel komm raus gekürzt, und Forstämter wurden zusammengelegt. Das ist auch das Ausdünnen von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum. Da hilft es nicht, wenn Sie sich jetzt hinstellen und sich unentwegt öffentlich loben, weil Sie im ländlichen Raum wieder Stellen geschaffen haben. Den Kahlschlag, auch im Wald, bezogen auf die Personalsituation, hat diese Landesregierung noch lange nicht ausgeglichen. Hinzu kommt ständige Neubelastung in der Arbeit. Wenn man ordentlich zertifizieren will, braucht man dafür auch Personal.

Die personelle Wiederaufforstung liegt weit hinter dem zurück, was Sie mit Kochs "düsterer Zukunft" begonnen haben zu zerstören. Zerstörung ist das einzige Wort, das das beschreibt. Ich will Ihnen das an einem Beispiel verdeutlichen:

Bei den hessischen Gerichten wurden seither 1.250 Stellen abgebaut und 26 Standorte geschlossen. Dafür wurde richtig viel Geld in die Hand genommen. Geschlossen wurde im ländlichen Raum. Das waren Standorte wie Hilders, Sontra, Gersfeld, Rüdesheim, Nidda und viele mehr, also im engeren Sinne: Nahraum auf dem Land. – Die Mehrbelastung der betroffenen Bevölkerung war Ihnen dabei völlig wurscht.

Jetzt loben Sie sich bitte nicht dafür, dass Sie nun wieder neue Stellen schaffen. Denn diese neuen Stellen entstehen in Frankfurt, Darmstadt, Marburg, Kassel, Wiesbaden, Gießen, also nicht im ländlichen Raum. Wieder eine Mogelpackung.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dann loben Sie sich für Ideen, die gar nicht Ideen der Landesregierung sind, und für Fördermittel, die Sie nur durchreichen. Manchmal kommt auch nur ein kleiner Teil da an, wo er hin soll, manchmal wird es auch nicht ausgeschöpft. Wie war das gestern noch in der Fragestunde zum Thema Bundesmittel und Kitaqualität? – Herr Sozialminister, da gehen Sie erst gar nicht ran. Haben Sie Angst vor der Arbeit, die es macht, oder haben Sie Angst davor, dass wirklich Qualität entstehen könnte? – Mittel vom Bund nicht zu wollen, finde ich wirklich frevelhaft.

## (Zuruf des Abg. Ismail Tipi (CDU))

Der Schlingerkurs der Landesregierung zum Thema Qualität und Gebührenfreiheit in den Kitas gipfelt in solchen Anträgen wie z. B. in dem der CDU zum ländlichen Raum, bei dem es darum geht, Kitaplätze nicht auszubauen und

stattdessen eine Herdprämie zu zahlen. Das zeigt noch einmal deutlich, wo die CDU steht. Das ist nicht das, was der ländliche Raum tatsächlich braucht.

Das geht weiter, wenn man sich die Bildungsfrage anschaut, zum Schülerticket. Gerade im ländlichen Raum brauchen Kinder und Jugendliche die Mobilität. Wenn die Schule noch im Nahraum liegt, müssen die Eltern für das Ticket aufkommen. Das kann niemand mehr nachvollziehen, wenn man das mit den Landesbeschäftigten, die ein Ticket haben, vergleicht. Frau Kollegin, ich bin auch völlig bei Ihnen: Es ist Glückssache, wenn es dann auch noch eine Busstation gibt.

Kleine Grundschulen auf dem Land retten – na ja, das können Sie so sehen. Ich sage einmal: Sie machen aus den kleinen Grundschulen Abteilungen, die Abteilungen werden einer anderen Grundschule angeschlossen, dann wird die Abteilung geschlossen und keine Grundschule. Dann können Sie dabei bleiben, zu sagen, Sie schließen keine kleinen Grundschulen. Nein, Sie haben nur eine Abteilung zugemacht. Das ist doch wirklich gemogelt ohne Ende. Die Betroffenheit vor Ort heißt: Die Schule ist zu.

## (Beifall bei der LINKEN)

Ob die Schule vorher eine Abteilung war oder eine eigenständige Schule, das ist den Schülern und den Eltern doch völlig wurscht. Sie wollen ihre Schule vor Ort behalten.

(Zuruf des Abg. Klaus Peter Möller (CDU))

Das ist überhaupt kein Käse. Das ist das, was im Land passiert.
 Was es vorher an Mehrbelastungen für die Schulleitungen bedeutet, wenn sie mal eben zwei statt einer Schule zu verwalten haben, das sehen Sie nicht. Sie machen doch aus den Schulleitungen Schulmanager. Sie kommen doch gar nicht mehr zu ihrer eigentlichen Arbeit.

## (Zuruf des Abg. Klaus Peter Möller (CDU))

Dann haben Sie sich vorhin für die Hochschulen im ländlichen Raum gelobt. Also, so eine Masse Hochschulen im ländlichen Raum kenne ich nicht. Auch die ehemaligen Fachhochschulen sind doch überwiegend in den Städten. Diejenigen, die sich explizit mit ländlichen Themen beschäftigen, sind im ländlichen Raum. Ich würde jetzt die Stadt Fulda auch nicht als ländlichen Raum bezeichnen, die Umgebung ja, aber die Hochschule steht in Fulda. Nur, um das einmal an einem Beispiel festzumachen.

## (Zuruf der Abg. Petra Müller-Klepper (CDU))

Da muss man doch ehrlich sein. Dann erzählen Sie uns etwas über die Wahlfreiheit und Ganztagsschulen. Wenn man sich das im Grundschulbereich anschaut, dann sieht man, Sie haben noch nicht einmal 1 % geschafft. Das sind doch keine Ganztagsschulen. Sie machen einen Pakt für den Nachmittag, der im Prinzip nichts anderes ist als das, was es vorher auch schon gab, der dann anders genannt wird. Das geht zulasten der Eltern und der Kommunen. Das ist nicht das, was eine Ganztagsschule wirklich ausmacht. Da müssten Sie die Finanzierung übernehmen, das tun Sie aber nicht. Da würden Sie auch im ländlichen Raum etwas leisten.

## (Beifall bei der LINKEN)

Dann schaffen Sie die Inklusion über Schwerpunktschulen. Das ist vielleicht in der Stadt irgendwie zielführend, aber im ländlichen Raum bedeutet das für die betroffenen Kinder, dass sie morgens um 6 Uhr aufstehen, eine Stunde mit

dem Bus über Land gekarrt werden, um dann in ihre Schwerpunktschule zu kommen. Das finde ich dann unglaublich förderlich. Mit solchen Maßnahmen haben Sie den ländlichen Raum richtig hochgehoben.

Die Weiterbildung im ländlichen Raum, die Sie so hoch loben, ist doch auch eher abgespeckt und daraufhin orientiert, dass die Menschen in die Stadt fahren. Das mit dem In-die-Stadt-Fahren klappt vielleicht am frühen Abend, wenn ich zum Volkshochschulkurs gehe. Das mit dem Zurückfahren klappt weniger gut, weil es dann meistens keinen Bus mehr gibt. Sie sollten öfter in den ländlichen Raum gehen, vielleicht auch einmal dort leben und versuchen, dort so zu leben, wie die Menschen dort leben, die nicht so ein großes Einkommen haben und sich nicht unbedingt ein zweites Auto leisten können.

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Frau Kollegin Schott, Sie müssen zum Schluss kommen.

#### Marjana Schott (DIE LINKE):

Das ist ausgesprochen schade; denn es gibt noch eine ganze Menge dazu zu sagen, z. B zur Gesundheitsversorgung. – Ich finde, man muss sich sehr genau überlegen, was in diesen ländlichen Räumen wirklich gebraucht wird. Ja, das Wort Heimat ist in Ordnung. Ja, der ländliche Raum hat Zukunft.

Es ist schön in Hessen. Aber es ist nicht schön wegen dieser Landesregierung, sondern es ist schön trotz dieser Landesregierung.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen.

(Abg. Eva Goldbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) hält einen Wortmeldezettel hoch.)

 Frau Goldbach, wunderbar. Es genügt nicht, jedes Mal nur den Zettel hochzuhalten. Ich habe das vorhin schon bei Herrn Boddenberg gemacht.

(Michael Boddenberg (CDU): Ich bitte vielmals um Entschuldigung!)

Nein, Sie müssen sich nicht entschuldigen. – Frau Goldbach, kommen Sie bitte nach vorne. Sie haben das Wort.

## Eva Goldbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir erleben geradezu eine Renaissance des Landlebens. Wenn man in die Zeitschriftenregale schaut, findet man immer mehr Zeitungen, die "Landliebe", "Landlust" usw. heißen. Das hat aber mit dem wahren Leben im ländlichen Raum nicht viel zu tun.

(Norbert Schmitt (SPD): Das müssen Sie lesen!)

Wir Menschen im ländlichen Raum wollen einfach dort leben, arbeiten, unsere Freizeit verbringen, wo wir uns zu Hause fühlen. Wir sehen den ländlichen Raum nicht als problematischen Strukturraum. Wir sehen viele Stärken

des ländlichen Raums. Wir haben die Herausforderungen längst erkannt und Lösungsansätze ergriffen.

Frau Knell, wenn Sie selbst nicht einmal Respekt vor den Menschen im ländlichen Raum haben, sondern sich darüber lustig machen,

(Wiebke Knell (FDP): Das machen doch Sie!)

dann frage ich Sie: Wie sollen wir Menschen aus dem ländlichen Raum und unser Raum denn dann nach außen dastehen? – Wir brauchen als Allererstes eine andere Haltung zum ländlichen Raum.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir hören hier Beschreibungen. Frau Schott beschreibt den Wald als Kahlschlag, bei Frau Knell ist es der Urwald.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Sie müssen schon zuhören!)

Das ist in beide Richtungen absurd. Ich möchte jetzt einmal versuchen, eine angemessene Beschreibung dessen zu machen, welche Herausforderungen wir haben und wie wir diese Herausforderungen angehen.

Wir wissen, dass in dieser globalisierten, vernetzten und immer komplizierter werdenden Welt das Bedürfnis der Menschen nach intakter Umwelt, nach Heimat und nach Identität wächst. Gerade das bietet der ländliche Raum in sehr hohem Maße, wenn wir dort leben und wohnen.

Der ländliche Raum ist für Naturschutz, Klimaschutz, Ressourcenschutz immens wichtig und erfüllt gesellschaftliche Leistungen. Die Windräder drehen sich auf dem Land. Unsere Lebensmittel werden dort angebaut. Dort liegen die Trinkwassergewinnungsgebiete. Das sind existenzielle Lebensgrundlagen für alle Menschen, für die gesamte Gesellschaft, auch für den Ballungsraum. Das zeigt erst einmal die ungeheure Bedeutung des ländlichen Raums.

Es gibt weitere Vorteile. Die Arbeitslosenzahlen liegen durchweg niedriger als in den Ballungsgebieten.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Es sind alle weggezogen!)

Es ist ein Gerücht, dass alle jungen Leute immer in die Stadt ziehen wollen. Im Gegenteil, die Zuzüge in die Stadt kommen eher von außerhalb, nicht aus den hessischen ländlichen Gebieten, sondern aus anderen Bundesländern oder dem Ausland.

Die Menschen, die im ländlichen Raum aufgewachsen sind, gut ausgebildet und zum Studieren weggegangen sind, kommen oft und gerne wieder und wollen in ihren Heimatregionen arbeiten und leben. Deswegen machen wir uns daran, die Bedingungen auf dem Land permanent zu verbessern.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ich möchte einmal drei Themenfelder ansprechen, wie man dort Verbesserungen bewirken kann und wie wir das schon tun: Digitalisierung, Gesundheitsversorgung und Mobilität.

(Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen der Präsidentin)

Digitalisierung ist heute in aller Munde, und das ist auch gut so; denn sie bietet auch für den ländlichen Raum ungeheure Chancen. Ich möchte das einmal an ein paar Beispielen deutlich machen.

Zunächst einmal Breitband: Klar, darüber wurde heute auch schon geredet, wir brauchen überall schnelle Internetverbindungen. Das Land Hessen hat zusammen mit Bundes- und europäischen Förderprogrammen ungeheuer viel gemacht: ELER, GRW-Programm, GAK-Programm, Landesförderung – das sind riesige Millionenbeträge, die in die Breitbandförderung geflossen sind. Im Doppelhaushalt 2018/19 haben wir jetzt noch einmal 7,4 Millionen € zusätzlich angemeldet.

Wie stehen wir denn im Ergebnis in Hessen da? – Wir zählen beim Breitbandausbau zu den Top 3 der Flächenländer. Die Versorgung gewerblicher Flächen liegt in Hessen mit 80 % auf Platz 2 der Flächenländer. Wir haben drei Kreise, die zu den zehn bestversorgten Kreisen in ganz Deutschland gehören, nämlich den Hochtaunuskreis, den Odenwaldkreis und den Main-Kinzig-Kreis. Jetzt arbeitet die Landesregierung an einer Gigabit-Strategie, um den Breitbandausbau mit noch ganz anderen Datenvolumina weiter auszubauen und zu fördern.

Dazu kann man doch nur sagen: Hessen hat die Herausforderungen längst erkannt, hat die richtigen Weichen gestellt, die richtigen Förderprogramme zur Verfügung gestellt. Wenn man sich diesen langen Weg des Breitbandausbaus einmal anschaut, dann kann man doch nur sagen: Wir sind in Hessen bereits auf der Zielgeraden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Das schnelle Internet ermöglicht erst die Digitalisierung in verschiedenen Bereichen, z. B. die Verlagerung der Arbeitsplätze: 500 Arbeitsplätze der hessischen Verwaltung in den ländlichen Raum. Die werden tatsächlich in den ländlichen Raum verlagert, z. B. 100 in meinem Heimatort Lauterbach, weil dort nämlich die Grunderwerbsteuerverwaltung zentralisiert wird. Das Irre ist: Es gibt eine ungeheure Zustimmung, alle finden es gut. Die Stadt Lauterbach sagt, das sei eine echte strukturelle Verbesserung. Die Arbeitskräfte, die dort arbeiten wollen, seien da, man werde es auch räumlich hinbekommen, dass die Menschen dort schnellstmöglich gute Arbeitsplätze und gute Bedingungen hätten.

Das sind echte gute strukturelle Verbesserungen. Das ist möglich, weil wir dort auch einen guten Breitbandanschluss haben, und daran werden wir weiter arbeiten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Was kann die Digitalisierung noch für den ländlichen Raum bieten? – Die Verwaltungen werden ihre Dienste in Zukunft unabhängig von Öffnungszeiten anbieten können. Wir sind auf dem Weg, bis 2020 mit dem Onlinezugangsgesetz fast alle Leistungen auch online anzubieten. Gerade für den ländlichen Raum ist auch das eine ungeheure Chance, weil wir oft lange Wege zur nächsten Behörde haben. Dadurch sparen wir Zeit und Geld, um zu den Behörden zu fahren, und können das von zu Hause aus erledigen.

Das soll aber nicht heißen, dass wir nur zu Hause sitzen und alles online machen würden – vielmehr gibt es im ländlichen Raum einen unglaublichen Ideenreichtum, wie wir Treffpunkte neu schaffen, an denen wir uns sehen können und wo die Menschen zusammenkommen, ganz viele kleine neue Dorfläden mit angeschlossenen Cafés: Da sind eine ungeheuer lebendige Struktur und Bewegung im ländlichen Raum zu beobachten. Was wir an Arbeiten zu erledigen haben: gerne online, aber wir treffen uns dann doch lieber im Dorfladen und im Café, auch das bekommen wir gut hin.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Noch ein Beispiel für die Digitalisierung und die Chancen: Berufsbilder verändern sich, z. B. beim Zerspanungstechniker. Ich habe mir das letztes Jahr in einem Betrieb im ländlichen Raum angesehen. Früher war das eine Arbeit, bei der man an der Werkbank stand, auch eine Arbeit, die mit viel Dreck und Krach verbunden war. Heute verbringen die Zerspanungstechniker einen Großteil ihrer Arbeitszeit am Computer, um die Maschinen zu programmieren, die dann die eigentliche Fräsarbeit machen. Das heißt, wir haben hier viel interessantere Arbeitsplätze – für junge Leute ist es etwas ganz anderes, einen Großteil ihrer Zeit am Computer mit Programmieren zu verbringen. Das sind also ungeheure Chancen, dass Berufsbilder sich verändern und für die jungen Leute auf dem Land interessanter werden, sodass wir sie für diese Berufe gewinnen und halten können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Noch ein letztes Beispiel aus der Digitalisierung: Früher haben wir in den Kinos auf dem Land die Filmrollen erst sehr spät oder gar nicht bekommen. Das heißt, neue Filme konnten wir dort nicht schauen. Seit Einführung der Digitaltechnik bekommen sie alle neuen Filme sofort – auch da sind wir auf dem Land nicht mehr abgehängt.

Wir kommen zur Gesundheitsversorgung. Das Land macht sehr viel. Wohnortnahe Gesundheitsversorgung ist ein ganz wichtiges Ziel für die Regierungskoalition und für die Landesregierung. Integrierte Versorgungsformen, Förderung der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum: Hier haben wir sehr viele Maßnahmen, um das zu unterstützen und umzusetzen. Ich möchte aber auch einmal ansprechen, wo es noch hängt: Das ist der Bedarfsplan, und das ist Bundessache.

Wir haben gerade an dem Beispiel Neuhof, Kreis Fulda, gesehen, dass dort eine Frauenarztpraxis schließt. Es gibt den Bedarf, die Nachfrage der Frauen, aber die Kassenärztliche Vereinigung genehmigt dort keine neue Praxis, weil der Landkreis schon überversorgt ist. Allerding sind elf der Facharzt-/Fachärztinnenpraxen in Fulda, aber nur fünf im Umland, obwohl es dort viel mehr Patientinnen als in der eigentlichen Stadt Fulda gibt. Auch dort muss eine Menge getan werden, und das zeigt, wir brauchen auch auf Bundesebene die richtige Weichenstellung, um den ländlichen Raum zu unterstützen und gerade im Bereich der Gesundheitsversorgung eine wohnortnahe, dauerhafte und sichere Versorgung gewährleisten zu können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Noch ein paar Worte zum Verkehr: Ich fand es schon witzig, was Kollegin Knell dazu gesagt hat. Bei den vom Land geförderten Straßenbauprojekten liegen 463 von 583 Maßnahmen im ländlichen Raum, das sind über 63 % der Gesamtmittel. Frau Knell, man kann auf diesen Straßen

Fahrrad fahren – man muss es nicht, man kann auch mit dem Auto fahren.

(Heiterkeit – Hermann Schaus (DIE LINKE): Man kann auch zu Fuß gehen!)

Wir haben Sonderprogramme im ÖPNV wie "Mobilfalt" in Nordhessen, "Garantiert mobil!" im Odenwaldkreis, wir haben das Regiotram-Netz um Kassel – dieses Programm soll den ländlichen Raum erschließen und an die Stadt Kassel anbinden –, wir haben Bahnstrecken im ländlichen Raum modernisiert – die Vogelsbergbahn und die Odenwaldbahn –; und um die Barrierefreiheit an kleinen Bahnhöfen und -stationen zu verbessern, investieren Bund und Land im Rahmen des ZIP jeweils 16 Millionen € in die Modernisierung der Stationen. Die meisten dieser Stationen liegen im ländlichen Raum, weil nur Stationen mit weniger als 1.000 Ein- und Aussteigern pro Tag gefördert werden. Wir haben ein Projekt "Bürgerbusse",

#### Vizepräsidentin Heike Habermann:

Frau Kollegin Goldbach, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

## Eva Goldbach (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

in das auch viel Fördergeld fließt. Daneben fördern wir Programme wie Anrufsammeltaxis, Bürgerbusse und vieles mehr, um auch die Mobilität im ländlichen Raum zu gewährleisten.

Kolleginnen und Kollegen, wir sind auf einem guten Weg. Wir haben die Herausforderungen erkannt, und wir werden weiter daran arbeiten, den ländlichen Raum zu unterstützen – aber der ländliche Raum ist stark und kein strukturschwacher Raum. Wir lassen uns auch nicht kleinreden, von niemandem.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

#### Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. - Das Wort hat Ministerpräsident Bouffier.

## Volker Bouffier, Ministerpräsident:

Sehr verehrte Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Ich bin dankbar für die Debatte – nicht für jeden Beitrag, aber dass wir Gelegenheit haben, darüber zu sprechen, wie unser Hessen aussieht.

Man kann es gar nicht oft genug sagen: Bei jeder Umfrage sagen weit über 90 % unserer Bürgerinnen und Bürger, sie leben gerne in Hessen – das ist schon einmal gut –, und, was noch viel wichtiger ist, über 90 % antworten mit Ja auf die Frage, ob sie glauben, dass ihre persönliche Zukunft in diesem Land gut sein wird. Das ist eine Zukunftserwartung, und das ist ein Zustandsbericht, der dem entspricht, wie Hessen ist – und das ist ein ganzes Stück anders, als wir es hier eben gehört haben.

Meine Damen und Herren, ich verstehe es ja: Wenn eine Regierung handelt, dann ist Ihre einzige Antwort, das sei Wahlkampf. Wenn wir etwas Gutes tun, dann sind Sie selten in der Lage, das anzuerkennen – ich komme gleich noch einmal darauf zurück. Aber eines vorweg: Glauben

Sie, das Schlechtreden und Miesmachen hilft irgendjemandem in diesem Lande? Das kann doch kein Mensch mehr hören.

(Manfred Pentz (CDU): Genau so ist es!)

Die Menschen möchten von uns hören: Wie sind eure Vorstellungen für unsere Zukunft? – Das kann man auf 137 Seiten genau nachlesen. Wir haben eine Menge gemacht.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will und kann aus Zeitgründen diese 137 Seiten nicht durcharbeiten. Aber ein paar Bemerkungen seien mir schon gestattet. Wir wissen doch alle, dass wir in einer Zeit rasantesten Umbruchs leben. Der Ausgangspunkt war zunächst die demografische Entwicklung, richtig. Es tritt aber doch eine Menge hinzu. Wir haben eine Revolution der Kommunikation. Wir haben zum Teil eine Revolution in den Arbeitsprozessen: Industrie 4.0, Handwerk 4.0. Das sind alles Stichworte, die uns beschäftigen.

Die spannende Frage ist: Haben wir Ideen, wie wir das erfolgreich gestalten, oder nehmen wir uns gemeinsam zurück? – Diese Regierung hat in der Vergangenheit gehandelt. Sie handelt in der Gegenwart, und unser ganzes Ziel ist, dass wir auch in der Zukunft so handeln, dass die Menschen nicht nur heute gerne in Hessen leben, sondern dass sie auch in zehn oder zwanzig Jahren gut und gerne in Hessen leben. Darum muss es doch gehen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb ist es durchaus in Ordnung, zu schauen, was wir schon alles gemacht haben. Es ist oft bemüht worden: Ja, natürlich, diese Region ist eine starke Region. Die Zahl der Menschen, die gemeinhin im ländlichen Raum verortet sind, kann man unterschiedlich messen. Die einen sagen, der ländliche Raum sind 85 % von Hessen, je nachdem, welche Maßstäbe man anlegt. Aber man wird sicherlich sagen können, dass es mindestens 60 % sind, und es sind mindestens 25 bis 30 % der Bevölkerung. Wenn man es in einem größeren Rahmen sieht, ist es fast die Hälfte der Bevölkerung.

Da geht es also nicht um abgehängte Gebiete, nicht um Expeditionen in ferne Länder, sondern das ist das, was uns Hessen ausmacht.

(Manfred Pentz (CDU): So ist es!)

Meine Erfahrung und auch Ihre, wenn Sie ehrlich sind, ist doch: Die Menschen, um die es dort geht, sind sehr selbstbewusst. Die brauchen keine Tüdelei von denen, die aus dem Zentrum kommen und ihnen erklären, wie das Leben geführt wird. Nein, sie haben Anspruch darauf, dass ihre Zukunft so gestaltet wird, dass sie zu Hause eine gute Zukunft haben. Genau darum geht es, und deshalb nennen wir das auch Offensive für den ländlichen Raum, "Heimat Hessen".

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dazu gehört z. B. natürlich auch der Breitbandausbau. Ich kann die Debatte, ehrlich gesagt, nicht nachvollziehen. Wer bestreitet, dass noch etwas zu tun ist? – Niemand. Aber man sollte anerkennen, dass Hessen, egal wie man es rechnet, immer in der Spitzengruppe in Deutschland ist. Das ist doch gut. Das verdient gelegentlich auch den Hin-

weis des Dankes. Wenn Sie es schon nicht für die Regierung tun, dann z. B. für die Kommunalen, die in gemeinschaftlichen Anstrengungen der Landkreise, teilweise auch der Kommunen, mit Unterstützung des Landes – finanzielle Unterstützung, strategische Unterstützung – eine Menge geleistet haben.

Wenn wir heute in Deutschland im Vergleich aller Flächenländer auf Platz 2 liegen und wenn wir bei der Versorgung der Gewerbebetriebe immer auf Platz 1 oder 2 sind, dann ist das ein Nachweis für eine gute Entwicklung. Das ist nicht Anlass zu Kritik, das ist bestenfalls Ansporn für uns, dass wir wie in vielen anderen Dingen auch in dieser Frage Platz 1 werden wollen. Aber wir müssen uns nicht verstecken. Was dort geleistet wurde, ist gut, und unser Ziel ist, dass wir in wenigen Jahren alle angeschlossen haben

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit dort auch kein Zweifel herrscht: Ich bin ein sehr engagierter Vertreter der Auffassung, dass die Zeit des Kupferkabels in Deutschland zu Ende gehen muss. Ich habe an anderer Stelle über die Zukunft dieses Landes verhandelt und bin nur bedingt glücklich, dass das nicht alle so sehen. Ich bin dafür, dass wir Glasfaseranschlüsse haben, und zwar nicht nur irgendwo mitten in der Straße oder an irgendeinem Verteiler, sondern bis ins Haus. Die Debatte, die darum in der Bundesregierung geführt wird, habe ich unter einer CDU/CSU/FDP-Regierung geführt, jetzt unter einer CDU/CSU/SPD-Regierung. Jetzt wollen wir einmal schauen, was bis Sonntag bei der SPD herauskommt. Ich werbe dafür, dass wir eine stabile Regierung bekommen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das machen wir schon selbst!)

– Geschenkt. Gelegentlich kann man sich freuen, wenn jemand etwas Positives über die eigene Truppe sagt. Das ist nicht immer selbstverständlich.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich würde mich sehr freuen, wenn die Uraltdebatten um das Vectoring überwunden werden könnten. Das war keineswegs immer gemeinsame Position, nicht in meiner Partei, nicht bei der SPD und, mit Verlaub, nicht bei der FDP.

(Jürgen Lenders (FDP): Bis heute auch nicht! Das wird sich auch nicht ändern, Herr Ministerpräsident!)

Trotzdem glaube ich, dass wir gemeinsam für Glasfaser werben müssen. Mich kann keiner damit überzeugen, dass ich, wenn ich die alten Kupferkabel etwas breiter klopfe, vielleicht 100 MBit/s durchbekomme, vielleicht auch 200 MBit/s. Gehen wir einmal fünf oder zehn Jahre zurück. Zehn Jahre sind in diesem Bereich eine Ewigkeit. Gehen Sie fünf Jahre zurück. Von Streamingdiensten und Ähnlichem sprach damals kein Mensch. Das muss aber in Zukunft in allen Bereichen unseres Landes möglich sein, sowohl für das private Leben wie auch für jeden Handwerker, damit er in der Lage ist, aktuell seine Angebote wettbewerbsfähig abzugeben oder entsprechende Angebote anzunehmen. Darum muss es gehen. Darüber streiten wir nicht. Ich sage noch einmal: Da sind wir in Hessen ziemlich gut unterwegs.

Zweite Bemerkung. Frau Kollegin Knell, Sie haben sich mit der Mobilität beschäftigt. Ich sage Ihnen, Sie haben ein auf den ersten Blick lustiges Beispiel geliefert. Sie haben gesagt, die einen fahren mit der U-Bahn, und die anderen müssen irgendwo noch dabei sein.

(Zuruf des Abg. Holger Bellino (CDU))

Schauen Sie: Diese Regierung ist seit Jahren unterwegs, nicht nur um sehr aufmerksam zuzuhören, sondern auch um Neues zu entwickeln. Wir wissen ganz genau, dass weder der RMV noch der Nordhessische Verkehrsverbund in der Lage ist, ein individuelles, für den Bürger möglichst optimales Verkehrs- und Mobilitätsangebot sicherzustellen. Das liegt einfach daran, dass es Gegenden gibt, in denen vielleicht nur noch ein oder zwei Leute mit dem Bus fahren. Dafür kann ich keine Linie mit einem großen Bus fahren lassen. Das ist unbezahlbar, das ist auch volkswirtschaftlicher Unsinn.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Wenn der Bus nur einmal am Tag verkehrt, fährt doch keiner mit!)

Trotzdem müssen wir in der Lage sein, Antworten zu geben, wie jemand, der dort wohnt und keinen Führerschein hat oder nicht mehr fährt, z. B. zum Einkaufen kommt, wie so jemand als älterer Mitbürger zum Arzt kommt.

Wir haben schon längst ein Kompetenzzentrum für Mobilität im ländlichen Raum. Ich weiß nicht, ob Sie es einmal besucht haben. Schauen Sie sich an, was die entwickelt haben, welche Ideen. Wenn Sie dann kommen und sagen, uns wäre nichts eingefallen, dann sage ich: Wir haben eine Fülle neuer Dinge. Die Idee des Bürgerbusses ist aus meiner Sicht die richtige Antwort. Dort gibt es Menschen,

(Zuruf der Abg. Wiebke Knell (FDP))

die bereit sind, in ihrer Freizeit solch einen Bus zu fahren.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Das ist wirklich "super"! In der Freizeit kann man mal einen Bus fahren! Busfahrer ist ein Ausbildungsberuf! – Gabriele Faulhaber (DIE LINKE): Wollen Sie da wohnen?

Unsere Aufgabe muss es sein, die zu entlasten.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ein bisschen mehr Wertschätzung für den Busfahrerberuf! – Weitere Zurufe und Gegenrufe – Glockenzeichen der Präsidentin)

Frau Kollegin Wissler, bleiben Sie entspannt. Zur Wertschätzung der Bürger brauche ich von Ihnen keine Belehrung.
 Lassen Sie uns dessen ungeachtet darüber reden, wie Zukunft aussehen kann. Die einen haben einen Bus, der morgens und abends kommt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Genau!)

Im Regelfall wird er durch den Schülerverkehr gestützt. Niemand, wenn er ehrlich ist, insbesondere aus dem Rhein-Main-Gebiet, hat bis heute eine Antwort, wie man z. B. im östlichen Teil meines Wahlkreises individuelle Mobilität leben kann, weder der RMV noch irgendein anderer, weil es unbezahlbar ist. Also brauchen wir andere Ideen. Wir brauchen viel mehr Ideen. Wir müssen heraustreten aus dem Klein-Klein ewig ausgefallener und ausgetretener Wege. In Frankfurt können wir darüber diskutieren, ob der Takt der U-Bahn schneller werden muss.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Und wo haben Sie Ihre Ideen?)

Das interessiert im Vogelsberg keinen Mensch. Trotzdem müssen wir für beides  $-\,-\,$ 

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herr Ministerpräsident, ich weise darauf hin, dass die vereinbarte Redezeit zu Ende ist.

#### Volker Bouffier, Ministerpräsident:

Okay. Vielleicht wird sich die Sozialdemokratische Partei auch noch zum Thema äußern. Dann haben Sie die Chance und können dazu noch einen Satz dazu sagen. Es ist ein zentrales Thema, und bisher haben Sie gar nichts dazu gesagt.

Ich will deutlich machen: Wenn es eine Chance gibt, bürgerschaftliches Engagement mit dem Anspruch auf individuelle Mobilität zu verbinden, dann ist es doch klug, dass wir darüber nachdenken, ob wir das hinbekommen. Jemand, der diese Chancen ergreifen will, den müssen wir von Bürokratie und vielem anderen mehr befreien. Wir finanzieren den Bus, und dann möchte ich gerne haben, dass jemand, der zu Hause ist, eine Nummer anrufen kann und weiß: Es kommt jemand, der mich dorthin fährt, wo ich hin muss, und auch wieder zurück.

Das ist unser Ziel, und das ist nicht Utopia. Fahren Sie einmal nach Homberg an der Efze. Dort können Sie sich das ansehen. Das ist genau das, was uns vorschwebt: individuelle Mobilität, intelligent vernetzt und nicht die Beschreibung von Verkehrsverbünden, was nicht geht. Wir wissen, was nicht geht. Wir müssen darüber nachdenken, was geht. Dazu brauchen wir viele.

Ich bin für Vorschläge dankbar. Die Debatte, die ich bisher gehört habe, kann man so zusammenfassen: Alles, was wir machen, ist entweder nichts oder Wahlkampf. Meine Damen und Herren, ich habe keinen einzigen Vorschlag gehört, was Sie eigentlich für richtig halten – keinen einzigen.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und dem BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN)

Das wissen doch alle, die sich mit den Menschen unterhalten. Bei dieser Offensive geht es auch um die Frage: Wie können wir eine gute gesundheitliche Betreuung sicherstellen? – Sie soll, soweit das möglich ist, höchsten Ansprüchen genügen. Sie soll wohnortnah sein. Man kann aber nicht an jede Ecke ein Krankenhaus der Maximalversorgung hinstellen.

Wir sehen, dass man bei vielen Praxen auf dem Land nur mühsam neue Inhaber findet. Wie sind unsere Antworten? – Sie sind nicht völlig neu. Wir machen schon eine ganze Zeit lang einiges. Die Förderung der Landarztpraxen ist nicht neu. Wenn wir jetzt Versorgungszentren anbieten, weil es dort niemanden mehr gibt, der die Praxis übernimmt, dann ist das doch ein kluger Gedanke.

Wir sagen jetzt: Wir machen eine Initiative für Gemeindeschwestern. Das Stichwort dazu lautet: Gemeindeschwester 2.0. Sie können sich dann gemeinsam mit den niedergelassenen Ärzten dort um die Menschen kümmern. Das Land bezahlt das. Das ist eine Idee, die wir aufgenommen haben. Das ist doch genau das, was die Menschen dort brauchen. Sie brauchen kein allgemeines politisches Geschwätz. Sie brauchen eine Antwort auf die Frage: Wie ist

eure Idee, wie wir auch in Zukunft gesundheitlich versorgt werden?

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Zuruf der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Frau Kollegin Faeser, es gibt unglaublich viel zu sagen.
 Es gibt eine Fülle an Zahlen. Ich sage das, damit es einmal erwähnt wird, damit es nicht untergeht.

Die Kultur ist mehr als ein Sahnehäubchen. Die Kultur ist ein Teil der Identität. Es ist richtig, dass wir die Heimatvereine fördern. Wir fördern Autorenlesungen im ländlichen Raum. Das gab es noch nie. Wir machen ein Programm für das Kino auf dem Land. Das sind alles Stichworte, die Sie zusammenpacken können. Das ist ideenreich und zukunftsfähig. Vor allen Dingen ist es nah am Bürger. Genau darum geht es uns.

Frau Präsidentin, ein letztes Thema möchte ich noch gerne ansprechen. Es wird dann auch nicht zu lang.

Ich habe gehört, dass wir eigentlich gar nichts Gescheites gemacht haben sollen. Das mag von der Opposition gesagt werden. Das wird der Sache nicht gerecht.

(Manfred Pentz (CDU): Auch nichts Neues!)

Wir verlagern Arbeitsplätze aus den Zentren zu den Menschen.

(Nancy Faeser (SPD): Sie haben die Arbeitsplätze dort abgeschafft!)

Das ist sehr konkret. Das ist eine bis dahin von niemandem verfolgte Aufgabe. Sehr verehrte Frau Kollegin Faeser, Sie kommen aus dem Main-Taunus-Kreis. Sie werden das vielleicht nicht nachvollziehen können.

(Nancy Faeser (SPD): Herr Bouffier, ich weiß, was im Land los ist!)

Frau Kollegin Goldbach hat darauf hingewiesen. – Hören Sie doch zu. Sie können sich doch zu der Sache äußern. Die Sozialdemokratie hat bisher in dieser Debatte kein einziges Wort gesagt. Das muss man vielleicht auch einmal sagen. Sie haben kein einziges Wort gesagt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn mein Redebeitrag Sie so weit bringt, dass Sie sich wenigstens äußern, dann hat das schon einen Sinn.

(Lachen der Abg. Nancy Faeser (SPD))

Frau Kollegin Goldbach hat darauf hingewiesen, dass wir z. B. in Lauterbach eine neue Finanzverwaltung aufbauen. Das geschieht zum ersten Mal. Ich bin lange dabei. Ich kann mich nicht erinnern, dass es so etwas schon einmal gab. Das sind 200 gute und qualifizierte Arbeitsplätze, die die Menschen vor Ort wahrnehmen können. Da es da viele Teilzeitkräfte gibt, sind das weit mehr als 200 Leute.

Sie sind dann nicht mehr stundenlang unterwegs, um ins Rhein-Main-Gebiet zu ihrer Arbeit zu fahren. Vielmehr können sie heimatnah arbeiten. Sie können Beruf und Familie besser zusammenbringen. Sie sind besser in der Lage, soziale Kontakte zu erhalten.

Deshalb sind die Verlagerung der Arbeitsplätze und die Schaffung neuer in der Fläche eines der Kernstücke der Offensive für den ländlichen Raum. Wir reden nicht nur darüber. Wir handeln. Wir machen das an einer ganzen Reihe an Orten.

Ich war letzte Woche mit dem Finanzminister in Nidda. Wissen Sie, was mich da am meisten beeindruckt hat? – Zum ersten Mal bringen wir dort richtig neue Ausbildungsplätze hin. Wir machen eine ganze Menge. Einzelheiten kann ich Ihnen wegen der Redezeit jetzt nicht vortragen.

Mich haben drei Dinge beeindruckt, die ich Ihnen nicht vorenthalten will. Der Bürgermeister und eine Mitarbeiterin haben auf die Frage: "Wie finden Sie das denn?" gesagt: Wissen Sie, eines gefällt uns am meisten. Wir hatten den Eindruck, hier würden irgendwann einmal die Lichter ausgehen. – Jetzt zitiere ich: "Das ist ein Zeichen des Aufbruchs." Genau das müssen wir erreichen. Sie können sich einmal mit jemandem unterhalten, der heute in Nidda tätig ist. Er ist 23 Jahre lang nach Frankfurt zur Arbeit gefahren. Er hat mir erzählt: Ich habe früher dreieinhalb Stunden für den Weg von zu Hause zur Arbeit gebraucht. Heute brauche ich eine knappe halbe Stunde.

Das ist das, was wir wollen. Wir wollen den Menschen konkrete Perspektiven in ihrer Heimat geben. Das setzten wir Stück für Stück um.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

So werden wir das fortsetzen. Wir werden mit den Hessen-Büros – neudeutsch heißt das Coworking Spaces – mehr Arbeitsplätze in der Fläche einrichten. Dort können die Leute arbeiten, und zwar unabhängig davon, in welchem Ministerium oder wo auch immer sie beschäftigt sind. Das ist ein Angebot an alle. Heute in Zeiten vieler Kommunikationsmöglichkeiten fahren sie dann vielleicht noch einmal nach Wiesbaden. Sie tun das aber nicht die ganze Woche. Das werden Sie in Kürze in Limburg besichtigen können. Es gibt also eine Vielzahl Dinge.

Wir haben eine Menge gemacht. Ganz nebenbei, das muss ich einfach einmal sagen: Der Straßenbau kommt allen zugute. – Die Wahrheit ist aber auch: Noch nie wurde in der Fläche so viel wie zurzeit für den Straßenbau ausgegeben. Auch das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Man kann das alles einmal zusammenfassen. Ich finde, man könnte durchaus sagen: Das sind gute Ideen, lasst uns in einen Ideenwettbewerb eintreten.

Ich weiß nicht, wer für die SPD-Fraktion sprechen wird. Frau Kollegin Faeser, Sie haben da dann einen guten Ansatz.

(Günter Rudolph (SPD): Wir haben gute Redner!)

Ich habe hier einen Artikel der "Gelnhäuser Neuen Zeitung" vom 27. Februar 2018. Die Überschrift lautet: "Offensive für ländlichen Raum ist Blendwerk". So äußern sich die Bundestagsabgeordnete Müller und der von mir eigentlich sehr geschätzte Kollege Lotz.

(Günter Rudolph (SPD): Das stimmt alles! – Gegenruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU): Er musste das sagen!)

Hören Sie damit auf. Das ist zu billig. Wissen Sie, warum das so ist? Herr Kollege Lotz, ich lade Sie ein. Wen immer Sie wollen, ich nehme jeden mit. Dann nehmen wir diese beiden Überschriften. Da steht von der SPD, alles, was wir tun würden, sei Blendwerk. In der gleichen Zeitung aus

Gelnhausen steht: Es gibt 35 neue Stellen für Gelnhausen, die gut bezahlt und wohnortnah sind.

Meine Damen und Herren, ich biete Ihnen jede Wette an. Wir können eine Diskussion darüber führen, ob es richtig ist, dass wir die Arbeitsplätze zu den Menschen in die Fläche bringen, oder ob wir nur mäkeln wollen und dann schreiben, alles sei Blendwerk. Auf diese Diskussion freue ich mich. Wir werden sie gewinnen. – Vielen Dank.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kolleginnen und Kollegen, die zwischen den Fraktionen vereinbarte Redezeit wurde um 9:30 Minuten überschritten. Damit wachsen der SPD-Fraktion, die ihre Redezeit noch nicht ausgeschöpft hat, drei Minuten hinzu. Sie hat also 13 Minuten Redezeit. Die anderen haben Anspruch auf fünf Minuten, da deren Redezeit ausgeschöpft war.

Als Nächster erhält Herr Kollege Schäfer-Gümbel für die SPD-Fraktion das Wort.

## Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe mich erst jetzt zu Wort gemeldet, weil ich zunächst hören wollte, was uns der Ministerpräsident angesichts der sogenannten Zukunftswochen noch zu sagen hat.

Der Kern dieser Debatte ist, dass die Union in diesen Tagen versucht, Probleme zu lösen, die es ohne die 19 Jahre Regierungszeit unter der Führung der Union in dieser Form gar nicht gäbe.

(Beifall bei der SPD)

Ich will ganz bewusst mit dem Punkt anfangen, den Sie eben angesprochen haben, nämlich dass Sie vor wenigen Tagen mit dem Kollegen Schäfer in Nidda waren – die Landespressekonferenz im Schlepptau –, um zu erklären, was Sie jetzt alles Großartiges für 1,8 Milliarden € in den nächsten Jahren für den ländlichen Raum machen wollen. Dabei ist völlig unstrittig, dass für den ländlichen Raum viel getan werden muss. – Dazu werde ich später etwas sagen.

Herr Ministerpräsident, das Spannende dabei ist, dass Nidda vor sieben Jahren schon einmal eine Rolle gespielt hat, und zwar bei genau dem Punkt, den ich anspreche. Damals haben Sie nämlich Entscheidungen getroffen, die ein Teil des Problems sind. Sie haben Amtsgerichte geschlossen.

(Nancy Faeser (SPD): Ja!)

Sie haben Stellen in der Fläche abgeschafft und zentralisiert.

(Beifall bei der SPD)

Jetzt kommen Sie sieben Jahre später an denselben Ort zurück und lassen sich dafür feiern, dass Sie ungefähr im gleichen Umfang neue Stellen zurückbringen.

(Norbert Schmitt (SPD): Ja, das ist unglaublich!)

Deshalb sage ich: Sie versuchen jetzt – wenige Monate vor der Landtagswahl –, die Probleme zu lösen, die es ohne Sie gar nicht gegeben hätte.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LIN-KEN)

Es geht nicht nur um die Stellen in Nidda und anderswo – wir können das jetzt auch im Rahmen der "Operation düstere Zukunft" für viele Positionen im Land nicht nur in der Amtsgerichtsbarkeit, sondern auch an vielen anderen Stellen durchdeklinieren –, wo Sie seit 19 Jahren getreu den politischen Linien und Vorgaben von Roland Koch und Ihnen zentralisiert haben und den ländlichen Raum geschwächt haben.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der LIN-KEN)

Da kommen Sie jetzt – acht Monate vor der Landtagswahl – und erklären: Jetzt muss es aber anders werden. Jetzt müssten vergleichbare Lebensverhältnisse in Stadt und Land wiederhergestellt werden. – Ich sage Ihnen: Ich halte das für ziemlich mutig

(Nancy Faeser (SPD): Ja!)

angesichts Ihrer eigenen Bilanz im ländlichen Raum in den letzten Jahren.

Dann kommt Ihre ultimative Oberantwort. Damit das jetzt richtig gut funktioniert, wird es dazu eine Stabsstelle in der Staatskanzlei geben. Ich bin ziemlich sicher, dass Sie in den nächsten Wochen noch den einen oder anderen Wahlverlierer aus Ihren Reihen finden, den Sie anschließend auch noch auf diese Stabsstelle schieben können.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Manfred Pentz (CDU): Ei, ei, ei!)

Aber wenn Sie sich nach 19 Jahren Regierungszeit hierhin stellen und davon sprechen, dass man jetzt einmal ausgetretene Pfade verlassen müsse, dass man neue Ideen brauche, dann, finde ich, haben Sie damit sogar ausdrücklich recht. Aber es ist auch eine bezeichnende Bilanz für das, was Sie in 19 Jahren hier angestellt haben.

(Beifall bei der SPD)

Nach den Bemerkungen von Frau Knell, die ich an vielen Stellen außerordentlich zielführend und richtig fand, und denen von Frau Schott kann ich mir hier an vielen Stellen einiges sparen. Ich will uns heute auch gar nicht mehr in jedes Detail entführen.

Aber ein paar Bemerkungen will ich in der Sache schon machen. Ich habe eben schon auf die "Operation düstere Zukunft" hingewiesen, mit ihren Kürzungen in der ländlichen Regionalentwicklung und im Dorferneuerungsprogramm, später mit den Erschwernissen für private Investitionen im ländlichen Raum, dem Abzug von Dienststellen aus dem ländlichen Raum und damit verbunden der strukturellen Schwächung des ländlichen Raums einschließlich der ganzen Verschiebungen, die Sie bei allen möglichen Behörden in Hessen gemacht haben, einschließlich der Veränderungen – da sind wir möglicherweise ideologisch unterschiedlicher Auffassung im politisch Grundsätzlichen - und der Einschränkung in der Hessischen Gemeindeordnung für die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen, was gerade in ländlichen Regionen für die Daseinsvorsorge ein zentrales Momentum ist.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Gabriele Faulhaber (DIE LINKE))

Das geht bis hin zu Ihren ständigen Änderungen der Förderquoten zur Dorferneuerung, wozu Sie bis heute kein

wirkliches Konzept haben. Dieses Programm ist vielmehr nach wie vor ein Verschiebebahnhof. Sie ändern dort alle zwei Jahre etwas kolossal und glauben dann, damit eine Struktur zu schaffen, mit der Sie irgendetwas erreichen. Ich sage Ihnen: Nach 19 Jahren haben Sie aus meiner Sicht jeden Anspruch verloren, noch irgendeine zukunftsfähige Antwort für den ländlichen Raum in Hessen zu beschreiben.

(Beifall bei der SPD – Manfred Pentz (CDU): Das ist unglaublich!)

Dazu kommt – auch das kann ich Ihnen heute nicht ersparen –, dass Sie bei Ihrer Haushalts- und Finanzpolitik mit den Einschränkungen von Investitionsmöglichkeiten der Kommunen mit dafür gesorgt haben, dass sich die Investitionsschwäche auf der kommunalen Seite weiter ausweitet. Da können Sie jetzt gerne weiterhin von der Hessenkasse und anderen Instrumenten reden. Das werden Sie auch in den nächsten Wochen tun.

(Michael Boddenberg (CDU): Ja!)

Aber ich will auch dazu sagen: Auch das ist ein Instrument, das Sie geschaffen haben, um die Probleme zu lösen, die Sie vorher selbst angerichtet haben.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Kommunale Selbstverwaltung, so wie Sie sie in den letzten 19 Jahren an ganz vielen Stellen verantwortet haben – wir wissen, dass das in der jeweiligen Koalition auch immer umstritten war, was Sie hier veranstalten –, heißt am Ende, dass die Kommunen letztlich darüber zu entscheiden haben und entscheiden können, ob sie ihr Schwimmbad schließen oder Vereinsförderung streichen. Das bleibt nach wie vor das Kernproblem.

Jetzt will ich gerne einmal die Bemerkungen des Ministerpräsidenten zu unserem gemeinsamen Wahlkreis im Landkreis Gießen, in dem ich wohne, aufnehmen. Es ist schlicht und einfach so, dass in Wiesbaden oft genug Äpfel mit Birnen verglichen werden, weil die Herausforderungen für die Infrastruktur im ländlichen Raum deutlich andere sind. In einer Flächengemeinde wie Schotten ist das Thema Abwasser und Wasser eine deutlich größere Herausforderung als in Darmstadt. Schotten ist die viertgrößte Flächengemeinde unseres Bundeslandes mit einer Kanallänge von über 200 km. Jeder, der schon einmal in einem Kommunalparlament gesessen hat, weiß, was das für das Thema Gebührenhaushalt und die Belastungen der Bürgerinnen und Bürger heißt.

(Norbert Schmitt (SPD): Ja!)

Wenn wir solche strukturellen Unterschiede in der Landesinfrastruktur und Strukturpolitik nicht anerkennen, dann haben wir dauerhaft eine Benachteiligung des ländlichen Raums.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Janine Wissler (DIE LINKE))

Herr Bouffier, das gilt im Übrigen auch für das Thema Mobilität. Sie wissen, dass ich zwölf Jahre in Birklar gelebt habe. Den Ort kennt fast kein Mensch, außer in unserer Region. Birklar ist ein kleiner Ort; es ist ein Ortsteil von Lich mit 750 Einwohnern. Es ist dort natürlich so, dass sie da – anders als in Frankfurt – nicht über den Nachttakt in der U-Bahn diskutieren, sondern darüber reden, ob sie am Wochenende ein, zwei oder drei Busse in die Kernge-

meinde haben. Wenn Sie sich andere Regionen anschauen, wird das Thema immer größer. Deswegen bin ich sehr dafür, über alle möglichen Modelle nachzudenken. Aber wenn sich jemand nach 19 Jahren Regierungsverantwortung hierhin stellt und erklärt, man müsse jetzt einmal neue Ideen entwickeln, dann kann ich nur sagen: Was haben Sie die letzten 19 Jahre gemacht?

(Beifall bei der SPD und des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Über den Investitionsstau bei Straßen und Schiene haben wir ja mehrfach geredet. Ich habe heute Morgen getwittert, aus aktuellem Anlass hätte ich mir fast gewünscht, wir hätten heute einmal wieder über staufreies Hessen geredet.

(René Rock (FDP): Sehr gut!)

Das ist eine meiner Lieblingsbaustellen. Aber das ist jenseits des Running Gag, den wir in der nächsten Zeit sicherlich noch häufiger hören werden.

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ich habe Sie in der letzten Debatte darauf hingewiesen, dass wir beispielsweise mit Blick auf die Anbindung des Odenwaldkreises

(René Rock (FDP): Ja, sehr gut!)

oder des Marburger Hinterlandes, worum die Kolleginnen und Kollegen parteiübergreifend bitten, wenigstens einmal eine Perspektive bekommen. Man bekommt da von Ihnen überhaupt nichts.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jan Schalauske (DIE LINKE))

Die Frage des angemessenen und bezahlbaren Wohnraums ist nicht nur in den Ballungsräumen ein Thema. Die Verringerung von bezahlbarem und barrierefreiem Wohnraum ist auch in Regionen wie dem Vogelsberg oder Waldeck-Frankenberg inzwischen ein Thema.

(Holger Bellino (CDU): Mein Gott!)

Dazu gibt es einerseits keine Bemerkung, aber es gibt auch nicht den Hauch einer Idee.

Zum Stadt-Land-Gefälle beim Breitbandausbau: Ja, Sie haben recht, im Vergleich zu anderen Bundesländern ist Hessen in der Tat ein Stück nach vorne gerückt. Das ist auch gut so. Aber der entscheidende Punkt ist: Sie tun hier regelmäßig so, als wäre es Ihr Werk.

(Zurufe von der CDU)

Es war aber der Landkreis Odenwald, es war der Landkreis Main-Kinzig, es waren die nordhessischen Landkreise

(Beifall bei der SPD – Manfred Pentz (CDU): Wir arbeiten daran!)

- Herr Pentz -, die teilweise gegen den erbitterten Widerstand

(Unruhe bei der CDU – Glockenzeichen der Präsidentin)

von Kommunalaufsicht und Land --

(Manfred Pentz (CDU): Ich habe noch nie von Ihnen eine Antwort gehört!)

Herr Pentz, jetzt rede ich. Wenn Sie etwas zu sagen haben, dann kommen Sie bitte nach vorne. Das ist selten genug der Fall.

(Beifall bei der SPD)

Der entscheidende Punkt ist --

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Kollege Frömmrich, Sie können auch nach vorne kommen. Ich freue mich jedes Mal auf eine Intervention von Ihnen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Noch einmal: Der entscheidende Punkt ist, dass es Widerstand von der Kommunalaufsicht gab, bis Sie sich dann irgendwann entschieden haben, sodass durch Bürgschaftsprogramme und weitere Unterstützung in der Tat etwas passiert ist. Sie maßen sich aber immer wieder an und tun so, als wären Sie es gewesen. Sie waren es aber nicht. Es waren die Kommunalen, die das organisiert haben.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Ministerpräsidenten Volker Bouffier)

Der Ministerpräsident ruft dazwischen. Volker, der "Bestimmer". Ohne den würde in Hessen gar nichts laufen.
Das haben wir im Odenwald und anderswo gesehen. –
Herr Ministerpräsident, nehmen Sie sich einfach einmal zurück. Es gibt noch andere im Land, die etwas leisten.
Das sind nicht immer nur Sie.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, statt echter Lösungen bieten Sie nun 1,8 Milliarden € an, von denen 1,3 Milliarden € unmittelbar Geld der Kommunen sind. In der Glosse der Woche im "Wiesbadener Kurier" hat Herr Cuntz das mit den "hessischen Bitcoins" wirklich gut auf den Punkt gebracht. Er schreibt wörtlich:

Niemand beherrscht die Kunst, Geld zweimal auszugeben, so gut wie die schwarz-grüne Landesregierung.

(Beifall des Abg. René Rock (FDP))

Dazu hat sie eine Art virtuellen Landeshaushalt kreiert. Hessische Bitcoins.

Weiter heißt es:

Geld zweimal ausgeben: Ministerpräsident Volker Bouffier hat die Idee gefallen. Bei ihm sind es jetzt 1,8 Milliarden €, die er in zwei Jahren, versehen mit dem Etikett "Heimat Hessen", ein zweites Mal investiert. Auch dieses Geld war bereits fest verplant – etwa für Breitbandausbau und bessere medizinische Versorgung auf dem Land. Besonders pfiffig: Auch Geld, das Verkehrsminister Tarek Al-Wazir für seine "Sanierungsoffensive" für Landesstraßen eingeplant hat, wird als "Heimat Hessen" vermarktet. Der hessische Bitcoin ist ein wahrer Renner. Zumindest marketingtechnisch gesehen.

Ich sage Ihnen, Herr Cuntz hat recht. Damit komme ich auch schon zum Schluss. Vorhin haben Sie sich darüber beklagt, dass wir manche Ihrer Maßnahmen als Wahlkampfmaßnahmen stigmatisieren, formulieren bzw. bemerken, dass das Wahlkampf ist. Ich kann Ihnen das nicht ersparen: Einen Teil dessen, was Sie hier als möglichen Problemlösungsansatz anführen, würde es ohne Sie als Problem nicht geben. Was Sie hier machen, ist und bleibt nichts anderes als der zweite Teil der Story, die uns in die-

sem Jahr noch häufiger begegnen wird. Am Abend werden die Faulen fleißig. Das hat nur einen einzigen Grund, und zwar den 28. Oktober und sonst gar nichts. – Danke schön.

(Anhaltender Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster hat Kollege Rock für die FDP-Fraktion das Wort. Fünf Minuten Redezeit.

## René Rock (FDP):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, Sie sprachen von einem Land, in dem man gut und gerne lebt, in dem alles gut ist und in dem Sie Dankbarkeit erwarten für das, was die Regierung getan hat. Sie müssen sich einmal darüber im Klaren sein, was Sie eigentlich wollen. Glauben Sie, in Hessen sei alles gut, und es könne alles so bleiben, wie es ist, oder glauben Sie, dass wir in diesem Land etwas verändern müssen, dass wir dieses Land voranbringen müssen, weil eben nicht alles gut ist? Dazu müssen Sie einmal eine klare Aussage treffen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Der ländliche Raum rückt nun plötzlich in den Fokus. Sie regieren seit über vier Jahren. Seit über vier Jahren hätten Sie die Möglichkeit gehabt, etwas für den ländlichen Raum umzusetzen. Eigentlich hätten Sie die Chance gehabt, eine Leistungsbilanz über das vorzulegen, was Sie erreicht haben, um zu zeigen, wie es im ländlichen Raum vorangegangen ist. Sie können sich doch nicht hierhin stellen, die Aufgabe der Opposition übernehmen und sagen, was verbessert werden muss. Sie müssen doch die Aufgabe der Regierung übernehmen und erklären, was Sie getan haben und was alles im ländlichen Raum signifikant besser geworden ist.

## (Beifall bei der FDP und der SPD)

Es zeugt schon von einer großen Chuzpe, hier zu fragen: Was will eigentlich die Opposition? – Sie haben versucht zu erklären, was Sie getan haben. Obwohl Sie Ihre Redezeit überzogen haben und ich Ihnen gut zugehört habe, habe ich keinen roten Faden erkennen können, was denn Ihre Strategie ist, was Sie denn jetzt wollen.

(Abg. Michael Boddenberg (CDU) schüttelt den Kopf.)

- Herr Boddenberg, Sie schütteln den Kopf. Ich muss ehrlich sagen, wenn hier vorne ein Frankfurter steht und über den ländlichen Raum redet und anschließend grinst, wenn Frau Knell hier steht, die dort mit ihrer Familie lebt, die aus der Emotionalität heraus erklärt, wie man sich im ländlichen Raum fühlt,

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

wenn Sie hier regieren und die GRÜNEN mitregieren, dass man sich als Naherholungsgebiet für grüne Wohlstandswähler fühlt,

(Michael Boddenberg (CDU): Das war schlechte Satire!)

wenn Sie das hier vortragen und als Frankfurter darüber lachen, dann sage ich Ihnen, dass Sie das Thema nicht erfasst haben.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Frau Knell hat hier deutlich gemacht, dass es doch nicht sein kann, dass wir über die U-Bahn-Taktung in Frankfurt reden, während wir für den ländlichen Raum fordern, dass dort eine Bank hingestellt und der ÖPNV mit Vereinen ehrenamtlich organisiert werden soll. Das kann doch nicht Ihre Strategie sein.

(Michael Boddenberg (CDU): Wollen Sie da eine U-Bahn bauen? – Weitere Zurufe – Glockenzeichen der Präsidentin)

Das kann doch nicht die Mobilitätsstrategie dieser Landesregierung sein.

Was muss im ländlichen Raum passieren? Ich nenne Ihnen einmal die Handlungsfelder. Das betrifft erstens die Frage der Gesundheitsversorgung. Auf Landesebene sind wir natürlich nicht in der Lage, diese nachhaltig zu verbessern. Dafür muss man seinen Einfluss in Berlin geltend machen. Das CDU-geführte Gesundheitsministerium gibt als Strategie aus, Arztsitze in Hessen abzubauen. Wo wird es aber am ehesten zum Abbau von Arztsitzen kommen? Das wird doch den ländlichen Raum treffen. Ihre Strategie in Berlin schlägt doch hier durch.

## (Beifall bei der FDP)

Wenn ich im ländlichen Raum lebe und im Ballungsgebiet arbeiten muss, dann stehe ich jeden Tag eineinhalb Stunden lang im Stau, wenn ich hineinfahre und wenn ich hinausfahre. Wenn mir Lebenszeit wichtig ist, dann zahle ich die überhöhten Mieten. Insofern erkennen Sie doch, dass die Probleme im ländlichen Raum und im Ballungsraum eng zusammenhängen. Mobilität ist hierbei eine entscheidende Frage.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Wenn der Verkehrsminister des Landes Hessen nur 60 % des Geldes verplanen will, das der Bund als Minimum ansieht, dann ist doch klar, wo Sie die Mobilitätsanforderungen sehen. Es ist wunderbar, dass der Kollege Schäfer-Gümbel vorhin das Beispiel Odenwald angeführt hat. Dabei geht es um eine Bundesstraße, die der Minister nicht plant.

## (Beifall bei der FDP und der SPD)

Diese Bundesstraße ist zwingend notwendig für die Mobilitätserschließung im Odenwald. Die Bürgervertreter und die Wirtschaftsvertreter müssen doch bei Ihnen gewesen sein und Ihnen gesagt haben, dass dort Zehntausende Leute jeden Tag im Stau stehen, weil Sie sich aus ideologischen Gründen weigern, eine vom Bund finanzierte Straße zu planen. Das ist doch die Realität.

## (Beifall bei der FDP und der SPD)

Sie sagen dann auch noch: Es ist doch toll, wie sich der Odenwald versorgt hat, wie er sich digitalisiert hat. – Das ist doch der Initiative der Wirtschaft, der Bürger vor Ort und der Kommunalpolitik zu verdanken, aber das ist doch nicht Ihr Verdienst.

Bitte hören Sie auf damit, zu sagen, wir wüssten nicht, was man besser machen kann.

(Beifall des Abg. Dr. h.c. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Erklären Sie uns doch bitte einmal, was Sie in den vergangenen vier Jahren gemacht haben. Dann kommt hier nämlich eine Leerstelle an. Viele Bürgermeister haben Ihnen

doch ins Stammbuch geschrieben, dass es bei der Weiterentwicklung im ländlichen Raum zentral um die Frage geht, welche Entwicklungspotenziale Sie im Landesentwicklungsplan für den ländlichen Raum schaffen, damit sich dieser weiterentwickeln und damit dieser wachsen kann, damit er attraktiv bleibt.

Gehen Sie doch einmal die großen Fragen an. Diese Fragen sind schwierig zu beantworten. Gehen Sie diese Fragen einmal an, und versuchen Sie, Lösungen zu finden. Erklären Sie aber bitte nicht, mit 20, 30 oder 40 Stellen würde sich strukturell etwas verändern; denn die Aufgaben sind wirklich zu komplex.

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kollege Rock, kommen Sie bitte zum Schluss.

#### René Rock (FDP):

Sie sollten aufhören, mit ein paar zusätzlichen Stellen ein strukturelles Problem lösen zu wollen. Gehen Sie die Strukturen wirklich an. Dann machen Sie etwas Richtiges, am besten mit uns zusammen.

(Beifall bei der FDP)

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächste spricht Kollegin Wissler für die Fraktion DIE LINKE.

## Janine Wissler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Ministerpräsident, bei der IHK in Frankfurt haben Sie vor zwei oder drei Wochen wieder einmal gesagt, Sie wollten die Starken stärken.

(Ministerpräsident Volker Bouffier: Ja!)

Bei der IHK in Frankfurt haben Sie auch gar nicht so viel über den ländlichen Raum gesprochen, wie Sie das heute hier gemacht haben.

(Heiterkeit bei der LINKEN und der SPD)

Ich finde, dieser Satz, "die Starken stärken", wirft Fragen auf: Erstens. Wer sind denn eigentlich die Starken?

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Zweitens. Was passiert denn eigentlich mit den Schwachen, wenn es die Starken sind, die immer weiter gestärkt werden?

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Statt die Starken zu stärken – wie Sie es immer sagen – und immer weiter zu zentralisieren, brauchen wir eine vernünftige Regionalentwicklung.

Die Probleme von Stadt und Land gehören doch zusammen, und die müssen doch zusammen diskutiert werden. Denn die Probleme des ländlichen Raumes schwappen doch in die Städte zurück in Form von steigenden Mieten und immer mehr Verkehr, weil viele Menschen im ländlichen Raum überhaupt keine Perspektive mehr sehen, weil sie gezwungen sind, jeden Tag zwei Stunden im Stau zu stehen, weil es bei ihnen zu Hause keine Arbeitsplätze gibt

oder weil es kaum noch eine Infrastruktur gibt. Ihre Politik hat doch genau diese Probleme verschärft.

Jetzt, kurz vor der Landtagswahl, stellen Sie sich hin und sagen: Oh, offensichtlich gibt es hier ein Problem, machen wir einmal drei Symbolmaßnahmen. – Dabei haben Sie das Problem erst geschaffen und verschärft.

Wer war es denn, der die Gerichtsstandorte im ländlichen Raum geschlossen hat?

(Zuruf von der LINKEN: Genau!)

29 Standorte haben Sie geschlossen. Das waren 1.250 Arbeitsplätze, die Sie zentralisiert haben. Und jetzt feiern Sie sich dafür, dass Sie ein paar wenige Stellen im ländlichen Raum wieder schaffen wollen. Das ist doch lächerlich.

(Beifall bei der LINKEN und der SPD)

Aber wir müssen ja nicht nur über die Gerichtsstandorte reden. Reden wir über Hessen-Forst. Wie viele Stellen haben Sie dort abgebaut?

(Günter Rudolph (SPD): Oder Hessen Mobil!)

Es gibt so viele Bereiche, wo wirklich in direkter Verantwortung dieser Landesregierung – ich nenne auch noch die Straßen- und Verkehrsverwaltung – Arbeitsplätze im ländlichen Raum verloren gegangen sind.

Jetzt Ihre Initiative. Sie haben zwar angekündigt, 2018 und 2019 1,8 Milliarden € zu investieren, aber Sie sagen nicht dazu, dass 1,3 Milliarden € aus dem KFA kommen. Das heißt, das sind Gelder der Kommunen. Sie machen jetzt kurz vor der Landtagswahl irgendeine Symbolaktion, dass Sie da irgendwas mit "Heimat" benennen, und tun so, als würde Ihnen der ländliche Raum am Herzen liegen.

Sie regieren hier seit fast 20 Jahren. Ich hätte mir gewünscht, Sie hätten vorher einmal Maßnahmen in diese Richtung ergriffen, statt das Gegenteil zu bewirken und dafür zu sorgen, dass Stadt und Land immer weiter auseinanderdriften, Herr Ministerpräsident.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Dann komme ich auch noch zur Krankenhausversorgung im ländlichen Raum. Sie haben das ebenfalls kurz angesprochen. Es gibt ja die Regelung, ein Krankenhaus muss in 30 Minuten erreichbar sein. Aber wenn es kritisch ist, dann gilt eben, ein Krankenhaus muss bei gutem Wetter und ungestörter Verkehrssituation in 30 Minuten erreichbar sein. Wenn nämlich Schnee liegt – beispielsweise im Taunus –, kann das ein bisschen anders aussehen.

Dann reden Sie doch einmal mit den Leuten in Bad Schwalbach, und reden Sie doch einmal über die Frage des Erhalts des Krankenhauses dort. Oder sagen Sie, Herr Grüttner, doch einmal, wie viele Kreißsäle im ländlichen Raum in den letzten Jahren geschlossen wurden.

Wer die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum aufrechterhalten will, der muss sich doch als Erstes für den Erhalt der Krankenhäuser einsetzen. Ja, es wäre doch einmal etwas, wenn Herr Beuth sich in Bad Schwalbach einmal darum kümmern würde.

(Beifall bei der LINKEN)

Ihre Politik hat die Probleme überhaupt erst verschärft.

Dann reden Sie davon, Herr Ministerpräsident, wir hätten Busse im ländlichen Raum, mit denen keiner fährt. – Ja, oh

Wunder. Wenn Buslinien im ländlichen Raum so aussehen, dass der Bus einmal morgens und einmal abends fährt, dann ist es doch kein Wunder, dass die Menschen mit dem Bus nicht fahren. Klar, die sind da sowieso auf ein Auto angewiesen und können sich doch nicht an der Taktung eines Busses, der zweimal am Tag fährt, ausrichten. Das ist doch kein Wunder.

Der Bürgerbus ist doch auch kein Ersatz für ein Nahverkehrsangebot. Also, ich bitte Sie, Busfahrer ist ein verantwortungsvoller Beruf, für den man eine Ausbildung braucht. Bürgerbusse oder am Ende noch Mitnahmebänke, das ist doch kein Ersatz für ein ÖPNV-Angebot. Das ist Aufgabe der öffentlichen Hand, und da kann man nicht sagen: "Sollen die das doch einmal in ihrer Freizeit ehrenamtlich machen", Herr Ministerpräsident.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Wenn der Ministerpräsident, der seit fast 20 Jahren dieser Landesregierung angehört, sagt, ja, da müssten halt einmal neue Ideen entwickelt werden,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ja, das ist großartig!)

dann ist das schon ein bisschen komisch.

Aber ich habe jetzt im "Spiegel" gelesen, dass der Ministerpräsident und stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende Neuerungen in der CDU fordert. Da habe ich mir vor Verwunderung auch ein bisschen die Augen gerieben, als ich das gelesen habe. Als der Innovativste und Fortschrittlichste sind Sie mir in den letzten Jahren nicht aufgefallen, Herr Ministerpräsident.

(Heiterkeit und Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Zum Schluss: Wir müssen die Infrastruktur im ländlichen Raum stärken. Dazu gehört ÖPNV, dazu gehört Gesundheitsversorgung, dazu gehört natürlich der Erhalt kleiner Schulen, Herr Kultusminister, dazu gehört die Breitbandversorgung, und dazu gehört natürlich auch, dass durch den "Schutzschirm", durch die Kürzungen in den Kommunen, freiwillige Leistungen in den Kommunen weggefallen sind, die das Leben im ländlichen Raum attraktiver gemacht haben, und dazu gehört, dass wir für Jugendliche im ländlichen Raum Angebote brauchen, die über den Spielplatz hinausreichen. Auch das brauchen wir.

Deshalb: Sie beklagen hier die Probleme, die Sie selbst geschaffen und verschärft haben. Was wir brauchten, wäre eine echte Initiative für eine gute Regionalentwicklung, damit Stadt und Land nicht weiter auseinanderdriften, sondern wir gute Lebensbedingungen im ganzen Land flächendeckend haben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Kollege Boddenberg, CDU-Fraktion.

## Michael Boddenberg (CDU):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will zunächst einmal feststellen, dass ich alle Redebei-

träge der Opposition nur unter einer Überschrift zusammenfassen kann:

(Günter Rudolph (SPD): Gut!)

Sie ärgern sich ein Loch in den Bauch, dass es der Landesregierung gelungen ist, erneut einen solchen Akzent für den ländlichen Raum zu setzen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Widerspruch bei der SPD)

Herr Schäfer-Gümbel, weil Sie den 28. Oktober genannt haben: Ja, das ist ein wichtiges Datum. Das ist ein Datum, an dem die Menschen in Hessen entscheiden werden, wer denn die besseren Antworten für dieses Land hat. Und ich bin ziemlich sicher, wie das ausgehen wird, meine lieben Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es bleibt dabei; ich will mich nur mit dem auseinandersetzen, Herr Schäfer-Gümbel, was Sie hier vorgetragen haben.

Sie haben – völlig berechtigt – einen Blick deutlich zurück geworfen, Sie haben den Titel "Operation sichere Zukunft" ein bisschen im Wortlaut verhunzt, aber so hieß das einmal

(Unruhe bei der SPD)

Ich sage bis heute – bei aller Kritik, die man an der einen oder anderen Maßnahme seinerzeit haben konnte; bei aller berechtigten Kritik, die Sie durchaus bis heute auch noch äußern dürfen –:

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das ist aber lieb von Ihnen, dass wir das äußern dürfen!)

Wir haben damals die Grundlage dafür geschaffen, dass wir heute bei all dem, was wir für die Menschen in unserem Land machen, einen ausgeglichenen Haushalt haben. Davon haben Sie geträumt, wir haben es realisiert, und wir machen damit auch für die Jugendlichen in unserem Land die Zukunft zukunftsfest.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich werde es Ihnen weiterhin nicht ersparen: Es bleibt bei der SPD-Politik dabei – bei den LINKEN will ich gar nicht darüber reden; das kennen wir nicht anders; es macht auch keinen Sinn, darüber zu reden –,

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Bleiben Sie nur weiter so überheblich!)

es darf leider da und dort immer noch ein bisschen mehr sein. Mehr habe ich inhaltlich von Ihnen heute nicht ge-

Ich wiederhole es bis zum 28. Oktober und gern auch darüber hinaus: Ihre wortreichen Erklärungen vor Ort, egal, um was es geht, ob es um Versorgung mit Kindergartenplätzen geht, ob es um die Versorgung mit Lehrern geht, ob es um den Landesstraßenbau geht, ob es um die Digitalisierung geht, bedeuten in der Summe ein Mehrausgabenvolumen von 3,2 Milliarden €. Diese Forderungen haben Sie immer wieder unters Volk gestreut.

Meine sehr geehrten Damen und Herren auf der Tribüne, damit Sie das einschätzen können: Sie haben Haushaltsanträge nicht für 3,2 Milliarden € pro Jahr gestellt, sondern für 400 Millionen € pro Jahr. Dann haben Sie für zweimal 400 Millionen € im Doppelhaushalt 2018/2019 noch als Finanzierung vorgeschlagen, 360 Millionen € aus allgemeinen Rücklagen zu nehmen. Wenn das solide ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann verstehe ich die Welt nicht mehr. Ich bin sicher, dass die Menschen in unserem Land sehr schnell und auch und gerade im Zuge des Landtagswahlkampfes spüren werden, was leere Versprechungen auf der Seite der SPD sind und was auf der anderen Seite tatkräftiges Handeln durch diese Regierung und durch diese Regierungsfraktionen ist.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will dann noch einen Punkt aufgreifen: Sie haben das Thema Digitalisierung und Versorgung in einigen hessischen Landkreisen angesprochen. – Ja, es ist doch in Ordnung: Der Landrat Schnur im Landkreis Odenwald hat damals einen ordentlichen Job gemacht, und es gehört auch dazu, dass wir das weiterhin feststellen und nach dem rheinischen Motto "Man muss auch jönne könne" durchaus in einer solchen Debatte anführen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Danke!)

Aber Sie haben möglicherweise übersehen, dass das Land es seinerzeit erst durch Landesbürgschaften möglich gemacht hat, dass wir dort eine solche Beschleunigung hatten. Also auch damals schon eine gute Zusammenarbeit zwischen der von uns geführten Landesregierung und – in dem Fall – einem SPD-Landrat. Das gehört zur Vollständigkeit der Debatte gern dazu. Herrn Schnur hier noch einmal herzlich zu danken, dazu bin ich gern bereit.

(Beifall der Abg. Nancy Faeser und Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Dann ein Letztes, liebe Kolleginnen und Kollegen. Beim Kollegen Rock bin ich mir nicht ganz sicher, wenn er auf den amüsanten oder – ich weiß nicht – kabarettistischen Vortrag der Kollegin noch einmal eingegangen ist, wenn es um Fragen des ÖPNV und der verkehrlichen Versorgung im ländlichen Raum geht. Ich weiß nicht, wollen Sie jetzt im ländlichen Raum eine U-Bahn bauen, Herr Kollege Rentsch?

(Wolfgang Greilich (FDP): Rock!)

 Nein, nicht Herr Rentsch; das war der, der vorher auf dem Platz gesessen hat.

Also, Kollege Rock: Wollen Sie dort eine U-Bahn bauen? – Wir reden natürlich über die Taktung des U-Bahn-Verkehrs im Ballungsraum Frankfurt am Main und über die ÖPNV-Versorgung in Ballungsräumen. Das ist eine wahnsinnig wichtige Aufgabe.

Wir setzen alles daran, das zu erreichen, indem wir so viel Geld für den öffentlichen Personennahverkehr ausgeben, wie es unter dieser Landesregierung noch nie der Fall war. Wir setzen aber auch darauf, auf Verständnis zu stoßen – Frau Wissler hat das hämisch diskreditiert –, dass wir bei Gemeindeteilen mit 200 oder 300 Einwohnern keine Rundumversorgung im ÖPNV sicherstellen können, weil dafür das Geld nicht reicht, obwohl wir Rekordsummen investieren. Was ist falsch daran, dass wir an der Stelle auf bürgerschaftliches Engagement setzen? – Die 100 Bürgerbusse sind da ein Anfang. Wir sollten uns darüber freuen, dass es vor Ort Leute gibt, die mit Unterstützung des Landes bereitwillig Beförderungsangebote machen wollen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Staat wird definitiv auch in Zukunft nicht alle Probleme des Landes lösen können. Wir gehen hinsichtlich der Größe der Grundschulen und Kindertagesstätten auf das gerade noch vertretbare Maß hinunter. Wir werden aber beispielsweise darüber reden müssen, wie lange man jede Schule vor Ort aufrechterhalten und gleichzeitig einen hohen Qualitätsstandard sichern kann.

Wir haben viele weitere Zukunftsaufgaben zu bewältigen. Ich sage noch einmal: Wir haben mit dem, was die Landesregierung geantwortet hat und vorgeschlagen hat, mit dem, was der Herr Ministerpräsident heute hier vorgetragen hat, eine sehr gute Grundlage für den ländlichen Raum, für eine stabile Zukunft der Menschen, die dort auch in Zukunft leben wollen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächster spricht Kollege Wagner für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

## Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich fasse einmal zusammen, was wir heute von der Opposition zur Zukunft des ländlichen Raums gehört haben. Die einen sagen, die Regierung habe nur über ihre Leistungsbilanz gesprochen und keine Ideen für die Zukunft entwickelt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Welche Leistungsbilanz?)

Die anderen haben gesagt, die Regierung habe nur über die Zukunft gesprochen, um von ihrer angeblich nicht vorhandenen Leistungsbilanz abzulenken. Wenn ich diese beiden Äußerungen der Opposition gegeneinanderhalte, stelle ich fest: Beides kann gleichzeitig schlicht und ergreifend nicht stimmen.

(Heiterkeit und Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Es ist natürlich, dass eine Regierung über ihre Leistungsbilanz spricht.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Eine "Leistung" hat Ihnen wirklich keiner unterstellt!)

Eine Regierung zeichnet aber auch aus, dass sie sich nicht auf dem Erreichten ausruht, sondern sich auch Neues vornimmt, weil sich die Welt weiterentwickelt und wir neue Antworten auf neue Fragen geben müssen. Genau das macht diese Regierungskoalition.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Was haben wir von der Opposition gehört? – Den üblichen Dreiklang, der zu jedem Thema vorgetragen wird: erstens ignorieren, was die Landesregierung tut, zweitens Probleme beschreiben und drittens keinen einzigen eigenen Vorschlag haben, wie man diese Probleme löst.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich habe von Ihnen keinen einzigen Lösungsvorschlag gehört. Ich habe mir den Entwurf des SPD-Wahlprogramms extra noch einmal vorgenommen. Das Kapitel "Ländlicher Raum" umfasst die Seiten 55 bis 63. Sie enthalten keinen einzigen konkreten Vorschlag. Uns hier immer zu erzählen, was man alles tun müsste, aber selbst nichts zu liefern, das funktioniert eben nicht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Nancy Faeser (SPD): Es wird nicht richtiger, wenn Sie es ständig wiederholen!)

Wo ist denn Ihr alternatives Konzept in den Bereichen, die für den ländlichen Raum entscheidend sind? Was würden Sie denn im ÖPNV anders machen als diese Regierungskoalition? Darüber würden wir mit Ihnen gerne diskutieren und streiten. Finden Sie es falsch, dass wir die Kurhessenbahn als schienengebundenes Angebot im ländlichen Raum reaktiviert haben? Finden Sie das falsch?

(Günter Rudolph (SPD): Gegen den Widerstand der CDU! – Janine Wissler (DIE LINKE): Das haben wir schon vor vier Jahren beantragt!)

Finden Sie es falsch, wenn wir auf flexible Bedienformen im ländlichen Raum setzen, z. B. auf Anrufsammeltaxis und Bürgerbusse? Finden Sie das richtig, oder finden Sie das falsch? Dazu müssen Sie doch irgendwann etwas sagen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Lebhafte Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Finden Sie es richtig oder falsch – ich verstehe mein eigenes Wort nicht mehr, aber ich habe das Mikrofon –, dass wir uns um die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum kümmern?

(Anhaltende Zurufe von der SPD und der LINKEN)

Finden Sie es richtig oder falsch, dass wir mit dem Programm Gemeindeschwester 2.0 oder, wie es politisch korrekt heißt, dem Programm Gemeindepfleger 2.0 – –

(Anhaltende Zurufe von der SPD und der LINKEN)

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um etwas mehr Ruhe.

## Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN):

Ihr könnt nur brüllen, weil ihr keine Antworten habt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Lebhafte Zurufe von der SPD und der LINKEN)

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kollege Wagner, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

## Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Bei einer Redezeit von fünf Minuten nicht. – Ist es richtig oder falsch, dass wir uns mit dem Programm Gemeindepfleger 2.0 um die Gesundheitsversorgung im ländlichen Raum kümmern? Finden Sie den Ansatz dieser Regierungskoalition für die Gesundheitsversorgungszentren im ländlichen Raum richtig oder falsch? Dazu hätte ich gerne einmal etwas gehört. Finden Sie es falsch, dass wir Arbeitsplätze vom Ballungsraum in den ländlichen Raum verlagern? Dazu habe ich von Ihnen nichts gehört.

(Nancy Faeser (SPD): Sie müssen halt zuhören! – Weitere Zurufe von der SPD)

Sie haben sich mit der Vergangenheit beschäftigt. Sie haben über die Zukunft des ländlichen Raums kein einziges Wort verloren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zurufe von der SPD)

Finden Sie es richtig oder falsch, dass wir uns in der Landwirtschaft um ein gutes Miteinander von konventionell und ökologisch wirtschaftenden Landwirtinnen und Landwirten kümmern? Finden Sie unseren Ansatz falsch, auf lokale Verwertungskreisläufe zu setzen, damit die Wertschöpfung im ländlichen Raum bleibt? Zu all diesen Themen habe ich in den Redebeiträgen der Opposition kein einziges Wort gehört.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Von Ihnen auch nicht!)

Es ist nicht Aufgabe der Opposition, die Regierung zu loben.

#### Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kollege Wagner, Sie müssen zum Schluss kommen.

## Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜ-NEN):

Es ist auch geschenkt, dass Sie als Opposition die Regierung kritisieren, egal, ob es stimmt oder nicht. Politik ist ein Streit um Konzepte, aber davon habe ich von Ihnen in dieser Debatte überhaupt nichts gehört.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Ich habe keine weiteren Wortmeldungen vorliegen. Damit ist die Große Anfrage, Tagesordnungspunkt 33, besprochen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 40** und **Tagesordnungspunkt 61** auf:

Antrag der Fraktion der SPD betreffend Schluss mit Mogelpackungen und Nicht-wissen-Wollen des Hessischen Kultusministers – Drucks. 19/6072 –

Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Überlastung und Lehrkräftemangel an hessischen Schulen – Drucks. 19/6098 –

Die erste Wortmeldung kommt vom Kollegen Degen, SPD-Fraktion.

#### **Christoph Degen (SPD):**

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe die große Hoffnung, dass die Zeit der schwarz-grünen Realitätsverweigerung endlich vorbei ist. Wenn Sie schon nicht auf uns hören und heute wahrscheinlich wieder sagen, es gebe keinen Lehrermangel in Hessen: Hören Sie auf die Bürgerinnen und Bürger in Hessen.

## (Beifall bei der SPD)

Im Februar wurden 1.035 Wahlberechtigte in Hessen befragt. 79 % davon nennen den Lehrermangel und den Ausfall von Unterricht das größte Problem in Hessen, gefolgt vom schlechten Zustand der Schulen, der von 73 % der Befragten bemängelt wird.

#### (Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der FDP)

Damit fällt das aus Mogelpackungen und Ahnungslosigkeit gebaute Kartenhaus des Kultusministers in sich zusammen. Keine noch so wohlklingende Marketingmaßnahme kann überdecken, dass der Minister ahnungslos ist und die eigentlichen Probleme an unseren Schulen ignoriert.

## (Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU)

Damit muss Schluss sein. Wir brauchen endlich eine ehrliche und vorausschauende Bildungspolitik.

Der Herr Ministerpräsident ist leider nicht anwesend. Er hat vorhin vom "Miesmachen" gesprochen. Es geht ausdrücklich nicht um ein Miesmachen. Aber eine ehrliche Bestandsaufnahme – eine ehrlich erstellte Datengrundlage – ist die Voraussetzung dafür, um richtige und gute Lösungen zu finden.

## (Beifall bei der SPD)

Da ich mir denken konnte, dass einige hier das wieder nicht wahrhaben wollen, nenne ich ein Beispiel. Nehmen wir das böse Wort, das mit dem Buchstaben U anfängt und wieder überall im Land präsent ist: das Wort "Unterrichtsausfall". Meine Damen und Herren, in Hessen fällt Unterricht aus.

## (Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Allein im Schulsport fällt ein Viertel der vorgesehenen Unterrichtsstunden aus. Das haben wir nicht vom Herrn Minister gehört, sondern diese Information haben wir dem Hessischen Rundfunk zu verdanken, der Zugriff auf ein internes Papier des Kultusministeriums bekommen hat. In Hessen fällt ein Viertel der Unterrichtsstunden im Schulsport aus. Wir würden gern wissen, wie das in anderen Fächern ist; aber das bleibt in Hessen ein Staatsgeheimnis.

#### (Beifall bei der SPD)

Dabei müssten Erhebungen zum Unterrichtsausfall zu den Kernaufgaben des Landes gehören; denn Unterricht ist die Kernaufgabe des Kultusministeriums. Damit das Parlament nicht jedes Jahr von Neuem darum betteln muss, Zahlen zu bekommen, fordern wir – das haben wir auch schon in der Vergangenheit getan – einen jährlich erscheinenden Landesbildungsbericht.

In fast jeder zweiten Antwort des Herrn Ministers auf Anfragen heißt es, der Verwaltungsaufwand sei enorm hoch; man könne das nicht beantworten, weil keine Kapazitäten dafür da seien.

(Günter Rudolph (SPD): Ach Gottchen!)

Da muss ich einmal in die Haushaltspläne schauen. 2013 gab es im Kultusministerium noch 273,5 Stellen. 2017 waren es 297 Stellen. Jetzt sind noch einmal einige hinzugekommen. Herr Kultusminister, Sie blähen die Zahl der Stellen im Ministerium auf, weigern sich aber mit der Begründung, Sie hätten keine Kapazitäten, Antworten auf Anfragen des Parlaments zu geben.

## (Beifall bei der SPD und der FDP)

Der Unterrichtsausfall hat auch viel mit dem Lehrermangel zu tun. Das ist eines der weiteren Probleme: In Hessen fehlen Lehrerinnen und Lehrer. Erst am Montagmorgen las ich auf Facebook den Beitrag einer Mutter: Wer von euch ist oder kennt eine ausgebildete Grundschullehrerin, die eine Anstellung sucht? Bitte melden. – Wer von Ihnen kennt eine Grundschullehrerin oder einen Grundschullehrer, die oder der bereit wäre, in Bruchköbel zu unterrichten? Bitte melden Sie sich bei mir. Ich gebe das gern weiter. Ich fürchte aber, die Suche wird relativ erfolglos sein.

Was ist das für ein Land, in dem die Eltern selbst nach Lehrkräften suchen müssen? – Das ist das Land, in dem die CDU seit fast 20 Jahren regiert.

## (Beifall bei der SPD)

Hinzu kommen Tausende Lehrkräfte ohne eine einzige pädagogische Grundqualifikation, die Klassen leiten und Noten geben. Währenddessen bleiben Stellen unbesetzt. An Förderschulen ist der Zustand inzwischen fast katastrophal. Während Lehrer für Gymnasien fast über Bedarf ausgebildet werden, spart die Landesregierung auf Kosten der Schwächsten an den Grund- und Förderschulen. Die Verschleierung des Lehrermangels muss endlich beendet werden. Wir brauchen eine ehrliche Bedarfsplanung, und vor allem brauchen wir Qualifizierung, Qualifizierung und noch einmal Qualifizierung.

## (Beifall bei der SPD)

Es wird nicht reichen, nun ein paar Hundert Leute, die Lehramt an Gymnasien oder Lehramt an Haupt- und Realschulen studiert haben, für das Lehramt an Grundschulen und das Lehramt an Förderschulen weiterzuqualifizieren. Das wird nicht reichen. Wir brauchen vielmehr die Qualifizierung von Seiteneinsteigern, gerade von den Leuten, die Sie fünf Jahre lang auf befristete Verträge setzen, die fünf Jahre lang ausgenutzt werden, die keine Fortbildungen bekommen und dann geschasst werden, damit sie sich nicht einklagen können. Es muss viel mehr getan werden, um diese Lehrkräfte zu qualifizieren und ihnen eine Perspektive zu bieten.

## (Beifall bei der SPD)

Der Lehrermangel hat auch Auswirkungen auf die Kolleginnen und Kollegen, die bereits an den Schulen sind; denn er bedeutet Mehrbelastungen für die anderen. Das ist mit ein Grund für die steigende Zahl von Überlastungsanzeigen, und das ist, ebenso wie die zunehmende Gewalt gegen Lehrkräfte, ein Grund dafür, dass sich Lehrkräfte ausgebrannt fühlen und unter Burn-out leiden.

Aber von alldem will die Landesregierung nichts wissen. Sie pfeift auf ihre Fürsorgepflicht für 60.000 Lehrkräfte. Sie hat keine Ahnung von Krankheitstagen, und ohne eine Analyse des Krankenstands kann nun einmal kein vernünftiges Gesundheitsmanagement entwickelt werden.

(Beifall bei der SPD)

Das muss nicht so sein. Rheinland-Pfalz, ein an Hessen angrenzendes Bundesland, legt jährlich einen Gesundheitsbericht über die staatlichen Bediensteten im Schuldienst vor. All die Daten, die wir uns wünschen, sind darin enthalten. Übrigens wird dieser Bericht vom Institut für Lehrergesundheit herausgegeben. Wenn man will, kann man so etwas einrichten, um solche Daten konsequent zu erheben.

(Beifall bei der SPD)

In Rheinland-Pfalz sind das pro Jahr 8,9 Fehltage pro Bediensteten. Solche Daten kann man erheben, wenn man will und wenn man Verantwortung für seine Lehrkräfte übernimmt.

Deswegen sage ich: Wir fordern ein Konzept für ein schulisches Gesundheitsmanagement. Wir fordern eine unabhängige Ombudsstelle, an die sich Lehrkräfte, die sich Gewalt oder Belastungen ausgesetzt sehen, wenden können. Wir brauchen vor allem wieder ein Miteinander auf Augenhöhe, das durch Respekt gekennzeichnet ist, um der Arbeit der Lehrkräfte und der Schulleitungen wirklich gerecht zu werden. Dazu gehört auch eine Anhörung. Aber die Durchführung einer Anhörung wurde von CDU und GRÜNEN wieder einmal abgelehnt.

In der aktuellen Forsa-Umfrage wurde auch der Sanierungsstau genannt. Auch da haben wir uns erdreistet, einmal nachzuhaken: Liebes Land, du hast Pläne für die Ganztagsschulen und die Inklusion. Du musst doch auch wissen, dass das Konsequenzen für die Schulbauten hat. Da muss man sich zumindest einmal einen Überblick über die Lage verschaffen. – Wie ist die Antwort darauf? Die Antwort lautet:

Die Hessische Landesregierung hat keine Erkenntnisse über den gesamten Investitionsbedarf für Sanierung, Neubau und Erweiterung im Bereich von Schulen und Schulsportstätten in den kommenden zehn Jahren.

(Günter Rudolph (SPD): Minister Ahnungslos!)

Kein Wunder, dass die Landesregierung hier ausweicht. Sie hat die Kommunen jahrelang kaputtgespart, um sich auf deren Kosten zu sanieren.

(Beifall bei der SPD – Günter Rudolph (SPD): Der Minister Ahnungslos!)

Auch hier gibt es Vorschläge. Seit Jahren fordern wir, dass sich das Land endlich für die Abschaffung des Kooperationsverbots einsetzt, damit uns der Bund helfen kann, hier weiterzumachen, nicht nur bei finanzschwachen Kommunen; denn das ist ein Problem, das weit über diese hinausgeht. Dementsprechend brauchen wir eine Verstetigung der Ausgaben für Schulsanierungen und Schulmodernisierungen, unterstützt durch Land und Bund.

Da reicht es nicht, immer nur mit Mogelpackungen zu agieren. Das ist das Gleiche wie beim ländlichen Raum – wir haben die "hessischen Bitcoins" inzwischen auch im Kultusministerium –: Da wird in die Mottenkiste gegriffen. Erst in der letzten Woche ist ein Leitfaden zum Umgang mit Schulvermeiderinnen und Schulvermeidern öffentlichkeitswirksam vermarktet worden. Diesen Leitfaden habe ich gefunden; es gab ihn mindestens schon 2008. Das ist bloß eine Neuauflage, aber nichts Neues, genauso wenig wie der Bildungs- und Erziehungsplan, den es seit vielen Jahren in Hessen gibt, der in der Plenardebatte im Januar

wieder herausgeholt und als eine neu entwickelte Lösung präsentiert wurde.

Da wird alles doppelt vermarktet. Statistische Mittelwerte werden in den Vordergrund gestellt und schöngerechnet. Der Pakt für den Nachmittag ist nach wie vor eine Mogelpackung. Es gibt Schulgeld am Nachmittag, und es sind kaum mehr Ganztagsangebote entstanden. All das sind Ihre Versuche, Ihre Verfehlungen in den letzten fast 20 Jahren zu verschleiern. Damit kommen Sie nicht weiter. Diese Verschleierung muss endlich aufhören. Das fordern wir.

(Beifall bei der SPD)

Die Landesregierung ist überfordert. Sie wissen ganz genau, dass Sie die wesentlichen Probleme, die es hier gibt, bis zum 28. Oktober nicht werden lösen können. Deswegen agieren Sie panisch mit solchen Mogelpackungen.

(Zurufe von der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sagen Ihnen: Wo Schule draufsteht, muss auch wieder Schule drin sein.

(Beifall bei der SPD)

Es ergibt keinen Sinn, hier über Qualität zu reden und Qualität einzufordern, wenn man seinem eigenen Anspruch nicht gerecht wird. Dafür fehlt dieser Landesregierung die Kraft. Wir werden dafür sorgen, dass sich das ab dem 28. Oktober in Hessen ändert.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Das Wort hat Frau Kollegin Faulhaber, Fraktion DIE LINKE.

## Gabriele Faulhaber (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Sie von der CDU behaupten immer, Sie seien Wirtschaftsexperten. Aber was würden Sie sagen, wenn man in einem Unternehmen nicht wüsste, wie viele Beschäftige dort befristet oder unbefristet angestellt sind?

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Genau!)

Wie würden Sie die Arbeit des Managements bewerten, wenn sie nicht benennen könnten, wer mit welchen Qualifikationen im Betrieb beschäftigt ist, wie viele ungelernte Arbeitskräfte und wie viele Quereinsteiger dort arbeiten? Würden Sie sich schützend vor einen Arbeitgeber stellen, der so unorganisiert ist, dass er weder die Fehlzeiten der Belegschaft noch die Krankheitstage benennen kann? -Meine Damen und Herren von der CDU, ich bin mir sicher, dies würden Sie ziemlich befremdlich finden. Genau eine solche konfuse Unstrukturiertheit dulden Sie aber im Kultusministerium. In seinen Antworten auf die Anfragen der SPD behauptete der Kultusminister tatsächlich, alle diese Informationen nicht zu haben - keine Krankheitstage, keine ausfallenden Arbeitszeiten, keinen Überblick über die Qualifikation der Beschäftigten und deren Anstellungsverhältnisse.

(Vizepräsident Frank Lortz übernimmt den Vorsitz.)

Meine Damen und Herren, es gibt nur zwei Möglichkeiten: Entweder der Kultusminister wird in seiner Planlosigkeit von Ihnen kritiklos getragen und geschützt, oder – das erscheint mir wahrscheinlicher – der Opposition werden diese Informationen nicht unbedingt mitgeteilt. Oder haben Sie eine andere Erklärung dafür, warum ausgerechnet ein CDU-geführtes Kultusministerium nicht über die Basics eines Arbeitgebers verfügen sollte? Natürlich weiß auch der Kultusminister, dass es haufenweise Brandbriefe und Überlastungsanzeigen gibt. Er hat sie auch zugeschickt bekommen. Aber leider wird weiterhin nach dem gleichen Schema vorgegangen, das schon Schwarz-Gelb in der letzten Legislaturperiode praktiziert hat, nämlich schönzureden, was nicht schön ist, und vor allem möglichst lange die Augen zu verschließen.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Die Kolleginnen und Kollegen der SPD haben in ihrem Antrag niedergeschrieben, was wir schon seit Jahren anprangern: Der Hessische Kultusminister fühlt sich anscheinend für seine annähernd 60.000 Lehrkräfte nicht wirklich verantwortlich. Herr Lorz, wenn Sie sich verantwortlich fühlen würden, wüssten Sie, wie viel Unterricht ausfällt und wie der Krankenstand ist. Die Schätzungen der GEW hierzu sind seit Jahren alarmierend. Hier wurde auch schon mehrmals über die niedersächsische Studie zur Lehrkräftebelastung gesprochen. Damals wurde deutlich, dass die wenigsten Lehrerinnen und Lehrer glauben, ihr Rentenalter ohne ernsthafte berufsbedingte Erkrankungen zu erreichen.

Bei jedem Arbeitgeber, der auch nur ein klein wenig verantwortungsbewusst ist, müssten jetzt die Alarmglocken läuten. Diese Verantwortungslosigkeit gegenüber seinem Personal kennt man eigentlich nur von ausbeuterischen und profitorientierten Arbeitgebern. Wirtschaftsbetriebe, die gut ausgebildete Arbeitskräfte beschäftigen und auf Nachhaltigkeit und hohe Qualität setzen, würden ein Qualifizierungsprogramm starten, und ein gesundes Betriebsklima würde auf der Tagesordnung stehen, statt auf gesundheitlichen Verschleiß zu fahren.

## (Beifall bei der LINKEN)

Verantwortungsbewusste Betriebe wissen, dass die wertvollste Produktivkraft die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind. Nicht so das Kultusministerium; dort wird sogar geleugnet, dass eine große Zahl von Überlastungsanzeigen eingegangen ist. Leider betrifft die Überlastung nicht nur die Lehrkräfte, sondern auch die Schulleitungen. Diese arbeiten weitaus mehr als offiziell vorgesehen; denn der Laden muss laufen. Diese fühlen sich verantwortlich; diese wollen pädagogisch arbeiten, aber dann müssen sie sich auch noch mit Verwaltung, Budgetierung und der Kontrollitis der Kultusverwaltung beschäftigen. Aber auch davon wollen Sie nichts wissen. Das haben Sie eindrucksvoll durch Ihre Weigerung bewiesen, eine Anhörung zur Belastung an den Schulen durchzuführen.

Jetzt sage ich Ihnen noch eines. Von der CDU kennen wir dieses Verhalten schon; aber dass sich die GRÜNEN so an die Leine nehmen lassen und nicht einmal bereit sind, die Leute anzuhören, für die sie durch ihre Regierungsbeteiligung auch verantwortlich sind, ist schon ein starkes Stück. Warum behalten Sie diese unerträglichen Lobeshymnen weiter bei? Warum beschäftigen Sie sich nicht einmal wissenschaftlich mit den angezeigten Belastungen?

Zweitens. Meine Damen und Herren, einen Bildungsbericht, den die SPD vorschlägt, finde auch ich sehr sinnvoll. Das unterstütze ich; denn auch das gehört zu den Basics eines Arbeitgebers.

Herr Wagner, Sie reden immer von Konzepten. Jetzt habe ich mir einmal das Strategiepapier der GRÜNEN zur Bildungspolitik angeschaut. Dort wird deutlich, wer in dieser Koalition die Zügel in der Hand hält. Dort liest man von Zweifeln am mehrgliedrigen Schulsystem, von dem Wunsch nach wirklich flächendeckendem Ganztagsschulausbau, nach Abschaffung von Ziffernoten und das Bekenntnis - ich zitiere -: "Mit uns wird es weder CDUnoch SPD-Zwangsbeglückungen geben." Die GRÜNEN sind vor fünf Jahren in die Regierungsverantwortung gegangen; und von den im Strategiepapier hinterlegten "neuen" Ideen haben sie bislang keine einzige auch nur thematisiert. Das brauchen sie auch nicht; denn sie wissen ganz genau, dass keine dieser Ideen mit der CDU jemals umgesetzt werden könnte. Und neu sind die Ideen nicht. Das ausufernde und sozial ungerechte Schulsystem prangern Expertinnen und Experten seit Jahren an. Selbst die Bertelsmann Stiftung fordert einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsschulplatz - Schulplatz, nicht Betreuungsplatz, wohlgemerkt.

(Beifall bei der LINKEN – Janine Wissler (DIE LINKE): Ja, das ist ein Unterschied!)

Die Abschaffung der Ziffernoten ist schon lange ein pädagogisch sinnvoller Gedankengang, und an den staatlichen Modellschulen, für die die Landesregierung sich so gern selbst lobt, wird das längstens gemacht. Also, liebe GRÜ-NE: Nichts davon ist neu, und nichts davon werden Sie mit der CDU jemals durchsetzen. Zwangsbeglückt werden aber all diejenigen, die darauf hoffen, dass auch in die hessische Bildungspolitik einmal ein Hauch moderner Pädagogik einzieht.

## (Beifall bei der LINKEN)

Zum Schluss möchte ich nur noch einmal an Sie appellieren: Nehmen Sie die Sorgen, die Überlastungen, die Gesundheit Ihrer Beschäftigten endlich einmal ernst. Hören Sie die Schulen zur Belastung an. Erheben Sie überhaupt erst einmal den Bedarf an Personal. Erstellen Sie eine Bedarfsanalyse. Beenden Sie vor allem Ihre Schönrederei. Dadurch geht wertvolle Zeit verloren, die für Änderungen notwendig wäre.

(Beifall bei der LINKEN – Holger Bellino (CDU): Das ist wahre Selbstreflexion! Was ist mit Selbstkritik?)

## Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, das Wort hat Herr Kollege Armin Schwarz, CDU-Fraktion.

## Armin Schwarz (CDU):

Herr Präsident, verehrte Kolleginnen, sehr geehrte Kollegen! Herr Kollege Degen, der Antrag, den Sie mit einem etwas problematischen Titel beschreiben – diesen will ich jetzt nicht rezitieren –, ist eine Kombination aus böswilligen Behauptungen. Deswegen will ich mich lieber mit den Einzelpunkten Ihres Antrags beschäftigen. In Punkt 1 werfen Sie der Landesregierung vor, sie würde es versäumen, die wesentlichen Zahlen, Fakten und Daten zu erheben. Das ist schlicht falsch.

Deswegen noch einmal die wesentlichen Daten und Fakten für Sie zum Mitschreiben. Damit wird es für Sie noch einmal dargelegt: Fakt ist, die Personalausstattung an den hessischen Schulen ist heute so gut wie noch nie. Fakt ist, die Bildungsausgaben pro Kopf sind so hoch wie in keinem anderen Flächenland.

#### (Beifall bei der CDU)

Fakt ist, am Ende Ihrer Amtszeit vor 19 Jahren waren für 840.000 Schüler 43.000 Stellen geschaffen worden. Heute, das ist auch ein Fakt, stehen für 80.000 Schüler weniger, nämlich für 760.000 Schüler, über 53.000 Stellen zur Verfügung. Fakt ist auch, das Lehrer-Schüler-Verhältnis hat sich von 1: 21 auf 1: 15 verbessert. Fakt ist, für die Abdeckung des Stundenplans, also für die Grundunterrichtsversorgung, müssten wir 38.000 Stellen vorhalten; wir halten aber 53.400 vor. Das sind 15.400 Stellen über dem tatsächlichen Bedarf.

## (Beifall bei der CDU)

Fakt ist, heute unterrichten wir 250.000 Unterrichtsstunden mehr pro Woche als zu Ihrer Zeit. Fakt ist, Hessen hat die niedrigste Schulabbrecherquote unter allen Bundesländern. Fakt ist, zu den 105 %, die es nur in Hessen gibt, kommen für alle besonderen Aufgaben besondere Stellenzuweisungen hinzu: allein 800 Stellen für die sozial indizierte Lehrerzuweisung und für die Integration, 2.500 Stellen für die Sprachförderung, 2.600 Stellen für den Ganztag. Jetzt haben wir auch noch sozialpädagogische Fachkräfte; es sind 700 an der Zahl. Daher macht es Spaß, wirklich einmal über Zahlen, Daten und Fakten zu reden.

## (Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Degen, machen wir weiter, Stichwort: Bedarfsplanung. Wir machen eine perspektivische Bedarfsplanung mit kontinuierlicher Einstellung von Jahr zu Jahr, von Legislaturperiode zu Legislaturperiode. Das ist die Maxime unseres Handelns.

Ich weiß schon, Herr Kollege Greilich wird gleich in die Bresche springen und versuchen, die Welt anders zu erklären. In der letzten Legislaturperiode haben wir 2.500 Stellen on top geschaffen. In dieser Legislaturperiode schaffen wir 4.350 Stellen zusätzlich. Das hat es noch nie gegeben.

## (Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da sage ich Ihnen klipp und klar: Wir haben nicht auf Sie gewartet, um das Thema Bedarfsplanung zu besprechen. Wir haben auch nicht auf Gütersloh gewartet, um das Thema Bedarfsplanung zu besprechen. Gütersloh und Bertelsmann, aus dem Jahr 2009 gibt es eine Prognose: Stellt weniger Lehrer ein, bildet weniger Lehrer aus, die Schülerzahlen gehen zurück. – Dieselbe Mannschaft aus Gütersloh sagt heute etwas anderes. Schön, so viel zur Grundlage tatsächlicher Entwicklung und zu den sogenannten Profis, die wissen, wie die Welt eigentlich zu funktionieren hat.

Unser Prinzip lautet: kontinuierliche Lehrerausbildung, kontinuierliche Einstellungen. Das ist planvoll, das ist wirkungsvoll. Das ist genau die Art und Weise, wie wir erfolgreiche Politik in den Schulen und für die Schulen, für die Eltern und für die Kinder machen.

Kein einziges Bundesland, das von der SPD geführt wird, kommt auch nur an 100 % Lehrerversorgung heran. Ich will Ihnen eines sagen, das machen wir gleich unter dem Kapitel Verwaltung, und was Sie so alles einfordern: Ihr Beispiel von Rheinland-Pfalz. Die sollten weniger Berichte schreiben und lieber mehr Lehrer einstellen. Die Lehrer-

versorgung liegt dort bei 98 %. Wir liegen deutlich darüber. Insofern brauchen wir keine Ratschläge von Ihnen. Wir gestalten bestmögliche Bildung. Die SPD will verwalten, noch schlimmer: Sie wollen zusätzliche zentrale Datenerfassung. – Ich will Ihnen eines sagen: Zusätzliche Bürokratie wollen wir nicht. Wir wollen Lehrer, und wir bringen sie an die Schulen. Das merken die Schulen sehr genau.

Die SPD bringt zusätzliche Verwaltung, die SPD bringt zusätzliche statistische Erhebungen. Damit bringt sie zusätzliche Belastungen für die Schulleitungen und für die Schulämter. Abgesehen davon sind die Daten, die Sie einfordern, aus meiner Perspektive unter datenschutzrechtlichen Aspekten höchst fragwürdig. Insofern würde ich gerne noch einmal mit Ihnen darüber reden.

#### (Zuruf des Abg. Wolfgang Greilich (FDP))

Für uns ist es zunächst einmal nicht entscheidend, ob der Kollege oder die Kollegin wegen Grippe oder wegen Schwangerschaft den Unterricht nicht geben kann. Damit das auch klar ist: Bei uns wird mit der verlässlichen Schule der Unterricht ordentlich vertreten. Er wird qualifiziert vertreten. Deswegen brauchen wir keinerlei abschreckende Beispiele aus Rheinland-Pfalz.

Reden wir über das Kapitel Professionalisierung. Sie sprechen von Entprofessionalisierung. Das ist schlichtweg Unfug. In Berlin haben Sie Verantwortung. Dort sind im Jahr 2017 im Grundschulbereich über die Hälfte der Lehrer als Quereinsteiger eingestellt worden. So etwas gibt es bei uns nicht. In Hessen halten wir trotz der bundesweit hohen Nachfrage nach Lehrerinnen und Lehrern am Prinzip des qualifizierten Personals fest.

Die Anzahl der Studienplätze wird erhöht: Im Bereich der Grund- und Förderschulen stehen zusätzlich 315 Plätze zum Wintersemester 2017/2018 zur Verfügung. Wir bringen im Doppelhaushalt für den Bereich der Haupt- und Realschulen weitere 90 Studienplätze auf den Plan. Für den Bereich der Haupt- und Realschulen haben wir 400 zusätzliche Referendarstellen für die Jahre 2018 und 2019 eingeplant. An der Stelle brauchen wir Ihre Ratschläge definitiv nicht.

Guten Morgen, liebe SPD, dann fällt Ihnen irgendwann, nachdem Sie jetzt zum Glück 19 Jahre in der Opposition sind, ein, dass 6.000 Lehrerinnen und Lehrer ohne Lehramt oder ohne Lehrbefähigung an den Schulen tätig sind. Ja, schön. Darunter sind allein 1.445 Pfarrerinnen und Pfarrer. Das war schon immer so, dass wir mit der evangelischen und der katholischen Kirche zusammenarbeiten. Dazu kommen Lehrkräfte für den fachpraktischen Unterricht an beruflichen Schulen, Meister des Handwerks, Juristen, Ärzte, für die wir keine Ausbildung als Lehrkraft vorhalten. Dann gibt es Diplom-Sportlehrer an Grund- und Förderschulen. Dazu kommen Diplom-Physiker und Diplom-Chemiker an Gymnasien und an Haupt- und Realschulen.

Wer kann denn etwas dagegen haben, dass wir Menschen mit zusätzlicher Qualifikation und zusätzlicher Expertise so planvoll und zum Wohle guter Bildung an den Schulen einbringen?

## (Beifall bei der CDU)

Im Übrigen, das will ich auch noch einmal sagen: Wir waren diejenigen, die im Jahr 2005 mit SAP überhaupt erst eine so übersichtliche Erhebung ermöglicht haben. Das gab es nämlich vorher nicht. Ihr Prinzip ist Verwalten, wir wol-

len gestalten. Gute Bildung, das ist und bleibt die Maxime unseres Handelns.

Sie haben schlicht und ergreifend ein Wahlkampfthema gesucht. Da kommen Sie jetzt auf 6.000 Lehrkräfte, die ohne Lehramt oder ohne Lehrbefähigung unterwegs sind.

(Christoph Degen (SPD): Das steht gar nicht darin!)

Reden Sie ruhig darüber. Wir sagen klipp und klar: Pfarrer, Handwerker, Naturwissenschaftler, Juristen tun den Schulen gut und bereiten die Schülerinnen und Schüler gut auf den Beruf vor.

Was ist denn mit der einstigen Arbeiterpartei SPD, die nur noch Akademiker an den Schulen haben will? Will sie die berufliche Bildung damit schwächen?

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Das sagen ausgerechnet Sie!)

Praxisnähe und die Ausstattung der Schulen, was Personal betrifft, sind noch nie besser gewesen als heute.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich sage nur: Bildungsgipfel!)

Wir machen gute Schulen. Die SPD macht bürokratische Monster. Dafür brauchen wir Ihre Belehrungen nicht. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Schwarz. – Das Wort hat der Abg. Wagner, Fraktionsvorsitzender von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Es gibt sogar Momente, in denen mir Mathias Wagner leidtut!)

## Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn es nur eines Beweises bedurft hätte, dass in der Bildungspolitik der SPD-Opposition vorne und hinten nichts zusammenpasst, dann ist es der heute vorliegende Antrag.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

In Punkt 5 ihres Antrags beschwert sich die SPD über die von der Landesregierung vorgelegten Statistiken, das sei alles zu viel und zu aufwendig,

(Christoph Degen (SPD): Es geht um Durchschnittswerte!)

um in Punkt 1 zu sagen, dass sie noch mehr Statistiken und damit noch mehr Aufwand für unsere Schulen will. – Das passt doch vorne und hinten nicht zusammen, liebe Kolleginnen und Kollegen der SPD.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Sie beklagen auf der einen Seite vollmundig bürokratische Belastungen der Schulen. Mit dem, was Sie hier beantragen, mit Ihren Statistiken und Ihren Erhebungen, würden Sie nur eines produzieren: noch mehr bürokratische Belastungen für unsere Schulen.

(Zuruf des Abg. Christoph Degen (SPD))

Wirklich ärgerlich wird diese konzeptions- und planlose SPD-Bildungspolitik, wenn wir uns den Unterschied zwischen dem, was Sie am Rednerpult erzählen, und dem, was Sie real in den Haushaltsberatungen beantragen, anschauen.

(Zuruf des Abg. Christoph Degen (SPD))

Herr Kollege Degen, Sie beschweren sich von diesem Rednerpult aus über nicht vollständig ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer, die kein zweites Staatsexamen haben. Sie beschweren sich darüber, dass nicht ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer an unseren Schulen tätig sind.

(Michael Boddenberg (CDU): Nicht als Lehrer ausgebildet!)

Darf ich Ihnen in Erinnerung rufen, was Sie mit der Drucks. 19/5858 beantragt haben, Unterschrift: Thorsten Schäfer-Gümbel? – Sie haben beantragt, im Ganztagsschulprogramm des Landes 15 Millionen € zu kürzen, mit der Begründung, dass Sie weniger Lehrkräfte einstellen und mehr Geld für Sachmittel haben wollen. Sie wollen also weniger voll ausgebildete Lehrkräfte an unseren Schulen und mehr freie Mittel, um andere Professionen an unseren Schulen zu beschäftigen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Mittel, die Sie nicht haben!)

Was Sie vom Redepult aus sagen und was Sie beantragen, hat überhaupt keinen Zusammenhang, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Anhaltende Zurufe der Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel und Norbert Schmitt (SPD))

Vielleicht könnten wir uns angesichts Ihres Antrags einmal darauf verständigen,

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) – Anhaltende Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

dass es neben Lehrerinnen und Lehrern an unseren Schulen auch weiterer Professionen bedarf und dass deshalb Ihr Gerede, dass das alles unqualifizierte Kräfte seien, schlicht und ergreifend Geschwätz ist und Sie real etwas ganz anderes in den Haushaltsberatungen beantragen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

Der Kollege Degen hat davon gesprochen, Rheinland-Pfalz sei ein leuchtendes Beispiel.

(Christoph Degen (SPD): Genau!)

Wir sehen uns immer gerne an, was andere Bundesländer machen. Teilweise kann man davon etwas lernen,

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ui!)

auch von Rheinland-Pfalz. Die machen ein paar Sachen beim Thema Inklusion besser, als wir es von den FDP-Kultusministern geerbt haben, deshalb stellen wir jetzt langsam in Richtung Rheinland-Pfalz um. Wenn wir das machen, kritisiert es die SPD, aber das sei jetzt einmal dahingestellt.

Sie haben Rheinland-Pfalz als leuchtendes Beispiel erwähnt, weil Rheinland-Pfalz einen Gesundheitsreport hat. Das können wir uns einmal anschauen. Rheinland-Pfalz ist aber das Land, das es sich zum Ziel gesetzt hat, für die laufende Legislaturperiode des dortigen Landtags 100 % Lehrerversorgung überhaupt erst einmal zu erreichen.

(Christoph Degen (SPD): Was hat das denn damit zu tun?)

Meine Damen und Herren von der SPD, wenn ich die Wahl habe zwischen 105 % Lehrerversorgung – damit es nicht so abstrakt bleibt: das sind über 2.000 zusätzliche Lehrerstellen zur Unterstützung der Arbeit unserer Lehrerinnen und Lehrer und damit auch zu ihrer Gesundheitsförderung – und einem Gesundheitsbericht, dann weiß ich aber, wie ich mich entscheide.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir können verstehen, dass die Opposition nicht über die Fakten der Bildungspolitik sprechen will – das steht ja in Punkt 5 Ihres Antrags –, aber es bleibt trotzdem richtig. Solange ich mich an bildungspolitische Debatten erinnern kann – das sind mittlerweile 30 Jahre, ich habe früh angefangen, mich für Politik zu interessieren –, hat es noch keine Legislaturperiode gegeben, in der mehr zusätzliche Stellen an unseren Schulen geschaffen wurden als in der laufenden Legislaturperiode. Es bleibt einfach richtig, meine Damen und Herren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Es bleibt richtig, dass die FDP-Kultusminister den Ausbau des Ganztagsschulprogramms in der vergangenen Legislaturperiode verdoppelt haben. Das bleibt richtig und ein Verdienst. Ebenso richtig ist auch, dass wir ihn in dieser Legislaturperiode noch einmal verdoppelt haben – auch dieses Faktum bleibt richtig.

Wir haben die Lehrerzuweisung nach Sozialindex, also eine an den Belastungssituationen der Schulen orientierte Lehrerzuweisung, in dieser Legislaturperiode deutlich gesteigert. Wir haben das Thema "Integration von Flüchtlingen in unser Schulsystem" in Hessen ganz gut bewältigt. Es bleiben immer noch Herausforderungen, gar keine Frage, aber wir haben es ganz gut hinbekommen.

Erstmals gibt es in Hessen mit den 700 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen einen systematischen Einstieg des Landes in die Schulsozialarbeit. – Darüber kann man doch einmal reden, das kann man doch einmal erwähnen, das muss man doch nicht bestreiten, liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Keine Frage, es bleibt eine Menge zu tun. Unsere Schulen sind im Wandel, die Gesellschaft ist im Wandel – wer wollte das bestreiten? Eine Situation, die sich verändert, erfordert natürlich auch immer wieder neue Antworten. Deshalb bleibt auch an unseren Schulen sehr viel zu tun.

Ja, wir haben im Bereich der Ganztagsschulentwicklung auch noch eine ganz Menge vor und eine ganze Menge zu erledigen. Das Tempo ist verdoppelt, aber noch haben wir es nicht geschafft, dass es für jedes Grundschulkind tatsächlich ein Bildungs- und Betreuungsangebot von 7:30 Uhr bis 17 Uhr gibt, wenn es Eltern für dieses Kind wol-

len. Daran wollen wir weiter arbeiten. Aber um weiter daran zu arbeiten, braucht man Konzepte und Ideen, und dazu habe ich in dieser Debatte von der Opposition wieder überhaupt nichts gehört.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Ja, wir brauchen die besten Schulen an den Orten mit den größten Herausforderungen. Dafür haben wir in dieser Legislaturperiode eine ganze Menge getan: Lehrerzuweisung nach Sozialindex, Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen für die Schulen, neues Umsetzungskonzept für die Inklusion. – Wir behaupten nicht, mit dieser Aufgabe fertig zu sein, sondern natürlich müssen wir auf diesem Weg weitergehen. Aber wir haben den Einstieg geschafft, die Richtung stimmt. Wir entwickeln uns in Richtung multiprofessioneller Teams an den Schulen, die besonders herausgefordert sind. Was ist hierzu die Alternative der Opposition? – Ich habe nichts, aber auch gar nichts von Ihnen dazu gehört, was Sie eigentlich anders machen wollen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Das nennt man Wahrnehmungsstörung!)

Die mit entscheidendste Veränderung an unseren Schulen ist, dass neben dem Bildungsauftrag der Schule der Erziehungsauftrag der Schule in den vergangenen Jahren dramatisch an Bedeutung gewonnen hat. Das ist es, was Lehrerinnen und Lehrer an realen Problemen zurückmelden. Sie beschäftigen sich nicht mit irgendwelchen Statistiken und Berichten der SPD, sondern sie sagen: Wir sind gut ausgebildet für unseren Bildungsauftrag; aber um der Vielfältigkeit der Schülerschaft gerecht zu werden, um auch dem Erziehungsauftrag neben dem Elternhaus gerecht werden zu können, brauchen wir weitere Unterstützung. - Genau das ist die Idee hinter den 700 Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen. Wir lassen die Lehrerinnen und Lehrer eben nicht mit einer geänderten schulischen Wirklichkeit allein, sondern arbeiten Schritt für Schritt daran, es an unseren Schulen immer besser zu machen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Wo ist das alternative Konzept der SPD? – Vor sechs Jahren wurde der große Hessenplan erstmals urkundlich erwähnt. Bis heute aber liegt kein großer Hessenplan vor, es liegt kein kleiner Hessenplan vor, es liegt ein stinknormales Wahlprogramm vor, in dem nichts, aber auch gar nichts Konkretes drinsteht – nichts zum Schulbereich, rein gar nichts.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU – Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Sie schwingen hier große Reden, Sie versuchen den Eindruck zu erwecken, dass Sie etwas tun. Aber alle wissen, was es in Wahrheit ist: Es sind haltlose Wahlversprechen, die noch nicht einmal durch Ihre Haushaltsanträge und noch nicht einmal durch Ihr Wahlprogramm gedeckt sind.

(Manfred Pentz (CDU): Das ist unseriös!)

Da ist die Politik, die wir für die Schulen machen, sehr viel gewinnbringender. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

#### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Wagner. – Das Wort hat der Abg. Wolfgang Greilich, FDP-Fraktion.

## Wolfgang Greilich (FDP):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich kann man die Uhr danach stellen, dass wir uns in jeder Plenarrunde wieder einmal mit Bildungs- bzw. Schulpolitik beschäftigen. Man könnte schon fast sagen: "Und täglich grüßt das Murmeltier". Nur ändert sich dummerweise nichts daran, deswegen müssen wir es immer wieder thematisieren.

Das Thema auch dieser Debatte ist wieder die durchgehende Überforderung dieser Landesregierung bei der Bewältigung der ihr gestellten Aufgaben, und das gilt leider ganz besonders in der Schulpolitik.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Ich muss es noch einmal so deutlich sagen: Die Schönrednerei, die wir hier ständig hören, in jeder Runde und auch heute wieder, hilft kein Stückchen weiter. Herr Kollege Wagner ist dabei wenigstens ein bisschen variantenreich und lässt sich von einer Debatte zur anderen wieder etwas Neues einfallen.

Herr Kollege Schwarz, ich habe es Ihnen gestern Abend schon gesagt, und es hat sich bestätigt: Ihre Rede kannte ich gestern schon. Ich kannte sie schon gestern, man kann sie mehr oder weniger mitbeten, aber keiner will sie mehr hören. Herr Kollege Schwarz, das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Dass Sie uns damit behelligen, ist eine Sache; aber draußen in den Schulen und bei den Verbänden will es auch keiner mehr hören. Darüber sollten Sie einmal nachdenken. Es bringt eigentlich nichts, wenn Sie die Realität ausblenden.

(Beifall bei der FDP und der SPD)

Der heute hier vorgelegte SPD-Antrag greift die Lage auf. Sie, Herr Kultusminister, und Sie von der Koalition halten sich künstlich und absichtlich blind. Daten zu Unterrichtsausfall? – Fehlanzeige. Erkenntnisse zur Qualifikation des für Unterrichtszwecke eingesetzten Personals? Wie viele ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer sind im Dienst, wie viele nicht oder noch nicht ausreichend Qualifizierte sind in unseren Schulen? – Das wollen Sie nicht beantworten, das können Sie nicht beantworten.

Sie sollten sich vielleicht einmal selbstkritisch fragen, warum, wenn alles so toll ist, wie Sie es hier beschreiben, wenn es so viele zusätzliche Lehrer gibt – die haben Sie eingestellt, und das ist auch gut so –, die Stimmung an den Schulen so viel schlechter ist, als sie vor fünf Jahren war. Das ist die Frage, mit der Sie sich beschäftigen sollten.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Christoph Degen (SPD) – Manfred Pentz (CDU): Weil Sie es schlechtreden!)

Herr Kollege Pentz, da gilt: Wer nicht hinsieht und nicht hinhört, der kann in der Tat guten Gewissens behaupten, es sei alles in Ordnung. Das Problem ist aber, dass dadurch nichts besser wird.

(Beifall bei der FDP)

Ich denke an das Fragespiel, das wir in der letzten Plenarrunde und auch gestern zum Thema elektronisches Klassenbuch hatten. Es ist ein wunderbares Beispiel dafür. Das Ergebnis, das man daraus ziehen kann, ist: Sie schauen nicht hin, Sie wollen gar nichts wissen, damit Sie nichts tun müssen. Das ist die entscheidende Botschaft.

Herr Kollege Schwarz, wenn einem dann gar nichts mehr einfällt – das haben wir gestern auch schon vonseiten des Kultusministeriums gehört; Sie haben es jetzt auch gebracht –, dann muss der Datenschutz herhalten.

(Armin Schwarz (CDU): Sie sind doch die Datenschutzpartei!)

 Ja eben, wir sind eine Datenschutzpartei. Deswegen wissen wir auch, worum es beim Datenschutz geht. Aber das, Herr Kollege Schwarz, hat mit Datenschutz überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Christoph Degen (SPD))

Dieses Wegschauen, dieses Weghören, das ist der rote oder, besser, der schwarz-grün gesponnene Faden Ihrer Schulpolitik.

Stellenaufblähung im Kultusministerium – Herr Kollege Degen hat es aufgeführt –, was tun Sie mit diesen zusätzlichen Stellen? – Ich kann es Ihnen sagen. Wenn Sie draußen in die Schulen gehen, bekommen Sie es berichtet: Sie kujonieren die Lehrerinnen und Lehrer in diesem Land, indem Sie immer wieder neue Anforderungen stellen und dann, wenn sich einer kritisch räuspert, entsprechenden Druck ausüben. Das ist offensichtlich das, was Sie mit zusätzlichen Stellen machen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Christoph Degen (SPD))

Was haben wir denn? Wir haben Themen, die wir hier immer wieder erörtern. Die zunehmenden Überlastungsanzeigen – warum wollen Sie die Arbeitsbelastung nicht objektiv untersuchen lassen? Warum nicht, wenn alles nicht stimmt, was wir hier vortragen, was die Lehrer melden? Wovor haben Sie Angst, es zu untersuchen und zu objektiven Ergebnissen zu kommen?

Genauso ist es mit der Überlastungssituation der Schulleitungen. Das Gutachten wurde vom Verband der Oberstudiendirektoren vorgelegt. Sie haben es in der Beratung abqualifiziert. Sie haben abgestritten, dass das wissenschaftlich fundiert sei. Wir haben gesagt: Machen wir eine Anhörung, fragen wir die Betroffenen selbst. – Sie haben es abgelehnt. Ich kann nur noch einmal fragen: Wovor haben Sie Angst, wenn angeblich alles in Ordnung ist?

(Beifall bei der FDP und des Abg. Christoph Degen (SPD) – Zuruf des Abg. Manfred Pentz (CDU))

Sie erinnern mich – ich habe es in der letzten Plenarrunde schon gesagt – immer wieder an die schon oft zitierten drei Affen: nichts sehen, nichts hören, nichts sagen.

(Zuruf des Abg. Armin Schwarz (CDU))

Ein Problembewusstsein, Herr Kollege Schwarz, der Wille, sich den Herausforderungen zu stellen, sind beim Kultusminister und bei dieser Regierungskoalition nicht erkennbar.

(Armin Schwarz (CDU): Das haben wir schon zehnmal gehört!)

Sie handeln weiter nach dem Motto: nichts sehen, nichts hören, nichts sagen. Ich kann es Ihnen noch zwanzigmal

wiederholen. Vielleicht nehmen Sie es dann zur Kenntnis. Dieses Verhalten ist grob fahrlässig

(Zuruf des Abg. Armin Schwarz (CDU) – Glockenzeichen des Präsidenten)

gegenüber den Schülerinnen und Schülern und gegenüber allen in der Schule Beschäftigten.

(Beifall bei der FDP – Armin Schwarz (CDU): Wo ist jetzt das Neue?)

Wir steuern bedauerlicherweise dahin, dass die Opposition die Aufgaben der Landesregierung übernehmen muss, um die Realität an Hessens Schulen in die Öffentlichkeit zu tragen. Die durch die Koalitionsfraktionen abgelehnte Anhörung zur Arbeitsbelastung und zur Aufgabenkritik bei Schulleitungen und Lehrkräften werden wir durchführen. Wir haben einen freien Termin dafür gefunden. Sie haben Gelegenheit, dort zuzuhören. Vielleicht nehmen Sie sich die Zeit.

Eines kann ich Ihnen jetzt schon sagen: Das Echo auf unsere vor wenigen Tagen versandte Einladung ist schon heute beeindruckend und gleicht Hilferufen, weil sich Lehrerinnen und Lehrer mit ihren berechtigten Sorgen von der Landesregierung alleine gelassen sehen.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Christoph Degen (SPD) – Norbert Schmitt (SPD): Hört, hört!)

Die Landesregierung betreibt Arbeitsverweigerung und kommt ihrer Fürsorgepflicht gegenüber Lehrerinnen und Lehrern nicht nach. Da hilft es auch nicht – Herr Kollege Schwarz, ich wiederhole es gerne immer wieder –, wenn Zahlen, Daten, Fakten wiederholt vorgetragen werden,

(Armin Schwarz (CDU): Die Zahlen und Fakten stören Sie!)

die zwar die Statistik, aber nicht die Lebens- und Arbeitswirklichkeit abbilden.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Armin Schwarz (CDU))

Auch deshalb unterstützen wir sozusagen als Notwehrmaßnahme gegen diese Landesregierung die Forderung, durch einen Bildungsbericht die Problemlagen und Veränderungsbedarfe aufzuzeigen. Es geht dabei nicht um neue Dokumentationspflichten, sondern schlicht um die Abbildung der Realitäten an unseren Schulen.

Ich will noch ein wichtiges Stichwort aufgreifen, das man eigentlich in keiner bildungspolitischen Debatte auslassen darf, weil es für unsere Lehrerinnen und Lehrer, vor allem aber für die betroffenen Schülerinnen und Schüler von besonderer Bedeutung ist. Das ist das Thema Beschulung der Geflüchteten. Wir haben schon häufiger über die großen Anstrengungen der Vergangenheit geredet, von Nicola Beer aufgesetzt und gemeinsam weiterentwickelt. Aber was passiert in den letzten Monaten, in den letzten ein, zwei Jahren? – Sie haben die Augen verschlossen, die Realität auch in diesem Bereich ausgeblendet, obwohl Sie es immer wieder zu hören bekommen von den Schulen, von den Verbänden, sicherlich auch in Ihrem Flüchtlingsbeirat, der nicht öffentlich tagt. Insofern weiß ich nicht, was dort im Einzelnen gesprochen wird.

Aber Sie negieren die Notwendigkeiten. Tatsache ist doch, dass die Angebote nicht ausreichen, dass insbesondere die von Ihnen stur beibehaltene Begrenzung der Sprachfördermaßnahmen auf zwei Jahre unzureichend ist, dass das so nicht geht. Die Länge muss sich am individuellen Bedarf bemessen, und das können im Einzelfall bis zu vier Jahre sein. Wir und auch Sie, Herr Minister, bekommen zunehmend Meldungen von örtlichen Konferenzen der Beteiligten, von Lehrern, von Hilfsorganisationen, aus der Wirtschaft, die genau das bestätigen.

Aber was ist die Reaktion des Kultusministeriums? – Das ist gerade vor wenigen Tagen deutlich geworden, und ich finde es empörend: Sie streiten nicht nur die Probleme ab – das kennen wir schon –, Sie leugnen nicht nur die Probleme, sondern als Krönung gehen Sie dazu über, die Lehrkräfte zu drangsalieren, die diese Missstände benennen und das auch in der Öffentlichkeit nicht verleugnen.

Meine Damen und Herren von der Koalition, Sie bekämpfen nicht die zutreffende Botschaft bzw. deren Ursache. Ihre Antwort ist es, die zu knechten, die die Botschaft übermitteln.

(Beifall bei der FDP)

Herr Kultusminister, hierzu kann ich nur sagen: Schon im Altertum hat sich die Problemlösungsstrategie, den Überbringer der schlechten Nachricht umzubringen, nicht bewährt. Sie sollten nicht darauf rekurrieren.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Ziel unserer Politik muss es sein, Missstände abzubauen und die Rahmenbedingungen dahin gehend zu ändern, dass jedem Kind bestmögliche Bildung mit hoch qualifiziertem Personal und ausreichenden Ressourcen zur Verfügung gestellt wird. Es fehlt dabei nicht an Hochglanzbroschüren. Da ist die PR-Abteilung dieser Landesregierung durchaus fleißig. Es bedarf direkter Begleitung und Unterstützung derjenigen, die in den Schulen tätig sind. Alles andere ist nur Makulatur, die vielleicht dazu dient, das Image des Kultusministers aufzupolieren, die aber keinen zusätzlichen Lehrer an unsere Schulen bringt, die den Schulen nicht mehr Selbstständigkeit bringt und die insbesondere keine stärkere individuelle Förderung von Schülern bringt. Mit Ihrer Politik des Weghörens, des Wegschauens und der Verleugnung bringen Sie unser Land nicht voran.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das will ich zum Schluss sagen: Herr Kollege Wagner lebt gerne in der Vergangenheit. Deshalb habe ich für Sie einmal in der Vergangenheit nachgeschaut und etwas nachgelesen. Sie haben in der letzten Wahlperiode die damalige Landesregierung entsprechend Ihrer Ihnen auf den Leib geschneiderten Rolle als geborener Oppositionspolitiker immer wieder mit unzutreffenden Bewertungen angegriffen. Ich nehme zu Ihrer Ehrenrettung an, dass Sie prophetische Gaben hatten und deshalb schon 2012 das formulierten,

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wird am Ende kein Lob, oder?)

was 2018 leider zutreffend ist. Ich zitiere wörtlich Herrn Kollegen Wagner:

Sie haben auch in diesem Bereich "fertig", nichts erreicht und nichts mehr vor; das ist schade für unsere Schulen.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das bezog sich auf die FDP!)

Herzlichen Dank, Herr Kollege Wagner. Sie haben es auf den Punkt gebracht.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

#### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Greilich. – Das Wort hat der Kultusminister, Herr Staatsminister Prof. Lorz. Bitte.

(Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Müssen Sie schon unsere Oppositionsreden ausgraben?)

#### Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Kultusminister:

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist klar, je näher der ominöse 28. Oktober rückt, umso mehr nehmen die Anträge der Opposition – –

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Was ist daran ominös? – Michael Boddenberg (CDU): Der Zwischenruf hätte von mir sein können!)

Ich wollte es Ihnen überlassen, diese Chiffre mit der passenden Assoziation zu verbinden. Ich kann es aber auch gerne ausdrücklich sagen: Wir reden vom Landtagswahltermin.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Danke, geht doch! – Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach so, darum geht es!)

 Ich bin gerne zu jeder Form von Präzisierung bereit. – Je näher der Landtagswahltermin rückt,

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

umso mehr nehmen die Anträge der Opposition den Charakter von Wahlkampfaktionen an. Der Antrag der SPD wie übrigens auch der der LINKEN ist ein herausragendes Beispiel dafür. Das erkennt man erstens daran, dass die Anträge nur als Aufhänger für den üblichen bildungspolitischen Rundumschlag dienen – auch die Rede des Abg. Greilich kannte ich weitestgehend schon gestern –, und zweitens daran, dass sie in mindestens drei Punkten eklatant dem widersprechen, was die Opposition in diesem Haus sonst als Argumentationsstrategie zu fahren pflegt. Aber darauf kommt es ja in Wahlkampfzeiten nicht weiter an.

Meine Damen und Herren, lassen Sie uns deswegen doch einmal auf den Antrag schauen und feststellen, worum es eigentlich geht. Es geht um die Frage der Führung von Statistiken. Sie versuchen, einen Vorwurf daraus zu konstruieren, dass wir bislang keine zentrale Erhebung der Krankheitstage der Lehrkräfte und der Qualifikationen der befristet angestellten Lehrkräfte vorgenommen haben. Der Ausfall von Unterrichtsstunden ist ein Sonderfall. Dazu komme ich gleich.

Das ist alles. Es geht um die Frage: Brauchen wir eine zentrale Datei? – Dazu muss man wissen: So eine zentrale Datei gab es noch nie. Deswegen muss ich schon ein wenig schmunzeln, wenn ich in dem Antrag lese, das sei "essenziell für die Erfüllung ... der ... Aufgaben des ... Kultusministeriums".

Wenn das wahr wäre, hätte das Kultusministerium seine Aufgaben noch nie ordentlich erfüllen können. Herr Abg. Degen, das würde dann auch die durchaus lange Amtszeit sozialdemokratischer Kultusminister in diesem Land einschließen. Herr Abg. Greilich, das würde auch für die noch nicht so lang zurückliegende Amtszeit freidemokratischer

Kultusministerinnen gelten. Nur die Mitglieder der LIN-KEN könnten sich hier einen schlanken Fuß machen und auf den Putz hauen. Denn sie haben bisher zum Glück noch keinen Kultusminister gestellt.

Aber vielleicht unterhalten Sie sich noch einmal mit den von Ihnen sonst so oft bemühten Gewerkschaften und fragen sie, was sie von einer zentralen Erfassung der Krankheitstage halten. Denn es gibt da auch personalvertretungsrechtliche Aspekte, die durchaus nicht ohne Belang sind. Die datenschutzrechtlichen wurden schon angesprochen.

Der christdemokratische Staatssekretär der letzten freidemokratischen Kultusministerin bekennt sich dazu: Die Existenz solcher Zentraldateien ist nicht essenziell für die Erfüllung unserer Aufgaben.

Wenn wir sonst irgendwelche statistischen Werte, Zahlen, Daten oder Fakten präsentieren, sagen die Mitglieder der Opposition: Verschonen Sie uns mit diesen Mittelwerten, Durchschnittsfiguren und all diesem Kram. – Dann stellen Sie aber einen Antrag, der besagt: Wir brauchen noch viel mehr von diesen Statistiken, nämlich solche, von denen wir uns einen politischen Effekt versprechen. – Auf dieses Paradoxon wurde schon hingewiesen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Nicht alles, was hinkt, ist ein Vergleich!)

Dabei gibt es noch einen entscheidenden Unterschied. – Herr Schäfer-Gümbel, vielen Dank für diese Vorlage.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Ich bemühe mich immer für Sie!)

Genau zu der Frage des Vergleichs der Gangart wollte ich kommen. Denn wir reden über folgende Daten: etwa über die 4.000 Lehrerstellen, die wir in dieser Legislaturperiode zusätzlich geschaffen haben, oder über eine Tatsache, die sich aus dem Bildungsfinanzbericht ergibt, nämlich dass wir die höchsten Ausgaben pro Kopf unter den deutschen Flächenländern haben. Dann gibt es da noch die Tatsache, dass wir im Moment so wenige Schülerinnen und Schüler wie nie zuvor und gleichzeitig so viele Lehrerinnen und Lehrer wie nie zuvor an unseren Schulen im System haben. Das tut Ihnen am meisten weh.

Diese Daten kann man nur zentral erheben, bzw. sie liegen nur zentral vor. Nur deswegen kann man über sie sprechen. Das, wovon Sie reden, sind hingegen Daten, die dezentral anfallen und dort auch gut aufgehoben sind. Worum geht es denn wirklich in der Sache?

(Christoph Degen (SPD): Unterrichtsausfall!)

- Genau. Danke. Heute kommen die Vorlagen aus den Reihen der Opposition. Das ist sensationell. - Herr Abg. Degen, es geht darum, dass unsere Kinder ihren Unterricht garantiert bekommen. Das ist entscheidend. Es geht nicht darum, dass, wenn eine Lehrkraft wegen Krankheit oder anderweitiger Gründe ausfällt, das in irgendeine Datenbank eingepflegt wird. Vielmehr geht es darum, dass eine Vertretung bereitsteht.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Es geht darum, dass die Leute, die dafür befristet beschäftigt werden, entsprechend qualifiziert sind, und zwar unabhängig davon, ob in irgendeiner elektronischen Rubrik dafür ein Häkchen gesetzt ist.

Es wäre vollkommen sinnlos, das zentral von Wiesbaden aus steuern zu wollen. Das Kultusministerium kann nicht versuchen, jeden einzelnen Vertretungsfall vor Ort zu regulieren.

Das ist der Unterschied zur Lehrerstellenzuweisung, die nur zentral erfolgen kann. Für Vertretungen müssen die Leute sorgen, die mit den Schulen vor Ort in Kontakt sind. Das sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Staatlichen Schulämter. Die nehmen ihre Aufgabe sehr wohl wahr, und das sehr engagiert.

Jede Schule in Hessen hat ein Vertretungskonzept. Das ist mit dem Staatlichen Schulamt abgestimmt. Damit kann auch auf ganz kurzfristige Ausfälle reagiert werden. Bei kurzfristigen Ausfällen greift außerdem unser Konzept zur verlässlichen Schulzeit. Dafür gibt es gesonderte Mittel für den Einsatz externer Kräfte aus dem entsprechenden schulischen Personenpool. Wenn eine Lehrkraft für mehr als fünf Wochen ausfällt, dann setzt das Staatliche Schulamt vor Ort, weil nur sie das können, Vertretungskräfte mit TV-H-Verträgen ein. Und dazu kommt noch unsere mobile Vertretungsreserve mit 302 Stellen für das Schuljahr 2017/2018.

(Christoph Degen (SPD): Wenn jemand da ist!)

Das heißt, es gibt in Hessen überhaupt keinen Unterrichtsausfall in der Fläche. Deswegen kann es dazu auch überhaupt keine Daten geben.

> (Beifall bei Abgeordneten der CDU und des BÜND-NISSES 90/DIE GRÜNEN – Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Natürlich haben wir auch ein schulisches Gesundheitsmanagement. Wenn eine Lehrkraft innerhalb eines Jahres länger als sechs Wochen arbeitsunfähig ist, dann greift das Konzept des Betrieblichen Eingliederungsmanagements. Da geht es um die Ursachen der gesundheitlichen Einschränkung. Da geht es um Abhilfemöglichkeiten. Da geht es um die weitere Perspektive. Aber auch das wird natürlich zweckmäßigerweise vor Ort von den Staatlichen Schulämtern gehandhabt.

Die Staatlichen Schulämter dokumentieren darüber hinaus die Qualifikation der als Vertretung angestellten Lehrkräfte. Das hat Ihnen übrigens einer unserer erfahrensten Personaldezernenten und Amtsleiter in der letzten Sitzung des Kulturpolitischen Ausschusses haarklein erläutert.

Ich will gerne noch einmal wiederholen, um was für Personen es da geht, soweit sie nicht ohnehin ein Lehramt haben. Schon erwähnt wurden die Pfarrer für den Religionsunterricht. Es geht ferner um die Berufsträger an den beruflichen Schulen. Ich füge hinzu: Die sogenannten Ein-Fach-Lehrer fallen natürlich auch darunter. Das sind die Diplom-Kunstlehrer, die Diplom-Musiklehrer und die Diplom-Sportlehrer. Sie haben kein Staatsexamen. Sie haben aber eine vollwertige Lehrerausbildung. Ich nenne die Hochschulabsolventen, wie jenen Diplom-Physiker, der vor 35 Jahren mein Mathematiklehrer war.

Das ist alles nichts Neues. Das ist alles seit Jahrzehnten geübte Praxis der hessischen Schulen und der hessischen Schulämter. Und das funktioniert völlig ohne zentrale Dateien.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Mathias Wagner (Taunus) und Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Deswegen verrät Ihr Antrag, dass es Ihnen im Kern um etwas ganz anderes geht. Er verrät nämlich ein abgrundtiefes Misstrauen gegen jede Form der Wahrnehmung der Verantwortung auf nachgeordneten Ebenen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Manfred Pentz (CDU): So ist es! Das ist SPD pur! – Gegenruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD) – Weitere Zurufe und Gegenrufe)

- Ja, da geht es um Zentralismus. - Wir dagegen vertrauen unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Schulämtern. Wir vertrauen darauf, dass sie ihre Arbeit ordentlich machen und ihre Aufgaben gewissenhaft erfüllen. Ich habe keinerlei Anhaltspunkte dafür, dass das nicht der Fall wäre. Deswegen muss ich da nicht den Johnny Controlletti machen.

(Beifall bei der CDU und der Abg. Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich sage aber gerne zu und lasse das auch prüfen: Wenn wir eine administrativ unaufwendige Möglichkeit finden, diese Daten zukünftig elektronisch mit einzupflegen, ist das für mich kein Dogma. Aber es muss, gerade weil der Erkenntnisgewinn begrenzt ist, wenigstens unaufwendig sein. Denn ich will, dass unsere Lehrerinnen und Lehrer die Schülerinnen und Schüler unterrichten und dass sich die Staatlichen Schulämter, die Bildungsverwaltung, darauf konzentrieren, wie sie diese Lehrkräfte zu unseren Kindern bringen. Sie sollen nicht jede Menge Zeit darauf verwenden, die Daten aus irgendwelchen Akten in irgendwelche Excel-Tabellen einzupflegen.

(Beifall bei der CDU sowie der Abg. Mathias Wagner (Taunus) und Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Opposition fordert hier, die Personalakten von großen Teilen der seit Langem im Dienst befindlichen 6.000 befristeten Lehrkräfte noch einmal auf ihre Qualifikation hin auszuwerten. Das wäre händisch zu erfassen. Sie fordert gar, die Krankheitstage aller 60.000 Lehrkräfte händisch auszuwerten. Dazu muss man sich Folgendes vergegenwärtigen: Wenn man nur mit einer Viertelstunde pro Akte rechnet – das ist nicht viel –, dann wären zehn Stellen in der Verwaltung für ein Jahr lahmgelegt. Das ist völlig unverhältnismäßig.

Sie stellen sich auf Verbandstagen und Ähnlichem hin – oder auf den typischen Wochenendveranstaltungen – und beklagen die Überbürokratisierung der Schule. Sie machen das Kultusministerium dafür verantwortlich, dass es – wie hieß das so schön? – die Lehrerinnen und Lehrer ständig mit irgendwelchen neuen Vorschriften kujoniere. Aber dann kritisieren Sie hier das Kultusministerium dafür, dass es sich bei diesem Thema weigert, ein solches bürokratisches Monster zu erschaffen. Das ist vollkommen unglaubwürdig. Aber es ist eben auch Wahlkampf. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Bravo!)

## Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister, vielen Dank. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Der Antrag Drucks. 19/6072 und der Dringlicher Antrag Drucks. 19/6098 sollen dem Kulturpolitischen Ausschuss überwiesen werden. – Jawohl, damit haben wir das so überwiesen.

Ich rufe dann **Tagesordnungspunkt 5** auf:

## Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Mobilitätsfördergesetz – Drucks. 19/6071 –

Der Gesetzentwurf wird vom Wirtschaftsminister eingebracht. Herr Staatsminister Tarek, bitte sehr.

## Tarek Al-Wazir, Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung:

Da der Frank und ich per Du sind, ist ihm das gerade so passiert.

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bringe für die Landesregierung den Gesetzentwurf für ein Mobilitätsfördergesetz ein.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Bravo!)

Das ist ja gut.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Jetzt freue ich mich, dann ist es Ihnen auch wieder nicht recht!)

Es geht gut los, ab jetzt wird es noch besser.

Ich will vorab bemerken, dass wir alle mobil sein wollen und mobil sein müssen. Wir alle wollen dabei möglichst schnell vorankommen und gleichzeitig die Belastungen für Mensch, Umwelt und Klima senken. Mit dem Mobilitätsfördergesetz, das die Landesregierung hier in den Landtag einbringt, wollen wir die Mobilität der Zukunft fördern. Wir setzen damit eigene, neue Akzente im Vergleich zur Förderung der Vergangenheit und passen die Förderung der Verkehrsinfrastruktur an heutige Erfordernisse an.

Ich will hinzufügen: Nicht erst seit dem gestrigen Urteil des Bundesverwaltungsgerichts geht es natürlich auch darum, wie wir die Luftbelastung in Innenstädten verringern. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, das müsste uns alle einen: Stadtluft soll frei und nicht krank machen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Bundesverwaltungsgericht hat den Handlungsdruck gestern noch einmal verdeutlicht. Wenn jetzt nicht umgesteuert wird, dann drohen Fahrverbote. Ich will an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich sagen: Ich möchte, dass die Bundesregierung jetzt endlich handelt und die Kommunen unterstützt. Aber auch wir als Land müssen und werden unseren Beitrag leisten. Das Mobilitätsfördergesetz ist ein Baustein dafür.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich an dieser Stelle eine banale Erkenntnis sagen: Mobilität kostet Geld. Es geht dabei natürlich um die Fragen: Wo kommt dieses Geld her? Haben wir auch Möglichkeiten, diese Gelder im Zweifel zu erhöhen?

(Allgemeine Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Wir wollen mit diesem Mobilitätsfördergesetz erstens einen bestimmten Anteil des Landeshaushalts gesetzlich binden und zweitens dafür sorgen, dass die Förderung für die Kommunen – darum geht es am Ende nämlich – auf jährlich mindestens 100 Millionen € aufgestockt wird, und zwar unabhängig vom Bund aus Landesmitteln. Derzeit wird die Förderung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur aus Mitteln bezahlt, die der Bund den Ländern zur Verfügung stellt. Hessen erhält dabei 96,5 Millionen €. Diese sogenannten Entflechtungsmittel laufen Ende 2019 aus. Schon ab 2019 erhöhen wir diese Mittel um 3,5 Millionen € Landesgeld auf 100 Millionen €. Ab 2020 sind es dann 100 Millionen € Landesgeld, die mit diesem Gesetz für die Mobilität gebunden werden sollen.

Ich will an dieser Stelle hinzufügen: Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich habe ja viel gehört nach der Einigung über den Länderfinanzausgleich, was man mit diesem angeblich neu gewonnenen Reichtum alles so machen will.

(Zuruf des Abg. Gerhard Merz (SPD))

Diese 100 Millionen €, die wir jetzt binden, sind ein Teil von dem Geld, das wir über den Länderfinanzausgleich neu hinzubekommen. In aller Regel ist nicht über die Gelder geredet worden, die an anderer Stelle wegfallen. Deswegen ist das eine erste Bindung von mindestens 100 Millionen € für investive Mittel.

Ich will ausdrücklich sagen: Ein Schwerpunkt bei der Förderung dieser kommunalen Verkehrsvorhaben ist natürlich die nachhaltige Mobilität. Was bedeutet das konkret? – Pendlerparkplätze, Rad- und Fußwege, die Modernisierung von Bahnhöfen und Bushaltestellen, der Bau und Ausbau von Straßenbahnstrecken, besondere Fahrstreifen für Busse, die Reaktivierung von Bahnlinien und natürlich auch der Bau und der Ausbau von Straßen, weil der kommunale Straßenbau, der vom Land gefördert wird, auch aus diesem Topf bezahlt wird.

Mit dem Mobilitätsfördergesetz wollen wir gesetzlich fixieren, was seit 2014 schon in der Praxis gilt: 50 % der Mittel gehen an den öffentlichen Personennahverkehr und 50 % der Mittel an den kommunalen Straßenbau.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, nun komme ich im Einzelnen zu den Förderschwerpunkten. Die Mobilität von Menschen und Gütern ist eine der Grundvoraussetzungen wirtschaftlicher Dynamik und individueller Freiheit. Wenn wir sie sichern wollen – das wollen wir –, dann muss sie nachhaltiger werden. Deshalb ist die Elektromobilität ein Förderschwerpunkt. Andere neue Fördermöglichkeiten zur Luftreinhaltung und zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse sind die Anschaffung von effizienzsteigernden oder emissionsmindernden Antrieben bei Fahrzeugen im Schienenpersonennahverkehr, die Anschaffung elektrisch angetriebener Busse, die Nachrüstung von Hafenanlagen, um die dort liegenden Schiffe mit Landstrom zu versorgen, und die Grunderneuerung von Verkehrswegen, insbesondere auch der städtischen Schieneninfrastruktur und von Schienenwegen, die nicht dem Bund gehören. Die Neuanlage oder Verbesserung von Radwegen sowie von Wegen für den Fußverkehr gehören ebenso dazu.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Nahmobilität ist die Basis der Mobilität in Städten und Gemeinden. Ich will ausdrücklich sagen: Ich glaube ja an die Aufklärung. Deshalb schaue ich einmal Herrn Lenders an. Das hat nichts damit zu tun, dass jetzt alle zu Fuß gehen müssen, Herr Lenders, aber selbst das FDP-Mitglied, das nur mit dem

Auto fährt, macht drei Schritte zu seinem Auto hin, und es ist deswegen auch zu Fuß unterwegs.

(Heiterkeit des Abg. Jürgen Lenders (FDP) – Janine Wissler (DIE LINKE): Man kann auch über die Tiefgarage kommen!)

Die Nahmobilität ist an dieser Stelle die Basis selbst Ihres Mobilitätsverhaltens.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich weiß, dass Herr Lenders sogar öfter mal im Zug sitzt. Ich habe mich nur gerade an den Redebeitrag der Kollegin Knell zu dem vorletzten Tagesordnungspunkt erinnert.

Ich will es ausdrücklich sagen: Es geht um Lebensqualität, es geht natürlich auch um die Frage, wie wir die Mobilität in den Städten anders organisieren. Auch da brauchen wir Mittel für die Förderung. Um die Parksituation in den Innenstädten und dicht bebauten Ortskernen zu entlasten, ist auch die Förderung moderner Angebote wie Carsharing oder Leihfahrradstationen vorgesehen. Wir wollen auch IT-Systeme fördern, weil sie die Basis ideal verknüpfter Mobilitätssektoren sind. Digitale Lösungen bieten Effizienzgewinne und tragen zur Optimierung des Individualverkehrs bei; aber sie sind auch eine Möglichkeit, wie man die unterschiedlichen Verkehrsarten miteinander verknüpfen kann.

Ein weiterer Punkt, den ich ansprechen möchte, ist: Zur Entlastung von Lieferverkehr soll auch weiterhin die Anbindung von Güterverteilzentren förderfähig sein.

Ich komme zum letzten Punkt. Wir haben auf Landesebene bereits zahlreiche Weichen für eine moderne Verkehrspolitik gestellt: mehr Geld für die Verkehrsverbünde und attraktive Angebote, was den ÖPNV angeht - z. B. das Schülerticket -, der Grundsatz "Sanierung vor Neubau", was unsere eigenen Fähigkeiten angeht. Aber - ich will es ausdrücklich betonen - für eine echte Verkehrswende brauchen wir auch die Kommunen. Unsere Städte in Hessen brauchen schlaue, nachhaltige Mobilitätskonzepte und ausdrücklich urbane Lösungen, die die gestiegenen Anforderungen an Mobilität in Städten aufgreifen. Städte der Zukunft brauchen mehr Lebensqualität, bessere Erreichbarkeit und weniger Emissionen. Gleichzeitig muss die Mobilität der Bevölkerung im ländlichen Raum erhalten bleiben. Mit dem Mobilitätsfördergesetz unterstützen wir hessische Städte und Gemeinden bei der Umsetzung einer zukunftsfähigen Verkehrspolitik. Ich hoffe auf möglichst breite Zustimmung. – Vielen herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Minister, vielen Dank. – Der Gesetzentwurf ist eingebracht. Ich eröffne die Aussprache, siebeneinhalb Minuten pro Fraktion. Zunächst Frau Kollegin Karin Müller (Kassel), BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### Karin Müller (Kassel) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit dem eben eingebrachten Entwurf des Mobilitätsfördergesetzes wird ein weiterer Baustein für eine nachhaltige Mobilität und mehr Klimaschutz in Hessen gelegt. (Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Deswegen ist heute ein guter Tag nicht nur für den Ballungsraum, sondern auch für den ländlichen Raum; denn beide – sowohl der Ballungsraum als auch der ländliche Raum – gehören zusammen und profitieren voneinander. Da gibt es die Verbindung von der Stadt in das Land. Wir haben in Hessen ein gutes Beispiel dafür, nämlich die Regiotram in Kassel. Demnächst können mit dem Gesetz auch noch mehr von diesen Maßnahmen gefördert werden: von der Stadt in den Landkreis und auch umgekehrt. Das ist die Zukunft.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf erhalten die Kommunen Planungssicherheit für ihre Vorhaben im ÖPNV und im kommunalen Straßenbau, aber auch im Radwegebau. Die aktuellen Debatten zum Thema Stickoxide und Feinstaub zeigen, wie wichtig gerade die Maßnahmen auf kommunaler Ebene sind, um die Luft zu verbessern.

Natürlich sind beim Thema Dieselskandal zunächst einmal die Automobilhersteller gefordert. Aber auch wir alle müssen alles dafür tun, dass die Luft in unseren Städten und Gemeinden sauberer wird. Die Debatte darüber werden wir noch an anderer Stelle führen.

Dieser Gesetzentwurf ist aber keine Reaktion auf den Dieselskandal. Wir GRÜNE haben bereits im Jahr 2011 einen Gesetzentwurf eingebracht, der den Kommunen Rechtssicherheit gewähren sollte. Damals war die Zweckbindung der Entflechtungsmittel entfallen. Das Kabinett hat das dann zwar festgelegt, aber wir haben gesagt, dass ein Gesetzentwurf besser als ein Kabinettsbeschluss ist. Daraufhin gab es die Diskussion auf Bundesebene über den Bund-Länder-Finanzausgleich. Es hat ein bisschen gedauert, aber nun ist es so weit. Wir nehmen eigenes Landesgeld in die Hand, um die Zweckbindung festzulegen, aber auch um über das Jahr 2020 hinaus das Geld für die Kommunen zu sichern für den kommunalen ÖPNV und für den kommunalen Straßen- und Radwegebau.

(Zuruf des Abg. Uwe Frankenberger (SPD) – Janine Wissler (DIE LINKE): Wo kommen die Landesmittel jetzt her?)

 Das sind eigene Landesmittel. Die Bundesmittel sind weggefallen. Deswegen werden jetzt Landesmittel in Höhe von 100 Millionen € in die Hand genommen.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Die werden doch kompensiert!)

Nein, die werden nicht kompensiert. Die Entflechtungsmittel sind weggefallen. Wir können das aber auch im Ausschuss vertieft diskutieren. Ich möchte nun meine Rede zu Ende bringen, weil ich gleich Dienst habe.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN und der CDU)

Wir investieren 3,5 Millionen € mehr in diesem Bereich. Das zeigt: Die Landesregierung steht auf der Seite der Kommunen und gewährleistet die notwendige Planungssicherheit für Maßnahmen im Bereich des ÖPNV sowie des Straßen- und Radwegebaus.

Zudem ist das Gesetz nicht befristet, weil dies dem Anliegen der Planungssicherheit entgegenstehen würde. Gerade

im Bereich des ÖPNV sind die Projekte meist langfristig ausgerichtet und benötigen deshalb Planungssicherheit. Deswegen die Entfristung dieses Gesetzes. Gleichwohl hatte die Landesregierung zugesagt, alle sieben Jahre über die Maßnahmen zu reden und das Gesetz zu evaluieren.

Wir legen eine 50:50-Aufteilung fest. Unter der Vorgängerregierung wurden 60 bis 70 % für den kommunalen Straßenbau ausgegeben und nur noch maximal 30 % für den ÖPNV. Wir haben damals 60 % gefordert. Jetzt sind es 50 %. Das ist ein ordentlicher Kompromiss und ein gutes Signal für die Sicherung des ÖPNV in den Kommunen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Da es nun Landesgeld ist, konnten erstmals neue Fördertatbestände aufgenommen werden. Zuvor lehnte man sich an die Förderkriterien des Bundes nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz an. Jetzt sind z. B. eingeführt worden: die Möglichkeit der grundhaften Erneuerung von Schienenstrecken, aber auch der Bau und der Ausbau von nicht bundeseigenen Schienenstrecken. Das wird die Reaktivierungsfreunde freuen.

Aus unserer Sicht ist es ein insgesamt gelungener Gesetzentwurf, den die Landesregierung vorgelegt hat. Wir freuen uns auf die Anhörung und die zu erwartenden Anregungen. – Vielen Dank.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

## Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Müller. – Das Wort hat Herr Abg. Frankenberger, SPD-Fraktion.

## **Uwe Frankenberger (SPD):**

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu Beginn eine Bemerkung machen. Der Minister hat bei der Einbringung des Gesetzentwurfs gesagt: Wir stellen die Weichen in Richtung Zukunft. – Ich habe mich gefragt, welche Weichen damit gemeint sein könnten und wie das wohl bei denjenigen ankommt, die jeden Morgen in Hessen in den 38.000 Stunden Stau stecken. Was halten diese Menschen wohl von diesen Weichen der Zukunft, wenn sie nicht rechtzeitig zu ihrem Arbeitsplatz kommen und dann, wenn sie auf den ÖPNV ausweichen wollen, in überfüllten und unpünktlichen S-Bahnen sitzen? – Meine Damen und Herren, da werden keine Weichen für die Zukunft gestellt, sondern es wird vor den Problemen der Gegenwart davongelaufen.

## (Beifall bei Abgeordneten der SPD und der FDP)

Ich komme nun zum Gesetzentwurf. Endlich legt die schwarz-grüne Landesregierung diesen Gesetzentwurf vor. Dieser ist mehr als überfällig, meine Damen und Herren. Lange, viel zu lange wurden die Kommunen in Hessen von der schwarz-grünen Landesregierung im Unklaren darüber gelassen, ob ihre mittelfristigen und langfristigen Investitionen im verkehrlichen Bereich auch über das Jahr 2019 hinaus abgesichert werden. Diese Sicherheit soll mit diesem Gesetz gegeben werden. Insofern ist nicht nur bei den Kommunen, sondern auch bei den Verbünden, den Verbänden und den örtlichen Nahverkehrsunternehmen durch die Vorlage dieses Entwurfs wahrscheinlich große Erleich-

terung eingetreten. Im Grundsatz begrüßen wir ebenso wie die Betroffenen diesen Gesetzentwurf. Ob die Ausgestaltung gelungen ist, was die Betroffenen dazu sagen, da werden wir als Sozialdemokraten in der Anhörung sorgfältig zuhören.

Mit diesem Gesetz wird auch deutlich, wie viel Geld Schwarz-Grün die Stärkung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur wert ist. Frau Kollegin Müller, die Streichung der sogenannten Entflechtungsmittel ab dem Jahr 2020, die das Land vom Bund für die Unterstützung der kommunalen Verkehrsinfrastruktur erhält, ist Bestandteil der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Der Topf ist lediglich ein anderer. Das Land bekommt vom Bund als Ausgleich für die Streichung der Entflechtungsmittel einen höheren Anteil aus dem Umsatzsteueraufkommen. Der Topf ist also ein anderer geworden. Das verkauft die Landesregierung aber als eigene Landesmittel. Meine Damen und Herren, das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

#### (Beifall bei der SPD und der FDP)

Es ist recht und billig, dass die Landesregierung diesen Topf auch weiterhin für die kommunale Verkehrsinfrastruktur zur Verfügung stellt. Das wird hier aber als eine große Heldentat gefeiert. Es ist eine Selbstverständlichkeit, dass die Kommunen dieses Geld erhalten.

#### (Beifall bei der SPD und der FDP)

Die Kommunen freuen sich sicherlich darüber, dass das Land ab 2019 den Betrag einmalig um 3,5 Millionen € erhöht. Ob das etwas mit einem Datum Ende Oktober zu tun hat, das vermag ich nicht zu beurteilen. Dazu muss sich jeder selbst ein Urteil bilden. Das Geld können die Kommunen in Hessen aber sehr gut gebrauchen.

Mit der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen erhält das Bundesland Hessen jährlich über eine halbe Milliarde Euro mehr ab dem Jahr 2020. Wissen Sie, wie hoch die Erhöhung dieser Mittel von 2019 auf 2020 sein wird? – Mindestens 27.000 €.

(Zuruf von der SPD: Na also!)

Das Land gibt also ab dem Jahr 2020 27.000 € mehr für die Finanzierung der verkehrlichen Infrastruktur in den Kommunen. Darauf können Sie wirklich stolz sein.

(Beifall bei der SPD)

Im Gesetzentwurf ist zwar von einem Mindestbetrag die Rede, aber eine Dynamisierung ist nicht vorgesehen. Ich finde es nicht in Ordnung, dass die Kommunen von der guten Laune der Landesregierung abhängig sind, wenn es um die Frage geht, ob es mehr Mittel für den Verkehr vor Ort gibt. Wenn Sie eine Dynamisierung hineingeschrieben hätten, dann wäre den Kommunen deutlich wohler gewesen.

(Beifall bei der SPD)

27.000 € zusätzlich von einer halben Milliarde Euro, damit vor Ort Ersatzinvestitionen getätigt, der Ausbau der Infrastruktur vorangebracht und barrierefreie Zugänge geschaffen werden können. Hinzu kommen die Herausforderungen der Digitalisierung und des Klimaschutzes.

Meine Damen und Herren, wir haben uns einmal kundig gemacht, was man denn mit 27.000 € mehr anfangen kann. Davon bekommt man zum Beispiel einen Satz Winterreifen für einen Gelenkbus oder drei Wartehäuschen für einen Busbereich in Offenbach. Insofern sind die 27.000 € eine stolze Tat.

Nach dem vorliegenden Entwurf wurde – und das finden wir auch in Ordnung – der Ausbau der förderfähigen Ausgaben erhöht. Die Verkehrswende bringt große Herausforderungen mit sich. Insofern halten wir es für richtig, dass die Fördertöpfe und die Anzahl der Fördermaßnahmen größer werden. Wenn der Kuchen aber größer wird, dann sind 27.000 € meines Erachtens zu wenig, um diese größeren Stücke bekommen zu können. Meine Damen und Herren, da haben wir als Sozialdemokraten wesentlich mehr Ambitionen.

(Beifall bei der SPD)

Lassen Sie mich noch einige Worte dazu sagen, warum wir zwar erleichtert sind, aber auch kritisieren, dass dieser Gesetzentwurf erst jetzt vorgelegt wird.

Die Kollegin Müller hat darauf hingewiesen, die GRÜ-NEN haben bereits im Jahr 2011 einen derartigen Gesetzentwurf gefordert, weil 2014 die Zweckbindung der Entflechtungsmittel für den Verkehrsbereich ausgelaufen ist. Im Gegensatz zu Hessen haben die meisten Flächenländer dann in eigenen Landesgesetzen festgelegt, dass über 2014 hinaus diese Mittel zweckgebunden für den Verkehrsbereich verwendet werden.

Und in Hessen? – 2011 die Forderung der GRÜNEN, und folgerichtig findet sich auch Ende 2013 im Koalitionsvertrag mit den GRÜNEN eine entsprechende Vereinbarung, dass man als schwarz-grüne Landesregierung endlich einen entsprechenden Gesetzentwurf auf den Weg bringen will, meine Damen und Herren.

Als 2015 immer noch nichts passiert ist, haben wir Sie mit einem Antrag höflich daran erinnert, dass Sie hier Ihre Hausaufgaben aus dem Koalitionsvertrag noch zu erledigen haben. Dieser Antrag wurde dann von Schwarz-Grün abgelehnt.

Jetzt, quasi kurz vor Toresschluss, im letzten Jahr des schwarz-grünen Stillstandes in Hessen, kommt dieser Gesetzentwurf hier ins Parlament. Ich finde das für die Arbeitsweise der schwarz-grünen Landesregierung mehr als peinlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsident Frank Lortz:

Kollege Frankenberger, Sie müssen langsam zum Schluss kommen.

## **Uwe Frankenberger (SPD):**

Meine Damen und Herren, Sie können sicher sein, die Anliegen der Verkehrsinfrastruktur werden unter sozialdemokratischer Verantwortung mit mehr Tempo und mit mehr Sorgfalt und mehr Leidenschaft vorangetrieben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD – Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

#### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Frankenberger.

Meine Damen und Herren, bevor wir in der Debatte fortfahren, begrüße ich auf der Besuchertribüne den Präsidenten des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft in Belgien, Herrn Alexander Miesen, sowie die Mitglieder seiner Delegation. Seien Sie uns herzlich willkommen, sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren.

(Allgemeiner Beifall)

Sie erleben jetzt den Abg. Lenders von der FDP-Fraktion

(Allgemeine Heiterkeit)

- auch deutschsprachig.

(Zuruf von der SPD: Da wäre ich mir nicht so sicher! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nicht so viel hessisch reden!)

## Jürgen Lenders (FDP):

Jetzt packt er mich bei meiner Eitelkeit. Das ist auch nicht schön.

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Spaß beiseite. Das, was wir bei der Einbringung des Gesetzentwurfs durch Herrn Staatsminister Al-Wazir gerade erlebt haben, ist nicht mehr und nicht weniger als der Versuch der Umetikettierung von Bundesmitteln.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja!)

Herr Al-Wazir, das ist so eine Dreistigkeit bei der Einbringung eines Gesetzentwurfs, dass ich echt sprachlos bin. Das muss man erst einmal hinkriegen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD)

Dass Sie gut dabei sind, alten Wein in neuen Schläuchen zu verkaufen, das haben wir schon oft erlebt. Aber dies ist schon echt bemerkenswert, was Sie hier vorhaben.

Meine Damen und Herren, es geht am Ende um Mittel, die der Bund immer schon – seit den Sechzigerjahren – den Kommunen zur Verfügung stellt, um die Gemeindeverkehrskonzepte, Gemeindeverkehrsprojekte voranzubringen. Es ist schon seit Anbeginn der Zeit – fast seit Anbeginn der Zeit – klar, dass diese Mittel für den kommunalen Straßenbau wie für den ÖPNV verwendet werden können.

Es ist auch klar, Frau Müller – lassen Sie mich lügen –, seit 2007, glaube ich, ist das Verhältnis zwischen ÖPNV und kommunalem Straßenbau ungefähr 50 : 50. Das, was Sie machen, ist nichts Neues, es ist kein Paradigmenwechsel.

(Beifall bei der FDP)

Das Einzige, was Sie machen, meine Damen und Herren, ist, dem Ganzen ein neues Etikett aufzukleben.

Herr Kollege Frankenberger hat Ihnen schon klar gesagt, worum es hier geht. Es waren die Entflechtungsmittel – klar, aus der Föderalismuskommission –, und es ist auch gut, dass der Bund klargemacht hat, wer eigentlich wofür zuständig ist, und diese Finanzierungssysteme entflochten hat. Das jetzt sozusagen so zu etikettieren nach dem Motto, das wären jetzt Landesmittel –

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja, das ist dreist!)

Herr Al-Wazir, da muss man schon ein bisschen Chuzpe haben, um das hier so darzustellen.

Es ist schon klar: Sie hätten solch ein Gesetz nicht machen müssen, Sie hätten diese Gelder, diese 100 Millionen €, auch für etwas anderes verwenden können.

(Michael Boddenberg (CDU): Ach ja!)

 Herr Boddenberg, das wäre ja fast so, als hätten Sie dem Fass den Boden ausgeschlagen, wenn Sie das gemacht hätten. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen,

(Allgemeine Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

dass Sie überhaupt darüber nachdenken, den Kommunen diese 100 Millionen € zu entziehen. Meine Damen und Herren, das wäre ja nahezu eine Unverschämtheit gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Also jetzt die Festschreibung im Gesetz. Und es wird Sie nicht überraschen: Wir werden Ihren Gesetzentwurf sogar mittragen,

(Beifall bei der FDP)

weil er in der Sache richtig ist und den Kommunen Planungssicherheit bietet.

Aber, meine Damen und Herren, wenn Sie jetzt einmal in die Städte und Gemeinden fahren und sich mit dem Bürger auf der Straße unterhalten, dann hören Sie von ihm: In der einen Straße sind die Löcher – da weiß er nicht, wie er damit klarkommt; das kann er sich überhaupt nicht erklären –, auf der anderen Seite wird eine nahezu intakte Straße komplett first class saniert. Warum? – Das eine ist eine Bundesstraße, das andere ist eine Kommunalstraße. Der Bürger auf der Straße kennt sich damit nicht aus, was Baulastenträgerschaft anbelangt. Der macht da keine Unterschiede.

Klar ist: Wir haben einen erheblichen Sanierungsbedarf im kommunalen Straßenbau. Jetzt gehen Sie hin und schreiben – das ist das, was Sie eben kurz erwähnt haben – neue Akzente hinein.

Das kann man ja alles machen, dass man da jetzt auch Fahrradkonzepte, Stellplätze, Carsharing – alle Modelle – noch mit hineinnimmt, aber die 333 Millionen € sind jetzt schon überzeichnet. Jetzt schon ist zu wenig Geld da.

Frau Müller, das finde ich ja herzallerliebst, dass Sie jetzt auch noch sagen, damit würde man jetzt auch noch die Reaktivierung stillgelegter Schienenstrecken mitfinanzieren können. Na, da bin ich einmal gespannt, wie Sie das mit den paar Kröten hinbekommen wollen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP)

Da fehlt mir also völlig die Fantasie; es sei denn, Sie wollen den Kommunen eben nicht die Gelder für die Sanierung der Kommunalstraßen zur Verfügung stellen. Dann würde wieder ein Schuh daraus.

Dann dreht sich die Diskussion wieder einmal darum, dass Sie einen anderen Schwerpunkt setzen als die FDP oder auch die Sozialdemokraten hier im Haus. Sie geben dem Straßenbau eine klare Abfuhr und fördern lieber grüne Prestigeprojekte, wozu dann auch so etwas wie Reaktivierung von Schienenstrecken gehört. Meine Damen und Herren, damit verschärfen Sie die Situation beim kommunalen Straßenbau in einer, wie ich meine, nicht zulässigen Art und Weise. So richtig wir diese Gesetzesinitiative finden, so genau werden wir hinschauen, was Sie mit dem Geld machen werden. Ich kann es nicht nachvollziehen.

Herr Al-Wazir, in einer Kleinen Anfrage habe ich Sie gefragt: Welchen Sanierungsbedarf haben wir denn eigentlich beim kommunalen Straßenbau? – Ihre Antwort war: Wissen wir nicht. – Dann habe ich Sie gefragt: Welchen Bedarf haben wir denn eigentlich beim ÖPNV? Was kostet denn das tatsächlich vor Ort? Sagen Sie doch einmal, wie viel Geld müssten wir eigentlich zur Verfügung stellen. – Die Antwort aus Ihrem Haus: Wissen wir nicht.

Aber das, was Sie wissen, ist, dass Sie auf den Bedarf oben immer noch mehr draufpacken, um Ihre Lieblingsprojekte politisch umzusetzen und das am Ende auch noch verkaufen zu können. Meine Damen und Herren, dass da irgendwo die Landtagswahl im Oktober eine Rolle spielt – ein Schelm, wer Arges dabei denkt.

Meine Damen und Herren, wir werden den Gesetzentwurf mittragen, aber wir werden auch genau hinschauen, wofür Sie das Geld am Ende ausgeben wollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Lenders. – Das Wort hat der Abg. Uli Caspar, CDU-Fraktion.

## Ulrich Caspar (CDU):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sind froh, dass die Landesregierung diesen Gesetzentwurf eingebracht hat. Er hat nicht nur den richtigen Inhalt, sondern er kommt auch zur richtigen Zeit. Denn es ist nun einmal so, dass derzeit die Mittel für diesen Bereich der Mobilität den Kommunen vom Bund bereitgestellt werden und dass der Bund aufgrund der Entflechtungsregelungen das in Zukunft eben nicht mehr machen wird, sondern hier – wie für viele andere Dinge auch – einen Teil seiner Mittel unmittelbar den Ländern gibt. Die Länder entscheiden dann, was sie damit machen.

Insoweit, Herr Frankenberger, ist das, was Sie hier ausgeführt haben mit den 27.000 €, absurd. Ich meine, Sie können hier doch wohl nicht ernsthaft die Meinung vertreten, dass ein Gesetz gemacht würde, weil es jährlich um 27.000 € ginge. Wie absurd diese Argumentation ist, müssen Sie doch selbst erkennen. Ich glaube nicht, dass jemand, der sich ernsthaft damit beschäftigt, Ihr Argument überhaupt aufnehmen kann.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Worum geht es? – Im Rahmen der Finanzvereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern ist festgehalten worden, dass für viele Einzelprogramme nicht mehr der Bund zuständig ist, der Bund den Ländern größere Anteile des Steueraufkommens gibt und die Länder selbst entscheiden können, wofür das Geld ausgegeben wird. Das betrifft nicht nur den Verkehr, sondern auch die Bildung und weitere Bereiche. Ich bin sehr froh darüber, dass das Land Hessen durch die Vorlage dieses Gesetzentwurfs entschieden hat, dass ein fester Anteil dieser Gelder, die in Zukunft aus dem Steueraufkommen beim Land Hessen landen, den Kommunen zur Verfügung gestellt wird, um die Mobilität weiter zu verbessern.

Herr Lenders, Sie haben bestimmte Sorgen geäußert, wofür das Geld verwendet wird. Auch da hilft ein Blick in den vorgeschlagenen Gesetzestext. Wir haben einige Formulierungen aufgenommen, die, so glaube ich, überhaupt nicht dem entsprechen, was Sie hier angeführt haben. Sie können das selbst nachlesen. In § 3 Nr. 2 des Gesetzentwurfs werden die förderfähigen Vorhaben im kommunalen Straßenbau aufgeführt, z. B.

(Jürgen Lenders (FDP): Ich habe es gelesen, Herr Caspar!)

der Bau oder Ausbau verkehrswichtiger innerörtlicher und zwischenörtlicher Straßen, Kreisstraßen, Verkehrsbeeinflussungssysteme, Lichtsignalanlagen, Parkleitsysteme, Systeme der digitalen Parkraumbewirtschaftung und der Bau von Quartiersgaragen. Das erwähne ich, weil es in den bisherigen Reden noch nicht genannt worden ist.

#### Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Caspar, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Lenders?

(Ulrich Caspar (CDU): Gerne!)

- Bitte, Herr Kollege Lenders.

## Jürgen Lenders (FDP):

Herr Kollege Caspar, sind Sie sich darüber im Klaren, dass es sich hier um eine Rahmengesetzgebung handelt und im Ministerium darüber entschieden wird, wer wofür wie viel Geld bekommt?

## Vizepräsident Frank Lortz:

Herr Kollege Caspar.

## Ulrich Caspar (CDU):

Ich bin mir dieser Tatsache bewusst – Sie hoffentlich auch. Dann verstehen wir beide den Gesetzentwurf richtig. Ein Gesetz gibt immer einen gewissen Rahmen vor – dieses eben auch. Es ist dann Sache der Kommunen, für die jeweiligen Projekte Anträge einzureichen. Herr Lenders, auch Sie sind im kommunalen Bereich unterwegs. Insoweit kann ich nur anregen, dass Sie Anträge stellen, wenn Sie entsprechende Projekte haben, damit eine entsprechende Förderung stattfinden kann.

"Förderung" heißt natürlich nicht immer, dass alles, was beantragt wird, zu 100 % bezahlt wird. Förderung kann eben auch in Form einer Bezuschussung erfolgen. Aber auch das wird im Einzelfall helfen. Bei dem Gesetzentwurf geht es nicht darum, dass wir eine bestimmte Summe festschreiben, sondern wir schreiben eine Mindestsumme fest, nämlich 100 Millionen € pro Jahr. Die Mindestsumme macht insoweit Sinn, weil wir alle nicht wissen, wie die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land weitergeht, wie hoch die Steuereinnahmen sein werden, welche Möglichkeiten uns zur Verfügung stehen. Wir werden aber eine Summe von 100 Millionen € festschreiben, damit die Kommunen eine gewisse Planungssicherheit und auch die Möglichkeit haben, schon heute Förderanträge für Projekte zu stellen, die erst im Jahre 2020 oder später beginnen werden. Ich glaube, das ist eine gute gesetzliche Grundlage dafür. Die 100 Millionen €, die den Kommunen in Zukunft auf einer sicheren Grundlage zur Verfügung stehen werden - was auf der kommunalen Seite sehr begrüßt wird -, sind wichtig und gut für die Mobilität in Hessen.

Deswegen wird der Gesetzentwurf unsere Unterstützung finden. Ich freue mich auf die weitere Beratung im zuständigen Ausschuss.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Caspar. – Das Wort hat Frau Abg. Janine Wissler, Fraktion DIE LINKE.

## Janine Wissler (DIE LINKE):

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dieses Gesetz ist überfällig; denn, wie Sie gesagt haben, Herr Minister, zum Ende des kommenden Jahres laufen aufgrund der Föderalismusreform die Entflechtungsmittel des Bundes für Verkehrsinvestitionen aus. Die Städte und Gemeinden brauchen dringend Planungssicherheit, weil Verkehrsvorhaben natürlich langfristig geplant werden. Daher haben viele andere Bundesländer schon in den letzten zwei Jahren ähnliche Gesetze beschlossen. Wir Hessen sind eher spät dran. Die Kommunen brauchen aber dringend Planungssicherheit, und zwar über 2019 hinaus. Deshalb ist es richtig, dass dieser Gesetzentwurf endlich eingebracht wurde.

## (Beifall bei der LINKEN)

Finanziell ist das Ganze eher unspektakulär und ein Nullsummenspiel aus der Kategorie "linke Tasche – rechte Tasche". Die Bundesmittel aus dem Entflechtungsgesetz fallen weg. Das Land wird zuständig und erhält ab dem Jahr 2020 die Mittel in gleicher Höhe über die Umsatzsteuer zusätzlich vom Bund.

Eigentlich ist das alles relativ unstrittig, aber über die Art der Einbringung des Gesetzentwurfs war ich in der Tat etwas überrascht, weil es nämlich nicht so ist, dass zusätzliche Landesmittel in den ÖPNV fließen, wie es Frau Müller behauptet hat. Es ist doch selbstverständlich, dass Sie das Geld weiterleiten. So war es doch vereinbart. In der Summe gibt es auch gar nicht mehr Geld als bisher. Die zusätzlichen Mittel aus der Umsatzsteuer sind zwar formal nicht zweckgebunden, aber es ist doch so vereinbart, dass sie weitergeleitet werden. Man braucht sich doch nicht dafür zu rühmen, dass man Vereinbarungen einhält und den Kommunen das Geld weiterleitet.

(Beifall bei der LINKEN und bei Abgeordneten der SPD)

Wir haben, wie gesagt, einen weitgehend unstrittigen Gesetzentwurf, was die grundsätzlichen Fragen angeht, aber man muss den Entwurf doch nicht als etwas verkaufen, was er überhaupt nicht ist. Es geht um eine Vereinbarung aus der Föderalismusreform, und das ist so in Ordnung.

Interessant ist eigentlich die Frage, wie man die 100 Millionen € pro Jahr klug verteilt. Sie schreiben in Ihrem Gesetzentwurf eine über die Jahre im Durchschnitt hälftige Aufteilung zwischen dem ÖPNV-Ausbau und Straßenausbau fest, wobei die Grenzen etwas verschwimmen. So finden sich z. B. der kommunale Elektro-Lkw bei der ÖPNV-Förderung und Busspuren oder Bikesharing beim Straßenbau. Von daher – das ist keine Kritik – verschwimmen die Grenzen ein bisschen.

Die hälftige Aufteilung klingt natürlich salomonisch und ist politisch gut vermittelbar. Keine Seite kann sich auf den ersten Blick übervorteilt fühlen. Man kann es als einen kleinen Schritt in die richtige Richtung anerkennen, dass immerhin 50 % der Mittel für den ÖPNV-Ausbau festgeschrieben werden. Dennoch – das sehen wir natürlich anders als die FDP-Fraktion – wäre es ein wirklich mutiger Schritt gewesen, dem ÖPNV-Ausbau einen klaren Vorrang bei der Mittelvergabe einzuräumen.

## (Beifall bei der LINKEN)

Es wäre selbstverständlich auch gut gewesen, mehr Landesmittel in die Vorhaben zu stecken. Sie haben in der Liste der förderfähigen Vorhaben im Bereich des Straßenbaus sinnvolle Maßnahmen aufgeführt: Tempo-30-Zonen, Radund Fußwege, Car- und Bikesharing-Stationen und Parkand-Ride-Anlagen. Dennoch geht es auch hier um den Ausbau des Straßennetzes, und Sie erlauben auch einen Ausbau zur Verkehrsbeschleunigung. Hier hätten wir uns eine andere Schwerpunktsetzung gewünscht. Notwendig ist nämlich eine Verkehrswende. Das ist eine Herausforderung – wie zuletzt in den Wirtschaftswunderjahren, als Autos die deutschen Städte überfluteten und ein Verkehrschaos verursachten. Damals wurden die Bundesmittel für die "Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Gemeinden" geschaffen, über deren Ablösung wir heute sprechen.

Damals wurden beispielsweise im Rhein-Main-Gebiet die Grundlagen für S- und U-Bahnen geschaffen – Teile der Infrastruktur, die heute nicht mehr wegzudenken sind, die heute aber nur schwer durchzusetzen wären. Man muss nämlich schon feststellen, dass in den letzten 20 bis 30 Jahren die Verkehrsinfrastruktur weitgehend stagnierte. Die vielleicht wichtigste Neuerung in den letzten Jahrzehnten war die Einführung der Regiotram in Kassel.

Wir brauchen aber wieder große Würfe. Wir reden über Ausbauprojekte, die zum Teil schon seit Jahrzehnten in der Pipeline sind. Deshalb sind Tempo-30-Zonen und Busspuren zwar wichtig, aber sie wären von den Gemeinden wohl auch so zu stemmen, wenn diese ansonsten auskömmlich vom Land finanziert würden.

Deshalb ist es jetzt besonders wichtig, den Bau und Ausbau kommunaler Bahninfrastruktur zu fördern, die sonst nicht ohne Weiteres stemmbar wäre. Die dringend notwendigen Erweiterungen der Stadtbahn in Frankfurt, z. B. die Ginnheimer Kurve, gehören dazu wie auch die Wiesbadener Straßenbahn, die immer wieder Thema in diesem Haus war. Aber auch andere Gemeinden müssen in ihre ÖPNV-Infrastruktur investieren können – gerade auf dem Land. Wir hatten heute Morgen eine Debatte über den ländlichen Raum und haben festgestellt, dass wir dort einen massiven Ausbau des Angebots brauchen. Dass die Wiederbelebung von Eisenbahnstrecken in kommunaler Hand gelingen kann, das beweist z. B. die Erfolgsgeschichte der Taunusbahn, die sich seit 1989 im Besitz des Hochtaunuskreises befindet.

Deshalb: Eine Erhöhung der Kapazitäten und der Zahl der Direktverbindungen im Ballungsraum und die überhaupt erstmalige Herstellung eines attraktiven ÖPNV-Angebots auf dem Land sind Voraussetzungen für die Verkehrswende weg vom Privat-Pkw.

# (Beifall bei der LINKEN)

Diese Verkehrswende brauchen wir dringend. Wir brauchen sie, um die Klimaziele noch irgendwie einhalten zu

können. Wir brauchen sie, um die Schadstoffbelastung in den Städten zu senken und um Lebensqualität und Platz im Ballungsraum zu gewinnen. Zur Attraktivität gehören natürlich auch geringere Fahrpreise. Auch ein Nulltarif wäre möglich, aber darüber können wir morgen früh in der von der LINKEN beantragten Aktuellen Stunde diskutieren.

Ich will auch noch erwähnen, dass für mich zum Ausbau des ÖPNV-Angebots auch immer die Barrierefreiheit gehört. Wenn alle Menschen wirklich den ÖPNV nutzen können sollen, bedeutet das eben auch, dass die Barrierefreiheit hergestellt werden muss und dass diese verlässlich sein muss.

(Beifall bei der LINKEN)

Barrierefreiheit bedeutet, dass man sich darauf verlassen können muss, dass der Fahrstuhl auch fährt.

(Dr. Ulrich Wilken (DIE LINKE): Fahrender Fahrstuhl!)

Wir haben in den letzten Wochen teilweise grausige Beispiele dafür gehört, was an hessischen Bahnhöfen in Sachen Barrierefreiheit so alles im Argen liegt.

Deshalb: Die Kommunen brauchen endlich Planungssicherheit für ihre Ausbauprojekte, auch über 2019 hinaus. Deswegen ist es richtig, dass der Gesetzentwurf jetzt endlich eingebracht wurde. Ähnliche Gesetze wurden in anderen Bundesländern – wenn ich richtig informiert bin – teilweise sogar einstimmig verabschiedet. Mit den Details sollten wir uns in den weiteren Beratungen auseinandersetzen.

Aber die Landesregierung hat an dieser Stelle weder sehr schnell gehandelt, noch hat sie eine große eigene Initiative ergriffen, sondern sie setzt Vereinbarungen aus der Föderalismusreform um. Das ist in Ordnung. Das ist nicht zu kritisieren. Aber man muss sich dafür auch nicht loben. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

## Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Wissler.

Wir sind am Ende der Aussprache und überweisen den Gesetzentwurf zur Vorbereitung der zweiten Lesung an den Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung. – Es herrscht allgemeine Zustimmung.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 6** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Hessischen Altenpflegegesetzes – Drucks. 19/6075 –

Der Gesetzentwurf wird von Herrn Staatsminister Grüttner eingebracht. – Nein? Wer macht das?

(Irmgard Klaff-Isselmann (CDU): Das ist ein Fraktionsgesetz!)

- Bitte sehr, Frau Kollegin Klaff-Isselmann.

# Irmgard Klaff-Isselmann (CDU):

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dieses Zweite Gesetz zur Änderung des Hessischen Altenpflegegesetzes ist so kurz wie gut. Mit anderen Worten gesagt: Es ist sehr kurz und sehr gut.

Ich will keine Umschweife machen. Der stetig wachsende Bedarf an qualifiziertem Fachpersonal in der Altenpflege ist uns allen bekannt. Wir wissen, dass zurzeit etwa 5.000 junge Leute in der Ausbildung zum Altenpfleger oder zur Altenpflegerin sind. Ich möchte feststellen: Das sind mehr als dreimal so viele wie noch vor sechs Jahren. Dennoch wissen wir auch, dass der Bedarf noch größer ist.

Gleichzeitig erkennen wir den enormen Bedarf junger Menschen mit Fluchthintergrund an persönlichen und beruflichen Integrationsmöglichkeiten. Ich begrüße die durch das Sozialministerium und durch das Kultusministerium initiierte und von Trägern, Verbänden, Arbeitgebern und Ausbildungsstätten mitgetragene Landesinitiative "Pflege in Hessen integriert" sehr. Sie gibt nämlich die richtige Antwort auf zwei wesentliche Bedarfe: Wir brauchen mehr Pflegekräfte, und wir brauchen die berufliche Integration von Menschen mit Fluchthintergrund. Die Kooperation von Altenpflegeschulen und beruflichen Schulen im Sinne einer integrierten Modellausbildung nach Abschluss der sogenannten InteA-Klassen ist dazu genau die richtige Maßnahme.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Während der Modellausbildung werden zwei Abschlüsse erworben. Es ist der Hauptschulabschluss, und es ist der Berufsabschluss zum Altenpflegehelfer. Damit eröffnen wir viele Möglichkeiten. Es gibt die Möglichkeit, mehr Pflegefachkräfte zu gewinnen, und es ist für die jungen Leute mit Fluchthintergrund nach weiterer sprachlicher Bildung der Schlüssel zur beruflichen Integration und damit auch der Schlüssel zu einem selbstbestimmten Leben bei uns in Deutschland.

Voraussetzung dafür ist die Änderung des Gesetzes und damit die Möglichkeit, an dem Modellversuch teilzunehmen, ohne vorher den Hauptschulabschluss erworben zu haben. Ich kann mir nichts anderes vorstellen, als dass Sie diesen ausgesprochen sinnhaften Änderungen des Gesetzes zustimmen werden. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Klaff-Isselmann. – Das Wort hat Frau Kollegin Schott, Fraktion DIE LINKE. Bitte sehr.

#### **Marjana Schott (DIE LINKE):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat wahrscheinlich einen Sketch von "extra 3" gesehen. Der geht so: Es stehen zwei Befrager einer Gruppe von Menschen gegenüber und stellen ihnen Fragen. Die Menschen dürfen bei jeder Frage einen Schritt vorgehen, wenn sie das wollen. Auf die erste Frage "Wer sucht einen Job?" gehen alle einen Schritt vor. Auf die zweite Frage "Wer will in einem hohen Maß Verantwortung übernehmen?" gehen immer noch die meisten einen Schritt vor. Dann kommt die Frage: "Wer will einen wichtigen Job in dieser Gesellschaft erfüllen?" Es gehen immer noch alle einen Schritt vor. Zudem kommen Fragen wie: "Wer will Menschen glücklich machen?"

Dann wird die Frage gestellt "Wer will 16-Stunden-Schichten arbeiten?" Hier bleiben die meisten schon stehen. Bei der Frage "Wer ist bereit, bei seiner Arbeit regelmäßig 70 bis 80 kg zu heben?" geht kein Mensch mehr vor. Es gehen alle zurück. Dann kommt noch die Frage "Wer will das Ganze für einen Hungerlohn machen?" Es bleibt noch eine einzige Frau stehen, auf die sich die beiden Befrager stürzen. Diese Frau ist eine Migrantin – eine Migrantin, die kein Wort verstanden hat. Der Sketch ist wahrscheinlich Grundlage dieses Gesetzentwurfs.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Ich hoffe, dass die Absolventinnen und Absolventen der InteA-Kurse so viel Deutsch gelernt haben, dass sie verstehen, was hier auf sie zukommt: ein wunderschöner Beruf mit harten Arbeitsbedingungen, unbedingt erforderlich für die Gesellschaft, in der immer mehr Menschen hochaltrig sind und einen hohen Pflegebedarf haben, der von der Familie nicht mehr gedeckt werden kann.

Das ist aber auch ein Beruf mit einem enormen Personalmangel. Einem Personalmangel wollen Sie jetzt ein Stück weit abhelfen, indem Altenpflegehelferinnen und Altenpfleger ausgebildet werden sollen, die während der Ausbildung den Hauptschulabschluss erwerben können. Im Prinzip ist das keine schlechte Sache. Ich frage mich nur, warum der Abschluss nicht bereits in der InteA-Maßnahme erfolgt. Aber das war gar nicht erst vorgesehen. Vielleicht liegt da der erste Fehler des ganzen Konstrukts.

(Zuruf der Abg. Claudia Ravensburg (CDU))

Den Personalmangel mithilfe von Zuwanderern zu verringern, ist sicher sinnvoll, wenn die Betroffenen sich dazu bereit erklären, nicht vom Jobcenter genötigt werden und wenn sie dafür geeignet sind. Dann ist es eine gute Sache. Es hilft aber nicht – –

(Claudia Ravensburg (CDU): Das wird vorher geprüft!)

 Sie können gerne nach vorne kommen und reden, aber jetzt rede ich.
 Es hilft aber nicht, den Personalmangel insgesamt zu bekämpfen; denn er hat seine Gründe.

(Unruhe – Glockenzeichen des Präsidenten)

Ein Problem des Berufs ist, dass Pflegekräfte von dem Gehalt in den Ballungsgebieten nicht einmal mehr ihre Miete bezahlen können, obwohl sie bis zum Umfallen arbeiten. Sie alle waren in der Debatte um unseren Antrag der Meinung, dass die Festlegung der Höhe der Vergütung die Aufgabe der Tarifparteien sei. Das ist zunächst richtig, aber nur wenn die Betriebe auch tarifgebunden sind. Das sind gerade in der Langzeitpflege immer weniger.

Deshalb gibt es einen Pflegemindestlohn. Dieser wird vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales in einer Verordnung über zwingende Arbeitsbedingungen für die Pflegebranche festgelegt. Wir haben die Landesregierung aufgefordert, sich dafür starkzumachen, dass dieser Mindestlohn für diese so wichtige Arbeit auf 14,50 € erhöht wird. Das haben Sie abgelehnt – die SPD übrigens auch.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Mit den Pflegesätzen aus der Pflegeversicherung lässt sich keine Pflege finanzieren. Dazu gab es bereits zynische Sprüche des designierten Gesundheitsministers. Diese will ich hier nicht wiederholen; das verbietet mir meine gute Erziehung. Gleichzeitig wird von Schwarz-Grün und der GroKo die Tür immer weiter aufgemacht, sodass Altenheime zu Spekulationsobjekten werden. Ich will Ihnen dafür einmal ein Beispiel nennen, das auch Hessen betrifft: Der private Altenheimbetreiber Alloheim, bundesweit der zweitgrößte, wurde vor Kurzem verkauft. Dieser hat 22 Einrichtungen in Hessen. Erst 2013 wurde die Kette von dem US-Investor Carlyle übernommen. Jetzt geht sie in einen Private Equity Fonds, der seinen Sitz auf Jersey hat. Die Arbeitsbedingungen und Pflegesituationen verschlechtern sich zumeist mit jedem Verkauf. Jeder neue Besitzer möchte aus dem Heim Profit schlagen, um es dann wieder weiterzuverkaufen.

(Irmgard Klaff-Isselmann (CDU): Zurück zum Thema!)

– Ja, es geht genau um dieses Thema; es geht nämlich darum: Wie gewinnt man Pflegepersonal? – Das tut man eben nicht, indem man Arbeitsbedingungen verschlechtert, sodass die Löhne einfach so schlecht sind, dass dafür niemand mehr arbeiten will. Man muss am Kern ansetzen und nicht anschließend am Symptom herumdoktern und überlegen, ob man hier und da vielleicht auf den Hauptschulabschluss verzichten könnte.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Damit werden Sie das Problem definitiv nicht lösen. Altenheime gehören nämlich zur Daseinsvorsorge und sollten auf jeden Fall dem Gewinnstreben entzogen werden. Aber das geht nicht in Ihren Kopf hinein; das merkt man ja an den Zwischenrufen.

Immer weniger Pflegekräfte müssen immer mehr multimorbide Bewohnerinnen versorgen. Daher verwundert doch der Personalmangel nicht. Das wird sich auch nicht ändern, solange sich die Arbeitsbedingungen nicht ändern. Bessere Bezahlung, bessere Personalschlüssel und mehr gesellschaftliche Anerkennung, das muss schon drin sein. Dann gibt es auch wieder mehr Menschen, die diesen Beruf ergreifen wollen und bereit sind, dort zu arbeiten oder ihre Arbeitszeiten aufzustocken. Das sind die Initiativen, die wir von der Landesregierung erwarten. Es müsste wirklich richtig viel passieren; denn das Problem ist größer als die kleine Lösung, die Sie hier anbieten. Diese wird keine Lösung herbeibringen.

(Beifall bei der LINKEN)

## Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schott. – Das Wort hat Herr Abg. René Rock, Seligenstadt, Fraktionsvorsitzender der FDP. Bitte.

## René Rock (FDP):

Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Der Gesetzentwurf, der heute vorgelegt wurde, macht aus unserer Sicht auf den ersten Blick Sinn. Es steht noch nicht so viel drin in Bezug auf die Fragen: Was ist drum herum vorgesehen? Wie will man die jungen Leute aus den InteA-Klassen tatsächlich dazu bringen, dass sie einen entsprechenden Abschluss machen? – Ich denke, sowohl in der Anhörung als auch in der Diskussion wird sich noch das eine oder andere an Erkenntnissen offenbaren.

Die Überlegung ist an sich, bei rund 5.500 Altenpflegeschülerinnen und -schülern, deren Ausbildung wir im Haushalt stehen haben und die in den Schulen beschult werden, für diese Flüchtlingsgruppe noch einmal 160 Stellen zu ermöglichen. Frau Schott, daran zeigt sich: Hier geht es um 3 %. Es sind 3 % der Stellen in der Ausbildung. Es ist kein Versuch, mit einer armen Gruppe von Migranten unser Problem zu lösen und diese auszubeuten, sondern es ist der Versuch, denjenigen, die das wollen und glauben, dass sie geeignet sind, eine Chance zu bieten. Es gibt Prüfungen und Voraussetzungen; diese gelten auch dort. Man möchte einfach einen Bereich öffnen, in dem man diese Menschen braucht, die von der Agentur für Arbeit bereits als "besonders" hervorgehoben worden sind. Dem trägt das Land Rechnung. Daher könnte man höchstens kritisieren: warum erst jetzt? Es ist aber nicht zu kritisieren, dass es gemacht wird.

## (Beifall bei der FDP und der CDU)

Herr Minister, es bleibt noch die Frage: Wie wird es dann genau ausgestaltet? Wie will man auf die besonderen Anforderungen dieser Personengruppe eingehen? – Das muss man sich noch einmal anschauen. Die Haushaltsmittel, die dazu genannt worden sind, deuten darauf hin, dass sich das erst einmal in einem normalen Rahmen bewegt. Das interessiert uns.

Frau Schott, da Sie das Thema Altenpflege jetzt noch einmal ganz allgemein angesprochen haben und wie immer Ihren Abgesang auf die Regelungen, die wir getroffen haben, gehalten und gesagt haben, der Staat sei derjenige, der das alles regeln könnte, will ich Ihnen einmal sagen: Die besonderen Regelungen, die man für den Bereich der Altenpflege getroffen hat – vielleicht wissen Sie das nicht –, basieren auf einer ganz besonderen Regel, auf dem Kontrahierungszwang.

Kontrahierungszwang heißt – das hört sich ein bisschen abstrakt an –: Wenn ich als Privater eine Leistung anbieten kann, die den gesetzlichen Vorgaben entspricht – das wird auch geprüft –, und jemanden finde, der diese Leistung nachfragt, dann muss mir die entsprechende Versicherung diese Leistung vergüten. Diese Regelung hat dazu geführt, dass der Markt mehr Plätze zur Verfügung stellt, als wir überhaupt belegen können, und dass nicht eingetreten ist, was wir vor zwölf oder 15 Jahren diskutiert haben, dass wir in der Altenpflege nicht genügend Plätze haben werden, dass es im Rhein-Main-Gebiet eine Katastrophe geben werde. Hätten wir das staatlich reguliert, würden wir heute darüber diskutieren, wer die bereitstehenden Plätze bekommt und wer keinen Platz bekommen wird. Das ist die Realität, das ist Ihre Politik.

#### (Beifall bei der FDP)

Dass wir heute das Privileg haben, über die Qualität von Plätzen zu diskutieren, setzt voraus, dass wir überhaupt erst Plätze haben und dass wir bei einem schrumpfenden Arbeitsmarkt dafür sorgen müssen, dass solche Berufe attraktiv bleiben. Ich bin bei einem sozialen Träger aktiv, der auch Altenheime im Rhein-Main-Gebiet betreibt. Wenn man sich mit der Geschäftsführung unterhält, dann sagen die alle: Das ist ja lustig, dass die da den Mindestlohn in den Vereinbarungen haben. Wenn ich aber nicht etwas obendrauf lege, dann bekomme ich im Rhein-Main-Gebiet sowieso keine Pflegekraft mehr. – Das ist momentan die Realität.

(Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Deshalb heißt es auch Mindestlohn!)

Sie müssen sich doch wirklich einmal klarmachen, dass diese Möglichkeiten, die der Staat immer wieder gibt, wenn er versucht, Geplantes umzusetzen, am Ende ineffizienter sind, als wenn es auf einem Markt, vernünftig geregelt, abgearbeitet wird. Das ist unsere Überzeugung. Das unterscheidet uns massiv von Ihnen. Wenn wir es so machen wie Sie, dann fühlen wir uns alle gut, aber die Leute haben dann keine Plätze.

(Beifall bei der FDP und der Abg. Claudia Ravensburg (CDU))

Das ist die Realität, die wir von der Gesellschaft kennen, für die Sie stehen. Wir kennen auch die politische Denke, für die Sie stehen. Wir sind aber der Meinung, dass verantwortliche Unternehmer im sozialen Bereich, beispielsweise in den ambulanten Diensten - das sind zumeist Pflegekräfte, die sich selbstständig machen und pflegen wollen -, eher sagen: Der Staat belastet uns mit zu viel Bürokratie. – Vielleicht sind nicht immer mehr Vorgaben und ein Mehr an Reglementierung die Antwort, wenn man solche Themen bespricht, sondern vielleicht sollte man dafür sorgen, dass den Menschen, die engagiert arbeiten und halt auch "Unternehmer" heißen, genug Zeit bleibt, ambulante Pflege zu machen. Ich glaube, die Antwort auf die Pflegeproblematik liegt nicht bei den Altenheimen, sondern die Antwort wird lauten: Wie können wir es ermöglichen, dass die Menschen so lange wie möglich in ihrem persönlichen Umfeld leben können? Und nicht: Wie können wir die Versorgung der Altenheime organisieren?

> (Beifall bei der FDP – Marjana Schott (DIE LIN-KE): Die Angehörigen wünschen sich eine gute Unterbringung!)

Wenn Sie sich mit den Themen konkret auseinandersetzten, statt immer nur Ihre Parolen zu verbreiten, dann wüssten Sie, dass diese Überlegung: "Wie kann ich Fachkräfte gewinnen?", eigentlich alle Beteiligten seit Jahren umtreibt. Wir haben Arbeitskreise. Wir wissen es von Unternehmern, wir wissen es vom Staat. Wir wissen, dass wir uns überlegen müssen: Wie kriegen wir das hin? – Wenn Sie aber sagen: "Wir müssen deutlich besser bezahlen", dann steigen natürlich auch die Kosten für die Erbringung der Leistungen. Wer zahlt denn die Kosten? – Das sind die Angehörigen, die die Menschen unterbringen, und genau in diesem Spannungsfeld bewegt man sich. Wenn Sie immer nur eine Seite beleuchten und vergessen, dass die Angehörigen dies auch leisten müssen, dann würde ich Sie einmal bitten, mit den Angehörigen zu sprechen.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Die Angehörigen wünschen sich in erster Linie eine gute Unterbringung!)

Natürlich ist es eine Frage dessen, was ich mir für eine Unterbringung leisten kann. Wie kann ich mir eine Unterbringung in meiner Nähe, im Rhein-Main-Gebiet, leisten? – Es gibt eben ein Spannungsfeld. Es ist einfach, zu sagen: "Wir machen das alles, auch wenn es teurer wird; und die Leute gewinnen dann." Das ist nicht die alleinige Antwort, sondern sie befinden sich in einer schwierigen Situation der Abwägung. Keiner – vielleicht bis auf Sie – macht es sich hiermit einfach. Wir müssen versuchen, mehr Menschen zu gewinnen, durch bessere Arbeitsbedingungen, durch bessere Bezahlung. Aber es muss für die Angehörigen auch bezahlbar bleiben sowie für diejenigen, die dort leben. Darauf müssen Sie auch eine Antwort geben.

(Beifall bei der FDP – Marjana Schott (DIE LIN-KE): Wie billig ist das denn!)

Machen Sie es sich nicht immer so einfach. Stellen Sie sich hier nicht so raus, als wären Sie die Einzigen, die sich darüber Gedanken machten. Wir alle machen uns darüber verantwortlich Gedanken. Wir müssen auf alles schauen, nicht nur auf einen Teil. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

## Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Kollege Rock. – Das Wort hat Herr Abg. Bocklet, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

## Marcus Bocklet (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich folge der Diskussion zwischen Herrn Rock und der LINKEN sehr interessiert. In der Tat haben wir es hier mit einem sehr großen Feld zu tun, nämlich mit der Frage der Zukunft der Pflege. Wir stellen fest, dass der Beruf nicht hinreichend attraktiv ist. Wir haben nach wie vor einen Mangel an Pflegepersonal. Die Bundesregierung unternimmt mit ihren 8.000 Stellen, die sie schaffen wird, wieder einen kleinen Schritt. Ich glaube, dass jede Maßnahme, sei sie noch so klein und kreativ, zielführend sein kann. Wir müssen die komplette Bandbreite aller Möglichkeiten ausschöpfen, um mehr Fachkräfte zu gewinnen.

Jetzt komme ich zu unserem Gesetzentwurf. Es ist natürlich so, dass auch wir im Land überlegen, was man tun kann. Das Ziel dieses Gesetzentwurfs ist die Umsetzung einer gemeinsamen Maßnahme von Altenpflegeschulen und beruflichen Schulen im Sinne einer integrierten Modellausbildung in der Altenpflege. Das Angebot soll sich auch an Abgänger der sogenannten InteA-Klassen richten, die bisher noch keinen Hauptschulabschluss nachweisen können. Über die gemeinsame Umsetzung der Maßnahme von Altenpflegeschulen und beruflichen Schulen soll der Hauptschulabschluss während der Modellausbildung zur Altenpflegehelferin bzw. zum Altenpflegehelfer erworben werden

Mit diesem Gesetz wird eine Modellklausel geschaffen. Es wird eine gesetzliche Voraussetzung geschaffen, damit diese integrative Ausbildungsform erprobt werden kann, die während der Altenpflegehilfeausbildung auch den Hauptschulabschluss vermittelt. Das ist die Sache, um die es geht.

Herr Rock, Sie haben wenig dagegen vorgebracht und sagen, das klinge vernünftig. Jetzt geht es in das Gesetzgebungsverfahren. Wir werden eine Anhörung durchführen; dann werden wir hören, was wir noch besser machen können. Wir sollten uns im Hause einig sein. Es gibt große Initiativen der Bundesregierung, 8.000 Stellen zu schaffen. Es gibt viele Initiativen des Landes, die Ausbildungsplätze weiter auszubauen und den Job attraktiv zu gestalten. Die Tarifpartner müssen darauf achten, dass auskömmlich entlohnt wird. Sie haben beschrieben, vor welchen Herausforderungen wir stehen.

Es bleibt aber ein Problem, dass wir niemanden mit vorgehaltener Pistole zwingen können, diesen Beruf zu ergreifen. Wir können eben nur Anreize schaffen. Dieses Modell zielt auf eine kleine Gruppe ab, die wir im Auge haben und die uns dabei helfen könnte, den Fachkräftemangel ein kleines Stück zu verringern.

Dazu soll das Gesetz dienen. Ich glaube, dass dieses Modell gut ist. Ich hoffe, es findet auch die breite Zustimmung des Hauses. – Danke schön.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

#### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Herr Kollege Bocklet. – Das Wort hat Frau Abg. Dr. Sommer, SPD-Fraktion. Bitte sehr.

# Dr. Daniela Sommer (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, in diesem Haus sind wir uns einig, die Pflegeausbildung zu forcieren und attraktiver zu gestalten. Die Anpassung der Modellklausel zur integrierten Ausbildung können wir unterstützen; denn sie soll den Schülerinnen und Schülern, die noch keinen Hauptschulabschluss haben, den Zugang zur Pflegeausbildung und gleichzeitig die Erlangung des Hauptschulabschlusses ermöglichen. Das begrüßen und unterstützen wir. Ich möchte aber auch noch einmal darauf hinweisen, dass die Ausbildungsqualität in diesem Berufsfeld natürlich so ausgestaltet und so bleiben muss, wie sie derzeit ist.

## (Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Pflege ist ein wichtiger und ein verantwortungsvoller Beruf. Deswegen brauchen wir den theoretischen Unterricht. Wir brauchen das bisherige Tätigkeitsprofil. Dann muss man schauen, ob es bei dem, was man jetzt vorhat, Nachschulungen oder Inhouse-Coachings geben muss. Das wird uns dann die Zeit zeigen, ob man so etwas benötigt und wie man das bewältigen kann.

Meine Damen und Herren, dieser Gesetzentwurf ist allerdings nur ein kleiner Baustein. Dazu hat Marjana Schott angesichts der Herausforderungen, vor denen wir mit dem Fachkräftemangel stehen, schon etwas gesagt. Ich möchte noch einmal betonen: Es ist ein erster Zugang. Das ist wichtig. – Herr Rock hat gesagt: Wir öffnen den Zugang.

Ich würde mir wünschen, dass wir diesen Zugang noch früher schaffen. Wir sollten Schülerinnen und Schülern, also potenziellen Auszubildenden, den Pflegeberuf näherbringen. In Rheinland-Pfalz und in anderen Bundesländern gibt es ein sogenanntes Sozialpraktikum, in dem man schon einmal in soziale oder Pflegeberufe hineinschnuppern kann.

#### (Beifall der Abg. Marjana Schott (DIE LINKE))

Da geht es um Hilfsbereitschaft, um Empathie, um Verantwortungsbewusstsein, um soziale Kompetenzen und um ehrenamtliches Engagement. Das sind die tragenden Bausteine unserer Gemeinschaft und unseres Zusammenhalts. Dadurch kann man Schülerinnen und Schülern tatsächlich zeigen, was für ein toller Beruf der Pflegeberuf ist.

Ich kann Ihnen berichten, bei mir im Landkreis gibt es eine Schule, die Uplandschule, die ein Projekt durchführt, das sich "Helfende Hände" nennt. Diese Schule ist ein Gymnasium. Drei Schülerinnen haben sich trotz gymnasialer Laufbahn nach einem solchen Praktikum entschieden, den Pflegeberuf zu ergreifen. Das zeigt doch, dass solche Maß-

nahmen Erfolg haben können. Lassen Sie uns auch da noch ein Stückehen weitergehen, meine Damen und Herren.

#### (Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Ich habe es gerade schon gesagt: Pflege ist ein ehrbarer Beruf. Da sind wir beim Thema Anerkennung und Wertschätzung. Trotz guter Ausbildung, hoher Kompetenzanforderung und hoher Verantwortung haben wir ein geringes Ansehen, eine niedrige Entlohnung, und wir haben ein Nachwuchs- und ein Imageproblem. Der Pflegeberuf, keine Frage – Marjana Schott hat das schon sehr stark geschildert –, ist ein anstrengender Beruf. Man leistet viel, man übernimmt viel Verantwortung, man begleitet Menschen in Krankheit und im Alter. Das verdient unser aller Anerkennung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie der Abg. Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Im November haben wir diese Debatte zur Altenpflegehilfe schon einmal geführt. Vielleicht können Sie sich daran erinnern, ich habe damals die Altenpflegerin Susanne Sachs zitiert. Sie sagte, Altenpflegerin sei der schönste Beruf der Welt. Sicherlich schlummere in dem einen oder anderen von uns ein guter Altenpfleger oder eine gute Altenpflegerin. – Das ist mit Sicherheit so. Sie machte aber auch deutlich, dass die Rahmen- und Arbeitsbedingungen verbessert werden müssen. Es ist ein Teufelskreis: Je schlechter die Arbeitsbedingungen, desto schlechter das Image, und desto weniger Menschen wollen im Beruf der Pflege tätig sein. – Lassen Sie uns bitte diesen Teufelskreis gemeinsam aufbrechen.

#### (Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir werden weiter für verbesserte Rahmen- und Arbeitsbedingungen kämpfen. Dazu gehören für uns die Personalmindeststandards. Ich werde sie immer wieder und so lange, bis wir sie in Hessen umgesetzt haben, vorbringen und beantragen. Ich hoffe, dass Sie irgendwann auch sagen: Wir brauchen eine bedarfsgerechte Personalbemessung, damit die Menschen, die Pflege brauchen, Pflege bekommen, und dass auch diejenigen, die in der Pflege tätig sind, die Zeit haben, sich kümmern zu können.

Meine Damen und Herren, es ist fünf nach zwölf. Von daher ist es gut, dass wir diesen Zugang schaffen und öffnen und ermöglichen.

(Unruhe – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Es ist 12:57 Uhr! – Heiterkeit)

– Ja, 12:56 Uhr, aber fünf nach zwölf im Rahmen der demografischen Entwicklung und der Herausforderungen in der Pflege.

Lassen Sie uns die Zugänge weiter öffnen, lassen Sie uns Wertschätzung, Anerkennung und das Image verbessern, nicht zuletzt durch gute Arbeitsbedingungen und Personalmindeststandards.

Ich bin auf die Anhörung gespannt. Ich bin auch auf die ersten Ergebnisse gespannt, wenn das Modellprojekt umgesetzt wird. Dann ist es wichtig, noch einmal zu schauen, wie nachgesteuert werden kann und wie gute Fachkräfte in der Pflege herangezogen werden können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

#### Vizepräsident Frank Lortz:

Vielen Dank, Frau Kollegin Dr. Sommer. – Das Wort hat der Sozialminister, Staatsminister Stefan Grüttner.

## Stefan Grüttner, Minister für Soziales und Integration:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin den Regierungsfraktionen für die Einbringung dieses Gesetzentwurfs sehr dankbar. Damit wird die Möglichkeit eröffnet, in einem gewissen Prozentsatz, in einem kleinen Teil weitere Interessenten für den sehr spannenden und sehr schönen Beruf der Altenpflegerin oder des Altenpflegers zu gewinnen.

Wir dürfen nur nicht so tun, als ob wir bei null anfangen. Ich will daran erinnern, dass ich bereits vor sechs Jahren gemeinsam mit dem bpa in Hessen eine groß angelegte Werbekampagne gestartet habe, mit der wir in die Schulen gezogen sind, um für den Beruf zu werben.

Ich darf daran erinnern, dass es ein permanentes Thema des Gewinnens und des Aufforderns ist, auch für diesen Beruf werbend tätig zu sein. Eine Beschreibung, wie Frau Schott sie in ihrem Beitrag am Anfang gebracht hat, ist alles andere als eine Werbung für diesen Beruf.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Aber realistisch!)

Wir müssen uns nämlich selbst überlegen, wie wir diesen Beruf charakterisieren. Wenn wir ihn interessant machen wollen, sind solche Beispiele geradezu kontraproduktiv.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Marjana Schott (DIE LINKE): Aber realistisch!)

Ich bleibe dabei, dass es kontraproduktiv ist.
 An dieser Stelle ist es natürlich auch notwendig, zu sehen, wie wir die Ausbildungsplatzkapazitäten gestaltet haben. Wir haben die Deckelung der Plätze aufgehoben: Jeder, der eine Ausbildung sucht, erhält auch einen Schulplatz.

Wir haben mit zurzeit über 5.400 Auszubildenden einen historischen Höchststand an Altenpflegerausbildungen in Hessen, auch das muss gesagt werden. 5.400 Schülerinnen und Schüler wollen diesen Beruf erlernen. Wir haben die Schulgeldpauschale erhöht, und wir sind momentan dabei, in der Umsetzung des Pflegeberufegesetzes, der Generalistik in der Ausbildung, weitere Veränderungen in der Verordnung vorzunehmen.

Zudem versuchen wir, frühzeitig Personen für diesen Beruf zu interessieren. Wir führen die sogenannten Gesundheitscamps durch: Gemeinsam mit Provadis, dem Hessischen Kultusministerium und dem Sozialministerium gehen wir in die Schulen, holen Interessierte, zeigen ihnen die Bandbreite, aber auch die Vielfältigkeit der Inhalte in den Gesundheitsberufen, von der Krankenpflege bis hin zur Altenpflege. Wir gehen nun mit einer solchen Modellklausel, die ermöglicht wird, wenn dieses Gesetz beschlossen ist, einen Weg, auch in einer Zielgruppe dafür zu werben, diesen Beruf auszuüben, die wir ansonsten schwierig erreichen - nämlich junge Migrantinnen und Migranten, die zugewandert sind, die in InteA-Klassen sind und von denen man innerhalb der InteA-Klassen weiß, wenn sie letztendlich auch schon Sprachvermittlung erfahren, dass dort ein Interesse besteht.

Das wird in Zukunft umso wichtiger sein, weil sich nicht nur die Fragen des Personals und der Personalanforderungen in der Pflege ändern werden, sondern weil wir in Zukunft auch verstärkt kultursensible Pflege auf den Weg bringen und anbieten müssen. Dafür eignet sich die genannte Personengruppe ganz besonders.

Man darf an dieser Stelle auch keine Sorge haben, dass irgendwelche Standards abgebaut würden. Ganz im Gegenteil, während einer Ausbildung kann ein Hauptschulabschluss erworben werden. Damit wird mehr erreicht als mit sonstigen Modellen, zum einen ein Schulabschluss, der durchaus qualifizierend ist, und zum anderen der Weg in eine Berufsausbildung in einem Beruf, in dem Arbeitskräfte dringend gebraucht werden.

Insofern hoffe ich, dass die Anhörung, die durchzuführen ist, auch entsprechend positive Ergebnisse bringt. Wenn wir den Gesetzentwurf in Kraft gesetzt haben, werden wir mit Hochdruck darangehen, die Personen mit den Beteiligten auszusuchen und sie in diese Ausbildung zu bringen, weil die Altenpflege ein toller, ein spannender und ein den Menschen zugewandter Beruf ist.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsident Frank Lortz:

Herzlichen Dank, Herr Minister.

Wir sind am Ende der Aussprache angelangt und überweisen den Gesetzentwurf der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Zweites Gesetz zur Änderung des Hessischen Altenpflegegesetzes an den zuständigen Fachausschuss. – Damit hat keiner ein Problem, dann wird das so gemacht.

Wir sind am Ende der Beratungen im Vormittagsteil unserer Sitzung. Ich darf mich ganz herzlich bei Ihnen bedanken, auch dafür, dass wir es zeitlich gut geschafft haben.

Wir unterbrechen die Sitzung bis 15 Uhr. Alles Gute, bleiben Sie gesund.

(Unterbrechung von 13:04 bis 15:02 Uhr)

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kolleginnen und Kollegen! Ich hebe die Unterbrechung der Sitzung auf.

Eingegangen und an Ihren Plätzen verteilt ist ein Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend vielfältige Maßnahmen, um der Altersarmut von Frauen entgegenzuwirken und eine aktive Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen, Drucks. 19/6107. – Ich sehe keinen Widerspruch gegen die Dringlichkeit. Dann wird dieser Antrag Tagesordnungspunkt 63 und zusammen mit Tagesordnungspunkt 17 aufgerufen, den ich jetzt aufrufe.

## Tagesordnungspunkt 17:

Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend Altersarmut von Frauen wirksam bekämpfen – Drucks. 19/5174 –

zusammen mit dem neuen Tagesordnungspunkt 63:

Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend vielfältige Maßnahmen, um der Altersarmut von Frauen entgegenzuwirken und eine aktive Teilhabe am Arbeitsmarkt zu ermöglichen – Drucks. 19/6107 –

Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten. Als Erste hat Kollegin Schott für DIE LINKE das Wort.

## Marjana Schott (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Unser Antrag liegt seit letztem Herbst vor. Jedes Jahr ist am 8. März der Internationale Frauentag, und seit Anfang letzter Woche wissen Sie, dass unser Antrag zum Setzpunkt wird. Dann heute einen Antrag als Tischvorlage in dem Moment vorzulegen, in dem der Tagesordnungspunkt aufgerufen wird,

(Holger Bellino (CDU): Ganz normales Vorgehen!)

zeugt davon, wie wichtig Ihnen das Thema ist. Es ist schon wirklich erstaunlich.

Wenn man es ernsthaft hätte beraten wollen, hätte man es gelesen haben müssen. Es hat hier im Raum vermutlich niemand gelesen. Von daher kann ich es leider nicht ernst nehmen und werde darauf auch nicht weiter eingehen.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Nicht schlimm!)

Als wir unseren Antrag formuliert haben, lag die Bundestagswahl noch vor uns, und Koalitionsverträge für eine neue GroKo waren nicht in Sicht. Für die heutigen Rentnerinnen und Rentner und die junge Generation ist das Ergebnis des neuen Koalitionsvertrags enttäuschend. Statt die vorhandenen finanziellen Spielräume auszunutzen und im Kampf gegen Altersarmut vernünftig einzusetzen, wird der Beitragssatz begrenzt, und die Rentenkasse wird weiter geschröpft.

Echte Leistungsverbesserungen für heutige und zukünftige Rentnerinnen sucht man vergebens. Nur sehr wenige Mütter mit drei und mehr Kindern und nur neue Rentnerinnen unter 65 Jahren, die zu krank sind, um zu arbeiten, dürfen auf bessere Renten hoffen. Alle anderen gehen leer aus. Das wird zu Unmut bei vielen Menschen führen. Mütter mit "nur" zwei Kindern, erwerbsgeminderte Rentnerinnen, die ein Jahr zu früh krank wurden, und arme Rentnerinnen, die nur 33 Beitragsjahre erreichen – sie alle gehen leer aus.

Dringend nötig wäre es, das Rentenniveau von gut 48 % auf 53 % anzuheben. Das war das lebensstandardsichernde Niveau, bevor Schröder, Fischer und Riester begannen, die gesetzliche Rente zu ruinieren. Die angebliche Grundrente ist eine etwas höhere Sozialhilfe für die wenigen älteren Menschen mit mindestens 35 Beitragsjahren. Damit wird Armut nicht bekämpft. Damit bleibt es Armut, und es ist immer nur die Perspektive, in Armut alt zu werden, und das leider vor allem bei den Frauen. – Nein, dazu kann man nicht klatschen. Das ist eine Zustandsbeschreibung, die nicht zu beklatschen ist.

(Clemens Reif (CDU): Wir werden bei Ihnen auch nicht klatschen! – Gegenruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE): Sie waren gar nicht gemeint, Herr Reif!)

In einer guten Woche ist der Internationale Frauentag, und etwa eine Woche später der Equal Pay Day. Ich möchte Sie nur darauf aufmerksam machen, dass die Frauen zum Seminar "Frauen im Landtag" auf der Tribüne sitzen. Sie werden jetzt deutlich erleben, warum es so wenig attraktiv ist, hier als Frau zu reden, wenn Sie mit einem solchen Respekt mit dem Thema umgehen.

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf des Abg. Clemens Reif (CDU))

Die Situation von Frauen im Alter ist noch gravierender und noch prekärer als bei Männern. Eine aktuelle Auswertung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts hat für das Jahr 2015 ein Gender Pension Gap von 53 % errechnet. Das heißt, Männer verfügen im Schnitt über mehr als das doppelt so hohe Alterseinkommen wie Frauen. Die wichtigste Einnahme ist die gesetzliche Rente, deren Höhe in Hessen 1.136 € im Monat für Männer und 316 € für Frauen betrug. Bei den Betriebsrenten in der Privatwirtschaft ist der Unterschied noch höher. Bundesweit erreichen Frauen mit 240 € nur 40 % der Einnahmen der Männer. Allerdings haben überhaupt nur 7 % der Rentnerinnen einen Anspruch auf Betriebsrente, während es bei Männern immerhin 26 % sind.

Auch die private Altersvorsorge rettet nicht vor Armut. Nur 5 % der Männer und 2 % der Frauen haben aus dieser Quelle überhaupt Einnahmen. Auch hier erreichen Frauen nur zwei Drittel des Betrags der Männer. – Der Fortschritt ist an dieser Stelle eine Schnecke. Bis die Frauen aufholen, dauert es ewig.

Die Gründe für dieses Gender Pension Gap sind zugleich die Hebel, an denen man ziehen muss, um Altersarmut bei Frauen zu verhindern. Gute Arbeit braucht eine gute Entlohnung, und wir erleben eine deutliche Zunahme von Niedriglohnjobs. Das sind Arbeitsverhältnisse mit einem Verdienst unterhalb von zwei Dritteln des medianen Bruttostundenlohns. Mitte der Neunzigerjahre traf das in Deutschland auf etwa 14 % der Arbeitsverhältnisse zu. Aktuell sind es 22 %.

(Clemens Reif (CDU): Damit kennen Sie sich ja aus!)

Arbeitnehmerinnen sind deutlich öfter betroffen als Arbeitnehmer. Die Landesregierung hat mit ihrem Lohnatlas die Lohnlücke bei Frauen und Männern aufgezeigt, also das, was Frauen beim Equal Pay Day bereits seit zehn Jahren deutlich machen.

Was fordern wir von der Landesregierung? – Sie muss im Landesdienst beginnen. Ein Beispiel sind die Grundschullehrkräfte, die weiterhin schlechter bezahlt werden als alle anderen Lehrkräfte. Warum eigentlich? Sind Sie der Meinung, dass Grundschullehrerinnen eine weniger gute Arbeit leisten als die anderen? Oder ist es, weil hier überwiegend Frauen tätig sind? Oder sind hier überwiegend Frauen tätig, weil es nicht so gut bezahlt ist wie in dem anderen Bereich?

Oder haben Sie Angst davor, dass, wenn Sie die Grundschullehrerinnen ordentlich bezahlen, die Erzieherinnen dann mit ihren Forderungen nachrücken, weil sie sagen: "Auch unsere Arbeit ist so gut und so wichtig, dass wir endlich ein vernünftiges Entgelt dafür brauchen"?

## (Beifall bei der LINKEN)

Für Letzteres sind allerdings die Träger vor Ort zuständig. Die Bezahlung ist vom Tarifvertrag und dieser wiederum von den finanziellen Verhältnissen der Kommunen abhängig. Also können Sie sich nicht so einfach wegducken. Solange die Kommunen nicht endlich ausreichend finanziert sind und die notwendigen Mittel für frühkindliche Bildung

erhalten, so lange müssen die Erzieherinnen oft genug die belastende Arbeit in Teilzeit ausüben und weiter auf Altersarmut hinausschauen.

Es liegt schon bei Ihnen, wie Sie an dieser Stelle die Kommunen ausstatten und wie Sie dafür Gelder zur Verfügung stellen. Also sagen Sie nicht, es sei nur eine Frage von Tarifverhandlungen. Es ist auch nicht so, dass die Kommunen sie nicht besser würden bezahlen wollen, wenn sie könnten. Wenn sie könnten, täten sie es natürlich. Also sitzen Sie an dem Hebel, der es ermöglicht, hier etwas ganz konkret gegen die Altersarmut von Frauen zu tun.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Stattdessen gibt es die große Rentenlücke als Geschenk für die Versicherungswirtschaft, die mit privaten Produkten ihren Reibach macht. Die Profite dieser Unternehmen sind trotz Niedrigzinsphase enorm. Allein die Allianz erwirtschaftete in Deutschland 2016 einen Umsatz von über 32 Milliarden €.

Es gibt auch noch andere kleine Beispiele, wo die Landesregierung etwas tun könnte, um die Altersarmut von Frauen zu verhindern. Wir hatten hier die Debatte um die Ausstattung von Schwangerenkonfliktberatungsstellen. Da ging es darum, dass man ihnen so viel Geld zur Verfügung stellt, dass sie für die Mitarbeiterinnen eine zusätzliche Altersversorgung abschließen können. Dieses Geld, wahrhaftig kein großer Topf im Haushalt, war es der Landesregierung nicht wert. Ich finde, das ist ausgesprochen traurig.

Sorgearbeit ist immer noch ein Riesenthema, und dafür werden Frauen auch allenthalben und immer wieder gelobt. Aber die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist und bleibt nun einmal mehrheitlich das besondere Problem von Frauen. Ob es die fehlenden Kinderbetreuungsplätze sind oder die nicht passenden Öffnungszeiten oder die fehlenden Ganztagsschulplätze – das Problem wird Ihnen Jahr für Jahr wieder zugetragen, wenn die Kids aus den Kitas kommen und dann in die Grundschule gehen und Ihr lustiger Pakt für den Nachmittag vielleicht greift, vielleicht aber auch nicht, es aber keine flächendeckenden, vernünftigen Regelungen gibt, die es Frauen ermöglichen, so berufstätig zu sein, dass sie nicht zielsicher in die Altersarmut gehen.

# (Beifall bei der LINKEN)

Nicht jeder Arbeitgeber reagiert mit großer Gelassenheit, wenn die Kinder der Mutter oder auch einmal des Vaters krank sind. Die Karrierechancen sind ziemlich begrenzt, wenn man pünktlich den Arbeitsplatz verlässt, weil das Kind aus der Kita abgeholt werden muss. Wissenschaftlerinnen, die für ein Jahr nicht publizieren, haben natürlich ein riesiges Problem.

Der prozentuale Anteil der Frauen in der Justiz, in den Hochschulen und in den Ministerien lässt gerade in den Leitungspositionen sehr zu wünschen übrig. Hier ist ein Umdenken unmittelbar notwendig und möglich.

(Beifall bei der LINKEN – Michael Boddenberg (CDU): Frau Kollegin, wie viel Geld haben Sie jetzt schon wieder ausgegeben?)

- Ich habe überhaupt kein Geld ausgegeben. Wenn ich mich entscheide, ob ich eine Abteilungsleiterin oder einen Abteilungsleiter einsetze, ist das nur die Entscheidung darüber, ob ich Frauenförderung betreibe oder nicht. Dafür brauche ich keinen Cent mehr. Sie müssen das nur wollen.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Herr Boddenberg, Sie gehören zu denen, die das bestimmt nicht wollen. Den Beweis dafür haben Sie hier oft genug angetreten.

(Zuruf von der CDU: Warum schreien Sie denn so?)

- Weil er geschrien hat.

(Clemens Reif (CDU): Sie sind Expertin für geringfügige Beschäftigung! – Glockenzeichen der Präsidentin)

Das gilt aber nicht nur für junge Frauen mit Kindern. Das gilt auch für die Generation, deren Kinder aus dem Haus sind und die sich jetzt um die Eltern kümmert. Nicht alle Seniorinnen und Senioren können ihren Lebensabend gesund genießen. Zunehmende Erkrankungen psychischer und physischer Art machen familiäre Hilfestellung erforderlich. Die Unterstützung finden diese Senioren häufig in der Familie.

Zehn Tage Pflegeausfallzeit ist doch unfassbar wenig. Der Minister lobt hier regelmäßig, dass der überwiegende Teil der alten Menschen in den Familien gepflegt wird. Wer leistet denn diese Pflegearbeit? – Das sind doch überwiegend die Frauen in den Familien.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Zu welchem Preis tun sie das? – Das geschieht zum Preis ihrer Armut und ihrer Altersarmut. Darüber muss man sich doch im Klaren sein.

Ich gehe davon aus, dass Sie alle unserem Antrag zustimmen werden, Herr Boddenberg, auch Sie.

(Michael Boddenberg (CDU): Ach du liebe Zeit!)

Denn schließlich basiert er in wesentlichen Passagen auf dem Beschluss der Gleichstellungs- und Familienministerinnen, die am 15. Juni des letzten Jahres in Weimar getagt haben. Dort haben sie das beschlossen, was Grundlage dieses Papiers ist. Der Minister war leider nicht dabei. Aber immerhin war es sein Staatssekretär. Er wird uns sicherlich mitteilen können, wie er sich bei diesem Thema verhalten hat.

Das haben sie mehrheitlich so entschieden. Also waren auch Ihre Minister dabei. Von daher kann es eigentlich gar nicht anders ausgehen, als dass Sie diesem Antrag zustimmen

(Beifall bei der LINKEN – Zuruf: Schauen wir einmal!)

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Frau Kollegin Schott, kommen Sie bitte zum Schluss Ihrer Rede.

## Marjana Schott (DIE LINKE):

Ich komme zum Schluss meiner Rede. – Allerdings kommt es mehr auf die Taten als auf die Worte an. Dass wir Frauen uns die Taten erkämpfen müssen, ist uns bewusst. Deswegen freut mich besonders, dass sich das Frauenbündnis gegen Altersarmut Südhessen vorgenommen hat, ordentlich auf den Putz zu hauen. Sie wollen für eine bessere Absicherung der Frauen sorgen. Dort sind Frauen aus allen möglichen gesellschaftlichen Organisationen vereinigt. Sie machen deutlich: Mit uns ist zu rechnen.

Meine Herren, nehmen Sie sich da etwas Gutes vor. Sorgen Sie dafür, dass die Altersarmut, insbesondere bei den Frauen, ein Ende hat.

(Beifall bei der LINKEN)

#### Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Als Nächste spricht Frau Kollegin Klaff-Isselmann für die CDU-Fraktion.

## Irmgard Klaff-Isselmann (CDU):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Armut ist hart. Sie bereitet vielen Menschen Sorge. Armut ist für jene, die betroffen sind, ein schwerer Schlag.

Wir nehmen Armut nicht einfach hin, bei niemandem, weder bei Frauen noch bei Männern. Wir kämpfen ständig dafür, dass jeder Mensch einen geregelten Mindeststandard zum Leben hat und weitgehend am gesellschaftlichen Alltag teilhaben kann. Gerade wir Christdemokraten schreiben Verantwortung für den Menschen groß.

## (Beifall bei der CDU)

Nicht nur unsere Sozialethik verpflichtet uns zum Handeln, zum Mitgefühl und zur Solidarität. Vielmehr tut dies auch der in unserem Grundgesetz und in der Hessischen Verfassung verankerte Sozialstaatsgedanke.

Ich freue mich, dass das Thema Altersarmut der Frauen heute zur Debatte steht. Armut, und vor allem Altersarmut, hat in der Regel ein weibliches Gesicht.

DIE LINKE wirft der Landesregierung vor, sie täte zu wenig gegen die Altersarmut der Frauen. Ich werfe allerdings der LINKEN Ignoranz vor. Anders kann ich mir Ihre Meinungsbildung zu diesem wichtigen Thema nicht vorstellen. Denn wir sind hinsichtlich der Bekämpfung der Armut durchaus aktiv. Es wird gelingen, die Altersarmut weiter zu reduzieren.

Ich darf Ihnen eines direkt sagen: Es ist nicht sinnvoll, damit zu kommen, dass am Ende des Berufslebens eingegriffen werden muss. Denn da starten Sie wieder mit Ihren Umverteilungsfantasien. Die haben noch nie ein Problem gelöst.

Fangen wir einmal damit an, dass es zur Bekämpfung der Armut grundlegend wichtig ist, dass jeder Arbeit hat. Es geht um die Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt nach der Familienphase. Es geht um Menschen mit Migrationshintergrund und um ältere Erwerbstätige. Wer arbeitet, kann sein Leben selbstbestimmt gestalten und macht sich nicht von der Gnade linker Umverteilungstaktiken abhängig. In Hessen gab es noch nie so viele sozialversicherungspflichtig Beschäftigte wie derzeit.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist die beste Vorsorge gegen Armut. Wer jedoch keine Arbeit hat oder nur schwer welche findet, dem helfen wir. Wir wissen, dass gerade Frauen durch verschiedene Lebensumstände für längere Zeit nicht aktiv am Erwerbsleben teilnehmen. Sie weisen Unterbrechungen in der Erwerbsbiografie auf, oder sie sind erwerbslos. Das geschieht

z. B. wegen der Familienplanung oder der Pflege naher Angehöriger.

Das sollte kein Grund für Altersarmut sein. Das Gegenteil ist der Fall. Es gibt eine Reihe an Angeboten, auch diese Lebensphase zu gestalten. Das Elterngeld unterstützt den Elternteil, der eine Weile die Kinderbetreuung zu Hause übernimmt. Die Mütterrente, die demnächst noch ausgeweitet wird, hilft, die Rentenlücke zu füllen. Die Kinderbetreuungsangebote sind vielfältig und zahlreich geworden. Ab August 2018 sind bei uns in Hessen die Kindertagesstättenplätze für sechs Stunden beitragsfrei.

(Zuruf: Toll!)

- Ja, das ist toll, ganz genau. - So werden Eltern künftig im Schnitt fast 5.000 € pro Kind in drei Kindergartenjahren sparen. Das ist Geld, das dann auch in die Altersvorsorge gesteckt werden kann.

(Zuruf)

Ich habe nur davon gesprochen, dass das Geld in die Altersvorsorge gesteckt werden kann. Es ist selbstverständlich, dass das auch Steuern beinhaltet.

Im Jahr 2017 haben wir mit über 500 Millionen € so viel Geld wie nie zuvor für die Kinderbetreuung bereitgestellt. Demnächst werden es sogar über 800 Millionen € sein. Zum Vergleich: Im Jahr 1999 war Ihnen das gerade einmal 65 Millionen € wert.

Mit unserem Ansatz wird ein hervorragender Beitrag zur Verhinderung der Altersarmut geleistet. Wenn jemand nach der Kinderzeit wieder arbeiten gehen möchte, dann unterstützen wir ihn tatkräftig, wieder in einen Beruf zu finden. Da greift z. B. das neu initiierte Förderangebot "Kompetenzen entwickeln – Perspektiven ermöglichen". Gerade für Langzeitarbeitslose ist das eine sehr effektive Maßnahme, die Menschen wieder einem sicheren Arbeitsplatz zuzuführen.

Hoch motivierte und qualifizierte Frauen finden im "Netzwerk Wiedereinstieg" eine sehr geeignete Plattform. Sie hilft, Hindernisse zu überwinden, eine bessere Übersicht zu existierenden Angeboten und eine individuelle Förderung zu erhalten. Auch die Arbeitsgemeinschaft Trialog bietet hilfreiche Unterstützung.

Aber auch wer Arbeit hat, braucht eine faire Bezahlung. Das Land Hessen ist hier als Arbeitgeber vorbildlich; denn im öffentlichen Dienst mit dem TV-H gilt der Grundsatz des Equal Pay. In Hessen gilt die Gleichberechtigung. Es verdient also jeder Mitarbeiter und jede Mitarbeiterin des Landes bei gleicher Qualifikation und Beschäftigung das Gleiche. Für uns ist Gleichberechtigung wichtig und selbstverständlich.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Zuge des demografischen Wandels respektive des zunehmenden Fachkräftemangels werden immer mehr Frauen auf dem Arbeitsmarkt profitieren. Menschen, die Menschen pflegen, erhalten Unterstützung durch das Programm "Beruf und Pflege vereinbaren – die hessische Initiative". Ziel ist es, die Erwerbsfähigkeit zu erhalten, indem zwischen Mitarbeiterinnen und Arbeitgebern tragfähige Pflegearrangements vereinbart werden und so eine spürbare Entlastung erzielt wird.

Darüber hinaus unterstützen wir die Menschen, die Schulden haben. Es ist eine Sache, wenn man Geld verdient, aber eine andere, wenn Schulden dieses direkt auffressen. Die Schuldnerberatung, die auf kommunaler Ebene angesiedelt ist und durch Mittel des Landes Hessen unterstützt wird, ist ein bedeutendes Instrument, Menschen aus der Schuldenspirale zu helfen.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Wer hat noch gleich die Finanzierung abgeschafft?)

Sie ist ein wichtiges Angebot für von Armut bedrohte oder verschuldete Bürgerinnen und Bürger.

Ein weiterer Punkt ist natürlich die Rente selbst. Hier lobe ich wieder die innovative Kraft Hessens. Mit der Deutschland-Rente unterstützen wir ein Modell, das zukunftsweisend sein wird.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neben der ersten Säule der gesetzlichen Rentenversicherung und der zweiten Säule der privaten Altersvorsorge kommt als dritte Säule ein Deutschland-Fonds hinzu. Dieser wird durch die Arbeitgeber einfach und unbürokratisch finanziert. Der Fonds selbst arbeitet ohne Gewinninteresse auf Selbstkostenbasis und ist vor politischem Zugriff gesichert. Das ist vor allem für jene Arbeitnehmer und Unternehmen attraktiv, die über keine eigene Betriebsrente verfügen.

Zusammengefasst: Arbeit, Equal Pay, Bildung, staatliche Unterstützung, Kinderbetreuung, Mütterrente, Pflegeunterstützung, Schuldnerberatung, Deutschland-Rente – das sind viele Möglichkeiten und Unterstützungsangebote, um der eigenen Altersarmut entgegenzuwirken.

Sie hingegen bei der LINKEN-Fraktion ignorieren mit Ihrem Forderungskatalog das grundgesetzlich geschützte Gebot der Tarifautonomie. Sie setzen sich über die Inhalte des Tariftreuegesetzes hinweg. Ihre Lösungsansätze scheitern damit bereits an den Grenzen des Machbaren. Ich versichere Ihnen: Wir werden weiterhin auf dem Boden der Realität hart daran arbeiten, dass es allen Menschen in Hessen besser geht – jeden Tag. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Für eine Kurzintervention erteile ich Kollegin Schott das Wort.

## Marjana Schott (DIE LINKE):

Danke, Frau Präsidentin. – Frau Kollegin, Sie haben eben sehr deutlich die große Notwendigkeit von Schuldnerberatung zur Bekämpfung von Armut benannt. Das steht auch in Ihrem Antrag. Können Sie mir bitte erklären, warum die CDU-Regierung im Rahmen der "düsteren Zukunft" vor mehr als zehn Jahren genau dieses Geld ersatzlos und total gestrichen hat?

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe der Abg. Holger Bellino und Clemens Reif (CDU))

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Frau Klaff-Isselmann, Sie haben Gelegenheit zur Erwiderung.

(Michael Boddenberg (CDU): Sie haben sich in dem Programm vertan, da kann man nichts machen! – Marjana Schott (DIE LINKE): Antworten haben Sie keine! – Hermann Schaus (DIE LINKE): Keine Antwort ist auch eine Antwort!)

Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Decker, SPD-Fraktion. Sie haben das Wort.

## Wolfgang Decker (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kollegin Schott hat eingangs die Vermutung geäußert, man hätte ihren Antrag nicht gelesen. Ich vermute, sie hat den Inhalt des neuen Koalitionsvertrags nicht gelesen. Ich komme darauf noch zu sprechen. Frau Klaff-Isselmann hat eine frauenpolitische Wohlfühlrede gehalten. Jetzt schauen wir uns die ganze Sache einmal der Reihe nach an.

(Allgemeine Heiterkeit – Beifall bei der SPD)

Die Altersarmut wird merklich zunehmen, wenn man hier nicht gegensteuert – Fakt eins. Fakt zwei: Betroffen werden Geringqualifizierte, Langzeitarbeitslose und befristet Beschäftigte sein. Das Loch wird Frauen, vor allem alleinstehende Frauen, treffen. In diesem Punkt sind wir uns durchaus mit dem Antragsteller einig. Ich glaube, dass das weite Teile des Hauses inzwischen auch verstanden haben; man könnte das auch ein wenig aus dem Antrag der CDU und der GRÜNEN herauslesen. Wir sind aber noch nicht ganz sicher, ob sie es in Gänze verstanden haben. Meine Damen und Herren, wir werden sehen, wie es in Hessen weitergeht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn ich den Antrag der LINKEN allerdings näher betrachte – Frau Kollegin Schott, sehen Sie es mir nach –, dann schwindet die Einigkeit doch hier und da und in etlichen Teilen sogar merklich. In Ihrer Antragsbegründung schreiben Sie:

Die Gleichstellungs- und Frauenministerinnen haben in Weimar am 15.06.2017 einen Beschluss mit dem Titel "Gleichstellung/Geschlechtergerechtigkeit im Erwerbsleben, in der Verteilung der Sorgearbeit und in den Alterssicherungssystemen herstellen" gefasst.

Stimmt, das haben sie gemacht. Wir haben uns den Beschluss auch in Gänze angeschaut. Das war aber wohl ein Fehler; sonst hätten wir am Ende noch das geglaubt, was Sie in Ihren Antrag alles so hineingeschrieben haben.

(Heiterkeit des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie schreiben im zweiten Satz Ihrer Antragsbegründung:

Der Antrag folgt in wesentlichen Passagen diesem Beschluss.

Meine Damen und Herren, es ist sehr gut, dass ich mir vor Kurzem eine neue, scharfe Lesebrille gekauft habe.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die steht dir gut!)

Was soll ich Ihnen sagen? – Es stimmt so leider nicht. Sie haben sich im problembeschreibenden Teil und auch im Analyseteil Ihres Antrags noch einigermaßen an den Beschlusstext der Konferenz gehalten.

Aber dann geht es los, nämlich wenn es um Ihren Forderungskatalog geht. Selbst wenn man den hessenspezifischen Teil, der durchaus richtig ist, einmal außer Acht lässt, stellt man fest, dass Ihre Forderungen in dem Beschluss dieser Konferenz so gar nicht drinstehen. Sie haben da einfach ein Sammelsurium an Forderungen obendrauf gepfropft. Sie suggerieren uns hier einen Gleichklang mit dem Konferenzbeschluss, der leider Gottes so gar nicht gegeben ist. – Liebe Kolleginnen und Kollegen der LINKEN, so geht das nicht. So können wir mit diesem Thema, mit diesem Problem beim besten Willen nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zwei Beispiele. Von einer Forderung nach einem Mindestlohn von 12 € ist im Beschluss kein Wort zu lesen. Damit wir uns an der Stelle aber richtig verstehen: Mit der Einführung des Mindestlohns von 8,50 €, jetzt 8,84 €, waren wir natürlich einverstanden. Wir wollten ihn. Aber wir wussten damals schon: Das ist die unterste Schamgrenze. Da muss es weitergehen. Wir sind da auch ganz bei Olaf Scholz, der kürzlich gesagt hat: Vernünftig wäre ein Mindestlohn von 12 €. – Aber das muss man in einem vernünftigen Prozess gestalten. So wie Sie das im Hauruckverfahren machen, läuft das nicht. Meine Damen und Herren, dann haut das wieder nicht hin.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dass wir eine Stärkung der Tarifbindung wollen, habe ich in diesem Plenum wohl schon tausendmal gesagt. Das spare ich mir jetzt. Dass die Landesregierung bei Löhnen und vor allem bei der Beseitigung der sachgrundlosen Befristung Vorreiter spielen muss – auch darin besteht Einigkeit. Wir denken an die Lehrer und Lehrerinnen. Sie haben das eben zu Recht angesprochen. Dass Grundschullehrkräfte besser besoldet werden müssen, ist auch klar. Aber, liebe Kollegin, was jetzt eine Beförderung in das Amt nach A 13 mit Altersarmut zu tun haben soll, erschließt sich mir an dieser Stelle nicht ganz direkt.

(Heiterkeit des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann kommt die Rentenpassage. Dass eine Rente auskömmlich sein muss - darüber sind wir uns einig. Auch das habe ich hier ein ums andere Mal für meine Fraktion deutlich gemacht. Aber mit Ihrer Forderung, dass das Rentenniveau sofort stante pede auf 53 % anzuheben ist, gehen Sie noch erheblich über das hinaus, was der DGB fordert. Er sagt nämlich vernünftigerweise: zunächst stabilisieren und dann in einem weiteren Schritt anheben. Dann schauen wir einmal, wie weit das geht. Sie fordern eine solidarische Mindestrente von 1.050 €. Meine Damen und Herren, das ist alles schön und gut. Aber Sie sagen leider kein Wort darüber, wie das in der Praxis funktionieren soll, geschweige denn, wie wir das finanzieren wollen. Selbst bei einer Vollbeschäftigung und einer wesentlichen Ausweitung der Tarifbindung wird es keine einfache Nummer, das dann in dieser Weise darstellen zu können.

Welche konkrete Wirkung soll die Streichung der staatlichen Förderung zur privaten Altersversorgung haben, die Sie dann in die Verbesserung der Altersversorgung stecken wollen? – Ich weiß nicht, welche Wirkung das entfalten soll. Aber das werden Sie uns sagen. Das Ganze klingt ein wenig unausgegoren.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Es kann nicht jeder so tolle Konzepte haben wie die Riester-Rente!)

Ich habe noch eine herzliche Bitte. Falls es eine zweite Runde geben sollte, wollte ich Sie jetzt schon herzlich darum bitten: Kommen Sie jetzt bitte nicht wieder mit der Schließung von Calden, dass wir damit das Finanzloch in der Rente füllen könnten, und auch nicht mit dem Stopp von allen Rüstungsexporten – nur um es einmal erwähnt zu haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Zu euch komme ich noch – gemach.

(Heiterkeit – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Solange es noch schön ist, können wir noch lachen!)

Auch wenn es eine Reihe von Punkten gibt, bei denen wir uns zweifellos einig sind, erweckt Ihr Antrag letztlich zwangsläufig den Eindruck: Da steht alles drin, was man sich so wünschen kann. Wir wissen aber noch nicht, wie das funktionieren soll. – Das ist ein buntes Wunschkonzert an Forderungen. Ich vermute, dass das auch etwas mit dem 28. Oktober zu tun haben könnte. Ich lasse es einfach einmal im Raum stehen.

So kann das aber einfach nichts werden. Gut gemeint ist eben nicht immer gut gemacht. Es kann nur etwas werden, indem man vernünftige, solide und umsetzbare Schritte geht, um Stück für Stück die Ursachen von Altersarmut insbesondere bei Frauen zu beseitigen.

Bereits in der letzten Koalition haben wir damit begonnen. Wir sind einige Schritte gegangen, die Sie nie anerkannt haben, die aber sehr zielführend waren. Ich rede vom Mindestlohngesetz, vom Gesetz gegen den Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen, usw. Gleichwohl werden wir hierbei noch weitere Schritte gehen müssen.

Werfen wir einmal einen Blick in den neuen Koalitionsvertrag. Dieser sieht an dieser Stelle besser aus, als es manch einer weismachen möchte. An dieser Stelle hat die SPD sehr bewusst hart mit der Union verhandelt. Ich glaube, wir haben mit Erfolg hart verhandelt. Dabei geht es um das Thema, über das wir hier gerade debattieren. In diesem Koalitionsvertrag stehen jedenfalls sehr viele Dinge, die das Leben der Menschen, insbesondere das Leben von Frauen, verbessern werden.

Es gibt zahlreiche Beispiele, die ich aufführen könnte. Das beginnt mit der Ressortverteilung. So können wir eine Menge gestalten. Es gibt aber auch gleichstellungspolitische Erfolge. Ich will einmal anführen, dass wir die Rückführung von befristeten Arbeitsverträgen in Angriff genommen haben. Zudem werden wir die sachgrundlose Befristung maßgeblich einschränken. Außerdem werten wir die Sozial- und Pflegeberufe auf. Eine Zielsetzung ist dabei auch die Abschaffung der Schulgebühren. Wir haben vorhin bereits darüber diskutiert. Es wird eine zusätzliche Finanzierung von Pflegepersonal geben. 8.000 Stellen sind

nach unserer Auffassung noch ein bisschen zu wenig. Das ist aber zumindest schon einmal ein wertvoller Einstieg.

(Michael Boddenberg (CDU): Kommst du noch dazu?)

Wir kehren zurück zur paritätischen Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung.

Jetzt hören Sie einmal genau zu: Es wird einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Schulkinder bis zum Jahr 2025 geben. Der Bund beteiligt sich an den Kosten. Darüber hinaus setzen wir uns für die Verbesserung der Kitaqualität ein.

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kollege Decker, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

## Wolfgang Decker (SPD):

Nein. Das soll er anschließend machen.

Jetzt schaue ich einmal in Ihre Richtung, weil es gerade so schön passt. Wir wollen die Gebührenfreiheit der frühkindlichen Bildung in Hessen, und zwar für alle Kinder vom ersten Lebensjahr an und für alle Betreuungszeiten. Hierzu haben wir ein ausgeklügeltes Konzept vorgelegt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Armin Schwarz (CDU): Das ist aber neu!)

– Nein. Jetzt passen Sie einmal auf. – Wir haben das auch finanziell hinterlegt. Als Vorsitzender des Haushaltsausschusses weiß ich, wovon ich rede. Ich kann Zahlen lesen. Das haben Sie alles abgelehnt, und jetzt kommen Sie mit so einem Antrag um die Ecke und suggerieren, das wäre der große Schlag. Das können wir Ihnen nicht durchgehen lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD – Jürgen Frömmrich (BÜND-NIS 90/DIE GRÜNEN): Eben war es noch schön!)

Wir vertreten nicht die Auffassung, dass sechs Stunden Gebührenfreiheit reichen und die Mutter nachmittags zu Hause bleiben muss, ob sie will oder nicht. Das entspricht Ihrem Steinzeitmodell, indem Sie sagen, mittags ist Mutti zu Hause. Das können Sie mit uns an dieser Stelle nicht machen.

(Michael Boddenberg (CDU): Doch!)

Ich könnte jetzt noch anführen, dass wir einen sozialen Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose einführen werden. Zu nennen ist außerdem die Weiterbildung insbesondere für Frauen durch die Bundesagentur für Arbeit. Es wird eine Frauenförderung in Bildung und Wissenschaft sowie in Kultur und Medien geben.

Außerdem wird es keinen freien Fall des Rentenniveaus geben. An dieser Stelle muss ich Ihnen leider widersprechen, auch wenn Ihr Antrag das suggeriert. Bis 2025 bleiben 48 % festgeschrieben. Die Beiträge werden bei 20 % eingefroren. Früher als geplant wird es eine Rentenkommission geben, deren Aufgabe es ist, sich darum zu kümmern, wie die Rente zukunftsfest gestaltet werden kann. Es wird eine Mindestrente geben, die 10 % oberhalb der Grundsicherung liegt. Dabei werden übrigens auch die Erziehungs- und Pflegezeiten angerechnet. Die Erwerbsmin-

derungsrente wird nachhaltig verbessert durch Zurechnungszeiten.

Meine Damen und Herren, das alles sind Ergebnisse, die eine klare sozialdemokratische Handschrift tragen und die in erster Linie auch Frauen zugutekommen. Natürlich wissen wir auch, dass wir bei einzelnen Punkten nicht stehen bleiben dürfen. Diese Punkte müssen weiterentwickelt werden. Das werden wir Sozialdemokraten auch tun. Egal, ob dies im Landtag oder im Bundestag ist, dessen können Sie sicher sein.

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Schluss. Fakt ist, dass wir hier den Fuß in der Tür haben und zielstrebig weiter vorangehen. So wird ein Schuh daraus, meine Damen und Herren, und zwar mit vernünftigen und soliden Schritten.

Frau Präsidentin, wenn Sie erlauben, möchte ich in einem letzten Satz einen Blick auf den Lohnatlas werfen. Unsere frauenpolitische Sprecherin Lisa Gnadl hat dies im Sommer völlig richtig festgestellt. Schwarz auf weiß liegt uns vor, dass Männer und Frauen für die gleiche Arbeit unterschiedlich bezahlt werden. In Hessen gibt es teils große regionale Gefälle. Diese Unterschiede werden noch größer, wenn man bedenkt, dass nur die Vollzeitbruttoentgelte verglichen werden. Deswegen trügt das Bild. Es sind nämlich noch viel mehr Frauen betroffen, als Sie uns das weismachen wollen. Ihr Antrag hilft uns an dieser Stelle sicherlich nicht weiter.

Zum Kita-Ausbauprogramm habe ich etwas gesagt. An dieser Stelle fehlt uns erheblich das Vertrauen in die schwarz-grüne Landesregierung.

#### Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kollege Decker, dieser Satz ist aber sehr lang.

## **Wolfgang Decker (SPD):**

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kollegin Wissler hat das Wort zu einer Kurzintervention.

## Janine Wissler (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich es erstaunlich finde, Herr Decker, mit wie viel Selbstgefälligkeit Sie hier reden angesichts der Tatsache, dass Sie einer Partei angehören, die in den vergangenen Jahren eine ganze Menge Verwüstungen in der Rentenpolitik angerichtet hat. Insofern finde ich diese Rede recht bemerkenswert.

(Beifall bei der LINKEN – Günter Rudolph (SPD): Na, na, na!)

Ich möchte Sie einmal erinnern an die Veränderung der Rentenformel, die Absenkung des Rentenniveaus, die Teilprivatisierung der Rente durch die Riester-Reform. Jetzt reden wir einmal über die Milliarden, die in die Riester-Rente hineingeflossen sind, und darüber, wer davon profitiert hat. Nicht davon profitiert hat die alleinerziehende Verkäuferin, die überhaupt nicht privat vorsorgen kann, weil sie gar kein Geld hat, das sie zur Seite legen kann.

(Michael Boddenberg (CDU): Deshalb wollen Sie das für andere auch nicht? – Weitere Zurufe – Glockenzeichen der Präsidentin)

Die Riester-Rente ist also eine ganz schön teure Geschichte. Wer hat denn von Riester profitiert? – Das waren doch in erster Linie Banken und Versicherungen. Die Riester-Rente ist teuer gewesen, hilft den Menschen aber überhaupt nicht.

(Beifall bei der LINKEN – Zurufe)

Wir können auch über die Rente ab 67 reden. Wer hat denn die Rente ab 67 eingeführt? Für die meisten Menschen ist das nichts anderes als eine Rentenkürzung. Wie soll denn die Erzieherin, wie soll denn die Krankenschwester, wie soll denn der Altenpfleger bis 67 arbeiten? – Gar nicht. Sie arbeiten nicht bis 67, sondern gehen genau dann in Rente, wenn sie in Rente gehen, aber verbunden mit höheren Abschlägen.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie doch einmal, über wie viele Milliarden Sie reden!)

– Herr Kollege Frömmrich, mir glauben Sie vielleicht nicht. Sie glauben aber sicherlich dem Landessozialbericht der Landesregierung. Die Landesregierung hat zusammen mit den Wohlfahrtsverbänden einen Sozialbericht vorgelegt. Darin ist Altersarmut als ein sehr stark zunehmendes Problem bezeichnet worden. Als Ursachen für Altersarmut sind im Landessozialbericht der Landesregierung genannt: die Rente ab 67, Hartz IV, die private Vorsorge und die Absenkung des Rentenniveaus. Das sind die Gründe für Altersarmut.

Man darf also nicht so tun, als würde das vom Himmel fallen. Das hängt mit der Lohnentwicklung zusammen, aber auch mit den unsäglichen Rentenreformen der vergangenen Jahre. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### Vizepräsidentin Heike Habermann:

Kollege Decker zur Erwiderung.

## Wolfgang Decker (SPD):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Liebe Kollegin Wissler, uns unterscheiden zwei Dinge ganz maßgeblich. Sie leben in der Vergangenheit, während wir schauen, wie die Dinge für die Zukunft besser gerichtet werden können.

(Lachen bei der LINKEN)

– Sie können da hämisch lachen. Der wahre Grund ist aber, dass es Sie maßlos ärgert, dass Sie an den Verbesserungen auf dem Arbeitsmarkt und bei der Rente nicht beteiligt sind. Liebe Kollegin Wissler, das wird uns aber nicht davon abhalten, die Dinge zu verbessern, die wir verbessern müssen.

(Unruhe)

Sie haben zahlreiche Dinge vergessen, die auch gemacht worden sind. Ich sage nur: Tarifstärkungsgesetz. Von wem ist es gekommen? – Nicht von euch. Das ist von der SPD-

Arbeitsministerin gekommen. Die vorgezogene Rente mit 63 ohne Abschläge als Anerkennung einer Lebensleistung ist nicht von der LINKEN gekommen, sondern von einer SPD-Arbeitsministerin.

Die Reihe könnte ich fortsetzen. Ich freue mich auf das nächste Duell. Beim nächsten Mal werden Sie sich auch wieder ärgern, weil es wieder etwas neues Gutes gibt, das wir initiiert haben. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Nächster Redner ist Kollege Rock, FDP-Fraktion.

## René Rock (FDP):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Wir haben heute die schöne Situation, dass wir auf der Tribüne jüngere Menschen, ältere Menschen, Frauen und Männer haben – eben so, wie auch unsere Gesellschaft aufgebaut ist. Wenn man überlegt, wie sich in den Neunzigerjahren die SPD und die GRÜNEN in einer Reformkoalition unter Herrn Schröder der Rente gewidmet haben,

(Unruhe bei der LINKEN – Glockenzeichen der Präsidentin)

weiß man, dass die das ja nicht gemacht haben, um Menschen zu ärgern. Das haben die damals gemacht, weil sie überlegt haben, wie denn künftig die staatliche Rente sicher finanziert werden kann, wenn in unserer Gesellschaft immer mehr ältere Menschen und immer weniger junge Menschen leben.

(Jürgen Lenders (FDP): Das nennt man demografische Entwicklung!)

Es ist wohl auch mathematisch nachvollziehbar, dass man dann gesagt hat, immer weniger jüngere Menschen können nicht das gleiche Rentenniveau finanzieren wie bisher, weil die eben weniger werden. Und alles, was wir uns überlegen, was wir im Endeffekt an Steuermitteln in die Rente hineingeben, muss erwirtschaftet werden.

Da hat diese damalige rot-grüne Koalition versucht, einen Kompromiss zu finden.

(Jürgen Lenders (FDP): Ach, die GRÜNEN!)

Der basierte auf den Zahlen, die man damals zugrunde gelegt hat.

Wenn Sie möchten, dass ältere Menschen steuerfinanziert mehr Geld erhalten, dann müssen Sie auch sagen, wer es bezahlt. Sie vergessen aber in Ihrer Politik immer den zweiten Teil. Bei einem Generationenvertrag geht es jedoch darum, dass man beide Seiten berücksichtigt, weil die Loyalität entsprechend sein muss.

Man hat damals unter dieser Koalition gesagt, wir stellen die Rente auf drei Säulen, nicht mehr nur auf eine. Das hat man versucht den Menschen frühzeitig nahezubringen, dass sie dann, wenn sie 30, 40 Jahre gearbeitet haben, sich nicht mehr allein auf die gesetzliche Rente verlassen können. Das ist in den Neunzigerjahren auf den Weg gebracht worden.

Dann gab es zwischendurch immer wieder politische Debatten, zu sagen, die gesetzliche Rente reicht doch völlig aus, um einen guten Lebensstandard sicherzustellen. Damit hat man natürlich die eigene Politik konterkariert.

Wenn jetzt die Situation so ist, wie sie ist, dass wir eben das Rentenniveau abgesenkt haben – das ist jetzt wieder ein Stück weit ausgesetzt worden –, dann müssen Sie sich einmal daran erinnern – das ist, glaube ich, hier angesprochen worden; ich weiß gar nicht, von wem –, dass wir in Hessen eine Sozialberichterstattung haben.

Wenn man sich die Sozialberichterstattung in Hessen anschaut, dann sieht man, dass das Armutsrisiko von Frauen nicht bei den älteren Frauen ist, sondern bei den jungen, bei den bis 25-jährigen Frauen. Das Armutsrisiko bei den jüngeren Frauen ist doppelt so hoch wie der Schnitt. Bei den älteren Frauen, die in Rente gehen, liegt es 1,5 % über dem Schnitt. Das weisen die hessischen Zahlen aus. Warum ist das so? – Weil natürlich die Alleinerziehenden hier eine Riesenrolle spielen.

Sie müssen auch einmal schauen, wo die akuten Probleme sind. Das akute Problem, die Altersarmut, liegt bei 3 % – ein bisschen darüber. Das Kriterium für Armut in Deutschland ist nicht das Kriterium Alter, das ist das Kriterium Kind. Das ist aus meiner Sicht auch der wirkliche Skandal, auf dem dann alles andere aufbaut.

Wenn in Hessen 20.000 Krippenplätze fehlen und 10.000 Ganztagsplätze fehlen, dann kann man der Landesregierung sehr wohl einen Vorwurf machen, dass sie hier nicht genug tut.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Torsten Warnecke (SPD))

Aber wenn man jetzt zugrunde legt, was sich die letzte Bundesregierung und die kommende Bundesregierung vorgenommen haben – gerade im Hinblick auf die Frage der Rentner –, hat man nicht den Eindruck, dass die Frage der Renten und der Rentner keine wichtige Rolle auf der bundespolitischen Ebene spielt. Ich erinnere einmal an Mütterrente eins, an Mütterrente zwei, die Einfrierung. Herr Decker hat ja alle die Themen aufgezählt, die sich die Große Koalition auf die Fahnen geschrieben hat. Man hat nicht den Eindruck, dass die Situation der Rentner bei den großen Parteien aus dem Fokus geraten wäre. Man hat eher den Eindruck, diese Themen sind sehr im Fokus.

Von daher glaube ich schon, dass es wert ist, bei der Frage der Armut auch einmal die Herleitung zu betrachten, nämlich: Wie ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Hessen organisiert?

Dann kann ich Ihnen – auch der Linksfraktion – nur einmal den Gesetzentwurf der FDP zu § 28 des Hessischen Kinder- und Jugendhilfegesetzbuchs nahelegen. Da geht es darum, dass Eltern den Betreuungsplatz ihres Kindes frei wählen dürfen. Das betrifft vor allem auch Alleinerziehende. Wenn die einen Job gefunden haben und jetzt ein Kleinkind haben, während der Arbeit in der Nähe ihres Kleinkindes sein möchten und jetzt in einer Gemeinde einen Betreuungsplatz kriegen – z. B. in Frankfurt –, die Kommune sich aber nicht mit der Entsendegemeinde einigt, dann verlieren die wieder ihren Job.

Wir haben dazu einen Gesetzentwurf eingebracht. Hier könnten Sie einmal über Ihren Schatten springen und sagen, das kostet nur das eine oder andere Milliönchen – das sind wirklich kleine Summen –, würde aber für die Lebenssituation der betroffenen Frau oder der betroffenen Familie die Grundlage schaffen, dass man arbeiten kann, dass man die Möglichkeit der Arbeitsaufnahme hat.

(Beifall bei der FDP)

Dazu brauchen wir keinen Antrag der LINKEN. Das ist ein fertig formulierter Gesetzentwurf der Freien Demokraten. Dieser Gesetzentwurf ist in der Anhörung; den brauchen Sie nur mitzutragen. Sie brauchen nur zu sagen: Genau, uns ist das wichtig, wir wollen hier nicht nur Sonntagsreden halten, sondern wir haben einen konkreten Vorschlag der Freien Demokraten.

Ich muss an der Stelle auch noch einmal unterlegen:

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Wer ist unterlegen?)

- Hinterlegen, Ihnen unterlegen.

(Hermann Schaus (DIE LINKE): Alles klar!)

Die Frage, ob die Altersvorsorge und die Rente in der deutschen Politik eine angemessene Rolle spielen, kann man doch einmal auf der Grundlage des Bundeshaushalts beantworten. Schauen Sie sich doch einmal den Bundeshaushalt an, schauen Sie sich den Steuerzuschuss in die Rente im Bundeshaushalt einmal an. Der geht auf die 100 Milliarden € zu bei einem Haushaltsvolumen von vielleicht 360 Milliarden €. Der Steuerzuschuss in die Rente geht hier auf 100 Milliarden € zu.

(Jürgen Lenders (FDP): Das war der Preis der deutschen Einheit!)

Dass die Politik in Deutschland die Rentner nicht im Auge hätte und nicht sieht, dass die Alterssicherung und die Abwendung von Altersarmut ein wichtiges Thema sind, kann man nicht behaupten, wenn man hier Zahlen und Fakten zugrunde legt. Das ist dann einfach eine Falschbehauptung.

(Beifall bei der FDP)

Sie müssen bei der Prognose – bei den Zahlen – jetzt schon die Situation in 30 Jahren zugrunde legen, dass dann das Problem entsteht, aber dass wir dazwischen noch jede Menge Handlungsmöglichkeiten haben, um darauf zu reagieren, dass wir natürlich versuchen, die Wertschöpfung im System zu erhöhen, damit wir, wenn die Wirtschaft effizienter arbeitet, vielleicht durch die Digitalisierung eine höhere Wertschöpfung erreichen können und uns die besseren Renten leisten können. Aber das greift doch ineinander. Man kann doch nicht einfach sagen, jemand, der in Altersarmut lebt, muss jetzt automatisch mehr Geld kriegen. Wir müssen es doch ermöglichen, dass wir das Geld erwirtschaften, um ein gutes Rentenniveau finanzieren zu können. Wir müssen es doch ermöglichen, dass Menschen, die ihr ganzes Leben lang arbeiten, die Chance haben, sich für das Alter etwas aufzubauen.

Aber was mich bei der Debatte stört, ist: Ein Kind hat noch keine Verantwortung dafür, ob es in Armut groß werden muss. Jemand, der 40 Jahre arbeitet und die Chance hat, 40 Jahre für das Alter vorzusorgen, hat es eher in der Hand. Darum ist die Frage der Kinderarmut für mich eine viel konkretere. Wenn Sie sich die statistischen Daten und den Landessozialbericht anschauen, stellen Sie fest, das ist wirklich eine evident wichtige Aufgabe für unsere –

(Janine Wissler (DIE LINKE): Stimmt aber nicht! Im Sozialbericht steht Altersarmut sehr wohl!)

- Schauen Sie doch nach, Seite 70.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Ja, aber Altersarmut auch!)

Das ist eine evidente Herausforderung, der wir uns stellen müssen. Da stehen die Kinderbetreuung, die Qualität und ausreichende Plätze im Vordergrund. Das glaube ich schon, dass wir genau an der Stelle auch hier in Hessen die Möglichkeit haben, zu handeln.

#### (Beifall bei der FDP)

Noch einmal zurück: Die Rentner in Deutschland sind in den Händen der Großen Koalition gut aufgehoben. Das kann man in dem Programm deutlich nachlesen. Herr Decker hat das hier auch noch einmal sehr gut ausgeführt.

Ob die Generationengerechtigkeit in guten Händen ist, wird die Zukunft zeigen. Aber dass die Koalition, die Kollegen dort nicht nach den Menschen, die älter werden und in Rente gehen, schauen würden, das kann man ihnen wirklich nicht vorwerfen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und des Abg. Torsten Warnecke (SPD))

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Vielen Dank. – Nächste Rednerin ist Kollegin Erfurth, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

## Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Gegensatz zum Kollegen Rock bin ich nicht der Auffassung, dass es allen älteren Menschen und allen Rentnerinnen und Rentnern

(Janine Wissler (DIE LINKE): Allerdings!)

in der Bundesrepublik so gut geht, dass sie sich überhaupt keine Sorgen machen müssen. Ich glaube schon, dass wir auch schauen müssen, dass Menschen im Laufe ihres Lebens die Chance haben, Rentenansprüche aufzubauen; und wir müssen auch dafür sorgen, dass gerade Frauen, die eben besonders von Altersarmut betroffen sind, ihre Stärken am Arbeitsmarkt tatsächlich voll zur Geltung bringen können.

## (Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kollegin Schott, Sie haben vorgetragen, ein Teil Ihres Antrags sei dem Beschluss der Frauenministerkonferenz entnommen, und Sie haben darauf verwiesen, dass man doch übereingekommen sei, dass man daher nur noch zuzustimmen brauche.

Es trifft zu, dass Sie einen Teil Ihres Antrags dem Beschluss entnommen haben – ich habe den Beschluss gelesen;, ich will das Wort "abschreiben" vermeiden –, aber die Conclusio in dem Beschluss der Frauenministerkonferenz ist eine ganz andere als die Ihres Antrags. Wenn ich mir die Medieninformation anschaue, die die damalige Vorsitzende der Frauenministerkonferenz, die thüringische Frauenministerin Heike Werner, herausgegeben hat, dann lese ich: Die Länder haben auf der Konferenz substanzielle Vorschläge unterbreitet; jetzt liegt der Ball beim Bund. – Sie, Frau Schott, haben diesen Ball genommen und auf die Länderseite getragen. Das finde ich nicht ganz fair.

Sie haben in Ihrem Antrag ein wiederkehrendes Potpourri aus Zustandsbeschreibungen zusammengetragen, dem wir zum Teil zustimmen; denn es handelt sich ja auch um statistische Daten. Sie verknüpfen das Ganze aber mit dem Ruf, das Land möge bitte dafür sorgen, dass man den Schalter umlegt; morgen sei dann alles ganz anders. Sie werfen Tarifrecht und Landesrecht in einen Topf – das zieht sich durch viele Anträge, wie der Kollege Decker zu Recht gesagt hat –, rühren kräftig um und weigern sich beharrlich, Schritte, die wir auf der Landesebene längst unternommen haben, überhaupt zur Kenntnis zu nehmen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU – Hermann Schaus (DIE LINKE): Wie ist das mit der Altersarmut?)

– Ich komme dazu, Herr Schaus. – Wir GRÜNE wollen niemandem vorschreiben, wie er zu leben und zu arbeiten hat, aber wir wollen, dass Frauen – und insbesondere Mädchen – bei der Berufswahl sehr klar und bewusst ist, welche Auswirkungen ihre individuelle Entscheidung für einen Beruf – oder auch für eine Teilzeitbeschäftigung – auf ihre spätere Altersversorgung haben kann. Das fängt bei der Berufsberatung an, bei Beispielen und Vorbildern. Die Frauen sollen wissen, welche finanziellen Folgen z. B. der Berufswunsch "Einzelhandelskauffrau in Teilzeit" hat. Das ist nämlich eine Weichenstellung dafür, ob die Rente im Alter ausreicht oder nicht ausreicht.

Meine Damen und Herren, ich war lange Zeit Personalratsvorsitzende eines großen Finanzamts. Ich habe durchaus erlebt, dass sich junge Frauen gar nicht mit dem Thema beschäftigten wollten, weil es ihnen viel zu kompliziert war, oder dass viele Frauen nach der Familienphase gesagt haben: "Ich will gar nicht wieder in Vollzeit arbeiten", obwohl sie die Chance dazu gehabt hätten. Sie haben entschieden, dass es gut so ist, wie sie leben, und dass sie ein bisschen mehr Freizeit haben möchten. Das will ich niemandem vorwerfen, aber am Ende wird dann die Rente allein nicht reichen, wenn z. B. die Beziehung kaputtgeht.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Von daher ist das, was wir Frauen und jungen Mädchen sehr deutlich klarmachen müssen, eine Frage der Aufklärungsarbeit, die wir als Gesellschaft zu leisten haben. Wir müssen klarmachen, dass es immer auch andere Wege gibt. Da bin ich ein bisschen bei Herrn Rock: Man muss durchaus aufgeklärt sein, wenn man entscheidet, welchen Weg man geht. Das muss ja nicht immer gleich ein Ingenieurstudium sein. Es kann auch eine solide Ausbildung in einem Handwerksberuf sein.

(Michael Boddenberg (CDU): Fleischer!)

Mein Vater war Dachdecker. Ich war nahe daran, Dachdeckerin zu werden.

Frauen übernehmen immer noch ganz selbstverständlich die Sorgearbeit. Darauf haben Sie hingewiesen, Frau Schott. Das ist ein Teil des Problems, das später dazu führt, dass die Rentenzahlungen nicht sehr hoch sind. Frauen übernehmen die Sorgearbeit in den Familien, sei es die Erziehung der Kinder oder die Pflege von Angehörigen. Und dann haben sie, weil sie in Teilzeit gearbeitet haben, entsprechend niedrige Altersversorgungen. Auch das wollen wir keiner Frau verwehren. Jede Frau kann entscheiden, wie sie das haben möchte. Sie muss aber wissen, was das am Ende für sie bedeutet. Deswegen treten wir dafür ein, Sorgearbeit paritätisch zu verteilen. Was ist schlimm dar-

an, wenn auch einmal Männer in Teilzeit arbeiten oder Männer ihre Arbeitszeit reduzieren?

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU – Marjana Schott (DIE LINKE): Die Männer verdienen mehr!)

– Die Männer verdienen nicht immer mehr, Kollegin Schott. Es kommt vor, dass Männer mehr verdienen als Frauen, aber das ist nicht mehr die Regel, Gott sei Dank nicht mehr. Es ist zwar häufig so, aber nicht die Regel. Ich weiß, dass es Fälle gibt – da sind wir uns durchaus einig –, in denen man keine Entscheidungsfreiheit hat, in denen Alleinerziehende in durchaus prekäre Situationen kommen. Diese Fälle müssen wir besonders betrachten, und wir müssen gerade bei Alleinerziehenden noch einmal genauer hinschauen. Es gibt aber nicht nur Schwarz und Weiß, sondern viele Fälle dazwischen. Auch diese Frauen müssen eine für sie angemessene und richtige Entscheidung treffen können.

Eine Bemerkung in Ihrem Antrag fand ich sehr interessant. Sie haben Ihre Forderung, Grundschullehrkräfte demnächst nach A 13 zu bezahlen, damit begründet, dass diese Lehrkräfte sonst in die Altersarmut fallen könnten. Ich finde die Aussage sehr interessant, dass man mit A 12 ein Armutsrisiko hat. Ich würde nicht so weit gehen, zu sagen, dass man in die Nähe der Altersarmut kommt, wenn man nach A 12 bezahlt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den LINKEN, Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass die Fraktionen von CDU und GRÜNEN sehr wohl daran arbeiten, Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen herzustellen, und dass wir uns sehr intensiv um die Lösung der Probleme kümmern.

Zum Thema Rente. Der Kollege Rock hat sehr anschaulich und sehr akribisch den historischen Werdegang der Rente hergeleitet. Dem ist nichts hinzuzufügen. Es gab auch die Riester-Rente. Die Riester-Rente hat nicht funktioniert. Das stimmt, Frau Wissler. Man kann es nur so formulieren, dass die Riester-Rente nicht das gebracht hat, was man von ihr erwartet hatte. Deshalb gibt es das Modell "Deutschland-Rente", das aus Hessen vorgeschlagen worden ist. Es ist als dritte Säule in der Altersversorgung konzipiert, ein einfaches und zukunftsfähiges System, das auch und besonders Geringverdienerinnen und Geringverdiener berücksichtigt.

(Janine Wissler (DIE LINKE): Es gab Leute, die das schon vorher gesagt haben!)

Die Deutschland-Rente ist besonders gut für Geringverdienerinnen und Geringverdiener geeignet, weil diese nämlich einen Freibetrag für eine freiwillige Zusatzrente bei der Grundsicherung bekommen können. Das wird nicht für alle Menschen der richtige Weg sein, aber es ist ein Baustein, der hilft, künftige Altersarmut zu vermeiden.

Die weiteren konkreten Schritte will ich nur in aller Kürze nennen. Wir haben sie in unserem Antrag zusammengetragen. Da wir den Antrag an den Ausschuss überweisen können, haben alle Abgeordneten Zeit, ihn gründlich zu lesen.

Meine Damen und Herren, es ist uns wichtig, dass Frauen und Männer Familienaufgaben und Beruf miteinander vereinbaren können. Daher werden wir im Anschluss an diesen Tagesordnungspunkt den Gesetzentwurf für ein zweites Dienstrechtsänderungsgesetz beraten. Da wird es darum gehen, dass man Pflege und Beruf besser miteinander ver-

einbaren kann. Sie merken, wir arbeiten auf allen Ebenen an diesem wichtigen Thema. Darum war es uns so wichtig, im Hessischen Gleichberechtigungsgesetz die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass man Familienaufgaben und Beruf zusammenbringen kann. Darum haben wir auch Führungsstellen in Teilzeit explizit im Gesetz verankert. Auch das ist ein wichtiger Weg, um Chancengleichheit herzustellen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir wollen eine gute Kinderbetreuung, in der Kita und in der Grundschule. Deshalb gibt es Investitionen in die Kinderbetreuung, deshalb gibt es gebührenfreie Kindertagesstätten – übrigens viel schneller und in viel größeren Schritten umgesetzt, als das die SPD ursprünglich wollte –, deshalb gibt es den Ausbau der Qualität und den Pakt für den Nachmittag. Wir wollen den Wiedereinstieg von Frauen nach der Familienphase erleichtern. Deshalb gibt es das Netzwerk für den Wiedereinstieg und vieles andere, was die Kollegin Klaff-Isselmann hier vorgetragen hat.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Meine Damen und Herren, wir fordern Equal Pay. Darum gibt es den Hessischen Lohnatlas, der auf der Basis landesweiter Stellenvergleiche auflistet, wie viel Männer und Frauen verdienen. Es stimmt, Teilzeitstellen werden dabei nicht erfasst, aber der Lohnatlas bietet eine verlässliche und solide Datenbasis.

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Frau Erfurth, Sie müssen bitte zum Schluss kommen.

# Sigrid Erfurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich danke Ihnen für den Hinweis. – Wir haben damit eine verlässliche Datenbasis, die niemand negieren kann, weil sie statistisch und wissenschaftlich abgesichert ist. Niemand kann mehr sagen, die Lohnlücke sei nur eine Einbildung irgendwelcher wild gewordener Frauenrechtlerinnen. Nein, sie ist statistisch nachgewiesen. Sie gibt es, und wir wollen daran arbeiten, sie abzustellen bzw. zu verringern. Ich lade Sie alle ein, dabei mitzumachen. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

## Vizepräsidentin Heike Habermann:

Herzlichen Dank. – Kolleginnen und Kollegen, ich begrüße auf der Tribüne unseren ehemaligen Kollegen Norbert Herr.

(Allgemeiner Beifall)

Nächster Redner ist Staatsminister Grüttner.

# Stefan Grüttner, Minister für Soziales und Integration:

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der von der Fraktion DIE LINKE vorgelegte Antrag bezieht sich auf das Erwerbsverhalten und die Rollenbilder der älteren Generationen. Er verkennt jedoch völlig die unterschiedlichen Lebenslagen und die unterschiedlichen Bedürfnisse der Menschen, die heute zwischen 60 und 100 Jahre alt sind; denn diese Menschen stellen eine äußerst heterogene Gruppe dar.

So konstatiert die derzeit wichtigste Langzeitstudie in diesem Bereich, der Deutsche Alterssurvey, mit dem regelmäßig die Lebenssituation von älteren Menschen untersucht wird, dass das Gros der älteren Generation so aktiv und so zufrieden wie nie zuvor sei. Im Übrigen fühlen sich über 90 % der Hessinnen und Hessen wohl in unserem Land, wie eine Umfrage gezeigt hat. Die Fragen dieser Umfrage haben auch die Angehörigen der älteren Generation beantwortet.

(Beifall bei der CDU – Marjana Schott (DIE LIN-KE): Die anderen sammeln Pfandflaschen! – Vizepräsidentin Ursula Hammann übernimmt den Vorsitz.)

So heißt es im Alterssurvey auch, dass sich das Bild über die Jahre grundlegend zum Positiven gewandelt hat. Deutlich zuversichtlicher als noch vor 20 Jahren schaut man auf das Alter. Die hierzu erhobenen Daten des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sind eindeutig. Viele Menschen erleben den Ruhestand in guter Gesundheit. Sobald sie aus dem Arbeitsleben ausgeschieden sind, möchten sie diese Lebensphase aktiv nutzen und sich persönlich weiterentwickeln, z. B. im bürgerschaftlichen Engagement oder durch Freizeitaktivitäten, zu denen sie jetzt erst Zeit finden. Das ist ein grundsätzlich positives Bild.

Trotz des Wandels, der sich abgezeichnet hat, dürfen wir nicht die Augen vor dem Schicksal der Menschen verschließen, die im Alter gegen ihren Willen weiterhin einer Erwerbstätigkeit nachgehen müssen, weil die Rente nicht reicht, und auch nicht vor dem Schicksal derjenigen, die aufgrund von Krankheit oder Pflegebedürftigkeit Hilfe und Unterstützung benötigen. Aber auch dann erfahren viele Menschen Unterstützung durch Familienangehörige – die erwachsenen Kinder vor allem –, und sie sind in einen Freundes- und Bekanntenkreis eingebunden. Vielerorts übernehmen bei älteren Menschen nachbarschaftliche Beziehungen wichtige Funktionen des sozialen Netzwerks.

Im Gegensatz dazu wird im Antrag der LINKEN das Bild einer einheitlichen, statischen Rentnergeneration konstruiert, die von zu geringen Renten, fehlender Absicherung und sozialer Ausgrenzung betroffen ist und dies auch in Zukunft sein wird. Im Antragstext wird darauf verwiesen, dass der Antrag im Wesentlichen dem GFMK-Beschluss dem Beschluss der der Gleichstellungs- und Frauenministerinnen - folge. Ich brauche an dieser Stelle nicht zu wiederholen, dass nicht nur in Teilen abgeschrieben worden ist und die falschen Schlussfolgerungen daraus gezogen wurden, sondern dass das schlicht und einfach auch verfälscht worden ist. Insofern haben nicht nur der Kollege Decker, Frau Erfurth und andere die richtige Brille – die Lesebrille – aufgesetzt. Wir können lesen und lassen uns, auch wenn es an dieser Stelle des Antrags versucht wird, nicht für dumm verkaufen.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich will an der Stelle auch nicht all das wiederholen, was zum großen Teil zutreffend dazu gesagt worden ist. Wir müssen sehr differenziert – das will ich schon sagen – auf die Situation von Rentnerinnen und Rentnern eingehen. Die Rentendaten allein erlauben überhaupt keinen Rückschluss auf den Wohlstand von Rentnerinnen und Rentnern im Alter oder die drohende Gefahr der Altersarmut, da weder der Haushaltskontext einbezogen wird noch die Hinterbliebenenleistungen und das Immobilienvermögen von Frauen und Männern berücksichtigt werden.

Seit 1996 ist der Anteil älterer Menschen – das betrifft vor allem diejenigen, die zwischen 70 und 85 Jahre alt sind – mit Wohneigentum kontinuierlich gestiegen. Wohnungseigentümer zu sein bedeutet, dass sich die Lebenshaltungskosten spürbar verringern, wenn die Schulden abgetragen wurden und keine Mieten mehr zu zahlen sind.

Insofern müssen wir – das ist richtig – den Blick auf die Jüngeren, sowohl Frauen als auch Männer, richten. Hier müssen wir die entsprechenden Hilfestellungen leisten. Wir müssen helfen, indem wir verschiedene Maßnahmen ergreifen. Diese nenne ich, weil auch die Vorredner schon darauf eingegangen sind, nur stichwortartig.

Zu nennen ist das bedarfsgerechte Betreuungsangebot zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Beitragsfreistellung sowie das Tempo und die Dynamik in Hessen bei dem enormen Ausbau von Betreuungsplätzen für unter Dreijährige, aber auch für über Dreijährige sind ebenfalls profunde Beispiele dafür.

Auch der Pakt für den Nachmittag ist ein wesentlicher Beitrag, und er ist besser als die Einrichtung einer Ganztagsschule – was immer wieder gefordert wird –, weil an dieser Stelle den unterschiedlichen Bedürfnissen von Familien Rechnung getragen wird.

Ich erinnere an das Netzwerk Wiedereinstieg. Dabei geht es um den beruflichen Wiedereinstieg von Frauen. Wir fördern dieses Netzwerk.

Wir haben die Initiative "Beruf und Pflege vereinbaren – die hessische Initiative" ins Leben gerufen: 174 Unternehmen und Organisationen mit über 322.000 Beschäftigten hessenweit sind sozusagen zu einer pflegesensiblen Personalpolitik bereit.

Wir haben das Konzept Fachkräftesicherung. Dabei hält die Landesregierung eine Reihe von Konzepten für flexible Arbeitszeiten, für das Führen in Teilzeit und für die Sicherung der Fachkräfteversorgung von Unternehmen vor.

Wir haben das sehr erfolgreiche Landesprogramm "Betriebliche Ausbildung Alleinerziehender".

Wir haben die Initiative "Berufsabschluss in Teilzeit – TAff in Hessen: Teilzeit-Ausbildung finden und fördern".

Wir sind mit sehr unterschiedlichen Partnern auf der kommunalen Ebene breit aufgestellt: mit Kammern, mit Berufsverbänden, mit den Kommunalen Spitzenverbänden und der Regionaldirektion Hessen. Insofern sind wir an dieser Stelle ausgesprochen weit.

Einen Satz noch, weil das immer wieder kommt: Wir haben im Hessischen Lohnatlas bewusst die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse miteinander verglichen. Wenn wir nämlich die Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse einbezogen hätten, wäre wegen der nach wie vor sehr unterschiedlichen Teilzeitbeschäftigungsquote von Männern und Frauen ein verfälschtes Ergebnis zu erwarten gewesen. Hier haben wir ein klares Ergebnis. Mit den Sozialpartnern finden schon sehr intensive Gespräche darüber statt, wie das Lohngefälle beseitigt werden kann.

Insgesamt kann man, wenn man sich anschaut, was sich in dem Antrag der LINKEN widerspiegelt, und wenn man sich anhört, was gesagt wird, an vielen Stellen Unkenntnis oder Ignoranz feststellen. Das beginnt mit dem Ignorieren der von unserem Grundgesetz geschützten Tarifautonomie – wie man feststellt, wenn man die entsprechenden Forderungen liest – und setzt sich mit dem offenkundigen Ausblenden der Existenz des hessischen Tariftreuegesetzes fort, mit dem die Landesregierung dafür Sorge trägt, dass öffentliche Auftraggeber allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Löhne nach Gesetz und Tarifvertrag zahlen. An dieser Stelle sind wir vollkommen klar.

(Janine Wissler (DIE LINKE): 8,84 €! Das schützt super vor Altersarmut!)

Sie ignorieren völlig, dass wir heute in einer Welt leben, in der die Jahrgangskohorten viel stärker ausdifferenziert sind. Die Vielfältigkeit der Lebensverhältnisse, der Bedürfnisse, der Interessen und der Aktivitäten muss Berücksichtigung finden. Die Politik muss flexibel darauf reagieren. Diese Herausforderungen haben wir in Hessen angenommen.

Der Antrag, über den wir heute diskutieren, ist hingegen durch eine einseitige und statische Sichtweise des Alleüber-einen-Kamm-Scherens geprägt. Er verkennt die bestehenden Möglichkeiten für eine Entwicklung von Potenzialen und Kompetenzen im Alter und spricht damit den betroffenen Menschen eine selbst- und mitverantwortliche Lebensgestaltung ab – typisch links also.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Grüttner. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind damit am Ende der Debatte.

Der Antrag Drucks. 19/5174 und der Antrag Drucks. 19/6107 werden an den Sozial- und Integrationspolitischen Ausschuss überwiesen.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für ein Zweites Gesetz zur Änderung dienstrechtlicher Vorschriften (2. DRÄndG) – Drucks. 19/6076 –

Herr Kollege Heinz von der CDU-Fraktion bringt den Gesetzentwurf ein. Die vereinbarte Redezeit beträgt siebeneinhalb Minuten pro Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

#### **Christian Heinz (CDU):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die vereinbarte Redezeit werde ich nicht ausschöpfen. Gleichwohl ist das ein Gesetzentwurf, der ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Weg zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und zur Gewährleistung der Pflege von nahen Angehörigen ist.

Ich darf darauf verweisen, dass die Situation für die Beamtinnen und Beamten in Hessen schon jetzt ausgesprochen günstig ist. Wir haben in dieser Wahlperiode zu weiteren Verbesserungen beigetragen. Ich darf daran erinnern,

schon jetzt ist die Beurlaubung zur Pflege von eigenen Kindern für die Zeitdauer von bis zu 14 Jahren möglich. Die unterhälftige Teilzeit haben wir im Beamtenrecht erstmals über einen Zeitraum von 17 Jahren ermöglicht, d. h. eine Teilzeitbeschäftigung von weniger als der Hälfte der üblichen Pflichtstundenzahl der Beamtinnen und Beamten.

Jetzt wollen wir dem Rechnung tragen, dass der Bundesgesetzgeber für die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten weitere Regelungen geschaffen hat, insbesondere für Fälle, in denen unvorhergesehene Ausfall- und Pflegezeiten entstehen. Gerade für die sogenannte "Sandwichgeneration" ist es denkbar, dass eine Beamtin oder ein Beamter über einen langen Zeitraum eines oder mehrere Kinder großgezogen hat, dafür länger aus dem Dienst ausgeschieden und wieder zurückgekehrt ist, und dass dann beispielsweise die eigenen Eltern plötzlich und unerwartet, wie das im Alltag eben häufig passiert, pflegebedürftig geworden sind, er oder sie sein Lebenskontingent für Pflege und Betreuung von Angehörigen aber schon aufgebraucht hat. Mit dem nun vorliegenden Gesetzentwurf werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass bei berechtigtem Interesse über den bisher möglichen Zeitraum hinaus die Möglichkeit besteht, für einen gewissen Zeitraum für nahe Angehörige, im Regelfall sind es die eigenen Kinder oder Eltern, da zu sein.

Darüber hinaus gibt es bei der Geburt von Kindern durch den Bundesgesetzgeber die eine oder andere Leistung, allen voran das Elterngeld, das ein großer Wurf war, um das erste Jahr, die ersten 14 Monate oder gar den doppelten Zeitraum, wenn man es splittet, abzudecken. Damit dieser Ausstieg etwas abgefedert wird, werden die Möglichkeiten der Vorauszahlung des sogenannten "Vorschusses bei Pflege" erleichtert und verbessert, sodass die Beamtinnen und Beamten nicht direkt von 100 auf null oder von Teilzeit auf null fallen.

Wir halten das für eine ganz wichtige Maßnahme, weil sie insbesondere denen hilft, die zwischen den Generationen stehen, die zum einen eigene Kinder haben, für die sie noch Verantwortung tragen oder lange Verantwortung getragen haben, und zum anderen für die eigenen Eltern da sein müssen. Das trifft sehr viele irgendwo in dem Lebensabschnitt zwischen Anfang 40 und Mitte 50, wo verschiedene Verpflichtungen zusammenfallen. Man spricht nicht nur von der "Sandwichgeneration", sondern auch von der "Rushhour des Lebens", wo alles gleichzeitig bewältigt werden muss. Ich glaube - wir können uns dies im Ausschuss noch einmal näher anschauen -, dieser Gesetzentwurf ist ein guter Schritt, um dem Rechnung zu tragen. Er beweist einmal mehr, dass Beamtinnen und Beamte sehr gute Möglichkeiten haben, auf diese Lebenssituationen einzugehen. Es ist auch ein weiterer Schritt zur Erhöhung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes in Hessen.

Wir haben in den Gesetzentwurf eine weitere wichtige Maßnahme hineingepackt; denn es ist in den Wahlkreisen weit bekannt, dass Führungspositionen an Schulen immer schwerer besetzt werden können. Nach der Hebung der Grundschulrektorenstellen, womit wir in der Vergangenheit schon einen wichtigen Schritt gegangen sind, wollen wir jetzt durch eine Hebung der Stellen von Grundschulkonrektorinnen und -rektoren – zumindest nach meiner Anschauung von zu Hause dürften es mehrheitlich Konrektorinnen sein – dazu beitragen, dass diese Planstellen attraktiver werden und noch mehr junge Pädagoginnen und Pädagogen ermutigt werden, diesen Aufstieg in Führungs-

positionen zu gehen und sich zu bewerben, wenn entsprechende Planstellen frei sind. Man erfährt von unseren Lehrerinnen und Lehrern immer wieder, dass der Gehaltsabstand der Führungsstellen im Vergleich zu der Tätigkeit des "normalen" Lehrers zu schmal ist, sodass der eine oder andere sagt: Diesen Mehraufwand möchte ich mir im Vergleich dazu nicht antun. – Dieser Schritt trägt dazu bei, dass diese Leitungsaufgabe besser vergütet wird. Aus unserer Sicht ist das ein ganz richtiger und wichtiger Schritt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich schon mit dem Dienstrecht beschäftigt, kann man auch die Gelegenheit nutzen, das eine oder andere noch glattzuziehen. Das geschieht in diesem Gesetzentwurf ebenfalls. Das Schriftformerfordernis wird in Teilen gelockert. Die E-Mail kann breiter eingesetzt werden; damit tragen wir letztlich nur dem Alltagsleben Rechnung. In vielen Betrieben und im privaten Leben gilt schon, dass vieles nicht mehr auf Papier verschriftlicht wird, sondern im elektronischen Austausch geschieht.

Auch im Kommunalrecht erfolgt zur Sicherheit noch eine Klarstellung. Es ist auch in der Begründung recht breit beschrieben, für welche Fälle es alles gelten könnte. Wenn Beigeordnete ausscheiden, dann hat man einmal das politische Mandat, aber man hat auch die Beschäftigung als Ehrenbeamter. Dort erfolgt nunmehr eine Klarstellung, dass mit dem Ausscheiden auch das Ehrenbeamtenverhältnis endet. Für den Fall, dass es vielleicht irgendwann zu einem abschließenden NPD-Verbot kommt, ist diese Konstellation vorausschauend mit geregelt, damit für den Fall des Parteiverbots kein eigener Akt der Entlassung mehr aus dem Ehrenbeamtenverhältnis erfolgen muss. Zu diesen eher kleinen Regelungen hätte man sicherlich keinen eigenen Gesetzentwurf angepackt, aber wenn das Dienstrecht schon als Ganzes aufgemacht wird, kann man es hier gleich mit regeln.

Ich denke, es ist alles in allem ein guter Gesetzentwurf, insbesondere was die Pflege von Angehörigen und die Grundschulkonrektoren anbelangt. Es nützt den Betroffenen in ganz erheblichem Maße. Es hilft denjenigen monetär, die in unseren Schulen Führungsaufgaben übernehmen; zum anderen hilft es denjenigen, die in einer besonderen Lebenslage besonders gefordert sind, die Planbarkeit des Familienlebens weiterhin zu verbessern und sich derer, die einem besonders wichtig sind, nämlich der eigenen Kinder, oder oft sind es die eigenen Eltern, für einen gewissen Zeitraum in besonderem Maße anzunehmen. Das wollen wir ermöglichen. Dazu trägt dieser Gesetzentwurf bei. Ich würde mich freuen, wenn er nach der Ausschussberatung durch unseren Beschluss in zweiter oder gegebenenfalls dritter Lesung auch Gesetzeskraft erlangen würde und wir einen weiteren Schritt gehen, damit Beamtinnen und Beamte in Hessen einen familienfreundlichen Arbeitsplatz vorfinden. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Heinz. – Die nächste Wortmeldung kommt vom Kollegen Rudolph von der SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

## Günter Rudolph (SPD):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde die Redezeit in der Tat, wie versprochen, nicht ganz ausschöpfen. Ich halte, was ich verspreche.

(Heiterkeit bei der SPD)

Zum 01.01.2015 sind im Familienpflegezeitgesetz und im Pflegezeitgesetz für die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten zahlreiche Änderungen in Kraft getreten. Schon damals hat die Diskussion darüber stattgefunden, dies auch auf den Bereich der Beamtinnen und Beamten zu übertragen. Das war das Jahr 2015. Wir schreiben heute den 28. Februar 2018. Herr Kollege Heinz, dass das jetzt ein eher schneller Prozess in Hessen war, haben Sie nicht behauptet. Das wäre in der Tat eher ein dreister Versuch gewesen. Es ist übrigens, wie üblich, ein Fraktionsgesetzentwurf, weil es die Regierung mit den Fristen wieder nicht hinbekommen hat. Die Legislaturperiode neigt sich irgendwann ihrem Ende zu, und wenn es nur eine halbwegs vernünftige parlamentarische Beratung geben soll, dann muss das so passieren.

Nein, es wäre natürlich schon der Job des Innenministers gewesen, einen solchen Gesetzentwurf vorzulegen, zumal es diese gesetzlichen Regelungen bereits in vielen Bundesländern gibt. In Nordrhein-Westfalen, Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Saarland, Baden-Württemberg, Thüringen, Niedersachsen und Sachsen-Anhalt gibt es diese gesetzlichen Regelungen für Beamte schon. Deswegen ist Hessen an dieser Stelle hinten. Deswegen wird es Zeit, dass wir die gesetzlichen Dinge normieren, wenn es um die Familienpflegezeit oder die Pflegezeit mit Vorschuss geht.

Wir werden uns in der Anhörung dazu zu positionieren haben, beispielsweise zur Frage: Wie bewerten wir etwa die Unterschiedlichkeit der Freistellungsmöglichkeiten für Beamte und Richter? – Richter sind von der Arbeitszeit in dem Sinne unabhängig. Das wird unterschiedlich bewertet. Das müssen wir uns in Ruhe anschauen, weil das Argument der Funktionsfähigkeit der Gerichte natürlich eines ist, das wir ernst nehmen müssen.

Insoweit ist das, was hier drinsteht, notwendig, weil natürlich die Pflege von Angehörigen in der Familie, aber auch die Pflege von älteren Familienangehörigen überhaupt in Zukunft weiter zunehmen wird. Das ist eine ernste Aufgabe, gerade wenn sich Familienangehörige darum kümmern. Das ist für die Beschäftigten zeitintensiv; das ist am Ende sehr anstrengend. Aber es ist natürlich auch ein Gebot, eine Frage der Menschlichkeit und der Verantwortung, die man hat. Deswegen muss, was bisher möglich war, auch für die Beamtinnen und Beamten gelten; denn der Anspruch auf Befreiung geht deutlich über die bisher bestehenden gesetzlichen Regelungen hinaus. Dass man das finanziell erleichtert, dass man das später zurückbezahlen kann bzw. dass das mit Bezügen verrechnet wird, erleichtert es dem einen oder anderen. Es bleibt trotzdem eine große Herausforderung für jeden, der sich um Familienangehörige, die zu betreuen sind, kümmern muss.

Meine Damen und Herren, Sie haben dann als Fraktion – respektive das Innenministerium; denn wenn wir ehrlich sind, kann man das schon unterstellen – all das, was gerade einmal anliegt, mit in den Gesetzentwurf gepackt: die HGO-Änderung, wenn es um Ehrenbeamte geht, und die Schriftform.

Dann haben Sie noch einen für das Innenministerium eher sachfremden Bereich, nämlich die Funktionsstellen für Konrektoren anzuheben, hineingeschrieben.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch gut!)

Meine Damen und Herren, der Kultusminister hat es mittlerweile zur Kenntnis genommen, es fehlen auch Grundschullehrer. Das hat nicht nur, aber das hat auch etwas mit der Besoldung zu tun.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Der weiß es doch gar nicht!)

Deswegen müssen wir generell über die Besoldung von Grundschullehrern reden, nicht nur über Führungsfunktionen, sondern auch über diejenigen, die darunter arbeiten. Grundschullehrer gehören auch anders besoldet als nach A 12, meine Damen und Herren – um das an der Stelle noch einmal sehr klar und deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN)

Wenn Sie im Besoldungsrecht schon etwas ändern, dann hätten Sie es auch mit angehen können. Wenn Sie fragen, wie das finanziert wird, dann kann ich Ihnen nur antworten: Es sind die gleichen Steuereinnahmen, die Sie für die Finanzierung Ihrer Aufgaben zur Verfügung haben. Herr Bauer, so einfach ist manchmal die Welt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ja, es wurde notwendig, dass wir auch für die Beamtinnen und Beamten alle rechtlichen Voraussetzungen schaffen, die die bundesrechtliche Regelung ermöglicht. Der Bund hat es seinen Beamten bereits 2016 ermöglicht, also zwei Jahre zuvor. Deswegen ist das keine Ruhmestat. Wir werden dazu im Innenausschuss eine Anhörung durchführen, um uns auch die Stellungnahmen der Fachverbände einzuholen. Das wäre in einem geordneten Verfahren, wenn es über das Ministerium gelaufen wäre, einfacher gewesen. Dann hätte man schon die regierungsinterne Anhörung mit den Stellungnahmen gehabt.

Wenn wir das bis zum Ende der Wahlperiode noch halbwegs schaffen wollen, dann wird es Zeit. Sie haben viel Zeit verstreichen lassen. Jetzt geht es darum, für Menschen, die andere Menschen betreuen und pflegen müssen, die Rahmenbedingungen zu schaffen. Deswegen wird es dazu die Beratungen geben, und wir werden am Schluss entscheiden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Rudolph. – Als nächster Redner spricht nun Herr Kollege Schaus von der Fraktion DIE LINKE. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

## **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Erneut legen uns die Fraktionen von CDU und GRÜNEN in der Dienstrechtsfrage, im Beamtenrecht einen Fraktionsgesetzentwurf vor, der zweifelsohne – wie könnte es anders sein? – aus dem Hause des Innenministers stammt.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Erneut werden damit die im Gesetz vorgeschriebenen Anhörungsrechte der Gewerkschaften bewusst umgangen. Dabei besteht keine Zeitnot. Oder worin besteht der Zeitdruck, außer im Hinblick auf den Wahltermin am 28.10.?

Herr Kollege Rudolph hat schon darauf hingewiesen, Sie hätten die wesentlichen Regelungen bereits früher einführen können; denn die gesetzlichen Bestimmungen – das schreiben Sie selbst in Ihrem Gesetzentwurf – sind seit 2015 in Kraft.

Wir begrüßen ausdrücklich die Anpassung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Pflegefällen bei Beamten, so, wie sie jetzt im Gesetz vorgesehen ist. Es findet auch unsere Zustimmung, dass Sie im Gesetz eine entsprechende Vorschussregelung bei Teilzeitbeschäftigten vorsehen und dass es eine verstärkte Ausweitung von Teilzeitarbeitsplätzen gibt.

Wir sehen durchaus auch erste zarte Schritte – so will ich das einmal nennen – bei der Verbesserung der Besoldung von Lehrerinnen und Lehrern an Grundschulen. Ob das allerdings ausreicht, werden wir in der Anhörung mit den Gewerkschaften besprechen müssen. Soweit ich das jetzt beurteilen kann – der Gesetzentwurf ist ja spitz auf knapp erst wenige Minuten vor Antragsschluss eingegangen –, ist es wohl so, dass nur Leitungsfunktionen, also Konrektorinnen, betroffen sind. Anders wäre diese relativ geringe Summe von 1,9 Millionen €, die das ausmacht, nicht zu verstehen. Allerdings bleibt es unklar, ob diese Summe für den Doppelhaushalt gilt oder ob es die jährliche Summe ist.

Immerhin ist es ein Ansatz, die gestiegenen Schülerzahlen als Voraussetzung für eine höhere Besoldung zu betrachten. Die Diskussion wird auf jeden Fall weitergehen. Wir unterstützen auf jeden Fall die Forderung, die die Gewerkschaften, insbesondere die GEW, seit Langem verfolgen: A 13 für alle Lehrerinnen und Lehrer an Grundschulen. – Das ist im Gesetzentwurf nicht vorgesehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Eine Regelung hat mich erstaunt, die Sie, Herr Heinz, meines Wissens gar nicht angesprochen haben. Das ist nämlich die eher unscheinbare Änderung des Disziplinargesetzes in Verbindung mit der Hessischen Arbeitszeitordnung. Sie schreiben im Gesetzestext:

Für den Zeitraum einer vorläufigen Dienstenthebung nach § 43 Abs. 1 des Hessischen Disziplinargesetzes vom 21. Juli 2006 ... erfolgt keine Zeitgutschrift für das Lebensarbeitszeitkonto.

In Ihrer Begründung schreiben Sie:

Bei einer vorläufigen Dienstenthebung nach Disziplinarrecht steht gegenüber der oder dem Betroffenen ein schwerwiegender Vorwurf im Raum. Dieser hat nach Abwägung der Umstände im Einzelfall dazu geführt, dass ein Verbleiben der Beamtin oder des Beamten im Dienst bis zum Abschluss des Disziplinarverfahrens dem Dienstherrn nicht zuzumuten ist.

Nur, dass wir wissen, worum es geht. – Nun habe ich recherchiert und festgestellt, dass dieses Arbeitszeitkonto am 01.01.2007 eingeführt wurde, also vor mehr als elf Jahren. Ist das jetzt so zu interpretieren, dass seit diesem Zeitpunkt diejenigen, die bezahlt Urlaub machen, z. B. suspendiert sind, auch noch eine Zeitgutschrift von im Regelfall zwei

Stunden pro Woche auf ihr Lebensarbeitszeitkonto erhalten haben und erhalten?

(Günter Rudolph (SPD): So würde ich das auch interpretieren, sonst würde es keinen Sinn machen!)

Meine Damen und Herren, wenn ich in diesem Zusammenhang daran denke, dass auch ein Andreas Temme zu diesem Zeitpunkt noch suspendiert war und dann möglicherweise pro Woche zwei Stunden Zeitgutschrift erhalten hat, dann könnte ich – erlauben Sie mir das bitte – nur noch die Krätze kriegen.

Das gilt es zu klären. Wann wurde diese Regelung in Kraft gesetzt? Warum hat sie in diesen Fällen so lange bestanden? – Sie schreiben richtigerweise, dass es nicht sein kann, wenn ein so schweres Dienstvergehen vorliegt, dass die Beamten neben ihrer Freistellung auch noch mit Zeitgutschriften auf Lebensarbeitszeitkonten belohnt werden.

Herr Minister, dazu hätten wir gerne Antworten von Ihnen. Wir werden das in der Anhörung vertiefen. Auf jeden Fall haben wir viel zu diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

## Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Schaus. – Als nächster Redner spricht nun Kollege Dr. Blechschmidt von der FDP-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

#### Dr. Frank Blechschmidt (FDP):

Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren Kollegen! Vorab, auch ich habe den parlamentarischen Geschäftsführer gefragt, ob wir 7,5 Minuten brauchen. Ich versuche, mich auch daran zu halten, bei aller Fachlichkeit, die im Dienstrecht liegt, interessant ist und Nuancen aufweist.

Jetzt haben einige Vorredner, insbesondere von der SPD, schon das vorweggenommen, was andere Bundesländer gemacht haben. Ich habe mir z. B. Baden-Württemberg angesehen. Dort gibt es einen Kabinettsbeschluss vom Sommer 2017; eine ordentliche Anhörung wurde vorher durchgeführt. Ich sage ganz pragmatisch: Ich bin froh, dass wir jetzt den Gesetzentwurf vorliegen haben, weil er überfällig war. Es ist auch gut, dass wir noch eine Anhörung haben werden, weil das eine oder andere durchaus zu hinterfragen ist.

Herr Schaus, vielleicht ist auch der Gesichtspunkt, den Sie angesprochen haben, zu diskutieren. Allerdings unterscheide ich rechtlich zwischen einer Suspendierung und einem Urlaub. Das kann man nicht allein am Namen Temme festmachen. Die Suspendierung ist meiner Ansicht nach rechtlich etwas anderes als ein Urlaub. Da muss man vielleicht auch noch einmal den richtigen Zungenschlag hineinbringen, ungeachtet der Problematik Temme als Person. Das wird wahrscheinlich im Ausschuss noch zu beraten sein; abgesehen von dem, was Herr Heinz eingebracht hat und was wichtig ist.

(Beifall bei der FDP – Zuruf des Abg. Hermann Schaus (DIE LINKE))

Vielleicht muss man dabei auch im Hinterkopf haben, was rechtstaatlich ist und was für den Einzelnen eine Suspendierung vielleicht bedeutet, und dass nicht jede Suspendierung eine Verurteilung ist. Aber darüber können wir uns auch im Ausschuss unterhalten. Im Fokus soll heute stehen, dass der öffentliche Dienst attraktiver wird, dass Familie und Pflege ganz wichtig sind und unser aller Unterstützung erfahren.

Ich möchte den Einstieg etwas anders wählen. Ich habe recherchiert: Im Zuge dessen, was seit 2015 diskutiert und gemacht wurde, gibt es auch bei Forsa und im "Spiegel" eine schöne Berichterstattung, der zufolge der öffentliche Dienst im letzten Jahr zum letzten Mal die Automobilindustrie bei der Berufswahl überholt hat und insbesondere die Wahl von Polizei und Bundeswehr vorrangig vor Automobilherstellern wie BMW und Porsche, oder Microsoft oder Lufthansa erfolgt. Da halte ich es für ein gutes Zeichen, wenn man jetzt den öffentlichen Dienst noch attraktiver gestaltet.

Ich möchte den Zungenschlag durchaus auch noch einmal auf die Pflege legen, aber auch auf die Familie. Dass man den öffentlichen Dienst attraktiver gestaltet, ist das, was wir wohl alle in der letzten Legislaturperiode mit den Gewerkschaften und mit den Vertretern der Beamten diskutiert haben. Es ist jetzt etwas besser abgefedert, sodass die Berufswahl im öffentlichen Dienst noch attraktiver als bisher gestaltet wird.

Wenn ich zum Gesetzentwurf komme - Herr Kollege Heinz hat es en détail sehr gut dargelegt, es wird ein Redaktionsfehler aus dem Jahr 2015 korrigiert, aber das nur nebenbei –, sind darin in der Tat Gesichtspunkte enthalten, die wir im Ausschuss zu besprechen haben. Wir als FDP – ich habe es schon erwähnt und wiederhole es – beurteilen es als gut, dass die Rahmenbedingungen der Beamten, im Übrigen auch der Richter – auch hierüber muss im Ausschuss noch einmal geredet werden -, entsprechend attraktiver gestaltet werden sollen und Familie und Pflege die Wertigkeit bekommen, die sie bekommen sollen. Es wäre zudem interessant, sich im Ausschuss den hier eingeschlagenen hessischen Weg im Vergleich zu den anderen Ländern und zum Bund anzuschauen. Ich glaube, dass wir als Hessen gut vorangehen und den öffentlichen Dienst insgesamt, gemessen an dem, was wir uns bei anderen angeschaut haben, was dort nicht so gut gemacht wurde, attraktiver gestalten.

Insgesamt sollte heute im Fokus stehen – bei all den kleinen Nuancen, die Sie angeführt haben und die ich auch repliziert habe, Herr Schaus –, dass wir mit diesem Gesetz ein riesiges Ausrufezeichen setzen, indem der öffentliche Dienst noch attraktiver gestaltet wird als ohnehin schon während der letzten Jahre. Er bietet einen riesigen Einsatz für junge Menschen, aber auch für die Beamten, im Gegensatz zu den Privaten. So können entsprechende Kandidaten gefunden werden, indem der öffentliche Dienst mit gutem Blick vorausgeht und zukunftsträchtig weiterhin seine Berechtigung hat. – Ich danke für die Aufmerksamkeit und glaube, mich an die Redezeit gehalten zu haben.

(Beifall bei der FDP)

## Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Danke, Herr Kollege Dr. Blechschmidt. – Als nächster Redner spricht Kollege Frömmrich von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

## Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es gut, dass wir uns in den Grundzügen der Bewertung dessen, was wir hier als Gesetzentwurf vorgelegt haben, einig sind. Die Zielrichtung dieses Gesetzentwurfs ist in der Tat, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf noch weiter zu verbessern. Wir haben hier viele rechtliche Grundlagen, gerade auch im Beamtenrecht, die durchaus sehr attraktiv sind. Das wird hier nochmals gestärkt, und die Attraktivität des öffentlichen Dienstes – Herr Kollege Blechschmidt hat es gerade angesprochen – steht für uns natürlich auch im Vordergrund.

Wir werden an vielen Punkten das, was wir heute schon als öffentlicher Dienst an Vorteilen haben, ausbauen. Wir werden in den Bereichen Familie und Beruf oder Familie und Pflege die Möglichkeiten nutzen, die wir haben. Wir tun das heute schon mit Freistellungen und anderen Maßnahmen. Das wird auch dem gerecht, was mittlerweile von jungen Menschen, die ins Erwerbsleben einsteigen, gewünscht wird.

Wenn wir heute mit jungen Menschen reden, dann sind die Lebensentwürfe und auch die Berufsaussichten bzw. die Vorstellungen, was sie in ihrem Beruf erreichen wollen, doch sehr unterschiedlich: Auf der einen Seite wollen sie attraktive Arbeitsplätze bzw. einen attraktiven Arbeitgeber, aber sie wollen es auch in einer gewissen Phase so organisiert haben, dass man Familie und Beruf gut miteinander vereinbaren kann. Diese Frage – Frau Kollegin Erfurth hat es vorhin angesprochen – betrifft heute nicht nur Frauen, sondern auch Männer, insbesondere auch mit Blick auf die Frage, wie man die Elternzeit aufteilt und wie man mit denen umgeht, die sich der wichtigen Aufgabe der Pflege ihrer Angehörigen stellen. Dafür schaffen wir mit dem, was wir hier als Gesetzentwurf vorgelegt haben, eine attraktive Rechtsgrundlage.

Ich glaube, dass die Einführung eines Rechtsanspruchs auf Freistellung etwas ist, was sich durchaus sehen lassen kann, und dass wir mit der Abfederung der Einkommensverluste über den Vorschuss, den wir hier gewähren, auch eine Möglichkeit gerade für diejenigen schaffen, die im öffentlichen Dienst in den Gehaltsgruppen arbeiten, die eben nicht A 13 sind. Wir sollten uns vielleicht immer mal wieder kurz daran erinnern, dass im öffentlichen Dienst nicht alle Beamtinnen und Beamten in A 13 eingruppiert sind, sondern dass es auch eine ganze Menge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im mittleren Dienst gibt. Gerade für die ist es wichtig, wenn sie sich für eine Reduzierung der Arbeitszeit entscheiden - aus Gründen der Familienplanung, wegen der Erziehung oder der Pflege -, dass man ihnen die Möglichkeit gibt, ihre Einkommensverluste, die sie haben, auf der Zeitschiene zu strecken. Das finde ich eine gute Idee, die den öffentlichen Dienst attraktiver macht.

Ein zweiter Punkt, den ich erwähnen möchte, betrifft die Attraktivität von Leitungsfunktionen, gerade auch im Grundschulbereich. Wir erleben es immer wieder, dass die Besetzung von Konrektoren- und Rektorenstellen schwieriger geworden ist. Das ist eine anspruchsvolle Tätigkeit, die Organisationstalent wie auch Engagement verlangt. Da schaffen wir die Möglichkeit, über eine bessere Besoldung dieses Feld attraktiver zu gestalten.

Ebenfalls wurde angesprochen – natürlich ist es so, wenn man über Gesetzesänderungen redet und gerade so ein Gesetz wie das Dienstrecht anfasst –, dass man schaut, was es

an Dingen gibt, die aufgrund von Änderungen während der vergangenen Jahre nachgesteuert werden müssen. Auch das ist im Gesetzentwurf hinterlegt. Daher glaube ich, wir können uns auf die Anhörung freuen und die Details dort diskutieren. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

## Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Kollege Frömmrich. – Für die Landesregierung spricht nun Staatsminister Beuth. Bitte sehr, Sie haben das Wort.

#### Peter Beuth, Minister des Innern und für Sport:

Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte den letzten Satz aufgreifen: Auch ich freue mich darauf, wenn wir in der Anhörung noch einmal die Details dieses Gesetzentwurfs miteinander besprechen.

Den Schwerpunkt des Gesetzentwurfs bildet zweifellos die Einführung von Rechtsansprüchen für Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter auf Pflegezeit und Familienpflegezeit, wie sie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bereits gelten.

Zwar war es nach den bestehenden Teilzeit- und Beurlaubungsmöglichkeiten schon bisher möglich, Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter zur Pflege von Angehörigen vom Dienst ganz oder teilweise freizustellen. Zusätzlich werden nun Rechtsansprüche auf Freistellungen eingeführt, und zwar in dem Umfang, wie sie für Arbeitnehmer nach dem Pflegezeitgesetz und dem Familienpflegezeitgesetz bestehen. Diese Freistellungen werden ferner mit einem Vorschuss verbunden, wie hier bereits erörtert wurde. Ich finde, das ist eine familienfreundliche Abbildung der heutigen Wirklichkeit im Bereich Pflege und Familienpflege.

Meine Damen und Herren, der öffentliche Dienst wird mit diesem Gesetz auch in diesem Bereich der Pflegezeit und Familienpflegezeit wieder ein Stückchen attraktiver. Das ist sozusagen mit ein Inhalt des Gesetzes, dass wir uns natürlich für die Zukunft auch darauf einstellen müssen, ausreichend und qualifiziertes Personal für unsere Verwaltung zu finden. Da ist die Frage der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf eben ein entscheidender Punkt, auch in späteren Lebensphasen. Insofern ist es ein wichtiger Gesetzentwurf, der Ihnen heute vorliegt.

Darüber hinaus gibt es ein paar Punkte, die hier schon angesprochen worden sind, die ich noch einmal anreißen möchte. Die Förderung der elektronischen Verwaltung haben wir im Hessischen Beamtengesetz neu geregelt, um dort die elektronischen Mitteilungen, die E-Mail, in bestimmten Bereichen, in denen nicht ausdrücklich eine Schriftform zur Beweis- und zur Warnfunktion vorgeschrieben ist, für den Rechtsverkehr zuzulassen.

Zudem haben wir im Schulbereich die attraktivere Gestaltung der Konrektorenstellen und im Disziplinarrecht eine Änderung vorgeschlagen. Diese Neuregelung gilt für Eintragungen in der Personalakte über Disziplinarvorgänge. Bisher ist ein umfassendes Tilgungsgebot vorgesehen, Herr Kollege Schaus. Bisher gibt es keine ausdrückliche Möglichkeit, Abwesenheitszeiten aufgrund vorläufiger Dienstenthebung dauerhaft rechtssicher zu dokumentieren.

Das ist sozusagen der Gegenstand. Da diese Dokumentation aber gerade wichtig ist für weitere dienstrechtliche Entscheidungen wie z. B. zur Berechnung von Dienstzeiten für besondere Altersgrenzen, ist es richtig, dass wir hier eine vernünftige und ordentliche Rechtsgrundlage schaffen.

Meine Damen und Herren, es ist ein Gesetzentwurf, der vielfältige Änderungen enthält, aber gleichwohl seinen Schwerpunkt in der Pflegezeit und der Familienpflegezeit hat. Darauf möchte ich besonders hinweisen. In diesem Sinne freue ich mich, wie zu Beginn gesagt, auf die Beratungen in den Ausschüssen und hier im Plenum. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Herr Staatsminister Beuth. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir sind damit am Ende der ersten Lesung.

Zur Vorbereitung der zweiten Lesung überweisen wir den Gesetzentwurf federführend dem Innenausschuss und mitberatend dem Kulturpolitischen Ausschuss.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Große Anfrage der Fraktion der FDP betreffend Zukunft der Forstwirtschaft in Hessen – Drucks. 19/5137 zu Drucks. 19/4781 –

Als erste Rednerin hat sich Frau Kollegin Knell von der FDP-Fraktion zu Wort gemeldet. Frau Kollegin, Sie haben das Wort. Die vereinbarte Redezeit beträgt zehn Minuten. Bitte schön.

## Wiebke Knell (FDP):

Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Zunächst möchte ich mich für die Beantwortung der Großen Anfrage bedanken. Auch wenn wir in vielen Teilen der politischen Bewertung unterschiedlicher Auffassung sind, möchte ich festhalten, dass es uns allen am Ende darum geht, dass wir unsere Forstwirtschaft, die in der Tradition der Nachhaltigkeit steht, in eine gute Zukunft führen.

(Beifall bei der FDP)

Gerade weil unser Wald für uns alle eine so emotionale Sache ist, streiten wir hier besonders intensiv um den richtigen Weg, zumal die Herausforderungen, denen Hessen-Forst, Kommunalwaldbesitzer und Privatwaldbesitzer gegenüberstehen, erheblich sind.

Als Stichwort nenne ich hier das Kartellverfahren gegen Baden-Württemberg und die Frage, wie wir zukünftig unser Holz vermarkten können bzw. ob nicht auch die weiteren Dienstleistungen von Hessen-Forst gegen das Kartellrecht verstoßen.

Zur Erläuterung für diejenigen, die sich bislang vielleicht weniger intensiv mit dem Thema beschäftigt haben: Das Bundeskartellamt hat dem Land Baden-Württemberg untersagt, mit seinen Forstdienstleistungen private Anbieter zu diskriminieren. Das Land muss nun kostendeckende Preise verlangen. Die Kartellbehörde hat dem Land jedoch in erster Linie untersagt, Holz aus kommunalen und privaten Forstbetrieben über 100 ha gebündelt mit dem Holz aus

dem Staatswald zu vermarkten. Verboten wurden dem Land auch die dem Holzverkauf zugeordneten Forstdienstleistungen von der Wirtschaftsplanung bis zum Auszeichnen der zu fällenden Bäume und dem Sortieren des geernteten Holzes sowie dem Erstellen von Verkaufslisten. Dieses Kartellverbot ist sehr weitreichend.

Hessen-Forst arbeitet sehr ähnlich wie die baden-württembergische Staatsforstverwaltung. Auch die Dienstleistungsangebote für private und kommunale Waldbesitzer sind vergleichbar. Bislang hat die Landesregierung nur die Holzvermarktung durch den kleinstmöglichen Eingriff zu ändern versucht. Nach einer endgültigen Entscheidung durch das oberste Gericht droht aber hier das endgültige Aus für das Einheitsforstamt. Statt nun in diesem Bereich eine Reform anzugehen, will man sich offenbar lieber treiben lassen. Davor warnen wir; denn das kann am Ende ein harter Knall werden, der auf uns zukommt.

# (Beifall bei der FDP)

Vorsorglich, aber angeblich wegen der Schuldenbremse, hebt man die Gebühren für die Beförsterung des Kommunalwaldes massiv an. Die Beförsterungskosten für die von Hessen-Forst betreuten Wald besitzenden Kommunen werden bis 2025 um 30 bis 50 % steigen und liegen dann etwa zwischen 48 und 72 € netto pro Hektar. Damit sinken die Einnahmen der Kommunen erheblich.

In der Antwort auf die Große Anfrage nennt die Landesregierung diese Anhebung "moderat". Wir finden, eine Steigerung von 30 bis 50 % bis 2025 ist sicherlich nicht moderat und vor allem nicht am Markt zu erwirtschaften. Kommunen müssen nach dem Waldgesetz mit ihrem Beförsterungsbeitrag Teile der Kosten für den forsttechnischen Dienst der Revierleiter tragen. Hier fordert das Land in Zukunft die vollen Kosten. Die Kosten des Forstamtes trägt weiterhin das Land. Also ist es immer noch eine subventionierte Dienstleistung. Es ist schwierig, zu beurteilen, ob die geforderten Beiträge angemessen sind. Die Frage ist eher, ob die Kosten wirklich nur durch die Serviceleistungen im Kommunalwald entstehen. Jedenfalls gibt es zu diesen Preisen sehr qualifizierte Dienstleistungsangebote auf dem Markt.

# (Beifall bei der FDP)

Die Folge ist bereits erkennbar, dass immer mehr Kommunen aus dem Einheitsforstamt aussteigen. Sie werden auch alle in der Beantwortung aufgezählt. Gleichwohl ist es noch keine nennenswerte Größe, sodass in einem möglichen Kartellverfahren der Anteil der Kommunen außerhalb des Einheitsforstamtes keinen Schutz bieten dürfte.

Es entsteht also ein fader Beigeschmack, wenn die anstehenden Herausforderungen so groß sind, aber diese Landesregierung sich lieber um ihr Lieblingsprojekt, die FSC-Zertifizierung, kümmert. Das haben wir bereits im letzten Plenum sehr deutlich gemacht: Die vollständige FSC-Zertifizierung des hessischen Staatsforstes ist nichts anderes als ein Geschenk der CDU an die GRÜNEN.

## (Beifall bei der FDP)

FSC ist ein grünes Symbolthema, und die CDU macht es mit. Herr Dr. Arnold ist heute nicht da. Er hat immer wieder gesagt, dass eine vollständige FSC-Zertifizierung des Staatsforsts keinen Sinn macht. Auch der Bundestagsabgeordnete der Union, Herr Brand, hat noch im Dezember auf einer Waldbesitzertagung im Kreis Fulda vor diesem übertriebenen Zertifizierungswahn gewarnt.

Egal, es bleibt dabei. Die grüne Seele muss gestreichelt werden, und dazu wird schon einmal ein x-beliebiger privatrechtlicher Verein zum Herrn unserer Staatswaldfläche gemacht, ohne dass es dafür einen ökologischen oder ökonomischen Nutzen gibt. 10 Millionen € hin oder her spielen keine Rolle. An Geld mangelt es der Landesregierung anscheinend nicht, und die Kommunalwald- und Privatwaldbesitzer werden mit bis zu 50 % höheren Gebühren geschröpft.

## (Beifall bei der FDP)

Ich möchte das Thema FSC nicht zu sehr breittreten. Wir haben im letzten Plenum klargemacht, dass diese Gutachtenaufschiebetaktik – neues Gutachten –, die Verluste für Hessen-Forst von 8 bis 10 Millionen € und die jährlichen Kosten nur für die Zertifizierung von 1,2 Millionen € gegen FSC sprechen.

Festhalten muss man dann noch, dass Sie aus Gründen der Koalition einen wirtschaftlichen Schaden für den hessischen Staatswald in Kauf nehmen. Das bestätigen Sie auch in der Antwort auf unsere Frage 50; denn dort heißt es:

Derzeit rechnet die Landesregierung nicht mit Mehreinnahmen für den Holzverkauf.

Diese Auswirkungen bleiben nicht auf Hessen-Forst beschränkt. Auch die Städte und Gemeinden, die bisher ihre Wälder von Hessen-Forst bewirtschaften ließen, sind betroffen – aber gut.

Ich möchte noch einen weiteren Aspekt beleuchten, das ist der Aspekt der Flächenstilllegungen. Sie haben als Ziel genannt: 5 % der Gesamtwaldfläche, 8 % im Staatswald. Das geht aber zulasten von Hessen-Forst, und das ist auch naturschutzfachlich fragwürdig. Es sprechen viele Dinge gegen die Flächenstilllegungen.

Durch Flächenstilllegungen gibt es nicht nur eine geringere Holzproduktion in Hessen, die wir dann durch Holzimporte aus Polen oder Russland ausgleichen müssen, was ökologisch totaler Quatsch ist, wenn wir das Holz hierher karren. Flächenstilllegungen sind nicht nur ökologisch Quatsch. Sie sind auch volkswirtschaftlich Quatsch; denn durch nachhaltige Forstwirtschaft entstehen Wirtschaftskraft und Arbeit, und das gerade im ländlichen Raum.

## (Beifall bei der FDP)

Flächenstilllegungen gefährden also Arbeitsplätze – bis zu 450 Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Wie das zu Ihrer Offensive für den ländlichen Raum von heute Morgen passt, mit der Sie angeblich Stellen im ländlichen Raum schaffen wollen, das erklären Sie dann bitte den Forstarbeitern.

## (Beifall bei der FDP)

Hinzu kommt, dass die eigenen Untersuchungen des Landes auf der Naturwaldparzelle am Weiherskopf im Forstamt Steinau ergeben haben, dass die Artenvielfalt auf bewirtschafteten Flächen viel höher ist als auf den stillgelegten Flächen. Das wird in der Beantwortung der Frage 38 auch zugegeben. Sie verzichten also auf einen natürlichen und  ${\rm CO}_2$  sparenden Rohstoff, verursachen immense Kosten, und am Ende verhalten sich die Tiere im Wald dann doch nicht so, wie die GRÜNEN es sich vorstellen. Das ist schon allerhand.

(Beifall bei der FDP)

Das alles wird gesteuert von einem privaten Verein, auf den wir ausweislich der hier vorliegenden Großen Anfrage noch nicht einmal Einfluss haben, weil weder Hessen-Forst noch die Landesregierung Mitglied dieses Vereins ist. Nur die Frau Staatssekretärin ist dort Mitglied, und vielleicht versteht man dann auch, warum man trotz ökologischer und ökonomischer Mängel so unbelehrbar an der FSC-Zertifizierung festhält.

## (Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, die FDP ist sich der Bedeutung des Waldes für Deutschland und für Hessen sehr bewusst. Wir finden, Schutz und verantwortlicher Nutzen des Lebensraums Wald sind gemeinsam möglich. Für uns ist der Wald eine wichtige Säule der ländlichen Räume, die nicht nur Natur und Erholung, sondern auch seit Generationen Beschäftigung bietet. Die Forstwirtschaft liefert mit Holz einen wichtigen CO<sub>2</sub>-neutralen Rohstoff, den wir in Zukunft noch stärker auch in der Bauwirtschaft zum Errichten von Gebäuden einsetzen wollen.

Wald und Holz aus Hessen haben Zukunft, aber nicht mit der romantischen Vorstellung à la Freilichtmuseum durch Stilllegung, sondern durch eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung. Wir wollen die regionale Wertschöpfung stärken und Investitionen in den Forst fördern. Die Landesregierung verfolgt mit FSC den gegenteiligen Weg, den wir so nicht mittragen wollen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Frau Kollegin Knell, danke. – Als nächster Redner spricht Herr Kollege Landau für die CDU-Fraktion. Herr Kollege, bitte schön, Sie haben das Wort.

## Dirk Landau (CDU):

Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich möchte mich zunächst einmal für die Große Anfrage, aber auch für die Beantwortung derselben bedanken. Schließlich zeigen die dargelegten Ergebnisse: Der Wald wird in Hessen gut und nachhaltig bewirtschaftet.

Das ist wichtig, weil der Wald bei uns viele Funktionen erfüllt. Er ist Natur, Erholungsraum für die Menschen, aber auch für die Tiere. Außerdem ist er Wirtschaftsraum. Ich bin von Herrn Kollegen Utter gebeten worden, auch noch die Grimms anzuführen. Ja, der Wald ist bei uns natürlich auch die Kulisse für viele Märchen der Brüder Grimm.

Mehr als 42 % der hessischen Landesfläche sind mit Wald bedeckt. Das ist bundesweit Rekord. Wir haben einen überwiegend gesunden und artenreichen Wald. Den wollen wir auch erhalten.

Wir sind uns bewusst, dass eine Nutzungskonkurrenz besteht. Wir streben immer wieder einvernehmliche Lösungen an. Wir setzen da immer wieder auf einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessengruppen. Wir setzen auf Vertragsnaturschutz im Wald und auf ausgewogene Betretungs- und Nutzungsregeln.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Sigrid Erfurth und Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Unserem Wald geht es gut, weil es hervorragend ausgebildete Mitarbeiter im Landesbetrieb gibt und weil man mit den privaten Besitzern auf guten rechtlichen Grundlagen arbeitet, wie dem Waldgesetz oder der Naturschutzleitlinie. Daneben können sie mit einem guten Förderangebot arbeiten. Das sind einige der Grundlagen, weshalb unser Wald so gut dasteht.

# (Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Eine ganz wesentliche Grundlage dafür, dass der Wald in Hessen flächendeckend gut gepflegt und nachhaltig bewirtschaftet wird, ist das Einheitsforstamt. Mir ist diese Feststellung wichtig. Es ist Garant einer stabilen landesweiten Forststruktur. Deshalb wollen wir an diesem Prinzip festhalten

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Sigrid Erfurth und Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Selbstverständlich steht es jedem Waldeigentümer frei, ob er von Hessen-Forst oder von einem Dritten betreut werden möchte. Oder er kann sich selbst um die Betreuung kümmern.

Bisher haben es viele durch Hessen-Forst machen lassen, weil der Landesbetrieb ein qualitativ hochwertiges und finanziell attraktives Angebot machen konnte. Aktuell greifen 97 % der hessischen Kommunen für ihre Wälder auf die Kompetenz von Hessen-Forst zurück. Von dort aus werden 86 % der Flächen des Körperschaftswaldes betreut. Ich denke, das sind Zahlen, die für sich sprechen.

Die Entscheidung des Gerichts zum Verfahren des Bundeskartellamtes gegen das Land Baden-Württemberg wurde schon angesprochen. Aber auch die kartellrechtliche Anfrage bei uns in Hessen legt die Axt an das Prinzip des Einheitsforstamtes. Auch wenn Teile der Entscheidung noch nicht rechtskräftig sind, werden wir uns darauf einstellen müssen, dass zumindest die Vermarktung der Holzerzeugnisse künftig anders geregelt werden muss, als es bisher gängige Praxis war.

Wir bedauern, dass die von Hessen angestoßene Änderung des Bundeswaldgesetzes hier nicht durchschlägt und die bewährten Strukturen nicht schützt. Wir hoffen, dass die Gerichte zumindest entscheiden, dass die vorgelagerten Leistungen, die ganz überwiegend dem Allgemeinwohl und dem Erhalt des Waldes dienen, weiterhin in bewährter Form aus einer Hand erbracht werden können.

Aber da gibt es neue Herausforderungen. Diese Herausforderungen haben die Anhebung der Beiträge zu den Beförsterungskosten erfordert. Dabei ist uns bewusst, dass höhere Kosten bei den privaten Waldbesitzern und den Kommunen nicht zu Begeisterung führen werden. Aber wir haben versucht, dieser Grundanforderung des Kartellamtes so schonend wie möglich gerecht zu werden. Es geht um die Herausforderung, mit der Schaffung neuer Strukturen die Holzerzeugung und -verarbeitung wieder neu zusammenzubringen. Da wird ein großer Markt grundlegend umstrukturiert.

Ich finde es deshalb gut, dass wir, erstens, als Land einen runden Tisch einberufen und eine gemeinsame Lösung mit den verschiedenen Partnern gesucht haben. Zweitens haben wir mit einem Haushaltsänderungsantrag die Mittel für die finanzielle Unterstützung dieses Umbauprozesses bereitgestellt. Denn wir werden neue Vermarktungsorganisationen brauchen, die auf eine Anschubfinanzierung angewiesen

sind und die Hilfe, Unterstützung und Know-how benötigen.

Wir werden in diesem Zusammenhang auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter insbesondere beim Landesbetrieb Hessen-Forst nicht alleine lassen. Vielmehr werden wir mit der Personalvertretung nach guten Lösungen suchen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Sigrid Erfurth und Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir wollen uns bemühen, die Umbrüche so gering wie möglich zu gestalten. Wir wollen bewährte Strukturen erhalten, wenn das für uns möglich ist. Wenn allerdings Änderungen erforderlich sind, wollen wir gemeinsam mit den Eigentümern neue Lösungen entwickeln. Dabei wollen wir die Aufgaben weiterhin so gut erfüllen, wie wir das in der Vergangenheit gemacht haben. Liebe Frau Knell, wir lassen uns hier nicht treiben. Vielmehr gehen wir ganz austariert an die Lösung heran.

Der Wald ist multifunktional. So steht es in § 1 Waldgesetz. Der Staatswald ist seit jeher besonders umweltfreundlich. Die Naturschutzleitlinie ist seit vielen Jahren beispielgebend.

Der Wald im öffentlichen Eigentum hat eine besondere Funktion für die Erholung. Es ist der Wald, der uns allen gehört. Deshalb muss er auch für alle offen stehen.

Gleichzeitig haben wir den Anspruch, dass dieses wertvolle Eigentum der Bürger auch Rendite abwirft. Wir wollen mit dem Staatswald durchaus Geld verdienen. Mit der Umwandlung des Landesforstes in den Landesbetrieb und einer wirtschaftlichen Betriebsführung haben wir das umgesetzt.

Wir haben im Laufe dieser Legislaturperiode die Waage zwischen Umweltschutz und Wirtschaftsinteressen im Staatswald an kleinen Stellschrauben in Richtung Umweltschutz gestellt. Das ist richtig. Die Schaffung des Bannwaldgesetzes, die Ausweitung der Stilllegungsflächen und auch die FSC-Zertifizierung sind sichtbare Beispiele hierfür.

Der Entscheidung, ob wir den Staatswald nach FSC-Standards zertifizieren wollen, wurden eine intensive Diskussion und eine breit gefächerte Abwägung der Kosten, der Ertragsminderung und des Nutzens vorangestellt. Wir haben zur Kenntnis genommen, dass der kommende FSC-Standard 3.0 nicht vorschreibt, sofort alle Standards zu erfüllen. Vielmehr handelt es sich hierbei um einen kontinuierlichen Entwicklungs- und Einführungsprozess, den wir ähnlich auch aufgrund anderer Vorgaben hätten eingehen müssen.

Wir, die Mitglieder der Union, sind uns sicher, dass die Nachhaltigkeitsansprüche der Endverbraucher langfristig zu einer erhöhten Nachfrage nach FSC-zertifiziertem Holz führen werden. Damit werden sich für uns als Anbieter Absatzchancen an einem sich verändernden Markt eröffnen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU sowie der Abg. Sigrid Erfurth und Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Die Beantwortung der Großen Anfrage macht deutlich, dass das Land verantwortungsvoll mit seinem Schatz Wald umgeht. Es lässt dem Forstwesen große Aufmerksamkeit hinsichtlich der Tradition, aber auch der Wandlung angedeihen. Damit möchte ich enden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege Landau, vielen Dank. – Als nächster Redner spricht nun Herr Kollege Lotz für die SPD-Fraktion. Herr Kollege, bitte schön, Sie haben das Wort.

## Heinz Lotz (SPD):

Frau Präsidentin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Auch wenn wir in diesem Saal nicht immer einer Meinung sind, ist es gut, dass wir seit einiger Zeit so intensiv über den hessischen Wald diskutieren. Mitunter streiten wir uns auch wie die Kesselflicker. Ich denke, das ist unsere Pflicht. Denn der Wald gehört untrennbar zu uns Hessen. Er gehört zu unserer Identität. Dazu gehört auch, dass wir nicht immer einer Meinung sind. Wir haben unterschiedliche Lösungsansätze.

Leider habe ich in diesem Haus immer wieder einmal das Gefühl, dass nicht jeder ein solches Verständnis einer lebendigen Debattenkultur zum Thema Wald hat. Es ist keine Seltenheit, dass man, wenn man nicht die gleiche Meinung wie die Regierung vertritt, vorgeworfen bekommt, ein Umweltsünder und Naturzerstörer zu sein.

## (Beifall bei der SPD)

Dabei ist die Gestaltung unseres Lebensraums Wald eine Gemeinschaftsaufgabe. Es sollte in unser aller Interesse sein, gemeinsam an einem Konzept für eine Nutzung mit Nachhaltigkeit, Forstwirtschaft und Erholung zu arbeiten. "Gemeinsam" heißt aber nicht nur, in einem Hinterzimmer zu sitzen und sich mit einer ausgewählten Mannschaft zu überlegen, was man jetzt einmal machen könnte. Ich glaube, an diesen Gesprächen sollte man durchaus die Opposition beteiligen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn ich jetzt wieder höre, dass das Ministerium eine Arbeitsgruppe ins Leben gerufen hat, um ein Holzvermarktungskonzept zu erarbeiten, damit uns das Kartellamt nicht irgendwann den Laden einfach zumacht, dann ist das ein solches Beispiel, wo wir anbieten, mit der Regierung zusammenzuarbeiten. Wir sind der Meinung, hier gehört es dazu, dass wir als Opposition an den Gesprächen beteiligt werden.

## (Beifall bei der SPD)

Warum muss man sich sämtliche Informationen mühselig besorgen oder aber auch bestimmten Leuten aus der Nase ziehen? – Ich erinnere an das FSC-Papier von Hessen-Forst und das anschließende Gutachten. Wo ist das Problem, uns als Opposition einmal zur Seite zu nehmen und über solche Papiere zu diskutieren? Das Misstrauen der Regierung scheint gegenüber uns Oppositionsleuten sehr groß zu sein.

(Clemens Reif (CDU): Ja, das ist auch so! – Günter Rudolph (SPD): Da haben wir es, jawohl!)

Meine Damen und Herren, von einem transparenten, kollegialen Umgang mit dem Parlament ist man hier meilenweit entfernt. Die Große Anfrage beweist das aus unserer Sicht einmal mehr. (Clemens Reif (CDU): Das ist schlau! – Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): So schlau wie Sie!)

Die Anfrage ist gerade einmal ein halbes Jahr alt, und die entscheidenden Informationen sind schon überaltert. Das gilt hier auch speziell in der Frage der Beförsterungskosten, die natürlich in direktem Zusammenhang mit dem Kartellrechtsverfahren stehen. Um irgendwie an Informationen zu kommen, haben wir von der SPD-Fraktion uns in der vergangenen Woche in einer größeren Runde an einem Gespräch mit den Betroffenen beteiligt. Es ist ziemlich deutlich, dass unser Wald in Hessen vor weitgreifenden Veränderungen steht. Egal, wie das Gerichtsurteil im April zum Kartellverfahren ausgeht: Wir kommen aus kartellrechtlicher Sicht aus dieser Nummer, so glaube ich, nicht mehr heraus. Wir stehen vor einer totalen Veränderung der forstwirtschaftlichen Dienstleistungsangebote.

Meine Damen und Herren, aber das ist seit 2001 schon abzusehen gewesen. Hier hätte man aus unserer Sicht wesentlich früher reagieren können und müssen.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Wiebke Knell (FDP))

Wenn dies umgesetzt wird, kann es passieren, dass Hessen-Forst auf einen Schlag 50 % seines Betätigungsfeldes verliert und dazu natürlich dann auch die entsprechenden Mitarbeiter – und das, obwohl die kommunalen Waldbesitzer zum überwiegenden Teil höchst zufrieden mit der Arbeit von Hessen-Forst sind. Wenn diese Kommunen nun Hessen-Forst den Rücken kehren, dann steht übrigens auch die ganze Debatte über FSC auf dem Kopf. Während wir bei der Zertifizierung des Staatswaldes die Aspekte von FSC herauf und herunter diskutieren, opfern wir sie aus unserer Sicht gerade in den kommunalen Wäldern. Wir sind uns in diesem Hause einig, dass der Wald nicht nur ein Wirtschaftsbetrieb ist, sondern auch andere Funktionen hat: Erholung, Natur, Waldpädagogik und natürlich Arbeitsplätze.

#### (Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Und Sauerstoff!)

Aber genau wegen solcher Aspekte sind die Kommunen doch Kunden bei Hessen-Forst. Die eine oder andere Kommune muss sich ernsthaft überlegen, ob es in Zukunft nicht unter Umständen günstiger ist, den eigenen Wald stillzulegen und alle zwei Wochen einmal den Bauhof durch die Wege zu schicken, um Verkehrssicherung zu betreiben, damit die Wege genutzt werden können. Ich sage das jetzt mit einem zugekniffenen Auge: Auch das ist eine Möglichkeit, Ziele einer FSC-Zertifizierung frühzeitig zu erreichen. Aber kann das denn so sein, meine Damen und Herren? Es geht doch auch darum, wie die Landesregierung mit dem ländlichen Raum umgeht. Da bringt es nichts, wenn man auf der einen Seite ein Förderprogramm "Land hat Zukunft" auflegt und auf der anderen Seite die Kommunen mit der Gemeinwohlfrage des Waldes alleine lässt.

## (Beifall bei der SPD)

Wir müssen uns auch in Zukunft um den Wald kümmern, weil die Menschen das so wollen und weil die Hessen und Hessinnen ihren Wald lieben, da er auch ihrer Erholung dient, die sie dort suchen. Wenn wir nämlich den Wald als Gemeinwohlaufgabe sehen – das müssen wir, meine Damen und Herren –, dann dürfen wir die Kommunen nicht alleine lassen, wenn sie sich um das Gemeinwohl kümmern. Deshalb muss nach unserer Meinung das Land über eine Förderung nachdenken, die die Kommunen und die

Waldbesitzer, die nun offensichtlich die Aufgaben für das Allgemeinwohl von Hessen-Forst erben, dann bekommen. Wenn sich nämlich die Befürchtungen über die Zukunft bewahrheiten, dann reden wir hier schlicht und einfach von weit mehr gefährdeten Arbeitsplätzen bei Hessen-Forst als bisher befürchtet. Bei unseren Gesprächen mit den Bürgermeistern kam ganz klar heraus, dass die Mitarbeiter von Hessen-Forst eine hohe Akzeptanz bei den Kommunen genießen. Wollen wir wirklich mehr Arbeitsplätze im ländlichen Raum schaffen, oder wollen wir die Kürzungen bei Hessen-Forst so hinnehmen? Das wäre wieder einmal ein typisches Beispiel dafür, wie die CDU den ländlichen Raum im Stich lässt.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, auch in diesem Zusammenhang stehe ich zu dem Zeitungsartikel, den heute Morgen der Ministerpräsident zitiert hat: "Offensive für ländlichen Raum ist Blendwerk".

(Nancy Faeser (SPD): Ja!)

Wir von der SPD sind bereit, mit der Landesregierung daran zu arbeiten, dass Hessen-Forst vollumfänglich erhalten bleibt; denn wie kaum ein anderer Landesbetrieb oder eine andere Behörde ist Hessen-Forst ländlicher Raum pur.

## Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Herr Kollege, Sie müssen zum Ende kommen.

## Heinz Lotz (SPD):

Ich bedanke mich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

## Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Danke, Herr Kollege Lotz. – Als nächste Rednerin spricht nun Frau Kollegin Feldmayer vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

# Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Bevor ich auf die Vorrednerinnen und Vorredner eingehe, möchte ich zunächst einmal der Landesregierung und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Ministerium für die Antwort auf die Große Anfrage der FDP danken. Ich möchte auch bemerken: Wir haben im Moment richtig eisige Temperaturen draußen. Das sind beste Bedingungen für die Holzernte im Wald. Da freuen sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hessen-Forst natürlich, dass sie jetzt gut Holz ernten können. Aber ich möchte bei der Gelegenheit, wo wir über das Thema Wald und Forstwirtschaft sprechen, auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und den Menschen, die bei diesen eisigen Temperaturen im Forst arbeiten, meinen Respekt und meinen Dank ausdrücken.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

Meine Damen und Herren, Hessen ist ein waldreiches Bundesland. Wir haben 42 % Wald. Der Wald ist Naturraum, Holzlieferant und Arbeitsort, aber auch Erholungsraum. Wir erkennen auch die Multifunktionalität des Waldes.

Wir betrachten den Wald nicht einseitig nur unter dem ökologischen Aspekt. Uns ist bewusst, dass alle Aspekte zum Tragen kommen und dass der Wald genau aus diesem Grund von großer gesellschaftlicher Bedeutung ist.

Der größte Waldbesitzer ist das Land selbst. Wir haben aber auch 36 % Körperschaftswald und etwa ein Viertel Privatwald.

Hinsichtlich des Bundeskartellamts ist noch nicht ganz klar, wohin die Reise geht. Da ist noch nichts entschieden. Ich möchte betonen, dass wir sehr froh darüber sind, dass wir das Einheitsforstamt in Hessen haben.

> (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN und der CDU)

Das Einheitsforstamt ist die beste Gewähr dafür, dass man der gesellschaftlichen Bedeutung des Waldes gerecht wird.

Meine Damen und Herren, nach Baden-Württemberg hat die Kartellbehörde nun auch Hessen und andere Bundesländer ins Visier genommen. Die FDP hält immer das Credo Wettbewerb hoch. Wettbewerb möchte die FDP auch beim Thema Holzwirtschaft und beim Thema Wald. Das ist genau der Ansatz, den zu meinem großen Bedauern auch die Kartellbehörde verfolgt. Die Kartellbehörde geht davon aus, dass es um Wettbewerb und nur um Holzwirtschaft geht. Die gesellschaftliche Bedeutung des Waldes wird dabei aber außen vor gelassen. Das finde ich sehr bedauerlich; denn das wird der Waldpolitik nicht gerecht.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN und der CDU)

Die Landesregierung hat aufgrund der Anfragen der Kartellbehörde eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die nun einen Vorschlag zur kartellrechtskonformen Vermarktung vorlegen wird. Meine Damen und Herren, ich bin zuversichtlich, dass wir eine gute Lösung erreichen werden.

Dass es der FDP – Sie haben es gerade noch einmal deutlich gemacht, Frau Knell, ich möchte da nicht besonders scharf rangehen, Sie sind auch nicht besonders scharf in die Debatte gegangen – bei der Waldpolitik vor allen Dingen auf die Holzvermarktung und den wirtschaftlichen Aspekt ankommt, dass Ihnen Naturschutz nicht besonders viel wert ist, es sei denn, es geht darum, Windenergieanlagen zu verhindern, das ist wenig überraschend. In Ihrer Rede haben Sie noch einmal deutlich gemacht, in welche Richtung bei Ihnen die Reise geht.

Erstaunlich fand ich bei der FDP, dass sie dezidiert kritisiert hat, wie viele Flächen stillgelegt werden. Sie haben die Kernflächen angesprochen und so getan, als wäre dies eine Erfindung der schwarz-grünen Landesregierung. Vielleicht haben Sie es von Ihren Kollegen noch nicht gehört: Die Vorgängerregierung, an der die FDP beteiligt war, hat mit der Flächenstilllegung begonnen. 5 % des Waldes sind stillgelegt worden. Wir haben noch einmal 3 % hinzugenommen. Sie machen hier also nur einen Popanz auf, uns gehe es nur um die Ideologie, während das bei der FDP alles ganz anders sei. Da müssen Sie vielleicht einmal in der Vergangenheit der FDP kramen. Bei Ihnen gab es diese Flächenstilllegungen auch schon. Das möchte ich Ihnen an dieser Stelle mit auf den Weg geben.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN und der CDU)

Beim Wald geht es uns um den Naturschutz, aber auch um die anderen Ansprüche, nämlich um einen guten Arbeitsort

für die Menschen, aber auch um den Rohstoff Holz. Genau aus diesem Grund haben wir in Hessen beim Thema Wald in den vergangenen Jahren sehr viel auf den Weg gebracht. Wir haben in Hessen das Waldgesetz geändert, weil wir den Bannwaldschutz wieder stärken wollten. Der Bannwald ist leider geschleift worden mit Unterstützung der SPD, um den Flughafenausbau zu befördern, mit Unterstützung der CDU und mit Unterstützung der FDP.

(Marjana Schott (DIE LINKE): Und der GRÜNEN!)

Diesen Bannwaldschutz haben wir wieder gestärkt. Das ist die eine Geschichte. Die andere Geschichte sind die Kernflächen. Da haben wir das fortgesetzt, was FDP und CDU begonnen haben. Wir haben die Kernflächen auf 8 % ausgeweitet, und das ist auch gut so.

Außerdem haben Sie FSC angesprochen. Ja, wir haben die Hälfte der 41 Forstämter nach FSC zertifizieren lassen. Es gab keine Probleme, weil der Staatswalt schon sehr gut beförstert wird. Das haben wir geschafft. Ich bin sehr froh, dass wir bis zum Ende der Wahlperiode die andere Hälfte des Staatsforstes nach FSC zertifizieren wollen. Das ist sehr gut. Das ist ein ökologischer Mehrwert, der eindeutig in dem Gutachten festgestellt worden ist, das Sie, Frau Knell, benannt haben. Uns ist Ökologie wichtig. Uns ist Ökologie etwas wert. Genau aus diesem Grunde treiben wir die FSC-Zertifizierung voran.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN und der CDU)

Es ist nun wirklich nicht so, dass das ohne einen Ausgleich passieren soll. Vielleicht haben Sie nicht mitbekommen, dass wir Änderungsanträge in den Haushaltsberatungen eingebracht haben. Es gibt einen finanziellen Ausgleich dafür, dass nach FSC 3.0 10 % der Flächen stillgelegt werden müssen. Dafür sind ab 2020 im Haushalt 2,2 Millionen € vorgesehen. Das ist in unserem Änderungsantrag hinterlegt. Daher kann man nicht davon sprechen, dass Hessen-Forst keinen Ausgleich bekommen würde.

Meine Damen und Herren, uns sind Umwelt- und Sozialstandards etwas wert. Genau deshalb haben wir uns für die FSC-Zertifizierung starkgemacht. Jetzt tun Sie doch bitte nicht so, als wäre das die Ideologie der GRÜNEN, und wir hätten uns das allein ausgedacht. Dahinter stehen doch Gewerkschaften. Das sage ich auch immer wieder an die Adresse der SPD gerichtet. Die SPD hat es heute wieder einmal nicht geschafft, sich zur FSC-Zertifizierung zu bekennen.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Och, Martina!)

- Tut mir leid. Herr Lotz hat ein paar Nebelkerzen gezündet und viele Fragezeichen bei uns hinterlassen. Er hat sich aber nicht eindeutig positioniert.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Den Wald vernebelt!)

Hinter FSC stehen die IG Bauen-Agrar-Umwelt und die IG Metall.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): Stimmt!)

Dahinter stehen auch Umweltverbände und Unternehmen wie IKEA, Otto und Tetra Pak.

(Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD): IKEA ist kein gutes Beispiel!)

Das alles sind Unternehmen, denen die FSC-Zertifizierung etwas wert ist, die bei der Zertifizierung mitgehen wollen, weil auch die Verbraucherinnen und Verbraucher Wert auf hohe ökologische Standards legen. Das ist also keine grüne Geschichte, sondern dahinter stehen ganz viele Menschen, Umweltverbände, Gewerkschaften und Unternehmen, die gesagt haben: Die FSC-Zertifizierung ist der richtige Weg.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN)

Ich wundere mich, wenn Herr Lotz hier so tut, als würde er für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Hessen-Forst eintreten. Wenn es Ihnen wirklich um die Menschen gehen würde, die in diesem Unternehmen arbeiten, wenn es Ihnen um die Menschen gehen würde, die im Wald arbeiten, dann hätten Sie doch heute sagen müssen: Ja, FSC ist richtig; denn bei FSC geht es nicht nur um Umweltstandards, sondern auch um hohe Sozialstandards. – Genau aus diesen Gründen sind die Gewerkschaften doch dabei. Sie haben es heute aber wieder einmal versäumt, sich eindeutig zu positionieren. Der Schlingerkurs der SPD bei dieser Geschichte geht weiter und weiter. Ich finde das nur noch bedauerlich, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN)

Mir sind keine Haushaltsanträge der SPD bekannt, die auf mehr Stellen abzielen. Mir ist lediglich ein Haushaltsantrag der SPD zu diesem Thema bekannt, mit dem die SPD 1 Million € mehr für den Naturschutz im Wald fordert. Wir hingegen haben Haushaltsanträge gestellt, mit denen wir 2,2 Millionen € für FSC bereitstellen. Außerdem haben wir einen Haushaltsantrag gestellt, mit dem wir für die Stiftung Natura 2000 2,5 Millionen € für den Vertragsnaturschutz bereitstellen wollen. Das heißt, an die Adresse der SPD gerichtet: Kommunen und Privatwaldbesitzer werden immens unterstützt bei ihrem Bestreben, etwas für den Naturschutz im Wald zu tun, und zwar mit der forstlichen Förderung, aber auch mit Vertragsnaturschutz. Dazu haben wir auch schon die entsprechenden Antworten vorgelegt. All unsere Forderungen zum Naturschutz im Wald sind auch finanziell hinterlegt, meine Damen und Herren.

> (Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN)

## Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Frau Kollegin, Sie müssen zum Ende kommen.

# Martina Feldmayer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Ende.

Wir haben sehr viel für den Naturschutz im Wald getan. Wir haben den Bannwald geschützt, Kernflächen ausgewiesen und uns für FSC starkgemacht. Wir werden diesen Prozess gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr intensiv begleiten, wenn es um das Thema Kartellrecht geht. Die Opposition ist natürlich eingeladen, jederzeit mitzumachen. Herr Lotz, Sie sind darüber bei jeder Gelegenheit informiert worden. Daher sind wir auch in dieser Hinsicht gut aufgestellt. – In diesem Sinne bedanke ich mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der CDU)

## Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Feldmayer. – Als nächste Rednerin spricht nun Frau Kollegin Schott von der Fraktion DIE LINKE. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

# Marjana Schott (DIE LINKE):

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Solch eine Große Anfrage hat ein bisschen das Problem, dass sie alles und nichts beinhalten und sein kann und man im Gegensatz zu einem Antrag nicht immer ganz genau weiß, wohin die Debatte nachher läuft. Mir jedenfalls geht es jetzt ganz verstärkt so.

Haben wir hier über Kartellrecht geredet, haben wir über den Zustand unseres Waldes geredet, haben wir über Hessen-Forst geredet, und geht es darum, Hessen-Forst zu erhalten, oder geht es darum – auch den Satz habe ich zwischendurch gehört, auch Private machen da eine sehr ordentliche Arbeit –, auch das noch komplett zu privatisieren, ist FSC oder Kartellrecht das Thema gewesen? Wenn man das alles quer durcheinander diskutiert, kommt dabei am Ende nicht einmal Gemüsesuppe heraus, sondern irgendetwas, was niemandem weiterhilft. Ich weiß nicht, wie uns diese Debatte jetzt vorangebracht hat.

## (Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weder ist mir klar geworden, ob wir jetzt ein bisschen deutlicher in der Positionierung sind, ob FSC-Zertifizierung Sinn gibt oder nicht – auch das ist nicht klarer geworden –, noch haben wir die Frage, wie wir mit Hessen-Forst und mit der Bedrohung durch das Kartellrecht umgehen, bis hierhin wirklich ernsthaft erörtert.

Wenn wir davon ausgehen, dass der Wald eine ganz maßgebliche Gemeinwohlaufgabe hat – ich glaube, das sollten wir wirklich tun, denn die hat er –, dann müssten wir ganz viel dafür tun, dass Hessen-Forst in der Art und Weise weiterarbeiten kann wie bisher. Ich glaube aber, das kann man nicht so isoliert betrachten. Denn wenn man Gemeinwohlaufgaben und Daseinsvorsorgeaufgaben betrachtet, dann müsste man die an vielen Stellen vor dem Kartellrecht schützen.

Wir sind in einer Situation, dass Klinikverbünde mit Hinblick auf das Kartellrecht verhindert werden können, dass so etwas wie Hessen-Forst mit Blick auf das Kartellrecht zerschlagen werden kann.

Ich habe eine Schlagzeile aus Baden-Württemberg gefunden: "Tod dem Einheitsforstamt: Es lebe die neue Forstverwaltung!" – Das ist das Ergebnis von dem, was Kartellrecht anrichten kann. Ist es immer sinnvoll? – Ich bin eigentlich eine große Befürworterin von Kartellrecht, weil es zu große Zusammenschlüsse vermeiden sollte.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann ist es ja gut!)

Aber es gibt Punkte, bei denen ich denke, dass Gemeinwohl und Daseinsvorsorge deutlich über dem Kartellrecht stehen müssen.

#### (Beifall bei der LINKEN)

Da, wo es um Gemeinwohl geht, muss die Handhabung bestehen können, dass der Staat das organisiert; d. h., dass wir kommunale Krankenhäuser haben und dass sie nicht

weichen müssen, weil sie bezuschusst werden, dass wir Hessen-Forst in der Form haben, weil er deutlich mehr Aufgaben erledigt als nur den Holzeinschlag im Wald. Dann müssen wir uns auch dazu bekennen, und dann müssen wir es an der Stelle über den engen Rahmen des Waldes hinaus betrachten. Dann muss man sich fragen: Was darf denn Kartellrecht eigentlich, und was wollen wir? Oder ist uns da irgendwie etwas zugeflogen, bei dem wir die Konsequenzen nicht zu Ende bedacht haben, wo andere, die vorher daran "gestrickt" haben, das nicht zu Ende gedacht haben, und wir müssten eigentlich darüber reden, wie wir das Kartellrecht wieder eindämmen können,

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben sich jetzt ein bisschen im Wald verirrt!)

damit Gemeinwohl und Daseinsvorsorge noch ordentlich funktionieren können?

Das ist dann aber eine viel größere Aufgabe, als dass wir die eben einmal an einem Mittwochabend kurz vor Feierabend hier in Form einer Großen Anfrage besprechen. Da braucht es wirklich viel verantwortungsbewusstes Handeln.

Ich wäre dafür, das zu tun, weil ich glaube, es gibt Bereiche, die man nicht dem freien Markt überlassen sollte. Der Wald ist deutlich mehr als nur eine Holzfabrik, und er hat andere Aufgaben. Das muss man dann auch in Betracht ziehen, und zwar auch an vielen anderen Stellen, wo es eben genau um diese Kartellvorstöße geht, die es immer wieder und an verschiedenen Ecken gibt.

Liebe FDP, mir ist nicht klar geworden, was Sie eigentlich wollen. Wollen Sie Hessen-Forst schützen, geht es Ihnen darum, oder wollen Sie ein bisschen über FSC-Zertifizierung schimpfen, oder wollen Sie eine komplette Privatisierung dessen, was da im Wald passieren soll? Mir ist es tatsächlich weder durch die Große Anfrage noch durch die Rede klar geworden.

Von daher wäre es doch sinnvoller gewesen, wir hätten hier nicht die Antwort auf die Große Anfrage beraten, sondern Sie hätten aus der Großen Anfrage einen Antrag gemacht. Dann hätten wir alle gewusst, woran wir sind. So fand ich es ein bisschen schade um die Zeit.

Ich glaube tatsächlich, man muss sich genau anschauen: Wie wird FSC-Zertifizierung gemacht? Sie soll gemacht werden. Das ist durchaus sinnvoll. Das bestreitet, so glaube ich, mehrheitlich niemand in diesem Hause – aber nein, "niemand" kann man nicht sagen, weil es ja Leute gibt, die das bestreiten –, oder zumindest die Mehrheit in diesem Haus sieht das durchaus so.

Dann muss man auch einmal schauen, ob man das mit dem Personal machen kann. Wahrscheinlich hätte es mehr Personal gebraucht, um es wirklich gut zu machen. Und natürlich sind wir als LINKE kein bisschen einverstanden gewesen mit den Kürzungen im Bereich des Personals für den Wald. Jetzt kommen wir dadurch in eine schwierige Situation, dass immer mehr Kommunen abspringen.

So, wie die Debatte geführt worden ist, hätte man den Eindruck gewinnen können, die Kommunen springen scharenweise wegen der FSC-Zertifizierung ab.

(Zuruf von der CDU: Eben!)

Das habe ich allerdings bisher so nicht wahrgenommen. Das ist nicht die Begründung. Da muss man noch einmal hinterfragen: Warum gehen die denn nun, und wie kann man denen entgegenkommen?

Ich habe auch wahrgenommen, dass, bevor die Preissteigerungen kamen, die durchaus notwendig waren, lange Gespräche geführt worden sind und dass es da zumindest so etwas wie ein Agreement gab. Also müsste man tatsächlich auch noch einmal schauen: Warum gehen gerade jetzt Kommunen in einer Situation, wo es eigentlich wichtig wäre, dass sie nicht gehen würden, und was bietet ihnen die Möglichkeit, die Dinge selbst zu machen, worin liegt aus Sicht der Kommunen der Vorteil? Und dann muss man das mit Hessen-Forst noch einmal sauber kommunizieren. Ist es tatsächlich so, haben die dadurch einen Vorteil, oder ist das ein Irrglaube, oder glauben die einfach, an der Stelle einen Euro sparen zu können? Auch dieses Argument ist natürlich immer eines, das man bei den Kommunen ernst nehmen muss. Auch da müsste man dann wirklich noch einmal sehr genau nachhören.

Ich bin mit der Debatte hier ziemlich unzufrieden, muss ich sagen. Aber das ist daran auch nicht das Riesenproblem. Ich glaube, wir sollten ziemlich genau hinschauen: Wie kann das mit Hessen-Forst weitergehen, und wie können wir aufrechterhalten, dass Hessen-Forst seine Arbeit machen kann, die gut und die wichtig ist, und dass wir genau dieses Gemeinwohlinteresse stärken? – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

#### Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Vielen Dank, Frau Kollegin Schott. – Für die Landesregierung spricht nun Staatsministerin Hinz. Bitte schön, Frau Ministerin, Sie haben das Wort.

## Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ja, der Wald. Wir lieben ihn alle besonders – die Deutschen insbesondere. Wir messen ihm eine große Bedeutung zu – auch das zu Recht

Es gibt natürlich widerstreitende Perspektiven im Hinblick auf das, was der Wald alles leisten soll. Er dient dem Klimaschutz, er soll der Erholung dienen, dem Naturschutz, der biologischen Vielfalt. Er dient als Arbeitsplatz und natürlich auch der Rohstoffversorgung mit Holz. Alles dies soll der Wald leisten. Das kann er auch leisten.

Aber die unterschiedlichen Perspektiven im Hinblick auf den Wald bedeuten auch, dass es immer wieder einmal kontroverse Debatten von den unterschiedlichen Zielgruppen gibt, was der Wald jetzt gerade so leisten kann und leisten soll. Dem müssen wir uns auch als Landesregierung stellen, die wir mit dem Staatswald natürlich eine besondere Verantwortung tragen.

Aus meiner Sicht haben wir erfolgreiche Schritte unternommen, um diese verschiedenen Anforderungen in Ausgleich zu bringen. Das Ergebnis muss natürlich unter den jeweiligen Herausforderungen immer neu bewertet und weiterentwickelt werden.

Wir haben die Notwendigkeit, den Wald für die künftigen Jahrzehnte klimaverträglich zu gestalten, weil der Klimawandel da ist, und wir haben im Rahmen unseres Klimaschutzplanes auch Maßnahmen hinterlegt wie die Erarbeitung von Klimarisikokarten Forst. Darauf soll abgestimmt die Forstwirtschaft mit Breitenwirkung erfolgen. Wir wollen die Speicherung von Kohlenstoff sowohl im Wald als auch in langlebigen Holzprodukten und durch Substitution energieintensiver Materialien durch Holz. Auch das ist ein wichtiger Punkt.

Wir brauchen Mischwälder, eine multifunktionale Forstwirtschaft, auch im Hinblick auf das Klimarisiko. Die Karten sind bereits 2017 durch die Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt vorstrukturiert worden. Die Umsetzung geht jetzt mit der Umsetzung des Doppelhaushalts los

Wir haben auch mit der Entscheidung für die FSC-Zertifizierung des gesamten Staatswaldes einen wichtigen Punkt gesetzt. Die Vor-Audit-Termine sind angesetzt. Hessen-Forst ist FSC beigetreten und wird – das halte ich für richtig – die Debatten beeinflussen. Man muss als Waldeigentümer künftige Debatten beeinflussen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Die Sicherung der biologischen Vielfalt im Staatswald ist ein wichtiger Bewirtschaftungsauftrag. Wir ändern gerade die RiBeS, die Richtlinie für die Bewirtschaftung im Wald. Wir haben ein Staatswaldforum mit über 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus den unterschiedlichsten Bereichen eingerichtet: vom Jagdverband über die Lehrer und die Förster, die Waldpädagogik betreiben, bis hin zu Vertretern der Holzwirtschaft und der Umweltverbände. Wir werden die Biodiversität als gleichrangiges sechstes Hauptziel in der RiBeS verankern – das ist aus meiner Sicht wichtig –, neben z. B. der Rohstofferzeugung, der Erholungsfunktion des Waldes, der Bildung und der nachhaltigen Entwicklung.

Die Belange der FFH-Richtlinie – Themen rund um den Naturschutz und die biologische Vielfalt – fließen bereits jetzt in die Maßnahmenplanungen jeder Forsteinrichtung ein und werden direkt umgesetzt.

Ganz wichtig ist auch, dass Hessen-Forst rund 85 % des Holzeinschlags in Hessen organisiert – für den Staatswald, für den Privatwald und für den Körperschaftswald. Das ist aus meiner Sicht ein wesentlicher Bestandteil dessen, was Hessen-Forst macht. Jedes Jahr werden rund 3,7 Millionen Festmeter Holz erzeugt. Hessen-Forst trägt damit wesentlich dazu bei, dass alle Waldbesitzarten nennenswerte Einnahmen aus dem Holzverkauf haben. Das ist auch für die Arbeitsplätze im ländlichen Raum und für die Wertschöpfung im ländlichen Raum wichtig. Deshalb möchte ich gerne, dass dies so bleibt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

Auch die privaten und kommunalen Waldbesitzer schätzen die hohe Qualität der Arbeit von Hessen-Forst. Wir haben über 400 Wald besitzende hessische Kommunen, die von Hessen-Forst beförstert werden und die gerne bei Hessen-Forst bleiben wollen. Wir haben eine große Zahl privater Waldbesitzer, die ebenfalls von Hessen-Forst beförstert werden wollen. Deshalb haben wir das Einheitsforstamt, das Gewähr dafür bietet, dass Gemeinwohlleistungen erbracht werden, dass die Waldbesitzer eine gute Beratung bekommen und dass entsprechende Leistungen für die Holzwirtschaft erbracht werden.

Wir haben das Problem, dass das Bundeskartellamt auf der Grundlage der Entscheidung gegen das Land Baden-Württemberg diese hervorragende Organisation der Forstwirtschaft in Hessen möglicherweise zerschlagen wird. Es steht bereits fest, wir kommen nicht darum herum, dass Forstämter mit Waldflächen von über 100 ha beim Holzverkauf nicht mehr von Hessen-Forst betreut werden dürfen. Die Kartellbehörde hat von uns Lösungen eingefordert. Wir haben beim Landesforstausschuss eine Arbeitsgruppe gebildet.

Der Landesforstausschuss ist übrigens ein Beteiligungsgremium. Deshalb gibt es da Arbeitsgruppen, übrigens auch zu der Frage der Beförsterungsbeiträge. Das ist richtig so; denn der Ausschuss hat die Aufgabe, uns zu beraten. Wenn Herr Lotz sagt, er sei nicht informiert, dann sollte er vielleicht einmal die Obfrau der SPD-Fraktion fragen; denn ich habe zu allen diesen Themen Obleutebesprechungen durchgeführt und habe informiert, auch über das Kartellverfahren. Ich habe außerdem im zuständigen Ausschuss informiert. Wenn die SPD-Fraktion meint, das Thema müsse noch ausführlicher besprochen werden,

(Zuruf des Abg. Thorsten Schäfer-Gümbel (SPD))

dann sollten Sie im Ausschuss sagen, dass Sie weitere Informationen haben möchten. Stellen Sie Berichtsanträge, beschließen Sie Anhörungen. Das ist das gute parlamentarische Recht einer jeden Fraktion.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Ich verstehe ja, Herr Fraktionsvorsitzender Schäfer-Gümbel, dass Sie gerne mitregieren wollen. Das ist aber nicht der Fall. Es gibt eine Landesregierung, und die trägt die Verantwortung. Ich informiere aber die Obleute ausführlich. Bei allen möglichen Neuigkeiten rufe ich sie zusammen, informiere sie und bitte sie darum, die Informationen weiterzugeben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU – Widerspruch der Abg. Angelika Löber (SPD))

Wir haben mit den Beteiligungsgremien ein Konzept erarbeitet. Der Landesbetrieb wird sich – mit einer Übergangsfrist von maximal zwei Jahren – aus der Vermarktung des Rundholzes aus Privat- und Körperschaftswaldbetrieben mit einer Waldfläche von mehr als 100 ha zurückziehen müssen.

Wir wollen aber alle anderen Dienstleistungen unterhalb der Vermarktung weiterhin anbieten, vor allen Dingen für die Forstämter, die Waldflächen von weniger als 100 ha bewirtschaften. Denen wollen wir alle unsere Leistungen anbieten, weil die Kommunen und die privaten Waldbesitzer mit Hessen-Forst zufrieden sind.

Die Kommunen und die privaten Waldbesitzer werden in Hessen etwa sechs regionale Holzverkaufsorganisationen gründen müssen. Wir werden sie bei der Gründung aber unterstützen, finanziell und personell. Dafür haben wir im Haushalt vorgesorgt.

(Beifall bei der CDU und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden die Betriebsabläufe bei Hessen-Forst so anpassen, dass wir den körperschaftlichen und privaten Waldbesitzern all die Dienstleistungen anbieten können, die diese gerne von uns einfordern. Das halte ich für notwendig und

für sinnvoll; denn der Landesbetrieb Hessen-Forst organisiert ja nicht nur den Holzverkauf,

## Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Ich muss Sie an die Redezeit der Fraktionen erinnern.

## Priska Hinz, Ministerin für Umwelt, Klimaschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz:

sondern hat durch die Zusammenarbeit mit Versuchsanstalten, z. B. der Nordwestdeutschen Forstlichen Versuchsanstalt, auch eine hohe Kompetenz in Fragen von Forschung und Entwicklung. Das kommt allen Forstämtern zugute, ob sie nun körperschaftlich oder privat organisiert sind. Das wollen wir für das Gemeinwohl und für die verschiedenen Waldbesitzer auch weiterhin leisten.

Wir haben dieses Konzept im Kabinett beschlossen, und ich freue mich darüber, dass wir weiterhin eine breite Palette anbieten können und wollen. Ich hoffe sehr, dass uns die Gerichte keinen Strich durch die Rechnung machen; denn ich glaube, dass die Kartellbehörde auf unser Angebot eingehen wird.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der CDU)

## Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Viele Dank, Frau Staatsministerin Hinz. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich stelle fest, dass die Große Anfrage besprochen worden und somit erledigt ist.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 53 auf:

# Beschlussempfehlungen der Ausschüsse zu Petitionen – Drucks. 19/6058 –

Mir wurde mitgeteilt, dass die Fraktion DIE LINKE drei Petitionen getrennt abgestimmt haben möchte.

Deshalb lasse ich zuerst über die Beschlussempfehlung zur Petition Nr. 3533/19 abstimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SPD. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Die Fraktion DIE LINKE. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen worden.

Ich lasse nun über die Beschlussempfehlung zur Petition Nr. 3655/19 abstimmen. Wer ihr zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Die SPD und die Fraktion DIE LINKE. Damit ist diese Beschlussempfehlung angenommen worden.

Dann lasse ich über die Beschlussempfehlung zur Petition Nr. 3925/19 abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD und DIE LINKE. Somit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen worden.

Dann bitte ich Sie, über die gesamten Beschlussempfehlungen zu Petitionen, Drucks. 19/6058, abzustimmen. Wer

zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Haus.

Dann kommen wir zu den Beschlussempfehlungen und Berichten. Sind Sie damit einverstanden, dass ich auch hier die Kurzform wähle? – Dann machen wir das so.

**Tagesordnungspunkt 44,** Drucks. 19/6035 zu Drucks. 19/5455. Wer hier zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD und DIE LINKE. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion der FDP. Somit ist diese Beschlussempfehlung angenommen worden.

**Tagesordnungspunkt 46,** Drucks. 19/6037 zu Drucks. 19/5958. – Herr Schaus, bitte.

## **Hermann Schaus (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin, wir bitten darum, über die Punkte 1 und 2 getrennt abzustimmen.

## Vizepräsidentin Ursula Hammann:

Dann machen wir das so. – Ich lasse zuerst über Punkt 1 abstimmen. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP. Wer enthält sich? – Das ist die Fraktion DIE LINKE. Somit ist Punkt 1 angenommen.

Dann lasse ich über Punkt 2 abstimmen. Wer ist dafür? – Das sind die Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, DIE LINKE und der FDP. Somit ist auch dieser Punkt angenommen worden. Somit ist auch diese Beschlussempfehlung in Gänze angenommen.

**Tagesordnungspunkt 47,** Drucks. 19/6038 zu Drucks. 19/6002. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD, der FDP und DIE LINKE. Somit ist auch diese Beschlussempfehlung angenommen worden.

**Tagesordnungspunkt 48,** Drucks. 19/6041 zu Drucks. 19/4894. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Wer stimmt dage-

gen? – Das sind die Fraktionen der SPD und DIE LINKE. Somit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

**Tagesordnungspunkt 49,** Drucks. 19/6042 zu Drucks. 19/5960. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD und DIE LINKE. Somit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

**Tagesordnungspunkt 50,** Drucks. 19/6043 zu Drucks. 19/5989. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktion der FDP. Wer enthält sich? – Das sind die Fraktionen der SPD und DIE LINKE. Somit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

**Tagesordnungspunkt 51,** Drucks. 19/6044 zu Drucks. 19/5846. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? – Die Fraktion der FDP. Somit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

**Tagesordnungspunkt 52,** Drucks. 19/6045 zu Drucks. 19/5992. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und DIE LINKE. Wer stimmt dagegen? – Das sind die Fraktionen der SPD und der FDP. Somit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

**Tagesordnungspunkt 59,** Drucks. 19/6085 zu Drucks. 19/5736. Wer zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP. Wer stimmt dagegen? – Das ist die Fraktion DIE LINKE. Somit ist diese Beschlussempfehlung angenommen.

Meine Damen und Herren, das waren die Beschlussempfehlungen. Ich mache Sie noch darauf aufmerksam, dass nun im Anschluss an die Plenarsitzung der Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung im Sitzungsraum 204 M zusammenkommt.

Damit sind wir am Ende der heutigen Plenarsitzung. Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

(Schluss: 17:44 Uhr)